Narben bleiben

Die Arbeit der Suchdienste – 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg



Die Arbeit der Suchdienste –
60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg:

Narben bleiben

Herausgeber:
Deutsche Dienststelle in Berlin,
Deutsches Rotes Kreuz Suchdienst Hamburg,
Deutsches Rotes Kreuz Suchdienst München,
Internationaler Suchdienst in Bad Arolsen,
Kirchlicher Suchdienst in Passau und Stuttgart,
Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung
an die Opfer politischer Gewaltherrschaft in Dresden,
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Kassel.

Redaktion und Gestaltung:
Anja und Willi Kammerer
www.awk-dialogmarketing.de

2. Auflage, 2005/ 30 000
Druck: GGP Media GmbH, Pößneck

Besonderer Dank geht an
die Mitarbeiter der beteiligten Organisationen
für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung

Fotos:
Agis Pressedienst (1), Archiv Deutsche Dienststelle (2), Archiv DRK Suchdienst (18), Archiv ISD (3), Archiv KSD (6), Archiv Stiftung Sächsische Gedenkstätten (12), Archiv Volksbund (34), Bläser (2), Caldari (1), Dodenhoeft, Dr. (1), dpa (1), Eimer (1), Gräfe (1), Gronefeld (1), Heine (1), Hofmann (1), Imperial War Museum (16), Kammerer (58), Kroll (1), Memorial Caen Normandie (1), Müller (1), Presse und Informationsamt der Bundesregierung (2), Roden (1), Stiel (2), ullstein bild (7)

Inhalt

Zum Geleit

Sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verzeichnet der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes noch immer 1,3 Millionen Vermisste. Sechzig Jahre nach Kriegsende sucht der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge noch immer nach zwei Millionen deutschen Kriegstoten. Sechzig Jahre, zwei Generationen nach dem Krieg gehen noch immer Anfragen von Angehörigen bei den Suchdiensten ein und erhalten noch immer Familien endlich Gewissheit über das Schicksal von Menschen, die sie liebten.

Dieses Buch gibt eine Ahnung davon, welches Leid der von Deutschland entfesselte Krieg und die damit einhergehende Gewaltherrschaft über die ganze Welt gebracht haben – und über Deutschland, denn am Ende schlug alles hierher zurück. Die Bilder und Geschichten bringen die Schrecken des Krieges vor Augen und zeigen, wie viel Kummer und Trauer damit bis heute verbunden sind; und sie erzählen von der Kraft der Nächstenliebe und Versöhnung über den Gräbern.

Die Organisationen, deren Arbeit in diesem Buch vorgestellt werden, helfen jede auf ihre Weise dabei mit, die Last der Vergangenheit zu tragen. Sie suchen nach den Opfern, sie klären ihre Schicksale, sie geben ihnen würdige Gräber. Sie sammeln Informationen und geben den Angehörigen Rat und Auskunft, sie hören zu und sie trösten. Und sie bewahren die Erinnerung an die Millionen unschuldiger Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Ich danke allen, deren Arbeit hier beschrieben wird, denn sie haben schon Millionen von Familien geholfen. Ihre Arbeit ist längst nicht beendet, denn noch immer warten ungezählte Menschen auf Nachricht und Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen. Darum verdienen alle, die an diesem großen humanitären Werk arbeiten, nicht nur unseren Dank, sondern unser aller fortwährende Unterstützung.

Horst Köhler

Prof. Dr. Horst Köhler,
Bundespräsident

Vorwort

Sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ziehen die durch das Bundesministerium des Innern finanzierten Suchdienste eine beeindruckende Bilanz. Sie stellen das bisher von ihnen Geleistete vor und zeigen, wie erfolgreich ihre vielfach mühevolle Suche nach vermissten Personen im In- und Ausland gewesen ist. Zugleich wird deutlich, dass ihre Arbeit selbst sechzig Jahre nach Kriegsende noch nicht beendet werden kann, auch wenn sich die Schwerpunkte verlagert haben.

Noch heute quält die Ungewissheit über das Schicksal nahe stehender Angehöriger oder Freunde zahlreiche Menschen, die sich mit der Bitte um Hilfe an die Suchdienste wenden. Leider konnten viele Suchanfragen bis heute nicht beantwortet werden, weil die entsprechenden Unterlagen fehlten. Dies war zum Teil auch eine Folge des Kalten Krieges. Erst mit seinem Ende öffneten sich Archive in östlichen Ländern. Nun können neue Erkenntnisse zur Klärung von Einzelschicksalen, aber auch für wissenschaftliche Untersuchungen gewonnen werden. Dies geschieht zum Beispiel durch das vom Bundesministerium des Innern unterstützte Projekt der deutsch-russischen Historikerkommission, das die Situation deutscher und russischer Kriegsgefangener aufarbeitet. Die Beschaffung der erforderlichen Informationen hierfür erfolgt im Rahmen eines auf sechs Jahre angelegten Datentransfers. Die russische Seite stellt dem DRK-Suchdienst München Dokumente über etwa zwei Millionen deutsche Kriegsgefangene und Zivilinternierte in digitalisierter Form zur Verfügung. Auch die Deutsche Dienststelle (WASt), der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und die Stiftung Sächsische Gedenkstätten erhalten für sie wesentliche Informationen aus den übermittelten Datensätzen.

Das vorliegende Werk stellt die unterschiedlichsten Formen der Zusammenarbeit aller hier vertretenen Einrichtungen in eindrucksvoller Weise dar. Besonders hervorgehoben sei die erfolgreich abgeschlossene Suche nach Nachweisen für Zwangsarbeit in Deutschland, an der insbesondere der Internationale Suchdienst in Bad Arolsen, aber auch die anderen Suchdienste sowie das Bundesarchiv und andere Archive im In- und Ausland im Rahmen eines Informationsverbundes beteiligt waren. Die Beschaffung von Nachweisen für Zwangsarbeit im Rahmen der Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ist im Übrigen ein Beispiel dafür, dass sich die Arbeit der Suchdienste zunehmend von der Suche nach Vermissten auf die Beschaffung von Nachweisen verlagert. Dabei kooperieren die Suchdienste, wann immer dies geboten ist. Diese Kooperation findet auch Ausdruck in dem vorliegenden, gemeinsam von den Suchdiensten in Deutschland und einer wissenschaftlichen Einrichtung erstellten Buch.

Ich wünsche dem Werk viele, insbesondere auch jüngere Leserinnen und Leser. Es ist geeignet, über die eigentliche Arbeit der Suchdienste hinaus auch einen Eindruck von den verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs und den Nöten der Nachkriegszeit zu vermitteln. Den vielen Mitwirkenden an diesem Buchprojekt gebührt großer Dank. Mit ihnen teile ich die Hoffnung, dass es auch in Zukunft noch gelingen möge, weitere Einzelschicksale zu klären, Betroffenen bei der Suche nach Nachweisen für ihr Schicksal zu helfen und Licht in bislang noch ungeklärte Fragen zu bringen.

Otto Schily
Bundesminister des Innern

Der Krieg ist lange vorbei!

Am 8. Mai 2005 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 60. Mal. Die meisten aus der jungen Generation, die den Zweiten Weltkrieg nur vom Hörensagen kennen, werden sagen, dass das doch alles lange her ist und dass die Wunden, die der Krieg schlug, längst verheilt sind. Was geht uns das heute noch an?

Aber die Menschen, die diese furchtbare Zeit selbst erlebten, werden an ihre Lieben denken, die sie im Krieg verloren haben. Sie sind noch immer nicht vergessen. Andere denken an die Zeiten der Flucht und Vertreibung und an die Heimat, die sie verloren haben. Einige werden sich erinnern, dass sie schon vor Ausbruch des Krieges in Deutschland verfolgt, eingesperrt und gequält wurden. Menschen aus allen Ländern Europas werden an die Zeit denken, in der sie als Verschleppte nach Deutschland deportiert wurden, dort wie Sklaven behandelt und zur Arbeit gezwungen wurden. Alle werden an Gewalt und Zerstörung denken und an Verwandte und Freunde, die starben. Millionen Menschen gedenken all derer, die verfolgt und getötet wurden, weil sie einem anderen Volk angehörten oder einer anderen Rasse zugerechnet wurden. Der Zweite Weltkrieg weckt in jedem, der diese Zeit erlebt hat, besondere Gedanken und Gefühle.

Der Weltkrieg wirkt bis in unsere heutigen Tage: Noch immer werden allein in Deutschland 1,3 Millionen Menschen vermisst. Niemand weiß, was mit ihnen geschehen ist. Noch immer leben unter uns Menschen, die nicht wissen, wo ein Angehöriger aus ihrer Familie geblieben ist oder die ihre eigene Herkunft nicht kennen.

Hans W. verlor seine Eltern im Krieg. Er kam in ein Kinderheim und wurde als Kleinkind adoptiert. Er hatte immer angenommen, bei seinen richtigen Eltern zu leben. Als er dann die Wahrheit erfuhr, wollte er mehr über seine leiblichen Eltern erfahren und was aus ihnen geworden ist. Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes konnte diesen Fall nicht auf Anhieb klären. Es waren viele Anfragen an andere Organisationen und an Einwohnermeldeämter notwendig. Aber dann wurde ermittelt, dass die Eltern bei einem Bombenangriff auf Mannheim ums Leben gekommen waren.

Da findet der Sohn einer norwegischen Mutter nach deren Tod im Nachlass erstaunliche Unterlagen, aus denen hervorgeht, dass sein Vater ein deutscher Soldat war. Seine Mutter hat nie darüber gesprochen und er war völlig ahnungslos. Nun will er mehr wissen, will seinen Vater kennenlernen. Er nimmt Kontakt mit der Deutschen Dienststelle in Berlin auf, die über die Unterlagen der Soldaten der deutschen Wehrmacht verfügt. Hier kann man ihm helfen – und findet heraus, dass der Vater vor vier Jahren verstorben ist. Zu spät! Aber aus der Ehe in Deutschland ist eine Tochter hervorgegangen. Irgendwann wollen sich die Geschwister kennenlernen und Erfahrungen austauschen.

An den Suchdienst des Internationalen Roten Kreuzes in Bad Arolsen wenden sich Menschen, die nach Deutschland verschleppt wurden und gezwungen wurden, dort zu arbeiten. Sie brauchen eine Arbeitsbescheinigung – manche wollen für ihre Nachkommen ein Dokument haben, in dem bescheinigt wird, dass sie während des Krieges deportiert waren. Andere wollen Auskunft über das genaue Schicksal ihrer Verwandten: So bittet Frau L. aus Frankreich um einen Nachweis über den Tod ihrer Mutter im Konzentrationslager Dachau; Herr Z. aus Polen versucht etwas über das Schicksal seines Vater zu erfahren, der im September 1942 verhaftet wurde. Herr Z. hat ihn nie wieder gesehen. Der Internationale Suchdienst findet Dokumente zu beiden Vermissten und kann weiter helfen.

Die Zeitungen berichten immer wieder über die Öffnung von Archiven in Russland. Die Leser erfahren, dass neue Informationen über deutsche Kriegsgefangene, die in der Sowjetunion während der Gefangenschaft gestorben waren, aufgetaucht sind. So entsteht die neue Hoffnung auf eine Auskunft. Frau R. hat in den vergangenen Jahren schon mehrmals beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Deutschen Dienststelle und dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes angefragt, um etwas über das Schicksal ihres Vaters herauszufinden – vergeblich. Doch nachdem sie einen Zeitungsartikel gelesen hat, fragt sie erneut an – vielleicht steht der Name des Vaters in den neuen Listen, gibt es neue Informationen über ihn.

Oft spielt der Zufall seine Rolle und löst eine Suchaktion aus – so war es bei Frau M.: Bei der Durchsicht von alten Fotos fällt ihr ein Bild in die Hände, auf dem sie mit ihrer Freundin in Königsberg aufgenommen wurde. Das Bild und die Erinnerung an diese schönen Tage hat sie über die Flucht hindurch bewahrt. Wie schön wäre es, die Freundin wieder zu treffen! Sie wendet sich an den Suchdienst des Roten Kreuzes, der ihren Brief an den Kirchlichen Suchdienst weiterleitet. Die Heimatortskarteien ermöglichen eine Verbindung zur heutigen Adresse. Frau M. erhält die aktuelle Anschrift ihrer Freundin. Die beiden Frauen können es nicht fassen, als sie sich wieder treffen und in den Armen liegen.

Gerade in diesem Jahr, in dem sich das Kriegsende zum 60. Mal jährt, werden sich viele an die Zeiten von Krieg und Terror erinnern. Zehntausende Menschen werden Briefe an die Suchdienste in Deutschland schreiben, in der Hoffnung, endlich mehr erfahren zu können und von der Last der Ungewissheit befreit zu werden. Sie wollen Nachricht erhalten, welches Schicksal der Mensch erlitten hat, um den seit Jahrzehnten ihre Gedanken kreisen. Es ist eine Tatsache, dass immer mehr junge Menschen mehr über ihre Wurzeln wissen wollen. Die Suchdienste nehmen dies durch verstärkte Anfragen schon seit einigen Jahren wahr.

Dieses Buch soll zeigen, wie sich die Arbeit der Suchdienste in den vergangenen sechs Jahrzehnten entwickelt hat und welche Bedeutung ihre Arbeit heute und in der Zukunft hat. Zur Klärung von Schicksalen bedarf es häufig der Mitwirkung mehrerer Suchdienste. Um den Menschen zu helfen und das Leid, das der Krieg über die Menschheit gebracht hat, zu lindern, arbeiten sie zusammen und klären Schicksale, die seit Jahrzehnten im Dunkeln liegen.

Willi Kammerer

Der Zweite Weltkrieg begann
am 1. September 1939 um 4.45 Uhr.
Er endete in Europa am 8. Mai 1945
um 23.01 Uhr,
in Asien am 2. September 1945
um 9.25 Uhr.
Er dauerte sechs Jahre und einen Tag.
Oder 2 194 Tage, oder 52 641 Stunden.

Durch den Krieg verloren
in jeder Stunde 1 045,
in jeder Minute 17 Menschen ihr Leben.
Insgesamt 55 Millionen. Als Soldaten,
als Opfer des Luftkrieges, als Flüchtlinge
und Vertriebene, als Opfer der
Gewaltherrschaft.

Bilanz des Zweiten Weltkrieges*

55 293 500 Menschen verloren ihr Leben

Deutsche Verluste insgesamt	7 375 800
Gefallene deutsche Soldaten (einschl. Österreich)	3 100 000
Vermisste deutsche Soldaten (einschl. Österreich)	1 200 000
Deutsche Zivilbevölkerung	500 000
Deutsche Opfer von Vertreibung und Verschleppung	2 251 500
Bevölkerung Österreichs	24 300
Deutsche, durch politische, rassische, religiöse Verfolgung	300 000
Streitkräfte Italiens	313 000
Bevölkerung Italiens	165 700
Streitkräfte der westlichen Alliierten (ohne Vereinigte Staaten)	610 000
Bevölkerung der westlichen Alliierten	690 000
Streitkräfte Ost- und Südosteuropas (ohne Sowjetunion)	1 000 000
Bevölkerung Ost- und Südosteuropas (ohne Sowjetunion)	8 010 000
Streitkräfte der Sowjetunion**	6 700 000
Bevölkerung der Sowjetunion	13 600 000
Streitkräfte der Vereinigten Staaten	229 000
Streitkräfte der übrigen Welt, insbesondere Ostasiens	7 600 000
Bevölkerung der übrigen Welt, insbesondere Ostasiens	6 000 000

Kriegsbeschädigte des Zweiten Weltkrieges	35 000 000

90 Millionen Menschen bezahlten den Zweiten Weltkrieg mit ihrem Leben oder ihrer Gesundheit.

* aus Unterlagen der Deutschen Dienststelle in Berlin

** Nach Angaben sowjetischer Behörden (23.3.1991) betragen die Verluste der sowjetischen Soldaten im Zweiten Weltkrieg 8 668 400 Tote.



Europa liegt in Trümmern

Der Zweite Weltkrieg war der größte und blutigste zusammenhängende Konflikt in der Geschichte der Welt. Es starben fünfmal mehr Menschen als im Ersten Weltkrieg. Viele haben alles verloren: Ihre Angehörigen, ihre Habe und Millionen auch ihre Heimat.

Aber der Leidensweg ist mit dem Ende des Krieges nicht vorbei. Vertreibung und Deportation, Hunger und Krankheit bringen weiteres Leid über die Menschen. Erst nach und nach ergibt sich ein klareres Bild, welche Opfer der Krieg in den einzelnen Ländern gefordert hat. Es ist eine Bilanz des Schreckens.





Oben: Die Trümmer der Frauenkirche in München.
Links: Verpflegung Obdachloser in Hamburg.

Rechte Seite: Eine russische Mutter mit ihren Kindern vor den Trümmern ihres Hauses im Kessel von Stalingrad.
Unten: Die zerstörte Kathedrale in Evreux/Frankreich.







Gräber und vom Krieg zerstörte Städte und Landschaften

1945: Millionen Menschen leben in Deutschland – inmitten von Trümmerwüsten und Kriegsgräbern. Die Großstädte und viele kleinere Städte liegen in Trümmern.

***Oben:* Gräber deutscher Soldaten in Berlin zwischen den Häusern in einem Hinterhof.**

***Links:* Der Hürtgenwald in Nordrhein-Westfalen bei Kriegsende.**

***Unten:* Die Gedächtniskirche in Berlin in den Tagen nach dem Zweiten Weltkrieg.**

500 000 Menschen starben im Bombenhagel. Mehr als 35 000 in Dresden, in einer einzigen Nacht. Millionen haben kein Dach über dem Kopf. Wirtschaft und Verkehr sind zerstört, es fehlt am Nötigsten.



Die Menschen versuchen zu überleben. Die Lebensmittelrationen liegen unter denen der Kriegszeit, der Schwarzmarkt blüht, wichtigstes Zahlungsmittel sind Zigaretten. Das stundenlange Schlangestehen und die Hamsterfahrten auf das Land bestimmen den tagtäglichen Rhythmus des Lebens.

Es ist unvorstellbar, wie Menschen in der Trümmerwüste leben, wie sie überleben konnten. Das Bild links zeigt die Nürnberger Altstadt mit Blick auf die Kaiserburg.

Viele Menschen irren ziellos durch die Trümmer und suchen nach Möglichkeiten zum Überleben – das Wenige, das sie gerettet haben, tragen sie bei sich.



Der Luftschutzkeller ist für viele Familien zum Grab geworden.
Bei einem der schwersten Angriffe auf Kassel sind am 22./23. Oktober 1943 über 10 000 Menschen gestorben.
Dieses Kreuz lag vor den Ruinen eines der vielen ausgebombten Häuser: Letztes Zeichen für eine der vielen vollständig ausgelöschten Familien.

Kriegsgräber – am Rande der Straßen

In allen Ländern, in denen Kämpfe stattgefunden haben, gibt es Kriegsgräber. Auch in Deutschland. Viele Gefallene wurden nur notdürftig am Rande von Straßen, an Hecken, am Waldrand, in Bombentrichtern oder in den Vorgärten der Häuser bestattet, viele Soldaten starben fast in unmittelbarer Nähe ihres Heimatortes. Hunderttausende deutscher Soldaten sind in den Ländern Westeuropas, Millionen in den Weiten des Ostens gestorben. Viele Familien haben schon während des Krieges die Nachricht erhalten, dass einer ihrer Angehörigen, der Ehemann, der Vater, der Sohn, der Bruder gefallen ist. Andere warten auf eine Nachricht, auf ein Lebenszeichen, das Trost spenden kann. Im Lauf der Jahre müssen sie die bittere Wahrheit akzeptieren, dass an ein Wiedersehen nicht mehr zu denken ist. Es bleibt die Suche nach dem Grab, um dort Abschied zu nehmen. Für viele ist diese Suche noch immer nicht vorbei.

Siehe dazu Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge – ab Seite 191





Der Weg von Millionen in die Gefangenschaft

1945 sind über elf Millionen Deutsche Kriegsgefangene oder Zivilinternierte in mehr als 12 800 Lagern in über 80 Ländern. Viele werden nach wenigen Monaten oder Jahren entlassen. Zehntausende überleben nicht die ersten Wochen. Ein schweres Los trifft Soldaten, die in sowjetische Gefangenschaft geraten. Sie haben meist ein hartes Leben mit Zwangsarbeit und langer Haft in den Lagern zu erdulden. Die letzten deutschen Gefangenen kommen erst 1955 frei. Viele sterben fern der Heimat. Zehntausende Schicksale sind bis heute nicht geklärt.

Die deutschen Soldaten, die durch das Karlstor in München ziehen, kommen in amerikanische Gefangenschaft.

Siehe dazu Deutsche Dienststelle (WASt) – ab Seite 87



Flucht und Vertreibung

Heimatlos in den zerbombten Städten und Flucht aus dem Osten: Gerda Herman und ihre Kinder finden für eine Nacht Unterkunft in einem Bauernhaus und schlafen völlig erschöpft auf einer Lage Stroh auf dem Boden.

13 bis 14 Millionen Menschen aus Deutschland verlieren in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges und in der Zeit danach ihre Heimat. Sie flüchten vor der Roten Armee, werden vertrieben oder deportiert. Unter oft lebensgefährlichen Umständen verlassen sie Städte und Dörfer im Osten und begeben sich auf einen Weg, von dem sie nicht wissen, wohin er führt und wo er endet.
Nach Kriegsende 1945 herrscht unvorstellbares Chaos in vielen Ländern Europas. Es kommt ein nicht enden wollender Strom von Menschen in den Westen. Durch Flucht und Vertreibung werden Familien getrennt und auseinandergerissen.
Die Heimatlosen ziehen von Ort zu Ort, suchen ihre Angehörigen und hoffen, irgendwann und irgendwo etwas über sie zu erfahren.

Siehe dazu Kirchlicher Suchdienst – ab Seite 111









Kinder, die auf der Flucht von ihren Eltern getrennt wurden, kommen über die Zonengrenze von Ost nach West. Hunderttausende Familien wurden ausgebombt und suchen nach ihren Angehörigen und nach einer Bleibe.

Millionen Menschen sind auf der Flucht in den Westen. Die meisten können nur das eigene Leben retten.





Endlich frei!



Dieses Bild dokumentiert die Freude der Häftlinge, als ihr Lager befreit wurde. Aber es wirkt gestellt und zeigt nicht das wahre Elend. Die meisten Häftlinge waren dem Tod näher als dem Leben. Sie waren köperlich und seelisch gebrochen. Das Lager hat sie nie mehr losgelassen, ihr ganzes Leben lang. Wie viele Konzentrationslager es wirklich gab ist umstritten.

Wie viele Opfer es gab, kann nicht beantwortet werden. Es gibt nur Schätzungen. Der Tod war allgegenwärtig, der langsame Tod durch Hunger und Erschöpfung oder der rasche Tod durch Erschießen, Erschlagen, Vergasen.

Ab 1941 bauten die Nationalsozialisten neben den Konzentrationslagern Vernichtungslager auf, zur systematischen Vernichtung von Menschen, meist Juden. 1941 wurden viele Juden aus dem Deutschen Reich und den besetzten Ländern in die Vernichtungslager deportiert. Schon während der meist tagelangen Transporte kamen Tausende, in Vieh- oder Güterwaggons durch Hitze oder Kälte, Hunger, Durst und Krankheiten um. In den nationalsozialistischen Vernichtungslagern wurden etwa sechs Millionen Menschen, die meisten waren Juden, Sinti und Roma oder Polen ermordet. Aus Mangel an Arbeitskräften wurden ab September 1939 Zwangsarbeiter, davon viele aus Polen und Russland, nach Deutschland geholt – in den meisten Fällen gegen ihren Willen und mit Gewalt.

Ab April 1942 wurden hauptsächlich Russen aus den besetzten Gebieten nach Deutschland verschleppt. 1944 waren 7,1 Millionen Zwangsarbeiter aus ganz Europa in Deutschland. Sie wurden von der Bevölkerung „Fremdarbeiter" oder „Zivilarbeiter" genannt und wurden meist in der Landwirtschaft oder in Fabriken eingesetzt. Dieses Schicksal erlitten auch Millionen sowjetischer Kriegsgefangener.

Siehe dazu – Internationaler Suchdienst ab Seite 159





Als die Engländer 1945 das Konzentrationslager in Bergen-Belsen befreien, bietet sich ihnen ein schreckliches Bild: Berge von Leichen und bis auf die Skelette abgemagerte und ausgehungerte Menschen.



Russische Zwangsverpflichtete vor dem Abtransport ins Deutsche Reich auf einem Bahnhof an der Ostfront (links).

Die meisten Menschen, die gezwungen worden waren, in Deutschland zu arbeiten oder in Konzentrationslagern eingesperrt waren, suchen bei Kriegsende nach Fahrgelegenheiten, um Deutschland zu verlassen (rechts). Es gibt aber auch viele, die wegen der politischen Verhältnisse daheim sich weigern die Heimreise anzutreten.



Displaced Persons

Bei Kriegsende befinden sich etwa acht bis zehn Millionen Menschen aus Polen, der Sowjetunion, der Ukraine, Jugoslawien, Tschechoslowakei und Frankreich in Deutschland. Die meisten von ihnen sind als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt worden, doch es befinden sich auch Kriegsgefangene und befreite Internierte aus den Konzentrationslagern darunter. Da es den meisten nicht möglich ist, mit eigenen Mitteln in ihr Heimatland zurückzukehren und ihre Versorgung erhebliche Probleme hervorruft, beginnen die Alliierten ab Mai 1945, sie in ihre Heimatländer zurückzuführen. Bis September 1945 werden 4,622 Millionen Menschen, sie werden „Displaced Persons" (D.P.) genannt, aus den Westzonen in ihre Heimat gebracht. Vielen gelingt die Auswanderung in die USA, nach Australien oder auch nach Israel. Bei den osteuropäischen Staaten ist die Rückführung schwierig, da viele Menschen wegen der dort herrschenden politischen Verhältnisse zögern oder es ganz ablehnen, zurückzukehren.

Die ehemaligen Mitglieder der Wlassow-Armee, die an der Seite Deutschlands gekämpft hatten, erwartet in ihrer Heimat meist Haft oder Tod. Auch den sowjetischen Soldaten, die in deutsche Gefangenschaft geraten waren, droht ein ähnliches Schicksal, denn Stalin hatte 1941 per Dekret alle von den Feinden gefangenen Sowjetsoldaten zu Vaterlandsverrätern erklärt.
Das Geheimabkommen von Jalta sieht die wechselseitige Repatriierung der Kriegsgefangenen vor. Viele ehemalige sowjetische Kriegsgefangene begehen Selbstmord, bevor sie repatriiert werden können.

1949 befinden sich in den drei Westzonen noch 411 654 Displaced Persons. Sie leben meist in Lagern oder geschlossenen Siedlungen. Weil sie nicht in ihre Heimatländer zurückgeführt werden können, gewährt ihnen 1951 die Bundesregierung auf Druck der Alliierten ein Aufenthalts- und Niederlassungsrecht als „heimatlose Ausländer".

Siehe dazu – Internationaler Suchdienst ab Seite 159



In Friedland beginnt ein neues Leben

Der Ort Friedland ist durch das Grenzdurchgangslager weltweit bekannt geworden. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges, als tausende Flüchtlinge, Vertriebene oder Soldaten auf der Suche nach Angehörigen oder einer neuen Bleibe sind, wird von der britischen Militärverwaltung ein Auffanglager eingerichtet. In der Nähe von Göttingen stoßen die britische, sowjetische und amerikanische Besatzungszone zusammen. In dem Dorf Friedland gibt es einen Bahnhof, eine gut ausgebaute Straße (die heutige Bundesstraße 27) und es gibt leerstehende Stallgebäude des Versuchsgutes der Universität Göttingen. Nach und nach werden Blechbaracken, sogenannte „Nissenhütten“ aufgestellt, um das Lager zu erweitern. Verzweifelte Angehörige warten oft tagelang auf die Transporte mit den entlassenen Kriegsgefangenen. Sie tragen Schilder mit Namen und dem Bild des Gesuchten. Die Wände der Baracken sind mit Suchzetteln beklebt. Es spielen sich Szenen ab, die man nicht beschreiben kann.

Siehe dazu – Deutsches Rotes Kreuz Suchdienst München ab Seite 43 Suchdienst Hamburg ab Seite 135

Millionen suchen oder werden gesucht

Das Deutschland der Nachkriegszeit: Zerbombte Städte, zerstörte Verkehrswege, Flüchtlingstrecks mit Pferde- oder Handwagen, heimkehrende Soldaten in zerrissenen Uniformen, Menschenansammlungen vor Hilfsstellen, vor Bahnhofsmissionen, Rot-Kreuz-Stellen, Pfarrhäusern. Im ganzen Land kleben auf Plakatsäulen, Hauswänden und Bäumen Suchzettel. In den ersten Nachkriegsjahren sind zwischen 14 und 17 Millionen Menschen auf der Suche nach ihren Angehörigen. Gemeindeämter und Pfarrer sind Ansprechpartner der Suchenden. In dieser Zeit entstehen die Suchdienste. Der Suchdienst des Roten Kreuzes in Hamburg und München bemüht sich, das Schicksal der deutschen Soldaten, besonders der Kriegsgefangenen aufzuklären. Er hat auch die Aufgabe, Familien wieder zusammenzuführen, Kinder, die ihre Familie verloren haben, wieder einzugliedern oder nach den Eltern zu suchen. Der Kirchliche Suchdienst baut die Heimatortskarteien auf, um den Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen zu helfen und um Schicksale zu klären. Der internationale Suchdienst in Arolsen kümmert sich um die deutschen und ausländischen zivilen Opfer der Gewaltherrschaft.

Viele Menschen sind damit beschäftigt, die Tausenden von Anfragen zu bearbeiten.



Jeder Soldat, der über das Lager Friedland aus der Gefangenschaft zurückkommt, wird über den Verbleib von Kameraden befragt.

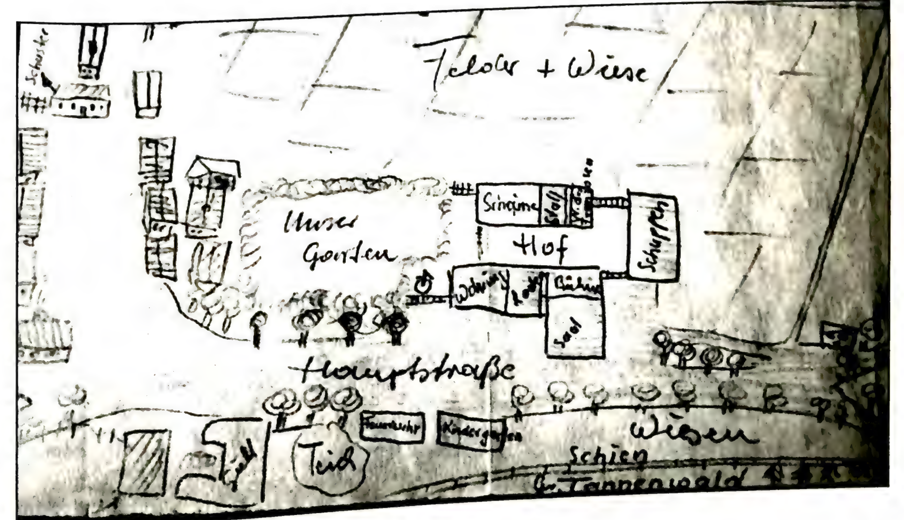
500 000 Kinder werden von der Familie getrennt



Mehr als 500 000 Kinder verlieren im Krieg oder auf der Flucht ihre Angehörigen. Hilfreiche Menschen nehmen sie oftmals spontan auf und kümmern sich um sie. Es ist eine schwere Aufgabe für den Suchdienst des Roten Kreuzes – zuerst in Hamburg, später in München – die Kinder wieder mit ihren Eltern zusammenzubringen. Oft kennen die Kleinen ihre Namen, jedoch nicht den Ort, in dem sie früher wohnten. Manchmal hilft eine Zeichnung auf die richtige Spur (Bild rechte Seite).



Ins Lager Friedland kommen Jugendliche und Kinder aller Altersklassen. Sie hoffen dort ihre Familie wiederzufinden – doch viele kommen in Heime, andere in Pflegefamilien. Niemand weiß, wie viele von ihnen heute noch auf der Suche nach ihren Wurzeln sind.



Die Menschen müssen sich für ihr neues Leben einrichten

Die ersten Monate nach dem Kriegsende sind von Wohnungsnot, Hunger und der Ungewissheit, wie es weitergehen wird, gekennzeichnet. Die Menschen improvisieren, stehen Schlange nach den wenigen Lebensmitteln und versuchen, auf dem Land Wertsachen gegen Essen zu tauschen.

Die wenigen Züge sind überfüllt. Auf Trittbrettern, auf den Puffern und sogar auf den Dächern der Waggons ist jeder Platz belegt.





Informations- und Nachrichtenbörsen an Plakatwänden und Häusern ersetzen die noch nicht funktionierenden Medien. Suchanzeigen und Nachrichten und Bekanntmachungen der Besatzungsstreitkräfte sind hier zu lesen.



Jede Mitfahrgelegenheit wird genutzt. Die Menschen stehen oder sitzen auf den Ladeflächen der Lastwagen und sind froh, wenn sie überhaupt an ihr Ziel kommen.



Die Menschen in den Städten haben Hunger und fahren mit Zügen und Rädern aufs Land, um Lebensmittel gegen Waren und Wertsachen einzutauschen. Das ist zwar nicht gestattet, aber so kann man wenigstens überleben.

Stundenlang harren die Menschen aus, um Waren oder Lebensmittel zu bekommen. Überall gibt es endlose Schlangen.

Ein Fabrikgelände in Westdeutschland nach der Demontage.



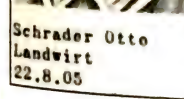
Das Leben geht weiter – Millionen Menschen werden vermisst

Der Wiederaufbau der Wirtschaft wird durch die Demontage der Fabriken in Deutschland schwer beeinträchtigt. Während die Westmächte bereits auf den Wiederaufbau Deutschlands setzen, wird in der sowjetisch besetzten Zone weiter demontiert. Nach der Währungsreform im Jahr 1948 sind über Nacht die Schaufenster im Westen wieder mit Waren gefüllt und die Schlangen vor den Geschäften gehören schnell der Vergangenheit an. Care-Pakete aus den USA helfen, die bittere Not zu lindern. Der Marshallplan trägt wesentlich dazu bei, dass es wieder aufwärts geht. Zwischen West und Ost verschärfen sich die Spannungen und noch in der Zeit des Wiederaufbaus beginnt der Kalte Krieg.

Am 24. Juni 1948 beginnen die Sowjets mit der Blockade Berlins. „Rosinenbomber" der Alliierten bringen täglich 12 900 Tonnen Versorgungsgüter in die Stadt (Bild oben).

Obwohl sich das Leben wieder zu normalisieren beginnt, werden noch immer Millionen Menschen schmerzlich vermisst.





Schrader Otto
Landwirt
22.8.05 T



Schuler Richard
Holzbauer
15.9.02 J



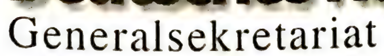
Sperber Christian
Arbeiter
9.12.04 A



Verbeck Eberhard
Uhrmachermeister
14.1.12 T



Weber Rudolf
Lehrer
3.3.97



Deutsches Rotes Kreuz

Generalsekretariat

SUCHDIENST MÜNCHEN

Zentrale Auskunfts- und Dokumentationsstelle

Im Mai 1945 begann die Suchdienstarbeit in München, 1946 wurde der Suchdienst Zonenzentrale für die Amerikanische Besatzungszone, die Zentrale für die Britische Zone befand sich in Hamburg. Aber erst Jahre später – ein Jahr nach der Gründung der Bundesrepublik – wurde der zentrale DRK-Suchdienst in Deutschland offiziell aus der Taufe gehoben.

Seine Leistungsbilanz ist enorm: Bis zum Frühjahr 1950 hatte man von 14 Millionen Suchanträgen in 8,8 Millionen Fällen Auskunft über den Verbleib von Angehörigen geben können. 1957 begann der Suchdienst mit dem Druck von Vermisstenbildlisten. In ihnen waren die Personalangaben von 1,4 Millionen Kriegsverschollenen mit 900 000 Fotos enthalten. Insgesamt wurden 118 400 Bände gefertigt. Mit 16,3 Millionen gesondert gedruckten Einzelbildlisten wurden Heimkehrer befragt. Etwa eine Million Schicksale konnten dadurch geklärt werden.

Der Suchdienst München des Deutschen Roten Kreuzes führt heute auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der Bundesregierung von 1958, die 2001 erneuert wurde, die Suchdienstarbeit als Zentrale Auskunfts- und Dokumentationsstelle durch. Seine Aufgabe ist insbesondere die Nachforschung nach Kriegs- und Zivilgefangenen, Wehrmachtsvermissten und Zivilverschleppten des Zweiten Weltkrieges. Dazu zählen auch die Insassen der ehemaligen sowjetischen Sonderlager in der früheren Sowjetisch Besetzten Zone und der DDR. Der Suchdienst München kümmert sich um den Kindersuchdienst, erteilt Auskünfte für behördliche Zwecke und sammelt und dokumentiert Material des Suchdienstes.

Die wichtigsten Partnerorganisationen sind das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die Deutsche Dienststelle in Berlin und der Kirchliche Suchdienst.



Man geht davon aus, dass in den ersten Nachkriegsjahren zwischen 14 und 17 Millionen Menschen nach ihren Angehörigen suchten.

Schicksale, die für immer im Dunkeln bleiben

90 Prozent der als vermisst gemeldeten Menschen waren im sowjetischen Gewahrsamsbereich verschwunden. Zum Vergleich: Nur 1,1 Prozent der Soldaten, die in britische Gefangenschaft gerieten, galten als vermisst. Ein Grund für die hohe Anzahl der Vermissten unter den Kriegsgefangenen im Osten liegt an den kriegsbedingten Lebensumständen und an den dort praktizierten Erfassungsverfahren. Die Gefangenen, gleich ob Kriegsgefangene oder zivile Internierte, wurden erst ab dem Bahnhof, von dem sie abtransportiert wurden, registriert. Da viele Gefangene aber zwischen der Gefangennahme und der Registrierung auf Märschen oder in den Sammellagern starben und am Rande des Weges beerdigt wurden, können viele Schicksale nie mehr geklärt werden. Daraus ergibt sich auch, dass die Anzahl der bis heute Vermissten weitaus größer ist als die Anzahl der in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern Verstorbenen. Es wird also immer Schicksale geben, die im Dunkeln bleiben werden.

Suche nach den Vermissten

In der Zeit kurz vor Kriegsende gründeten zwei Offiziere – ohne irgendeinen offiziellen Auftrag – ein Flüchtlingshilfswerk, das zur Keimzelle des Suchdienstes werden sollte. Die Ausstattung entsprach den Verhältnissen: Es gab kein Geld, kaum Papier, nicht einmal Hefter für die Ablage. Aber die Männer hatten eine Idee. Sie vermuteten, dass jeder Gesuchte seinerseits ein Suchender sein würde und begannen mit dem Aufbau einer Doppelkartei: Auf der einen Karte, der so genannten Stammkarte, die Personalien und neue Anschrift des Suchenden, auf der anderen Suchkarte alle Angaben über den Gesuchten. Die Hoffnung war, dass beide Karten, die Stammkarte und die Suchkarte, in einem Karton aufeinander trafen. Dieses System sollte sich durchsetzen und bewähren.

Es waren weitsichtige Persönlichkeiten, die schnell erkannten, dass neben der materiellen Notlage die Ungewissheit über den Verbleib und das Befinden der abwesenden Familienmitglieder für die Bevölkerung ein zentrales Problem darstellte.

Bis 1950 gab es nur Schätzungen über die Anzahl der Vermissten. Einige Anfragen wurden zu dieser Zeit relativ schnell geklärt, wenn der Gesuchte sich zum Beispiel in britischer oder amerikanischer Kriegsgefangenschaft befand. Trotzdem – die erste Bilanz der Arbeit des Suchdienstes im Frühjahr 1950 war beachtlich: Von 14 Millionen Suchanträgen hatte man in 8,8 Millionen Fällen Auskunft über den Verbleib von Angehörigen geben können. Aber es blieben noch zu viele ungeklärte Fälle. Man beschloss die Kräfte der Suchdienste zu konzentrieren: In Hamburg kümmerte man sich von nun an um die Suche nach Zivilpersonen, die verschleppt wurden, und nach Kindern, die durch den Krieg von ihren Eltern getrennt oder auch verschleppt wurden. München wurde zuständig für die Ostvermissten und die Kriegsgefangenen und baute die Zentrale Namenskartei auf. Insgesamt elf Millionen Karten wurden von Hamburg nach München transportiert. Die Münchner schickten ihre Karteien über vermisste Kinder nach Hamburg. Zu dieser Zeit begann das Rote Kreuz mit Plakataktionen auf Kinder aufmerksam zu machen, die von ihren Familien getrennt worden waren. Jahrzehntelang wurde auch über Radiosendungen gesucht, die letzte Radiosuchmeldung wurde 1997 ausgestrahlt.

Im März 1950 veranlasste die neu entstandene Bundesregierung dann eine Kriegsgefangenen- und Vermisstenregistrierung. Fünf Jahre nach Kriegsende waren nach dieser Erhebung noch 2,5 Millionen Menschen vermisst. Die Registrierung der Vermissten wurde ausschließlich in der Bundesrepublik durchgeführt, die Deutsche Demokratische Republik hatte keine vergleichbare Erhebung veranlasst. Auch die Deutschen, die in Osteuropa oder den GUS Staaten lebten, konnten ihre Vermissten nicht registrieren lassen. Aus diesem Grund ist die Gesamtzahl der Verschollenen sicher noch höher und war nie ganz genau zu bestimmen. Die Ergebnisse der Registrierung von 1950 übergab die Bundesregierung dem DRK-Suchdienst, mit dem Auftrag, möglichst viele dieser Schicksale zu klären und die wartenden Angehörigen darüber zu informieren.



Aufruf

zur Registrierung der

Kriegsgefangenen und Vermißten

Das deutsche Volk wartet auf die Rückkehr von vielen, vielen deutschen Männern, Frauen und Jugendlichen, die sich immer noch außerhalb der deutschen Grenzen in fremdem Gewahrsam befinden oder deren Schicksal völlig unbekannt ist.

Die Bundesregierung sieht eine besondere Verpflichtung darin, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das beklagenswerte Schicksal der Kriegsgefangenen und Verschleppten zu klären und ihre Rückführung in die Heimat zu beschleunigen. Die Aufklärung des Schicksals der Vermißten läßt sich die Bundesregierung ganz besonders angelegen sein.

Zur Durchführung der geplanten Hilfsmaßnahmen und zur Verstärkung der Vermißtennachforschung sind genaueste namentliche Unterlagen erforderlich. Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung beschlossen, alle Kriegsgefangenen, Straf- und Untersuchungsgefangenen, Vermißten der ehemaligen Wehrmacht und der Zivilbevölkerung im gesamten Bundesgebiet zu registrieren.

Die Bevölkerung wird aufgerufen,

in der Zeit vom 1. bis 11. März 1950

nachstehende Personen bei den Meldestellen registrieren zu lassen:


Brandstädter Eduard, Arbeiter 1.8.04 B


Brun-Tatje Georg Landwirt 5.4.03 V


Dax Karl o.A. 4.11.03 P


Delbey Heinz Angestellter 29.5.02 W


Dempt Chri... Kfm.Angest. 25.12.03

...lers Adolf ...derarbeiter ...4.10 KS


Ehret Franz Gerichtsassessor 28.9.13 KS


Färber Rudolf Techn.Zeichner 6.4.21 A


Fielstedde Werner Kraftfahrer 21.3.08 X


Grinschgl August Jurist 28.10.12





Heimkehrerbefragung

Zur Aufklärung der Schicksale der Menschen, die im Osten verschollen waren, begann man Heimkehrer aus sowjetischer Gefangenschaft systematisch zu befragen, ein Vorgang, der von allen Beteiligten viel Geduld erforderte. Der Suchdienst wollte klären, wer überlebt hatte, wer in Gefangenschaft geraten war, wo die Angehörigen waren und wie die Familien wieder zusammen- kommen konnten. Die Befragung der aus dem Osten Heimkehrenden war so wichtig, weil weder die Deutschen noch die westlichen Alliierten Informationen über die sowjetischen Kriegsgefangenenlager hatten. Im Gegensatz zu den westlichen Alliierten hielt sich die Sowjetunion – und auch die deutsche Seite – nicht an die Vorgaben der Genfer Konventionen über die Behandlung von Kriegsgefangenen. So konnte sich der Suchdienst nur anhand der Heimkehrerberichte ein Bild von den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern machen. Doch bei den Befragungen stellte sich bald heraus, dass sich viele Gefangene nur mit Vornamen kannten. Näheres über einen Kameraden wussten sie in der Regel nur, wenn dieser aus dem gleichen Ort stammte oder der gleichen militärischen Einheit angehört hatte. Die Erinnerungen waren oft vage. Man begann Listen mit Namen der Vermissten zu

erstellen, geordnet nach Feldpostnummern, Lagern und Einheiten. In München druckte der Suchdienst diese Listen. Es wurden insgesamt 38 Bände mit 8 341 Seiten produziert. Die Bücher wurden Heimkehrern vorgelegt, die bei der gleichen Feldpostnummer, im gleichen Lager oder bei der gleichen Einheit gewesen waren, sie wurden in den regionalen Suchdienst-Büros und auf Kameradschaftstreffen ausgelegt. Auch mit den Traditionsverbänden kooperierte der Suchdienst. Zwischen 1951 und 1958 konnten mit den Vermisstenlisten rund eine Million ehemaliger Soldaten befragt werden. Über 100 000 Schicksale wurden dadurch geklärt.

Ein Schwachpunkt der Vermisstenlisten war, dass sie keine Fotos der Gesuchten enthielten. Und so begann 1957 das größte Projekt in der Geschichte des Suchdienstes, die Erstellung von Verschollenenbildlisten. Bilder vom Passfoto bis zum Gruppenbild wurden von den Angehörigen zur Verfügung gestellt und in standardisiertem Format in die Bücher aufgenommen. Die rund 200 Bildbände enthielten Personalangaben von 1,4 Millionen deutschen Soldaten, die im Krieg verschollen waren, mit 900 000 Fotos (Bild links unten). Es wurden 118 400 Bände gedruckt und allen DRK-Kreisverbänden zur Verfügung gestellt, die sie den Suchenden zugänglich machten. Die Bände stützten das Erinnerungsvermögen. Bis 1965 wurden 2,6 Millionen ehemalige Soldaten über ihre Kameraden befragt. Mit Hilfe der Bildlisten wurden rund 300 000 Aussagen gesammelt.



1966 entschied sich der DRK-Suchdienst, den Betroffenen Abschlussberichte zuzustellen, die alle vorliegenden Erkenntnisse über das Schicksal des Verschwundenen bündelten. Wo individuelle Auskünfte nicht mehr erteilt werden konnten, wurden Erkenntnisse für Soldaten zusammengefasst, die zum gleichen Zeitpunkt und am gleichen Ort verschwunden waren.

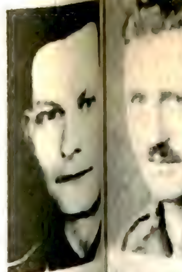
An eine Öffnung sowjetischer Archive glaubte damals niemand. Bis 1991 wurden rund 1,2 Millionen „Suchdienstgutachten" über DRK-Kreisverbände den Angehörigen übergeben. Nur etwa 800 erwiesen sich als falsch. Bei der Zustellung halfen Bürgermeister und Pfarrämter. Die Angehörigen hatten nun ein Dokument in Händen, das sie für versorgungsrechtliche Anliegen, Erbschaftsfragen etc. verwenden konnten. Bis Anfang der 90er Jahre konnten durch die Heimkehrerbefragungen, durch die Zusammenarbeit mit dem Sowjetischen Roten Kreuz und durch Karteiabgleiche etwa eine Million Schicksale geklärt werden. Aber noch immer waren 1,5 Millionen Schicksale ungeklärt.





















Bundeskanzler Konrad Adenauer erreicht 1955, dass die letzten deutschen Kriegsgefangenen von der Sowjetunion freigelassen werden. Etwa 9 600 Menschen, die zum Teil als tot oder verschollen galten, kommen über Frankfurt an der Oder nach Deutschland. Wer in den Westen will, wird mit Bussen in das Lager Friedland gebracht. Tausende Menschen erwarten die Heimkehrer.

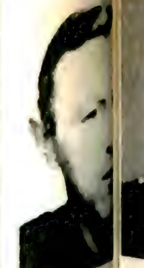
Bild unten: Ein Kind sieht zum ersten Mal seinen Vater.











Seebold Rud.Chr. Referendar 12.7.18 C

Steckler Fritz Gärtner 17.12.00 W

Trogant Karl Bergmann 10.12.05 X

Weirauch Alfred o.A. 3.1.05 T

Nust Herbe Arbeiter 6.6.10






Anton Alois Anstreicher 11.5.22 L

Derrer Heinrich Schreiner 16.5.18 A

Kusterer Johann Arbeiter 11.1.08 W

Winter Willi o.A. 19.3.21 W

Zak Johann Schuhmacher 6.11.99

Skizze zu Hinweis 2

Bahnlinie Belgrad→Palanka→Nisch

Lazarett-Palanka (ehemals deutsches Luftwaffen) (Barackenlager)

Freies Ackergelände

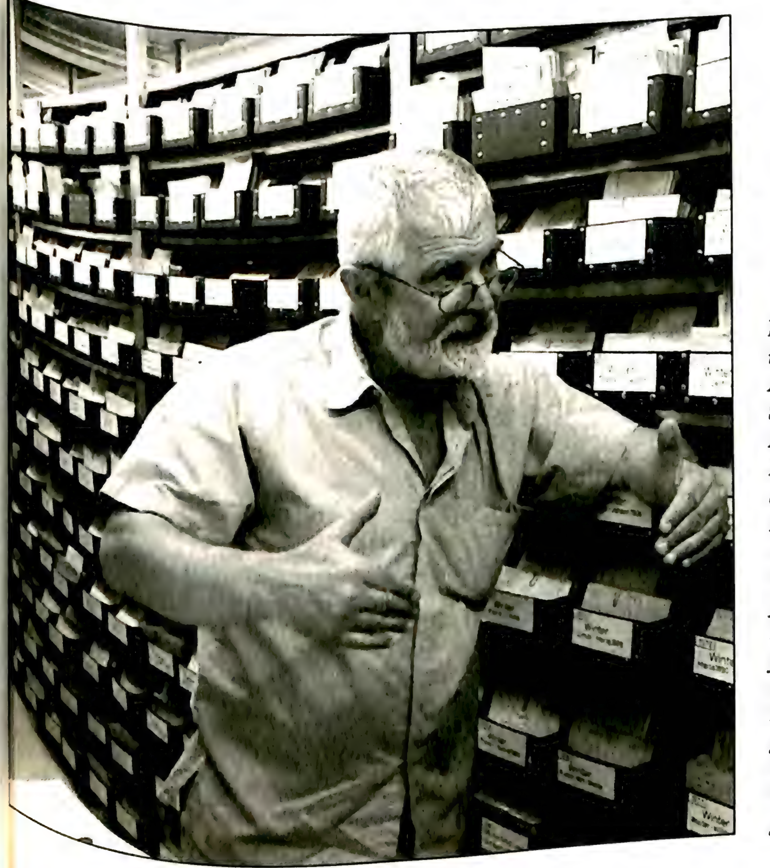


Die Mitarbeiter des Suchdienstes sammeln bei Befragungen der Kriegsgefangenen alle Informationen, die sie bekommen können. Besonders wertvoll sind Angaben über die Lager und über Kameraden, die vielleicht noch als vermisst gelten.

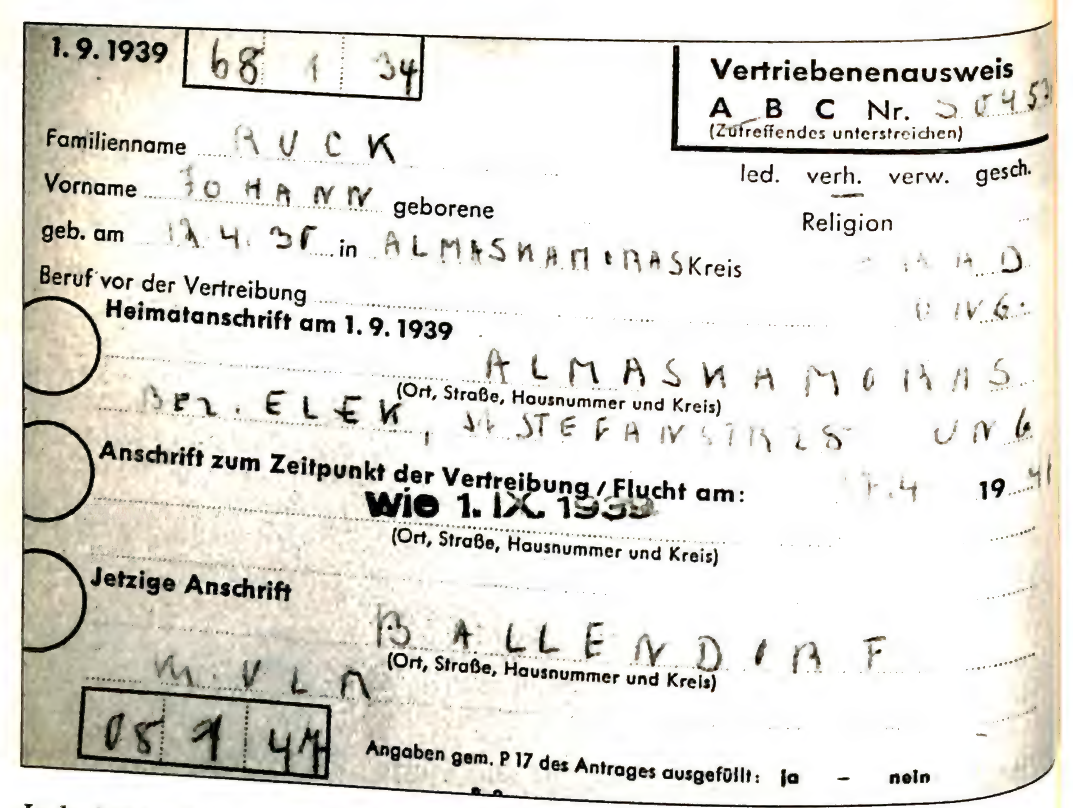
Schicksale auf über 50 Millionen Karteikarten

Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes ist in München mit 75 hauptamtlichen Mitarbeitern und darüber hinaus in allen 19 Landesverbänden und 516 Kreisverbänden flächendeckend mit Fachpersonal präsent. In jedem Kreisverband ist es eine (r) für den Suchdienst ausgebildeter Kollegin (e) – teilweise hauptamtlich, teilweise ehrenamtlich tätig. Jeder dieser Mitarbeiter ist Ansprechpartner für die Menschen vor Ort. Die Mitarbeiter in München sind heute noch zu etwa 90 Prozent ihrer Arbeit mit Schicksalsklärungen befasst, die sich auf die Folgen des Zweiten Weltkrieges beziehen.

Die Zentrale Namenskartei in München umfasst inzwischen 53 Millionen Karten und weitere acht Millionen des ehemaligen Suchdienstes des DRK in der DDR, der 1991 übernommen wurde. Geschätzt wird, dass darin die Namen von 27 Millionen Menschen ste-



Die Zentrale Namenskartei ist das Herzstück des Archivs beim DRK-Suchdienst. Auf 53 Millionen Karteikarten sind Hinweise auf Schicksale von deutschen Soldaten, Flüchtlingen, und deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges verzeichnet. Jeder von ihnen hat im Laufe der Jahrzehnte einmal jemanden gesucht oder wurde gesucht. Die meisten Fälle sind inzwischen geklärt, aber es gibt noch immer rund 1,3 Millionen Schicksale, die bisher nicht geklärt werden konnten.



1.9.1939 | 68 1 34

Vertriebenenausweis
A B C Nr.
(Zutreffendes unterstreichen)

Familienname RUCK
Vorname JOHANN geborene
geb. am 17.4.35 in ALMASKAMARAS Kreis
led. verh. verw. gesch.
Religion
Beruf vor der Vertreibung

Heimatanschrift am 1. 9. 1939
ALMASKAMARAS
BEI ELEK, STEFANSTRASSE
(Ort, Straße, Hausnummer und Kreis)

Anschrift zum Zeitpunkt der Vertreibung / Flucht am: 19..
Wie 1. IX. 1939
(Ort, Straße, Hausnummer und Kreis)

Jetzige Anschrift
BALLENDORF
ULM
(Ort, Straße, Hausnummer und Kreis)

08 9 47

Angaben gem. P 17 des Antrages ausgefüllt: ja – nein

In der Zentralen Namenskartei sind auch Informationen über Vertriebene enthalten: Ihre damalige und ihre neue Anschrift helfen bei der Suche.

hen, die durch Krieg, Gefangenschaft, Internierung, Haft, Flucht, Vertreibung, die Teilung Deutschlands und die daraus resultierenden Folgen zu Suchenden und Gesuchten wurden. Die Erfahrungen aus der Sucharbeit seit 1945 erlauben die Prognose, dass die Aufarbeitung der persönlichen Schicksale beider Weltkriege des 20. Jahrhunderts noch die ersten 20 Jahre des 21. Jahrhunderts andauern wird.

Mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg gehen jedes Jahr zwischen 1 000 und 4 000 völlig neue Suchanfragen ein. Die Hälfte der Erlebnisgeneration ist noch am Leben und an der Suche interessiert. Vor allem die Schwestern oder Frauen der Vermissten, die in der Zeit von 1920 bis 1930 geboren sind, haben heute ein starkes Interesse an der Klärung von Schicksalen. Kinder übernehmen die von den Eltern begonnene Suche, wenn diese gestorben sind. Sie wollen mehr über die letzte Lebenszeit des Vaters oder des Großvaters wissen. Gerade bei der Suche nach „Besatzungsvätern" schieben die Enkel oft die Suche an.

Der Suchdienst hat damit begonnen, die 53 Millionen Karten aus der Zentralen Namenskartei zu digitalisieren. Damit soll einerseits die Kartei für die Zukunft elektronisch gesichert werden, andererseits ist durch die Digitalisierung eine schnellere Suche nach Vermissten möglich. Acht Mitarbeiter arbeiten an diesem Projekt, das noch bis zu zehn Jahre Arbeit beanspruchen wird.

Öffnung der Archive in Moskau

Jahrzehntelang bemühte sich die westdeutsche Seite vergeblich um Zugang zu den sowjetischen Unterlagen über die Kriegsgefangenen. Es gab aus deutscher Sicht nur Mutmaßungen über die Existenz und den Inhalt einer Kartei in Moskau mit Informationen über verstorbene deutsche Kriegsgefangene und Zivilinternierte in sowjetischen Gewahrsam. Jeder Bundeskanzler und alle Rotkreuz-Delegationen hatten bei ihren Besuchen in der sowjetischen Hauptstadt die Frage des Zugangs zu diesen Archiven in ihrem Themenkatalog.

Nach einer 1957 geschlossenen Vereinbarung sendete der Suchdienst im Laufe der Jahre etwa 450 000 Suchmeldungen an die sowjetischen Kollegen und bat um Prüfung. Warum nur ein Teil dieser Anfragen von sowjetischer Seite erfolgreich beantwortet wurde, ist aus heutiger Sicht nachvollziehbar: Die Archivare in Russland hatten wohl große Schwierigkeiten, die richtigen Karten zu den Anfragen in ihrem Archiv zu finden. Die Registrierung der Gefangenen in den Lagern war damals rein phonetisch erfolgt, das heißt, der Name wurde so notiert, wie ihn der russische Bearbeiter verstanden hatte und mit den Buchstaben geschrieben, die im russischen Alphabet zur Verfügung standen. Das führte zu erheblichen Abweichungen von der richtigen Schreibweise der Familiennamen. Trotz dieser Schwierigkeiten konnten über die Jahre aber doch etwa 70 000 Schicksale geklärt werden.

Ein Blick in das Archiv in Moskau, das erst seit der Wende Anfang der 90er Jahre für die deutschen Suchdienste zugänglich ist.



Zuname :	Langner
Vorname :	Firdinant
Geburtsdatum :	1.1.1894
Geburtsort :	g. Graz Awstrija
Wohnort 1.9.1939 :	g. Berlin
Vorname des Vaters :	
Familienstand :	
Beruf :	
Dienstgrad :	
Todestag :	05.03.1946
Orte der Gefangenschaft :	
Grablage :	w lagere Nr.6 g.Frankfurte

03387 Z/KG VZ

Division: .... Gruppe: 510711

Volkssturm d. Krs. Oberbarnim

Lett. 8.5.45 von den Russen gef.genommen

AK erst. 27. Dez. 1971

Dritte: 4.45 im Stg in Köthen / Ukermark / in Zivil gesehen

Lett.: 4.45

Langner Ferdinand
Beamter
27.6.94
Österreich
Volkssturm
Köthen 4.45
VA 234 9-2

Kriegsgefangenen- und Vermißtenregistrierung 1950 N46

Bitte mit Schreibmaschine oder Blockschrift ausfüllen!

KG — Hessen / Darmstadt — Land — Reg.-Bez.

StUG — Büdingen / Daugshheim — Kreis — Gemeinde

1060163 — Personalien des Abwesenden

Langner — Familienname

27/ Ferdinand — Vorname

24.6.94 / Knittelfeld/Steiermark — geb. am — in (Ort, Kreis)

verh. — led., verh., verw., gesch.

1/1/ Bürobeamter — Kinderzahl — davon minderj. — Erlernter Beruf

/Beamter — zuletzt tätig als (Selbst., mith. Fam. Angeh., Beamter, Angest., Arb.)

Siemens-Schuckert Berlin — Letzte Arbeitsstätte (Name [Firma] und Anschrift)

Tajimi Gifu-ken /Japan, ab 1943 — Falkenberg bei Berlin/Mark, Freienwalderstraße 14 — Wohnsitz bei Kriegsbeginn am 1. Sept. 1939 (Ort, Straße, Kreis, Land)

keinen / keinen / Volkssturm — Letzter Dienstgrad — Letzte Feldpost-Nr. — Offene Truppenanschrift, Fortsetzung siehe Rückseite!

Volkssturm — zuletzt verwendet als (z. B.: Melder, Kp.-Schreiber usw.)

VW VZ — ausgewertet — Hotel Bayern

- Freund

ND : ....

Natürlich war dies den Mitarbeiter des Suchdienstes des Roten Kreuzes zu wenig. Sie gingen davon aus, dass es mehrere zentrale Karteien mit Informationen über die Kriegsgefangenen in Moskau geben müßte. Doch selbst Anfragen auf höchster politischer Ebene brachten keine Ergebnisse. Noch im Jahre 1987, als Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion schon Einzug gehalten hatten, wurden entsprechende Anfragen abschlägig beantwortet. Erst als Michail Gorbatschow Staatspräsident wurde, gelang der lang erstrebte Direktzugang zu den staatlichen Archiven der nunmehr Russischen Föderation.

Bei einer Sitzung in Moskau mit dem DRK im Oktober 1989 gaben die Russen die ersten Zusagen. Bei einem Besuch in Moskau im Mai 1991 konnte der Suchdienst einen ersten persönlichen Einblick in das wichtige staatliche Militärarchiv bekommen – eine erste Diskette mit den Namen von 15 000 deutschen Kriegsgefangenen, die in sowjetischen Lagern gestorben waren, wurde dem Suchdienst im Oktober 1992 übergeben. Bis dahin war es nie möglich gewesen, selbst in ein Archiv in Russland zu gelangen und dort nach Vermissten zu suchen. In einem Sonderarchiv in Moskau fanden die Mitarbeiter des Suchdienstes nun Daten von über 320 000 verstorbenen Kriegsgefangenen. Nach und nach fand man noch andere Archive in Moskau: Das Archiv des Innenministeriums, ein Archiv mit Daten aus NKWD-Speziallagern, ein Archiv in Podolsk und eines in St. Petersburg. Mit jedem Archiv musste einzeln über die Freigabe verhandelt werden. Es war ein Durchkämpfen von Archiv zu Archiv.

Über die Jahre wurde das Verhältnis zu den russischen Kollegen immer freundlicher und offener und mündete in eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der Suchdienst ist jetzt darum bemüht, auch den Zugang zu den Archiven anderer Länder, wie z.B. Tschechien, Slowakei und Serbien-Montenegro zu bekommen. Ein erster Besuch in den slowenischen Archiven brachte das Ergebnis, dass es dort Daten über verstorbene deutsche Soldaten gibt, die bisher beim Suchdienst nicht bekannt waren und zu weiteren Schicksalsklärungen führen werden.

Datentransfer von Moskau nach Deutschland

Bis heute wurden dem Suchdienst über 1,5 Million Namen von Deutschen aus den russischen Archiven übergeben. Dabei werden die Daten aus den Akten in Russland vor Ort als Papierkopien, mittels Mikrofilmkamera oder überwiegend per Computer erfasst und an den Suchdienst weitergegeben. Das Deutsche Rote Kreuz stellte dafür die benötigte Technik zur Verfügung. Im Sprachgebrauch der Suchdienste wird diese Datenübergabe als „Datentransfer" bezeichnet. Durch diese neuen Informationen konnten seit 1992 die Schicksale von 180 000 Verschollenen des Zweiten Weltkrieges geklärt werden. Trotz des bisher durchgeführten Datentransfers aus Russland sind heute noch immer 1,3 Millionen Schicksale ungeklärt.

Aus den Archiven in Moskau wird die Information übermittelt, dass ein „Firdinant Langner" 1946 im Lager Nr. 6 in Frankfurt gestorben sei. Da der Nachname im Lager richtig aufgenommen worden war, finden die Mitarbeiter des Suchdienstes im Archiv die Karte von Ferdinand Langner recht schnell. Der Beamte war beim Volkssturm und wurde im April 1945 das letzte Mal gesehen. Seine Familie suchte ihn. Sie wird jetzt vom DRK-Suchdienst eine Auskunft über sein Schicksal bekommen.

Die Aufarbeitung der übertragenen Daten aus den Kriegsgefangenenakten stellte sich als zum Teil sehr schwierig heraus: Die vernehmenden Wachsoldaten in den sowjetischen Lagern konnten in der Regel nicht Deutsch und hatte den Namen so notiert, wie sie ihn verstanden hatte und in kyrillischen Lettern mit den Buchstaben geschrieben, die im russischen Alphabet zur Verfügung standen. Deutsche Buchstaben, die in der russischen Sprache nicht vorkommen, wurden durch andere ersetzt. So wurden vor allem Familiennamen verstümmelt oder bis ins Unerkennbare verändert. Ebenso verhielt es sich mit den Ortsnamen. Bei Geburtsdaten wurde, nach russischer Sitte, meist nur das Jahr, nicht aber Monat und Tag festgehalten. Dies erschwerte die Identifizierung, besonders bei Namen, die häufig vorkommen, wie Müller, Meier, Schmidt. Alle erfassten kyrillischen Daten werden durch den Import in eine Datenbank beim Suchdienst München ins Lateinische transkribiert und dann mit einem speziellen Computerprogramm weiter bearbeitet.

Mit dem FSB, der Nachfolgeorganisation des KGB, arbeitet der Suchdienst seit 1998 zusammen. **Die Kartei des FSB in der Moskauer Ljubjanka**, mit Daten über 143 000 inhaftierte Deutsche, wurde zwischenzeitlich gescannt, in einer Datenbank erfasst und dem Suchdienst zur Verfügung gestellt. In den Archiven des Geheimdienstes befinden sich noch weitere Informationen, an denen der Suchdienst interessiert ist. Es sind Daten von deutschen Zivilisten, die in Speziallagern, Gefängnissen und den Verhörräumen der geheimen sowjetischen Staatspolizei, verhört und festgehalten wurden. Die Gefangenenakten werden derzeit für den Datentransfer ausgewertet.

Das Archiv des Russischen Innenministeriums stellte weitere 70 000 Namen von verstorbenen Deutschen zur Verfügung, die im sowjetischen Lagersystem verurteilt worden waren.

Das mehrfach umbenannte **Staatliche Militärarchiv** ist die bedeutenste Fundquelle. Dort lagert der Großteil aller Karteikarten und Akten, sowohl der deutschen Kriegsgefangenen als auch der ehemaligen Zivilinternierten. Durch die intensive Zusammenarbeit mit dieser Einrichtung konnten nahezu 400 000 Namen von verstorbenen Kriegsgefangenen und 72 000 Namen verstorbener Zivilisten erschlossen werden. Darüber hinaus besitzt dieses Archiv rund 20 000 Chroniken der alle Transporte begleitenden Wachmannschaften, aus denen die Namen von über 5 000 Deutschen gewonnen werden konnten, die während des Eisenbahntransportes in ihre Bestimmungslager gestorben waren.

Das **Archiv des Verteidigungsministeriums** in der südlich von Moskau gelegenen Stadt Podolsk beinhaltet neben den Unterlagen der Roten Armee alle Angaben über 32 000 deutsche Kriegsgefangene, die in spezielle Arbeitsbataillone abkommandiert und bei ihren Einsätzen verstorben waren.

Aus dem **Militärischen Museum in St. Petersburg** erhielt der Suchdienst Informationen über 55 000 deutsche Gefangene, die zur Behandlung in 6 000 Lazarette der Roten Armee verbracht wurden und von denen mehrere tausend dort verstarben.

Aber auch in anderen Ländern der GUS und Osteuropas gibt es weitere einschlägige Archive. Durch systematische Recherchen des Suchdienstes in der Ukraine, im Baltikum, in Weißrussland, in Tschechien, der Slowakei und in Serbien-Montenegro werden diese



Jeder neue Datensatz, der aus Russland kommt, wird mit den Namen im Archiv verglichen. Finden die Mitarbeiter eine Übereinstimmung, dann kann ein weiteres Schicksal geklärt werden.

erschlossen und für Fragen der Schicksalsklärung ausgewertet. Nach dem bisherigen Stand ist davon auszugehen, dass mindestens 650 000 Deutsche in den Lagern im Osten starben, etwa 20 Prozent der noch offenen Schicksale von Kriegsverschollenen werden wohl noch zu klären sein.

Pro Jahr werden bis zu 20 000 Schicksale geklärt

In München werden die Informationen des Datentransfers mit Hilfe von speziellen Computerprogrammen aufbereitet und für einen Abgleich mit der zentralen Namenskartei vorbereitet. In der Kartei befinden sich nicht nur die genauen Personalangaben über den Verschollenen, sondern auch die Namen und Anschriften der Angehörigen, die ihn zu irgend einem Zeitpunkt gesucht hatten. Die zum Teil unzureichenden oder auch fehlerhaften Unterlagen aus den russischen Archiven werden mit den Angaben der Angehörigen auf den Karteikarten verglichen. Bei zweifelsfreier Übereinstimmung ist ein weiteres Schicksal geklärt und die Hinterbliebenen können darüber unterrichtet werden. Die Adressen der zu benachrichtigenden Angehörigen sind zum Teil bereits sehr alt oder die ursprünglichen Antragsteller sind längst verstorben. In diesen Fällen müssen die Anschriften, auch mit Hilfe der DRK-Landesverbände, aktualisiert werden und die noch lebenden Nachkommen als Empfänger der Schicksalsnachricht ermittelt werden. Dabei handelt es sich überwiegend um Routinearbeiten, die natürlich zu zeitlichen Verzögerungen führen können. Sehr hilfreich ist es, wenn die Suchenden ihre Anfragen wiederholt und sich in jüngster Zeit gemeldet haben. Erneute Anfragen sind seit den 90er Jahren elektronisch erfasst und in einer Datenbank gespeichert, mit deren Hilfe ein Abgleich erheblich beschleunigt wird.

Durch den Datentransfer und die Identifizierung der Fälle mit Hilfe der Karteiunterlagen können in München jährlich zwischen 10 000 und 20 000 noch heute offene Verschollenenfälle geklärt und den Angehörigen die letzten Lagerstandorte, die Grablage und ein genaues Todesdatum übermittelt werden.

Wollen die Angehörigen in Einzelfällen weitergehende Informationen über ihren Verschollenen, über seine Zeit in der Gefangenschaft, über die Zustände in den Lagern oder über Krankheiten, können diese aus dem Lagerarchiv des Suchdienstes München gewonnen werden. Zusätzliche Informationen ergeben sich aus dem gerade angelaufenen Großprojekt, das zusammen mit dem Staatlichen Militärarchiv in Moskau durchgeführt wird. Sämtliche zwei Millionen Gefangenenakten werden dabei digitalisiert und dem Suchdienst zur Verfügung gestellt.



Acht Mitarbeiter scannen 53 Millionen Karteikarten, eine Arbeit, die mit größter Sorgfalt ausgeführt werden muss und die nach heutigem Stand voraussichtlich zehn Jahre andauern wird. Obwohl bisher nur ein erster Teil der Kartei bearbeitet ist, ist schon eine spürbare Erleichterung beim Arbeitsablauf bemerkbar.

Mussten die Mitarbeiter bei jedem einzelnen Fall früher noch den Weg in die Kartei zurücklegen, ist heute die schnelle und einfache Überprüfung der Dokumente am PC möglich. Dies hat den Vorteil, dass der Arbeitsablauf schneller wird und auch die Anfragen schneller beantwortet werden können. Auch das wertvolle Karteimaterial wird geschont.

Zentrale Auskunftsstelle in Krisenzeiten

Der Suchdienst arbeitet für Menschen, die durch Kriege oder Katastrophen in Mitleidenschaft gezogen und voneinander getrennt wurden. Dieser wichtigen humanitären Aufgabe kann das Rote Kreuz nachgehen, weil es gemeinsam mit seinen Schwestergesellschaften ein weltweites Hilfsnetzwerk unterhält und als größte humanitäre Hilfsorganisation weltweit in allen Katastrophen- und Konfliktgebieten strukturell und personell präsent ist. Die Delegation des Internationalen Kommitees vom Roten Kreuz mit Zentrale in Genf arbeitet in allen Kriegsgebieten. Die nationalen Rot Kreuz und Rot Halbmondgesellschaften sind die ausführenden Organisationen im jeweiligen Land. So sind bei aktuellen Konflikten und Katastrophen immer Mitarbeiter vor Ort, die

Informationen auch an den Suchdienst weitergeben können. Dadurch ist eine schnelle und zuverlässige Klärung von Suchanfragen im weltweiten Verbund möglich. In humanitären Fragen kann das Rote Kreuz leichter grenzüberschreitende Kontakte aufnehmen, als die Politik.

Seite 8 / Süddeutsche Zeitung Nr. 2

27/28. Nov. 2004

AUSLAND

16 600 Vermisste

Genf (AFP) – Fast zehn Jahre nach dem Ende des Bosnien-Kriegs gelten immer noch etwa 16 600 Menschen als vermisst. Ihr Schicksal habe seit dem Ende des Konflikts 1995 nicht aufgeklärt werden können, teilte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) mit. Eine Liste der Vermissten soll bei der Suche nach Spuren sowie bei der Identifizierung von exhumierten Leichen helfen. Zwischen 1995 und 2004 hat das IKRK fast 22 000 Anfragen nach Vermissten erhalten. Über 5000 Fälle konnten geklärt werden.

1966 gab die Bundesregierung dem Deutschen Roten Kreuz den Auftrag, die nationale Auskunftsstelle in Deutschland zu betreiben. Diese Aufgabe wurde vom DRK-Suchdienst übernommen. Im Fall von Konflikten oder nationalen Katastrophen würde das Nationale Auskunftsbüro tätig werden. Mit seinem flächendeckenden Netz an Kontaktstellen und der jahrzehntelangen Erfahrung bei der Suche nach Vermissten ist der Suchdienst für diese Aufgabe gut vorbereitet. Ehrenamtliche Helfer erhalten eine Ausbildung im Suchdienst und werden ständig weitergebildet. Niemand wünscht sich eine Wiederholung dessen, was in Deutschland und Europa bei der Aufarbeitung der Folgen des Zweiten Weltkrieges geleistet werden mußte, aber es könnten wieder Ereignisse eintreten, die Menschen voneinander trennen und Familien zerreißen. So wurde der Suchdienst zum Beispiel bei der Flut in Ostdeutschland 2002 tätig. Aber auch nach der Flutkatastrophe in Asien Weihnachten 2004 wandten sich Tausende von betroffenen Mitbürgern ratsuchend an den Suchdienst in München. Etwa 1 200 Vermisstenfälle wurden dort registriert, mit den Unterlagen des Auswärtigen Amtes abgeglichen und bearbeitet.

Bis Ende der 70er Jahre war der Suchdienst München – im Auftrag der Bundesregierung – fast ausschließlich mit der Bewältigung der Folgen des Zweiten Weltkrieges befasst. Doch dann wurden die Auswirkungen neuer weltweiter Konflikte spürbar. In vielen Ländern auf allen Kontinenten gab es regionale Spannungen, Bürgerkriege und offene Auseinandersetzungen zwischen Nachbarstaaten. Neue Flüchtlingsströme waren die Folge. Nach dem Korea- und dem Vietnam-Krieg folgten Kriege in Afrika, die beiden Golf-Kriege, der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, die Konflikte im Kaukasus und die Kriege in Afghanistan und dem Irak. Der DRK-Suchdienst ist aber nicht bei jeder kriegerischen Auseinandersetzung gleichermaßen gefragt – er wird in der Regel nur dann tätig, wenn sich ein Suchender oder ein Gesuchter in Deutschland aufhält.

Beispiele aus unserer Arbeit:

Zur Adoption freigegeben

Akte: Glaum, Barbara, 24.September 1945

Barbara G. wurde am 24. September 1945 in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) in der Familie der Landwirte Helmut und Ursula S. geboren. Im Jahre 1947 haben die Eltern ihr Kind per Kindesannahmevertrag an die kinderlose Familie H. abgegeben.

Seit ihrem 18. Lebensjahr beschäftigt sich Barbara G. mit ihrer Herkunft. Als sie 58 wird, will sie dieses Thema nicht mehr aufschieben und stellt einen Suchantrag beim Suchdienst des Roten Kreuzes nach ihren leiblichen Eltern und Geschwistern. Der DRK-Suchdienst wendet sich an das Einwohnermeldeamt der Stadt Quedlinburg, das die Anfrage an das Landratsamtsarchiv weiterleitet. Aus deren Akte geht hervor, dass der Vater Helmut S. im Jahre 1986 verstarb. Die Mutter heiratete 1977 Herrn M. und 1981 Herrn W.. Aus ihrer ersten Ehe sind noch fünf Kinder, Barbaras Geschwister, hervorgegangen – der ein Jahr ältere Peter, die drei Jahre jüngere Rosel, der fünf Jahre ältere Lothar, die sieben Jahre ältere Angelika und die dreizehn Jahre ältere Marina. Zur Zeit lebt die 79jährige Mutter im Pflegeheim in Gernrode. Die Adresse und die Kopien der Unterlagen von Barbara G. werden der jüngsten Schwester mitgeteilt. Im Jahre 2004 entsteht eine Verbindung zwischen den Getrennten.

Letzter Wunsch der Mutter

Akte: Moll, Heinz-Manfred 4. September 1939

2003 sucht Luise W., geboren am 6. Februar 1919, ihre leibliche Tochter Helga-Luise M., geb. am 9. September 1942, und ihren leiblichen Sohn Heinz-Manfred M., geb. am 4. September 1939. Beide Kinder sind nach der Scheidung 1943/44 beim Vater Franz-Xaver M. in Laufenburg/Rhina geblieben.

Die Tochter Helga-Luise wird über die Rentenbehörde vom DRK-Suchdienst gefunden und angeschrieben. Im Laufe der Nachforschungen stellt sich heraus, dass die lebende Mutter Luise W. für tot erklärt wurde, damit Franz-Xaver M. zum zweiten Mal heiraten konnte. Um Franz-Xaver M. zu finden, werden einige gleichnamigen Personen im Ort Laufenburg angeschrieben, mit der Hoffnung, dass sich die richtige Person beim Suchdienst meldet. Es antworten einige Personen, darunter auch die zweite Ehefrau von Franz-Xaver M., die die aktuelle Anschrift des gesuchten Sohnes in der Schweiz mitteilt. Daher wendet sich der Suchdienst an das Schweizerische Rote Kreuz. Nach deren Angaben soll Helga-Luise M. schon Kontakt aufgenommen haben und ihren Bruder Heinz-Manfred M. demnächst treffen.

Danziger Familie

Akte: Ronimierski, Ewa Agata 10. Mai 1918

2003 geht der Suchantrag von Bogumila Ewa R. aus Schweden beim DRK-Suchdienst München mit der Bitte ein, ihre leibliche Mutter Ewa Agata R., geb. am 10. Mai 1918 in Danzig (Gdansk), ausfindig zu machen. Bogumila Ewa R. wurde gleich nach ihrer Geburt am 1. Januar 1953 in ein Kinderheim abgegeben. Im Alter von vier Jahren wurde sie von den Eheleuten Glodkowski adoptiert, die mittlerweile verstarben. Der Kirchliche Suchdienst Stuttgart hat in der Heimatortskartei eine ältere Anschrift von Ewa Agata R. aus dem Jahre 1951 erfasst. Jetzt wird ihr aktueller Aufenthaltsort überprüft, aber die Mutter ist nicht zu finden. Ihr Sohn Miroslaw N. aber wohnt in Danzig. Der Kontakt mit seiner Schwester Bogumila Ewa R. wird hergestellt.

Das Suchdienstpuzzle

Akte: Gern, Gerlinde 19. April 1936

Richard H. aus den USA wendet sich 2001 an den Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen mit der Bitte, seine Mutter Gerlinde G., geb. am 19. April 1936 in Hailfingen, jetzt Rottenburg am Neckar, zu finden. Beim Standesamt Rottenburg liegt kein Eintrag über ihre Eheschließung vor. Sie sei 1958 nach Stuttgart-Möhringen verzogen und dort als „unbekannt" abgemeldet worden. Der Internationale Suchdienst Bad Arolsen leitet den Suchantrag an den DRK-Suchdienst München weiter.

Der Suchdienst München überprüft beim Staatsarchiv Bremen ob die Mutter ausgewandert ist. Dies wird nicht bestätigt. Auch die Anfrage beim Einwohnermeldeamt Rottenburg am Neckar ist ergebnislos. Beim Standesamt Rottenburg am Neckar kommt man auf die Spur des Vaters der Gesuchten Jakob K.. Er soll mit seiner Familie lange in Bondorf, Krs. Böblingen, gewohnt haben. Es wird das Bondorfer Einwohnermeldeamt angeschrieben, es teilt die Adresse des Bruders der Gesuchten mit, der dann vom Suchdienst angeschrieben wird. Dieter K. schreibt die Anschrift seiner Schwester zurück. Gerlinde G. ist verheiratet und wohnt zur Zeit in Alkoven, Österreich. Sie ist mit der Weitergabe ihrer Anschrift an ihren Sohn Richard H. einverstanden.

Den Vetter seit 1945 nicht mehr gesehen

Akte: Trade, Leo 27. August 1939

Leo G. aus Wachtberg sucht 2002 seinen Vetter Leo T., geb. am 27. August 1939 in Lilienthal, von dem er seit 1945 keine Nachricht mehr erhalten hat. In der Zentralen Namenskartei des DRK-Suchdienstes ist eine Suchkarte vom elternlosen Leo T. nach seinen Familienagehörigen vorhanden. Er war 1947 im Quarantänelager Bischofswerda untergebracht. Da seine Eltern verstorben waren, wurde er von Alma W. in Oschatz adoptiert. Durch die Korrespondenz mit den Einwohnermeldeämtern Oschatz, Taucha b. Leipzig und Friedersdorf wird die aktuelle Anschrift von Leo T. bekannt. Leo T. nimmt 2004 Kontakt mit seinem Vetter auf.

Hat mein Vater mich nie vermisst?

Akte: Meier, Klaus 05. August 1942

Bei den Rostockern Karin und Klaus M. wurde im Februar 1965 der Sohn Mirko geboren. Die Eltern trennten sich kurz danach, der Kontakt brach ab. Klaus M. soll die DDR über Ungarn – wahrscheinlich vor dem 9. November 1989 – verlassen haben. Der Sohn versucht seinen Vater durch das Einwohnermeldeamt ausfindig zu machen. Da der Vater sich nirgendwo abgemeldet bzw. umgemeldet hatte, bleiben die Bemühungen von Mirko erfolglos. Nach den Aussagen von Bekannten und Freunden soll sich der Vater in Süddeutschland aufhalten.

Im September 2003 wendet sich Mirko M. an den Suchdienst München. Der Vater wird durch eine Rentenbehörde gefunden. Vom Suchdienst erfährt Klaus M. die Telefonnummer seines Sohnes und nimmt mit ihm Kontakt auf. Ohne Hilfe des Suchdienstes hätte Mirko M. seinen Vater nicht gefunden.

Hast du von der Halbschwester gewusst?

Akte: Polstein, Oskar 19. September 1911

Im Oktober 2002 wendet sich Anni R. aus Dänemark, geb. am 5. Januar 1945 in Odense, an den DRK-Suchdienst München und möchte ihren leiblichen Vater Oskar P., geboren am 19. September 1911 in Thüringen, und gegebenenfalls seine Familie finden. Nach der Überprüfung der Zentralen Namenskartei des DRK stellt sich heraus, dass Oskar P. verheiratet war und als Wehrmachstangehöriger bis zur Entlassung im Jahre 1948 in verschiedenen Lagern und Gefängnissen festgehalten wurde. Daraufhin wird das Einwohnermeldeamt des letzten bekannten Aufenthaltsortes angeschrieben. Weitere Nachforschungen ergeben, dass Oskar P. im Jahre 1987 gestorben ist. Er hatte nach dem Krieg eine neue Familie gegründet und so konnte Anni R. mit Hilfe des Suchdienstes ihre Stiefschwester Monika S. kennen lernen. Monika bedankt sich beim Suchdienst, dass sie eine liebe Halbschwester bekommen hat.

Vergessenes Kind in Norwegen

Akte: Lamprath, Otto 01. April 1908

Das Norwegische Rote Kreuz wendet sich an den DRK-Suchdienst München und bittet, den leiblichen Vater Otto L., geb. am 1. April 1908, für Arno G., geb. am 3. Juni 1945, zu finden. Otto L. war während des Zweiten Weltkrieges bis Mai 1945 in Jaeren in Norwegen stationiert. Über die Deutsche Dienststelle erfährt man, dass der Obergefreite Otto L. am Ende des Krieges in französische Kriegsgefangenschaft geriet. Zum Zeitpunkt seiner Kriegsgefangenschaft hatte er seine Anschrift in Dölau/Halle. Deshalb wird das Einwohnermeldeamt der Stadt Halle (Saale) angeschrieben. Es wird mitgeteilt, dass Otto L. 1997 verstorben ist. Er hat aber einen Sohn, Michael. Diese Informationen gehen nach Norwegen an Arno G.

Herten, den 11.8.84.

DRK-Suchd. Mü.
20. Aug. 1984
Abt. Ant. 4

An das Deutsche Rote Kreuz.
Sehr geehrte Damen und Herren.
Betr.: Suchauftrag nach meiner Mutter, Martha Anna Linberg geb. am 30. Januar 1914 in Neukölln.

Wieder eine Familie

Akte: Schulte, Gertrud 09. März 1939

1984 richtet Gertrud P. aus Herten eine Suchanfrage nach ihrer leiblichen Mutter Martha Anna L. und ihren Geschwistern an den DRK-Suchdienst München. Als die Stiefmutter Hermine S. 1984 starb, hat Gertrud erfahren, dass ihr leiblicher Vater Kurt K. im Krieg gefallen ist, und dass sie noch eine leibliche Mutter sowie einen Bruder und eine Schwester hat. Von der Stiefmutter weiß sie, dass ihre Geschwister in der DDR leben. Die Mutter Martha Anna L. wurde am 30. Januar 1914 in Berlin-Neukölln geboren. 1933 hat sie Kurt K. geheiratet und am 9. März 1939 wurde Gertrud geboren. Die Ehe wurde 1942 geschieden und Gertrud P. kam in ein Waisenhaus, später zu Pflegeeltern. Die letzte bekannte Anschrift der Mutter aus dem Jahre 1949 war Berlin.

Der Suchdienst München fragt beim DRK der DDR an, das keine Feststellung über die Gesuchte treffen kann. Parallel wird die Rundfunkdurchsage gestartet. Auch auf die Rundfunkdurchsagen meldet sich niemand, der Hinweise geben kann. Gertrud P. wendet sich an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, aber auch diese Möglichkeit bringt kein Erfolg.

Erst im Jahre 2001 wird von Gertrud P. eine neue Suche gestartet. Der Suchdienst schreibt das Standesamt Berlin-Treptow an, wo die Ehe der Eltern geschlossen wurde. Das Amt nennt die Geburtsdaten der drei Geschwister von Gertrud P.; die Namen sind nicht bekannt. Durch das Standesamt Berlin-Lichtenberg, wo die Geburt von Gertrud P. registriert wurde, werden die Namen und Personaldaten der Geschwister aus dem Geburtenbuch übermittelt. Daraufhin werden zwei Brüder und eine Schwester angeschrieben.

In den Jahren 1948 und 1951 wurde die Schwester Christa durch ihren Bruder Kurt K. gesucht. Aber ihr Verbleib konnte nicht ermittelt werden. Der zweite Bruder Günter K. hat 1968 einen Suchantrag gestellt und nur einen Bruder seines Vaters gefunden.

Die Brüder Günter K. und Kurt K. werden gefunden, wobei sie auch keine Informationen übereinander gehabt hatten. Kurt K. steht in Verbindung zu seiner Schwester Christa K. Die Geschwister freuen sich, wieder eine Familie zu sein. Der Verbleib bzw. der Sterbefall der Mutter bleibt jedoch bis heute ungeklärt.

Gesucht, gefunden, und erneut gesucht …

Akte: Bempf, Elfriede Olga 10. September 1924

Rainer B. wurde am 3. Dezember 1944 unehelich geboren und 1947 von der Familie Walter und Elisabeth F. aus Berlin adoptiert. 1976 stellt Rainer den Suchantrag nach seiner leiblichen Mutter Elfriede B., geb. am 10.9.1924 in Klein-Bajohren. Der Grund seiner Nachforschung sind eventuelle krankhafte Erbanlagen, die es ihm und seiner Frau auferlegen würden, keine Kinder zu haben.

Nach der Überprüfung der Zentralen Namenskartei des DRK-Suchdienstes München stellt sich heraus, dass Elfriede B. im Jahre 1950 den Vater ihres Kindes gesucht hatte. Da sie in Neuburg in Ostpreußen und zuletzt in Berlin gelebt hat, werden der Kirchliche Suchdienst wegen der Heimatortskartei und das Einwohnermeldeamt Berlin angeschrieben. Die Ermittlungen ergeben, dass die inzwischen verheiratete Elfriede K. in Berlin wohnt. Der Sohn wird benachrichtigt und kann bald seine Mutter in die Arme schließen.

2003 sucht Rainer B. erneut – diesmal seine ältere Halbschwester Gisela, geboren am 12. Januar 1942 in Berlin, die bei ihrer Tante Erna K. in Ostpreußen aufwuchs. Die Tante soll bei der Flucht nach Berlin am Ende des Krieges verstorben sein. 1953 hatte die Mutter schon einmal ihre Tochter Gisela über das DRK gefunden, sie einige Jahre später aber wieder aus den Augen verloren. Gisela soll geheiratet haben, ihr neuer Name ist dem Bruder jedoch nicht bekannt. Durch das Einwohnermeldeamt Berlin findet der Suchdienst die Schwester und im Jahre 2004 kommt es zum Wiedersehen.

Das Geheimnis des Vaters

Akte: Schlicht, Paul 22. März 1918

Im Jahr 2001 sucht Frau Ulrike Z. aus Nordstemmen nach ihrem Halbbruder Heinz S., geb. am 26. Oktober 1942 in Insterburg in Ostpreußen. Der Vater soll in der Zeit in Insterburg stationiert gewesen sein. Er wurde nach dem Krieg gefunden und musste für das Kind Alimente zahlen. Die vier Schwestern haben erst jetzt durch die siebenundachtzigjährige Mutter von der Existenz ihres Halbbruders erfahren.

Der Vater Paul S. wurde am 22. März 1918 in Reichenbach in Ostpreußen geboren und ist schon 1972 verstorben. Die Zahlungen an das Jugendamt erfolgten über das Jugendamt Hamm.

Der DRK-Suchdienst ermittelt über die Heimatortskartei des Kirchlichen Suchdienstes und kann keine Person unter diesem Namen finden. Vom Einwohnermeldeamt Hamm erhält man An- und Ummeldungsdaten, wonach Heinz S. 1967 mit seiner Ehefrau nach Schwäbisch Hall umgezogen ist. Seine Anschrift in Schwäbisch Hall wird überprüft und schließlich wird er selbst angeschrieben. 2004 lernen Heinz S. und seine Halbschwestern einander dank des Suchdienstes kennen.



„Wir wollen den Menschen helfen“

Gespräch mit Klaus Mittermaier, Leiter des Suchdienstes München des Deutschen Roten Kreuzes.

Weiß man, wie viele Deutsche nach dem Krieg Angehörige suchten oder von jemandem gesucht wurden?

Man kann nur Annäherungen anstreben. Genaue Zahlen sind unmöglich zu ermitteln. In den ersten Nachkriegsjahren sprachen einige von 15, andere von 17 Millionen Vermissten. Wir gehen davon aus, dass die meisten Suchenden und Gesuchten in unserer Zentralen Namenskartei enthalten sind. Die Gesamtzahl der vorübergehend voneinander getrennten Menschen kann auf annähernd 30 Millionen geschätzt werden. Die ersten exakten Zahlen gab es erst nach der offiziellen Erfassung im März 1950. Das heißt wir wissen, wer 1950 noch jemanden vermisste und suchte. Es handelt sich um 2,5 Millionen Menschen. Diese Zahl kennen wir auf den einzelnen Menschen genau. Wir wissen nicht, ob sich alle Suchenden gemeldet haben und offiziell erfasst wurden, gehen aber davon aus, dass über 90 Prozent an der Befragung teilgenommen haben. Nicht aufgenommen sind die Vermissten, bei denen kein Angehöriger mehr lebte, der suchen konnte. Außerdem wurde in der DDR keine vergleichbare Erhebung gemacht. Ebenfalls nicht erfasst sind Menschen, die von Deutschen im Ausland gesucht wurden. Das gilt für Länder wie Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien, aber im hohen Maße auch für die Russlanddeutschen, die 1941 von Stalin nach Sibirien und Kassachstan verschleppt wurden. Viele Menschen aus diesen Gruppen haben erst heute die Möglichkeit, mit der Suche zu beginnen. Ich denke da an die Spätaussiedler, die inzwischen in der Bundesrepublik leben. Viele der Anfragen, die in jedem Monat bei uns eingehen, stammen von ihnen.

Wie viele Menschen werden heute noch vermisst?

Die Bundesregierung beauftragte das Rote Kreuz, das Schicksal der 2,5 Millionen Vermissten, die 1950 ermittelt wurden, zu klären. Wir gehen heute davon aus, dass es noch immer etwa 1,3 Millionen ungeklärte Fälle gibt. Dazu gehört auch eine unbekannte Anzahl von Vermissten, die von Bürgern der neuen Bundesländer oder von in Osteuropa lebenden Deutschen bisher nicht gemeldet wurden. Hier könnten noch Zehntausende ungeklärter Schicksale hinzukommen.

Wieviele dieser Schicksale kann der Suchdienst noch klären?

Wir gehen davon aus, vielleicht noch 300 000 Schicksale des Zweiten Weltkrieges in den nächsten 20 Jahren klären zu können. Das heißt, dass immer noch ein Rest von einer Million Suchfälle bleibt, die wahrscheinlich nie mehr geklärt werden können.

Ist es nicht deprimierend, dass eine Million Menschen verschwunden ist und deren Verbleib nicht mehr aufgeklärt werden kann?

Einen kleineren Teil dieser Menschen wird der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge bei der Gräbersuche und Umbettung im Osten finden. Sicherlich können dabei offene Schicksale geklärt werden. Ein großer Teil wird aber für immer im Dunkeln bleiben. Wir vermuten, dass viele Soldaten oder zivile Deportierte gleich nach der Gefangennahme, auf dem Weg zum Bahnhof, zum Sammellager oder noch bevor sie registriert wurden, gestorben sind. Sie alle wurden nicht registriert und wurden teilweise am Rand des Weges verscharrt. Über diese Schicksale gibt es nach unserem heutigen Erkenntnisstand keinerlei Aufzeichnungen.

Der Suchdienst des Roten Kreuzes klärt alle sieben Minuten ein Schicksal. Pro Jahr sind das 15 000 bis 16 000 Fälle.

Schicksalsklärung bedeutet für uns, wenn wir wissen, wo ein Mensch seine letzte Lebensphase verbracht hat. Wo er in Gefangenschaft geraten ist, in welchen Lagern er war und wo sein letztes Lager war. Wir haben dann den Ort wo er starb, und sein Sterbedatum. In den russischen Unterlagen, zu denen wir jetzt Zugang haben, ist oft der Friedhof und auch eine Grabnummer angegeben. Die Russen haben den Ort damals genau registriert, aber leider sind viele dieser Friedhöfe heute nicht mehr auffindbar.

Wir möchten diese Klärung des Schicksals natürlich nicht für uns behalten, sondern unser Ziel ist es, den Angehörigen die Informationen weiterzugeben. Der erste Schritt besteht darin, die russischen Angaben über den Gesuchten mit unserer Namenskartei zu verbinden. Denn der größte Teil dieser Menschen ist ja von einem Angehörigen vermisst gemeldet worden. Wir klären nun ab, wer ihn damals als vermisst gemeldet hat und wer jetzt noch als Angehöriger zu ermitteln ist. Wir müssen oft mühselige Aktualisierungsläufe bei den Adressen machen, um den heutigen Ansprechpartner zu finden.

Die Suche nach Angehörigen ist doch aufwändig und teuer?

Nicht unbedingt. Oft gibt es aktuelle Anlässe, zu denen sich die Angehörigen, vielleicht die Kinder oder Enkel der Vermissten, bei uns melden. Wer uns seit den 90er Jahren geschrieben hat, ist mit seiner Suchanfrage bei uns im Computer registriert. Andere Anschriften bekommen wir über Anfragen bei den Einwohnermeldeämtern, Standesämtern, Nachlassgerichten und so weiter. Wenn wir mehrere Anfragen aus einer Familie vorliegen haben, geht eine Nachricht an einen Ansprechpartner aus der Familie. In weit über 90 Prozent aller Fälle können wir die Angehörigen finden und die Klärung eines Schicksals an die Suchenden weitergeben.

Sie sagen, dass Sie noch bis weit in das 20. Jahrtausend mit der Suche nach Vermissten des Zweiten Weltkrieges zu tun haben. Wer ist da noch interessiert an den Ergebnissen Ihrer Suche?

Manche meinen, unsere Suche ist heute schon eine Sache für die Historiker – dem muss ich entschieden widersprechen. Fast die Hälfte der Erlebnisgeneration ist heute noch am Leben, vor allem die Schwestern und Ehefrauen der Vermissten, 25 unmittelbar vom Krieg betroffene Jahrgänge erwarten unsere Auskünfte. Und man kann doch nicht sagen, dass ein Mensch kein Recht mehr auf Information hat, weil er inzwischen 70 oder 80 Jahre alt ist. Gerade im Alter beschäftigt man sich wieder stärker mit seinen Erinnerungen an die damalige Zeit. Es gibt meiner Meinung nach ein ganz lebendiges Interesse an der Suche.

Außerdem machen wir die Erfahrung, dass auch die nachfolgende Generation der Kinder ein starkes Interesse an ihren Wurzeln hat. Manche Menschen leiden sehr darunter, dass sie ihre Wurzeln nicht kennen, dass sie ihren Vater nie kannten. Sie möchten heute Informationen haben, wie die letzte Lebenszeit verlief, wie und wann er starb. Oft recherchieren diese Angehörigen weiter, wenn sie von uns Hinweise auf den Verbleib des Vermissten erhalten – was war er für ein Mensch, was hat er in seinen letzten Tagen getan, wie ging es ihm. Verstärkt setzt sich auch die Enkelgeneration über E-Mail mit uns in Verbindung. Sie hilft ihren Großmüttern oder Großvätern bei der Suche.

Sie haben in den letzten zehn Jahren den Zugang zu Archiven bekommen, die bisher verschlossen waren. Können ihre 75 Mitarbeiter alle Aufgaben bewältigen oder könnten Sie mit mehr Mitarbeitern noch viel mehr Schicksale klären und den Suchenden schnellere Auskunft erteilen?

Sicherlich wäre dies theoretisch möglich. Aber wir werden zu 100 Prozent vom Staat finanziert und dessen Mittel sind zur Zeit, wie jeder weiß, eingeschränkt. Das bekommen auch wir zu spüren. Wie überall wurden auch bei uns Mittel gekürzt. Wir müssen aber trotzdem dankbar sein, dass wir unsere Arbeit fortführen können. Zur Zeit geben wir jedem, der sich aktuell mit einer Suche bei uns meldet, eine sofortige Auskunft und behandeln diese aktuellen Fälle mit oberster Priorität. Das heißt, eine aktuelle Anfrage ist nach spätestens einigen Wochen beantwortet und, wenn möglich, geklärt. Andere Anfragen, die ja teilweise noch aus den 50er Jahren stammen, werden im Anschluss bearbeitet. Einige Monate mehr oder weniger werden Menschen, die seit Jahrzehnten über das Schicksal des Vermissten im Ungewissen sind, sicher in Kauf nehmen.

Der Suchdienst des DRK befasst sich noch immer mit der Suche nach Vermissten des Zweiten Weltkrieges, ist aber auch mit den Folgen moderner Kriege beschäftigt.

Wir arbeiten heute noch bis zu 90 Prozent unserer Zeit an Suchaufträgen und Anliegen aus dem Zweiten Weltkrieg. Aber wenn wir von einem aktuellen Konflikt betroffen sind, wie dem Krieg im Kosovo oder Irak, wo wir täglich tausende Anrufe, Faxe und Anfragen per E-Mail bekamen, dann schichten wir für eine begrenzte Zeit Mitarbeiter um und bündeln unsere Kapazitäten. Damals erhielten wir viele Anfragen von Menschen, die in Deutschland lebten und nach ihren Angehörigen in den Krisengebieten suchten. Viele von ihnen gehörten zu der ersten Generation der Gastarbeiter, die in den 60er und 70er Jahren aus Jugoslawien nach Deutschland gekommen waren. Über das Internationale Rote Kreuz bekamen wir Primärinformationen und konnten so den Suchenden hier in Deutschland helfen.

Heute bekommen Sie noch 1 000 bis 4 000 völlig neue Anfragen pro Jahr zu Vermissten aus dem Zweiten Weltkrieg. Wie erklären Sie sich, dass 60 Jahre nach Kriegsende so viele Leute zum ersten Mal einen Suchantrag stellen?

Es gibt verschiedene Gründe. In den neuen Bundesländern sehen viele erst heute die risikolose Chance, sich auf die Suche zu begeben. Manche Menschen erfahren, dass sie nicht bei ihren richtigen Eltern aufgewachsen sind und fangen an zu forschen. Aber auch die Menschen in Osteuropa können ja erst seit kurzer Zeit unbeschwert eine Anfrage bei uns stellen. Auch die Aussiedler aus Kasachstan oder Russland haben erst jetzt die Möglichkeit, nach ihren vermissten Angehörigen zu suchen. Es gibt auch viele Fälle von unbekannten Besatzungsvätern. Da fragt heute der Enkel, wer sein Großvater war und dann fängt die Mutter an zu recherchieren, da sie nichts über ihren amerikanischen, englischen, französischen oder russischen Vater weiß. Ich denke da gerade an einen Fall, den ich aktuell auf dem Tisch habe: Ein russischer Soldat, der eine Liebesbeziehung zu einer deutschen Frau hatte. Er wurde deshalb von der russischen Armee strafversetzt und sah seine Familie in Deutschland nie wieder. Nach der Suchanfrage des Sohnes haben wir den Vater über den Suchdienst in Moskau gefunden, und der Sohn ist zur Zeit in Sibirien, um zum ersten Mal seinen Vater zu sehen. Der Zweite Weltkrieg hat solch große Turbulenzen verursacht und so viele Menschen auseinandergerissen, dass wir bis heute die Nachwirkungen spüren und noch sehr viele Menschen auf der Suche sind.

Kann man heute davon ausgehen, dass alle Akten noch vollständig in den Archiven vorhanden sind? Sie haben schon 1,5 Millionen Daten aus russischen Archiven erhalten, was fehlt noch?

Die Russen haben sehr penibel gearbeitet und verloren gegangen ist fast nichts, da ein Archivar immer sehr vorsichtig mit seinem Material umgeht. Für jeden Gefangenen wurde eine Akte angelegt. Es wurden Personalbögen geführt mit allen persönlichen Angaben, Werdegang und die Lagergeschichte nach der Gefangennahme. Die deutsche und die russische Verwaltung waren sich sehr ähnlich: Sobald man in ein Lager kam, wurde man erfasst und verwaltet.

In den russischen Akten über deutsche Kriegsgefangene finden sich auch ärztliche Gutachten. Zu jedem Gefangenen, der verstarb, ist ein Totenschein mit Todesursache, Datum und Grablage vorhanden. Wir gehen zur Zeit davon aus, dass wir die wichtigsten Archive in Russland gefunden haben: Das Zentralarchiv der Russischen Föderation in Moskau, das Staatliche Militärarchiv, das Archiv des Innenministeriums, das Archiv des Verteidigungsministeriums. Außerdem gibt es Informationen aus dem Archiv des früheren KGB. Wir haben auch die Regionalarchive überprüft, weil es hieß, die Unterlagen wären nicht nach Moskau gegeben worden, wie es in einer Anweisung in den 60er Jahren angeordnet wurde. Wir stellten aber fest, dass etwa 85 Prozent aller Informationen aus den Regionalarchiven uns schon aus den Unterlagen der Zentralarchive in Moskau bekannt waren. Bei der damaligen Abgabe an die zentralen Karteien und bei deren Erfassung für den Suchdienst sind Fehler passiert, diese erklären die Differenz von geschätzten 15 Prozent. Bei den Russen gibt es übrigens weitaus mehr vermisste Soldaten als bei uns in Deutschland. Man nimmt an, dass sie in den Kesselschlachten, vor allem im Baltikum, in Belarus, der Ukraine und im heutigen Polen, gefallen sind und wegen der immens hohen Opferzahlen nie registriert wurden. Die Russen, die im heutigen Deutschland starben, sind alle akribisch aufgenommen worden. Man weiß, dass sich in der Bundesrepublik Gräber von etwa einer halben Million russischer Soldaten befinden. Die Toten sind teilweise namentlich bekannt, zum Teil ruhen sie in Sammelgräbern.

Sind alle Daten, die aus Russland zu Ihnen kommen, bereits erfasst?

Wir haben mit jedem einzelnen Archiv über die Freigabe und Art der Übergabe der Daten verhandeln müssen. Einige Daten wurden mikroverfilmt, aber die Masse der Daten haben wir auf Disketten bekommen. Aufbereitet, aber in kyrillischer Schrift! Wir übersetzen alle Daten durch den Import in unsere Datenbanken und versuchen die Fehler, die damals bei der Erfassung im Lager gemacht wurden, zu erkennen und richtig zu stellen. Umlaute zum Beispiel gibt es im Russischen nicht, und so wurde aus einem Müller entweder ein Miller oder ein Mjuller. Das müssen wir erkennen und bei der Umsetzung der Daten bedenken. So finden wir durch unsere Systematik der phonetischen Sortierung der Namen doch den richtigen Müller.

Wie ist der Stand der Datenübernahme und -umsetzung? Arbeiten Sie nur noch mit digitalen Daten oder auch noch mit der Handkartei?

Wir müssen beides machen. Sicher arbeiten wir auch noch täglich mit unserer großen Namenskartei, in der über 27 Millionen Namen enthalten sind, alle Suchenden und Gesuchten seit der Kriegszeit. Sie ist noch in der klassischen Form, wir sind aber dabei, sie zu digitalisieren. Acht Mitarbeiter arbeiten durchgehend an diesem Thema.

Die Daten, die aus Russland kommen, werden bearbeitet, ausgedruckt und dann per Hand in der Kartei herausgesucht. In der Kartei steht dann der exakte Name, mit Geburtsdaten und allen vorliegenden Informationen und auch mit dem Namen und der Adresse desjenigen, der sucht. So können wir zu den Namen, die wir aus Russland bekommen, unseren Suchfall herausfinden und den Suchenden die neu gewonnenen Informationen übermitteln.

Oft denkt man, die Information über den Vermissten, die jetzt bei den Angehörigen ankommt, reißt alte Wunden wieder auf. Meistens ist das Gegenteil der Fall. Eine jahrzehntelange Ungewissheit, die viele Menschen seelisch kaputt gemacht hat, kann endlich geklärt werden. Es gibt Menschen, die das Schicksal verarbeitet oder verdrängt haben, bei vielen kommt aber besonders an Weihnachten oder an Geburtstagen die Erinnerung und die Ungewissheit wieder hoch. Eine Ungewissheit zwischen Hoffnung und Verzweiflung: Er könnte ja doch noch leben, er könnte einer von denen sein, die überlebt haben und in Russland geblieben sind! Wir können keine Form des Schicksals ausschließen, es gibt so viele Möglichkeiten, was mit den Menschen passiert sein kann. Und in jedem Jahr haben wir auch noch etwa 600 bis 800 Fälle, in denen wir Familienmitglieder lebend zusammenbringen. Es sind Menschen, die durch die Kriegswirren getrennt wurden und sich bisher nicht wieder gefunden hatten.

Wie ist die Zusammenarbeit mit den anderen Suchdiensten?

Es ist eine gute Zusammenarbeit. Im Interesse der Menschen arbeiten wir sehr eng zusammen. Es findet auch ein Datenaustausch statt. Der Volksbund gibt uns Daten über Gefallene, die bei den Umbettungen geborgen wurden, wir geben Daten an den Volksbund und tragen das Unsrige zur Suche bei. Die Schicksalsklärungen werden von der Deutschen Dienststelle zur Beurkundung angezeigt.

Wie verkraften Sie, dass sie den Suchenden so oft nur das Grab eines Angehörigen mitteilen können?

Wir haben uns diese humanitäre Aufgabe ausgesucht. Wir tragen dazu bei, die Menschen von ihrer Ungewissheit zu erlösen. Wir wollen und können Betroffenen helfen. Das ist das Wichtigste. Eigene Befindlichkeiten sind im Vergleich mit den bearbeiteten Schicksalen nachrangig. ■

Archive in Russland

Nach Ende des Krieges hatten die Alliierten zahllose Unterlagen und Archive, die sie für interessant und wertvoll hielten, aus Deutschland abtransportiert. Viele davon schienen in der Sowjetunion verschollen zu sein. Auch über verstorbene deutsche Kriegsgefangene und Zivilinternierte in sowjetischem Gewahrsam gab es keine oder nur wenig Informationen. Millionen Schicksale waren ungeklärt. In Deutschland ging man davon aus, dass es ein Archiv, eine Kartei in Moskau mit Informationen geben müsse. Angaben über Inhalt und Umfang waren jedoch reine Spekulation.

Jahrzehntelang bemühte sich die westdeutsche Seite vergeblich um Zugang zu den sowjetischen Archiven. Jeder Bundeskanzler, alle Rotkreuz-Delegationen hatten bei ihren Besuchen in der sowjetischen Hauptstadt die Frage des Zugangs zu diesen Archiven in ihrem Themenkatalog. Erst seit den 90er Jahren können Mitarbeiter deutscher Suchdienste dort nach Informationen forschen. Der eiserne Vorhang hat eine Tür bekommen – doch noch immer gilt, dass die russischen Kollegen bestimmen, wann und für wen diese Tür geöffnet wird. Informationen haben ihren Preis. Doch durch die Zusammenarbeit mit den Archiven konnten bisher hunderttausende Schicksale geklärt werden. Familien erhalten durch die neuen Informationen Gewissheit über den Tod und das Grab ihres Angehörigen und die Ungewissheit ist 60 Jahre nach dem Ende des Krieges endlich vorbei.

Archive, mit denen eine enge Zusammenarbeit besteht, sind unter anderem das Zentralarchiv des Innenministeriums der Russischen Föderation (MWD), das staatliche Militärarchiv, das Archiv des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) und das Archiv des Verteidigungsministeriums. Der Gesamtbestand dieser Archive unterteilt sich in umfangreiche Einzelbestände und Archivabteilungen, die so genannten „Fonds". Aufgrund der hohen Zahl an Unterlagen, die über deutsche Kriegsgefangene und Zivilinternierte in diesen Archiven zu finden sind, sind sie besonders für deutsche Suchdienste und Historiker von hohem Interesse. Noch immer warten große Teile des Aktenbestandes auf ihre Erforschung, mit dem Ziel, Schicksale von Betroffenen zu klären.

Insbesondere der DRK Suchdienst pflegt mit den genannten Archiven seit Beginn der 90er Jahre eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Auf vertraglicher Grundlage stellen die Archive dem Suchdienst in München die für Schicksalsklärungen relevante Unterlagen zur Verfügung. Ende 2004 begann das Großprojekt der Digitalisierung von zwei Millionen Akten des staatlichen Militärarchivs über deutsche Gefangene.

Die historische Gerechtigkeit wiederherstellen

Ein Beitrag des Zentrums für Rehabilitierung der Opfer politischer Repression und Archivinformation des Hauptinformationszentrums des MWD der Russischen Föderation, Moskau.

Der Zweite Weltkrieg ist ein dramatisches und bedeutendes Ereignis des vergangenen Jahrhunderts. Um endgültige Ergebnisse zur Lösung einer in moralischer Sicht wichtigen Aufgabe zu erhalten, ist es unbedingt notwendig, weiße Flecken in dem historischen Gedächtnis des Volkes zu tilgen und den Familien von Kriegsgefangenen, die nicht in die Heimat zurückgekehrt sind, die Möglichkeit zu eröffnen, Informationen über deren Schicksal und ihre Grabstätte zu geben. Denn vielen heute noch Lebenden bleibt von ihren Vätern, Söhnen und Brüdern nichts zur Erinnerung als papieren-trockene Auskünfte in offiziellen Dokumenten. Sie hatten keine Möglichkeit, sich an dem Ort zu verneigen, wo sich die letzte Ruhestätte ihres Angehörigen befindet.



Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR.

Mit dem Ziel, möglichst vollständige und glaubwürdige Informationen über Wehrmachtsangehörige und Zivilisten zu erhalten, arbeitet das Zentrum für Rehabilitierung der Opfer politischer Repression und Archivinformationen beim Innenministerium der Russischen Föderation (im weiteren Zentrum) eng mit dem Institut für Archivauswertung/Bonn, dem Deutschen Roten Kreuz und der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zusammen.

Es geht dabei zum einen um die Ermittlung von Informationen zu Wehrmachtsangehörigen, die in Gefängnissen, in Kriegsgefangenenlagern oder Spezialhospitälern auf dem Territorium der Russischen Föderation im und nach dem Zweiten Weltkrieg verstorben waren. Diese Wehrmachtsangehörigen waren von sowjetischen Strafgerichten für

Kriegsverbrechen gegenüber sowjetischen Bürgern und Soldaten, für Verbrechen, die sie während ihrer Kriegsgefangenschaft verübt hatten, verurteilt worden; es geht aber auch um diejenigen, die in die Heimat zurückkehren konnten.

Auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung Bundeskanzler Helmut Kohls und des russischen Präsidenten Boris Jelzin vom 16. Dezember 1992 wurde zwischen dem Zentrum und dem Institut für Archivauswertung/Bonn am 14. Dezember 1994 ein Vertrag unterzeichnet. Recherchiert wurden die Schicksale und die Umstände der strafrechtlichen Verurteilung von deut-





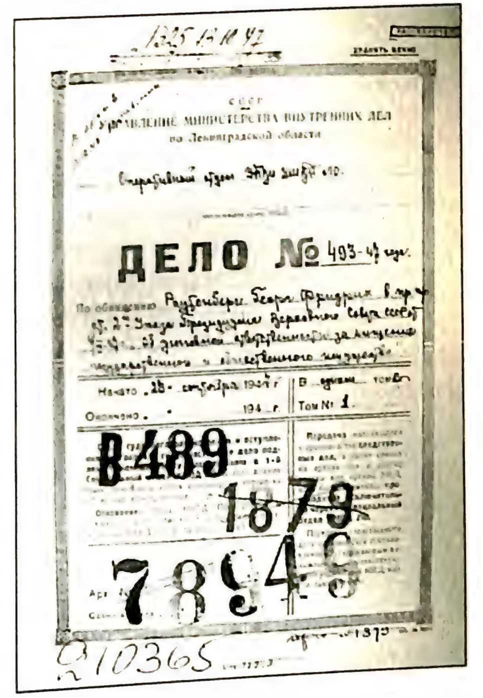
Kriegsgefangene auf dem Weg in das Lager.

schen Kriegsgefangenen, die sich in den 40er und 50er Jahren in sowjetischen Lagern befunden hatten.

Grundlage der Arbeit waren die Materialien des Zentralarchivs des russischen Innenministeriums, insbesondere die Unterlagen von Strafsachen früherer Angehöriger der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten. Dieser Fonds enthält Strafakten der Gefangenen, die durch Militärtribunale der Truppen des Innenministeriums Russlands wegen Gräueltaten und Kriegsverbrechen sowie Lagervergehen verurteilt worden waren.

Im Laufe der Arbeiten wurden diese Angaben über deutsche Kriegsgefangene mit einer Datenbank des Russischen Staatlichen Militärarchivs (RGWA) zusammengeführt, in die in deutsch-russischer Kooperation Informationen zu verurteilten deutschen Kriegsgefangenen einge-

flossen waren. Als Resultat der vergleichenden Recherchen konnten zusätzliche Informationen über rund 3 000 verurteilte deutsche Kriegsgefangene ermittelt und der deutschen Seite übergeben werden.



СССР

ДЕЛО № 493-4

B 489

1879

78946

210365

Eine sowjetische Akte, die über einen deutschen Kriegsgefangenen angelegt wurde.

Die Durchführung solcher Recherchearbeiten sowie die Bearbeitung der sonst eingehenden Anfragen und Mitteilungen zur Schicksalsermittlung der deutschen Bürger, die auf dem Territorium der früheren UdSSR in den 40er und 50er Jahren vermisst waren, führte uns zu der Schlussfolgerung, dass positive Ergebnisse solcher Anfragen am besten dann erzielt werden konnten, wenn Ermittlungen in mehreren Archiven mit den Archivmaterialien des RGWA, des FSB Russlands und unseren Materialien durchgeführt werden. Das liegt daran, dass die Fonds der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (GUPWI-NKWD-MWD der UdSSR) im Jahre 1956 dem früheren Sonderarchiv der Hauptverwaltung für Archive beim Ministerrat der UdSSR – heute RGWA – übergeben wurden. Ein Teil der Straf- und Personalakten verurteilter deutscher Kriegsgefangener, die sich in Haftstätten befunden hatten, verblieben jedoch in den Archiven von regionalen Gliederungen des Innenministeriums. Eine Reihe von Strafsachen über Kriegsgefangene, die wegen besonders gefährlicher Staatsverbrechen verurteilt worden waren, blieben auch in den Gebietsarchiven des FSB Russlands (des früheren KGB der UdSSR).

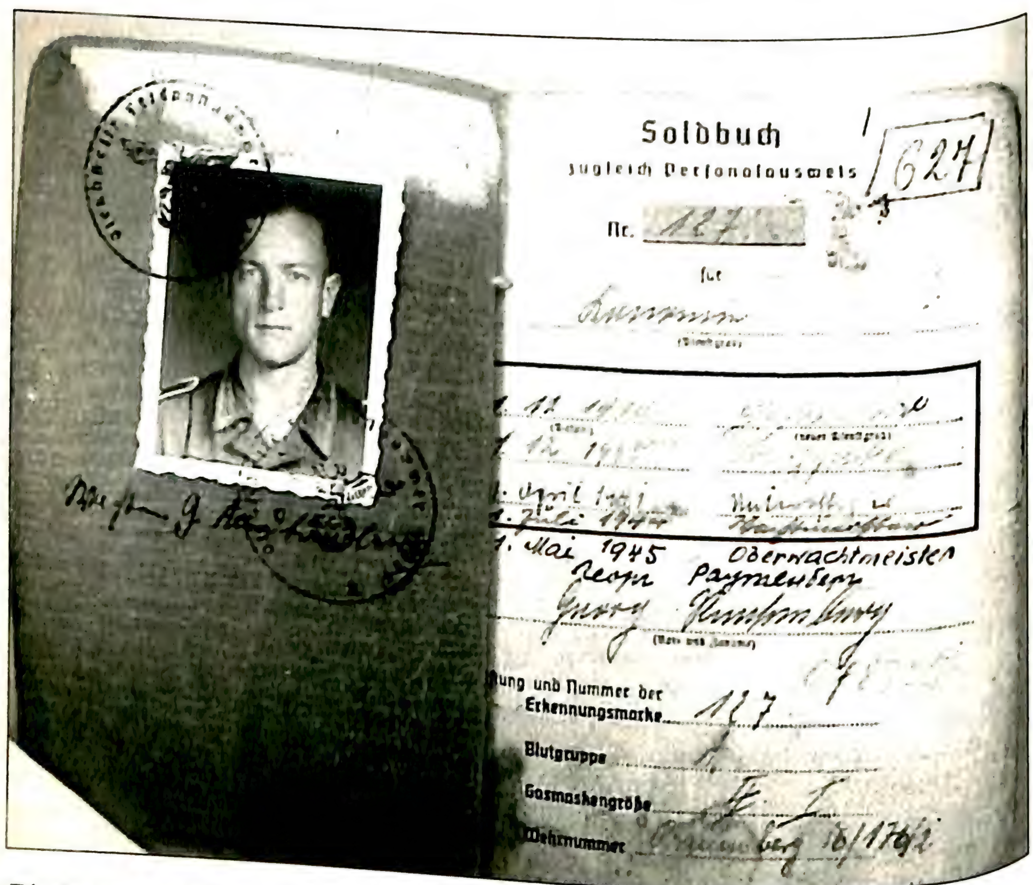
Bis 1998 war eine solche Gesamtrecherche und komplexe Untersuchung von Archivdokumenten des Innenministeriums bezüglich deutscher Kriegsgefangener, die sich in Straflagern, in der Zwangsansiedlung oder Spezialhospitälern befunden hatten oder die deportiert worden waren, nicht durchgeführt worden, und die Zusammensetzung und der Inhalt der Akten war nicht speziell untersucht worden.

Die genauen Schicksale vieler deutscher Bürger, insbesondere auch Kriegsgefangener, waren lange Zeit nicht bekannt. Deshalb wandte sich der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes an die Führung des russischen Innenministeriums und bat um Hilfestellung bei der Durchführung dieser Arbeiten.

Da diese Fragen eine große humanitäre und gesellschaftliche Bedeutung haben, wurde auf Anweisung des russischen Innenministers S. W. Stepaschin am 3. April 1998 ein Kooperationsvertrag zwischen dem Zentrum und dem Deutschen Roten Kreuz (im Weiteren DRK) unterzeichnet. In diesem Vertrag geht es auch um weitere Gruppen: Deutsche Zivilisten, deutsche Wehrmachtsangehörige (darunter auch andere Nationalitäten: Belgier, Dänen, Finnen, Franzosen, Holländer, Luxemburger, Norweger

und Spanier), die in Straflagern, Kriegsgefangenenlagern und anderen Zwangslagern auf dem Territorium der Russischen Föderation im und nach dem Zweiten Weltkrieg verstorben waren.

Im Rahmen dieses Vertrages wurden die Gebietseinheiten des Innenministeriums in den 89 Teilrepubliken der Russischen Föderation durch das Zentrum gebeten, Informationen über die Zusammensetzung und den Inhalt von Archivdokumenten für diese Gruppen zur Verfügung zu stellen. Dabei zeigte sich, dass sich bei den Gebietsorganen des MWD Dokumente befinden, die sich auf Friedhöfe von Kriegsgefangenenlagern, Spezialhospitälern und Speziallagern beziehen. Es gibt dort aber auch Personalakten von verurteilten Deutschen, die in den Straflagern verstorben waren, und einige Dokumentenbestände, die mit der Tätigkeit und dem Aufbau von Lagern des GUPWI zu tun haben.



Die deutschen Kriegsgefangenen mussten ihr Soldbuch bei der Gefangennahme abgeben.

Seit Abschluss des Vertrages wurden dem DRK zu 89 000 deutschen Kriegsgefangenen Archivinformationen über deren Grablagen übergeben. Mit dem DRK-Suchdienst in München bestehen daher unter allen deutschen Partnern die engsten Kontakte. Aus den Teilrepubliken kommen weiterhin im Rahmen des oben genannten Vertrages mit dem DRK-Suchdienst Informationen, an denen die deutsche Seite Interesse hat. Im Zentrum werden sie gesammelt, systematisiert, doppelte Vorgänge herausgefiltert und dann auf EDV-Trägern über die Deutsche Botschaft dem DRK-Suchdienst übergeben.

In Zusammenhang mit dem nicht nachlassenden Interesse der deutschen Öffentlichkeit und deutscher Historiker an der Erforschung des Schicksals deutscher Kriegsgefangener und Internierter und auf der Grundlage einer entsprechenden Bitte des Innenministers der Bundesrepublik Deutschland, Otto Schily, vom 16. September 2002 schlossen das Zentrum und die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ebenfalls einen Vertrag ab. Dieser Vertrag wird im Rahmen des Projektes „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte, Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“ realisiert und bezieht sich auf die Recherche zu überlebenden Kriegsgefangenen.

Als Ergebnis der Arbeiten, für die ebenfalls die Materialien der Innenministerien der Teilrepubliken Russlands herangezogen werden, übergab das Zentrum den deutschen Kollegen Archivinformationen zu bisher 12 500 überlebenden Kriegsgefangenen der Wehrmacht.

Abschließend können wir feststellen, dass wir die Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum und dem Institut für Archivauswertung/Bonn, dem Deutschen Roten Kreuz und der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten sehr positiv bewerten. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass unsere Zusammenarbeit dazu dienen kann, das Vertrauen und gegenseitige Verständnis zwischen unseren Staaten zu verstärken und die Schicksale der Zeitgenossen aufzuarbeiten, um für sie größere historische Gerechtigkeit wiederherzustellen.

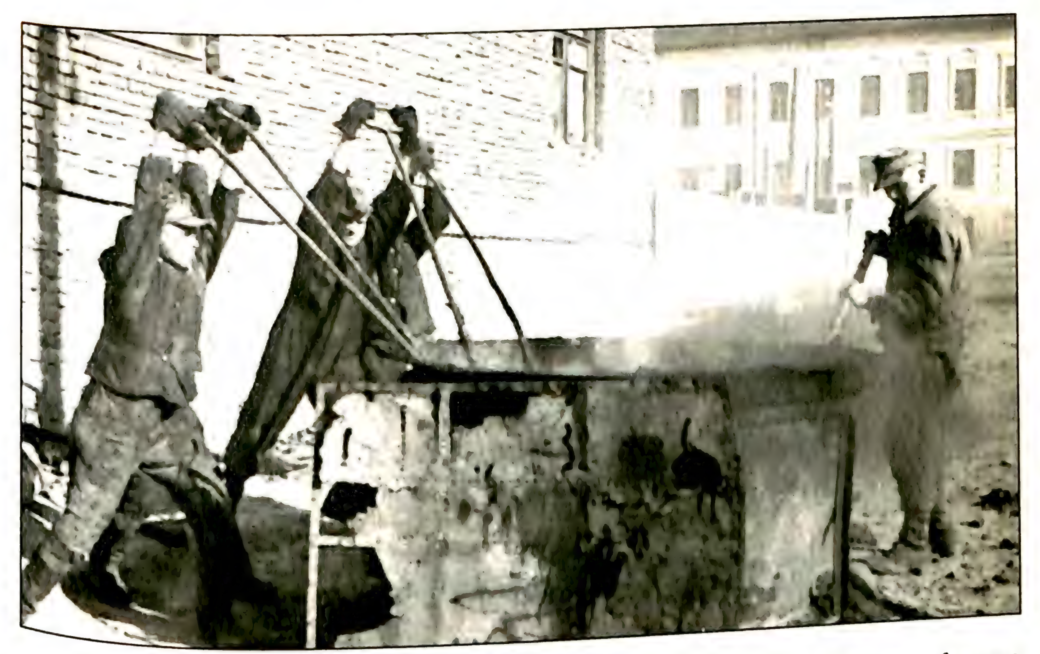


Das Gebäude des Russischen Staatlichen Militärarchivs (RGWA) in der Admiral Makarov-Straße 29.

Menschen, die im Zweiten Weltkrieg gelitten haben

Ungeachtet der sechs Jahrzehnte, die uns vom Zweiten Weltkrieg trennen, wirken seine Folgen bis in unsere Gegenwart. Eines der Probleme, das auch heute nicht an Aktualität verloren hat, ist die Klärung von Schicksalen von Menschen, die in der Zeit des Zweiten Weltkriegs umgekommen oder vermisst sind. Die Erforschung von Archivquellen mit dem Ziel, Schicksale Verstorbener aufzuklären, gibt uns die Möglichkeit, den Angehörigen und Verwandten Informationen über ihr Sterben und ihre letzte Ruhestätte zu übermitteln. Eine kaum zu unterschätzende Hilfe bringen die Archivdokumente auch bei der Lösung eines moralisch wichtigen Problems – der Verewigung des Gedenkens gefallener Kämpfer, die in vielen Fällen namenlos bestattet wurden. Man muss den Beitrag hervorheben, den die russischen Archive hierbei leisten. Die Bearbeitung von Anfragen, in denen eine Schicksalsklärung von Nahestehenden gewünscht wird, ist eine der Haupttätigkeiten der Archive, die Unterlagen darüber aufbewahren. Menge und Art der bearbeiteten Anfragen werden in erster Linie, durch den Inhalt und den Umfang der Archivunterlagen bestimmt.

Innerhalb der allgemeinen Fonds des Russischen Staatlichen Militärarchivs (RGWA) sind die Bestände des früheren Sonderarchivs, das 1999 in das RGWA eingegliedert wurde, für diese Anfragen von hauptsächlichem Interesse.



Deutsche Kriegsgefangene des Lagers Nr. 190 bei Straßenbauarbeiten.

Die Entstehung des Sonderarchivs war eine der Folgen des Zweiten Weltkriegs, als 1945 Millionen Dokumente in die Hände der Roten Armee fielen, welche von den Nationalsozialisten bei der Okkupation europäischer Länder erbeutet worden waren. Es geht aber auch um Dokumente, die sich unmittelbar auf die Periode des Dritten Reiches beziehen. Unter den deutschen Dokumenten dieser Periode befanden sich auch Materialien der höchsten Staatsorgane und Ministerien Deutschlands, der zentralen staatlichen Einrichtungen, die für die Ordnung in den okkupierten Territorien verantwortlich waren, gerichtlicher Organe Deutschlands, der Verwaltungen der Gestapo, der Konzentrations- und Kriegsgefangenenlager.

Die Materialien waren, als sie in das Archiv kamen, in einem chaotischen Zustand. Die Akten hatten keine Titel, es fehlte ein Auskunftsapparat, die Dokumente waren in viele Bestände zerstreut.

Gleichzeitig mit der Untersuchung und Systematisierung der in viele Bestände aufgeteilten Dokumente begannen die Mitarbeiter des Archivs auch mit deren Nutzung. Man begann mit dem Aufbau eines wissenschaftlichen Auskunftsapparates, der erste Orientierungsmöglichkeiten für die Masse der Dokumente eröffnete. In den ersten Nachkriegsjahren bestand die Auskunftsarbeit im Archiv (unter Berücksichtigung der Besonderheit vieler „Trophäendokumente") hauptsächlich in der Beantwortung von Anfragen des KGB, MWD und der Generalstaatsanwaltschaft. Der größte Teil der Anfragen bezog sich auf die Recherche nach Angaben über NS-Kriegsverbrechen und auf sowjetische Bürger, die mit dem Okkupationsregime zusammengearbeitet hatten.







Bilder von deutschen Gefangenen aus den Akten des Militärarchivs in Moskau.

Krankenstation in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager.

Im weiteren Verlauf wurden Dokumente des Archivs häufig den Rechtspflegeorganen der DDR, der Bundesrepublik Deutschland, Polens, Österreichs und der Tschechoslowakei im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren gegen NS-Verbrecher zur Verfügung gestellt. Außerdem hatten Bürger Briefe an das Archiv gerichtet, die die Bitte enthielten, ihren Aufenthalt in Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagern oder in einer Widerstandsbewegung zu bestätigen; es gab aber auch andere Fragen. Die Mitarbeiter des Archivs bearbeiteten jährlich Zehntausende von Anfragen. So wurden zum Beispiel von 1946 bis 1970 Antworten auf 628 000 Anfragen bearbeitet.

Schwieriger, mühseliger und teilweise langwieriger war die Kleinarbeit mit verschiedenen Dokumenten, insbesondere französischen, deutschen und polnischen, die mit Anfragen von Einrichtungen und Organisationen zusammenhingen. So beschäftigte sich das Archiv zum Beispiel 1966 mit 171 Anfragen ähnlicher Art, von denen bei 80 positive Antworten gegeben werden konnten. Insbesondere wurden Dokumente für folgende

Themen entdeckt: „Polnische Patrioten, die durch deutsche Sondergerichte verurteilt worden waren", „Über die antifaschistische Organisation Rote Kapelle", „Über die Teilnehmer an den Widerstandsbewegungen in der Tschechoslowakei und in Frankreich". Man muss hinzufügen, dass Dokumente über die französische Widerstandsbewegung, insbesondere auch über die Teilnahme von General de Gaulle an ihr, der französischen Seite übergeben wurden. 1960 wurde, auf der Grundlage einer Anordnung des Ministerrates der UdSSR, eine gewaltige Menge von Dokumenten der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des MWD der UdSSR und seiner Einrichtung aus den Jahren 1939-1960 aus dem MWD der UdSSR an das Sonderarchiv übergeben.

Dokumente über Kriegsgefangene und Internierte

Ein Großteil dieses Komplexes bestand aus Registraturakten von Kriegsgefangenen und Internierten, die sich in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und danach in sowjetischen Lagern befunden hatten. Unmittelbar mit dem Prozess der Übernahme dieser Dokumente und gleichzeitig mit den notwendigen Arbeiten, die mit der Unterbringung und Systematisierung verbunden waren, wurden durch die Mitarbeiter des Archivs auch erste Arbeiten zur Schicksalsklärung ausländischer Kriegsgefangener und Internierter durchgeführt. Ein großer Teil davon kam von den Verbänden des Roten Kreuzes. Hauptsächlich waren es Anfragen des Deutschen Roten Kreuzes über das Schicksal deutscher Wehrmachtsangehöriger, die an der Ostfront gefallen oder vermisst waren, und über den Aufenthalt als Kriegsgefangene in sowjetischen Lagern.

Von 1960 bis 1990 bearbeitete das Archiv im Jahresdurchschnitt mehr als 8 000 Anfragen über Kriegsgefangenenschicksale. In einzelnen Jahren war ihre Anzahl bedeutend höher, wie 1971 mit 16 900 oder 1974 mit 26 413 Anfragen. Im Jahre 1972 wurde auf einer Versammlung des Suchdienstes des Sowjetischen Roten Kreuzes und der kommunistischen Partei der UdSSR dem Vertreter des Sonderarchivs ein Brief des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes übergeben, in dem für die Durchführung solcher Sucharbeiten zur Schicksalsklärung von Angehörigen der Wehrmacht eine besondere Anerkennung ausgesprochen wurde.

Die GUPWI-Dokumente wurden nicht nur für die Bearbeitung von Anfragen genutzt. So ermittelte das Archiv auf Bitten des Italienischen Roten Kreuzes 1968 die Grabstätten italienischer Kriegsgefangener, die im Gebiet Tambov verstorben waren. 1973 wurden auf Bitten der Deutschen Botschaft deutsche Kriegsgefangene ermittelt, die auf Friedhöfen in Krasnogorsk und Ljublino beerdigt waren. Die große Anzahl von Anfragen, die das Archiv erreichten, Anlass, darüber nachzudenken, die Arbeit effektiver zu gestalten, um die Anzahl der täglichen Bearbeitungen zu erhöhen.

Leider war die damalige politische Lage nicht dazu angetan, die Fragen der Schicksalsklärung von Kriegsgefangenen effektiv zu lösen. Neue Zeiten eröffneten für das Sonderarchiv neue Horizonte, stellten es jedoch auch zunächst vor extreme Herausforderungen. Das Sonderarchiv war eine „Einrichtung geschlossenen Typs" (so war das Archiv in seiner „Nutzungsordnung" gekennzeichnet) und wurde, wie mit einer Zeitmaschine, Anfang der 90er Jahre in eine andere Epoche geworfen, ohne irgendwelche Übergangszeiten. In dieser Situation blieb nur, sich den modernen Bedingungen anzupassen und neue, ungewöhnliche Lösungen zu suchen, um damit die traditionellen Aufgaben zu bewältigen. Die Notwendigkeit, eine große Anzahl von Dokumenten freizugeben (alle Akten des Archivs hatten den Stempel „geheim") war eines der schwierig-

sten Probleme, das in der damaligen Situation auftauchte. Dem Archiv ist die Lösung dieser Aufgabe gelungen. Der Übergang der Dokumente in die offene Aufbewahrung (Freigabe) gestattete es, eine große Masse an Dokumenten in den wissenschaftlichen Umlauf zu bringen. Diese enthielten Informationen über ausländische Kriegsgefangene, welche in Lagern in der Sowjetunion gewesen waren. Der Vorgang hatte auch große Bedeutung bei der Lösung humanitärer Fragen, die mit der Schicksalsklärung von Soldaten zusammen- hingen, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren. Es eröffneten sich neue Möglichkeiten für Archivinformationen in verschiedenen Projekten, insbesondere im Rahmen internationaler Zusammenarbeit. Einen echten Durchbruch in der Lösung dieser Frage bedeutete die Anwendung neuer automatisierter Technik. Damit konnte nun effektiv mit dem großen Bestand an Archivdokumenten gearbeitet werden.



Deutsche Kriegsgefangene des Lagers Nr. 68 montieren 1943 eine Turbine für das Wärmekraftwerk in Tscheljabinsk.

In den 90er Jahren wurden diese Datenbanken erstellt:

Deutsche Kriegsgefangene, in sowjetischen Lagern verstorben: 325 014 Angaben.

Deutsche Kriegsgefangene, die in die Heimat zurückgekehrt sind: 326 566 Angaben.

Deutsche Zivilisten, in die UdSSR deportiert : 221 329 Angaben.

Deutsche Kriegsgefangene und internierte Zivilisten, die während ihres Lageraufenthaltes in der UdSSR verurteilt worden waren: 32 348 Angaben.

Deutsche Kriegsgefangene und internierte Zivilisten, die aus Lagern geflohen waren: 4 244 Angaben.

Deutsche Kriegsgefangene, die während des Transportes in Kriegsgefangenenlager verstorben waren: 4 753 Angaben.

Deutsche Kriegsgefangene und Internierte, deren weiteres Schicksal aus Archivdokumenten nicht zu ermitteln waren: 1 374 Angaben.

Kriegsgefangene Generäle der Wehrmacht: 254 Angaben.



Im Archivmagazin des Russischen Staatlichen Militärarchivs finden sich unzählige Kartons mit Unterlagen.

Seit Beginn der 90er Jahre wurden, gemeinsam mit deutschen Institutionen, vor allem mit dem Deutschen Roten Kreuz, eine Reihe von Projekten zur Schaffung von computergestützten Datenbanken zum Bereich „Deutsche Kriegsgefangene und internierte Bürger in sowjetischen Lagern" durchgeführt.

Erst jetzt waren schnelle Antworten auf Fragen von Angehörigen möglich

Die Umsetzung solch großer Projekte wie „Deutsche Kriegsgefangene und Internierte in der UdSSR" konnte nur mit aktiver Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes geschehen, mit dem das Archiv bereits zwischen 1960 und 1990 zusammengearbeitet hatte. Seit 1991 treffen sich unsere Vertreter jährlich mit dem Deutschen Roten Kreuz, um Fragen zu besprechen. Die Aktualität solcher Projekte ist nicht zu bezweifeln. Das Wichtigste: Das Deutsche Rote Kreuz erhielt die Möglichkeit, unmittelbar in Deutschland, in kürzester Zeit, auf Anfragen ihrer Bürger zu antworten und Namen und Schicksale von Familienangehörigen und Verwandten festzustellen. Übrigens betraf dies nicht nur deutsche Bürger. Auf Bitten des Deutschen Roten Kreuzes wurden auch Datenbanken über Wehrmachtsangehörige erstellt, die Bürger Frankreichs, Hollands, Belgiens, Dänemarks, Spaniens, Luxemburgs, Schwedens und Norwegens waren.

Außerdem erstellte das Archiv auf vertraglicher Grundlage mit Organisationen aus Österreich, Ungarn, Italien und Japan Datenbanken über frühere Kriegsgefangene, die als Bürger dieser Länder in Lagern der Sowjetunion verstorben waren.

Heute umfasst die Datenbank „Ausländische Kriegsgefangene und Internierte des Zweiten Weltkrieges in der UdSSR" im Russischen Staatlichen Militärarchiv ungefähr 1 500 000 Datensätze mit jeweils 28 Angaben. Die Mitarbeiter des Archivs erstellen und pflegen die Datenbank bei Anfragen mit der Suche nach Angaben. Beginnend mit dem Jahr 1999 sind im Mittel unter Nutzung der Datenbank ungefähr 600 Anfragen im Jahr beantwortet worden. Diese nicht so große Zahl hängt damit zusammen, dass es sich um sehr schwierige Anfragen handelt, auf die zuvor in anderen Archiven keine Antworten gefunden werden konnten.

Noch immer gibt es viele Anfragen an das Moskauer Archiv

Die Bearbeitung von Anfragen verschiedener Bürger nach den Dokumenten des Archivs wird eine der grundlegenden, traditionellen Formen zur Nutzung von Archivdokumenten bleiben. Zu Beginn der 90er Jahre hat sich mit der Freigabe von Dokumenten des Sonderarchivs der Umfang der Anfragen über ausländische Kriegsgefangene und Internierte erhöht. 1991 wurden 16 500 Anfragen zu diesem Thema beantwortet, die von ausländischen Bürgern kamen. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre und heutzutage kann man eine ständige Verringerung (ungefähr 2 000 Anfragen im Jahr) feststellen, was seinen Grund allerdings in der Übergabe vieler Daten und Informationen an interessierte Länder hat, und darin, dass viele Bürger bereits Informationen über ihre Nächsten erhalten haben.

Es sind Briefe an das Archiv gekommen, in denen die Bitte geäußert wurde, zusätzliche Informationen über Verwandte zur Verfügung zu stellen: Grablagen, geographische Verteilung der Lager, Mitteilungen über das Vorhandensein von persönlichen Dokumenten. Anfragen kommen von Privatpersonen, dem Roten Kreuz, dem Außenministerium, dem Föderalen Archivdienst (Archivagentur), der Generalstaatsanwaltschaft und anderen Organisationen und Einrichtungen. In einigen Fällen ist in den Briefen auch die Bitte der Angehörigen enthalten, mit den sie interessierenden Daten auch Kopien der Personalakte ihres Verwandten mitzuschicken, die früher Kriegsgefangene oder Internierte gewesen waren.

Ähnliche Anfragen erhält das Russische Staatliche Militärarchiv häufig auch von Organisationen, mit denen es eine langjährige Zusammenarbeit pflegt: der Assoziation „Voennye Memorialy" (Moskau), die Liga für deutsch-russische Freundschaft (Moskau), der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (Dresden), dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung (Graz).

2004 begann das Russische Staatliche Militärarchiv mit der Durchführung eines auf einem gemeinsamen Vertrag beruhenden Projektes zwischen dem Archiv, dem Deutschen Roten Kreuz und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Es geht darum, der deutschen Seite Informationen zur Verfügung zu stellen, die in 2 000 000 Personalakten von Kriegsgefangenen der Wehrmacht enthalten sind. Mit diesen Unterlagen können die Bürger Deutschlands detailliertere Informationen über das Schicksal ihrer Verwandten erhalten.

In Verbindung mit den vom Präsidenten und der Regierung erlassenen Anordnungen über Vergünstigungen und Entschädigungszahlungen an frühere Insassen von nationalsozialistischen Lagern sowie an Bürger, die während des Zweiten Weltkriegs zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert worden waren, wurden Archivdokumente für

die Herausgabe von Archivauskünften an Bürger intensiv genutzt, welche für die Ausstellung entsprechender Dokumente zum Erhalt von Vergünstigungen und Entschädigungen nötig waren. Diese Angaben über sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter befinden sich im „Trophäen-Fonds" (deutsche Dokumente). Unter diesen Dokumenten sind Materialien der Polizei, von Verwaltungseinheiten, der Sicherheitsdienste Deutschlands, Dokumente der Konzentrations- und Kriegsgefangenenlager, Dokumentensammlungen über sowjetische und ausländische Bürger, die nach Deutschland während des Zweiten Weltkriegs umgesiedelt wurden.

Internationale Zusammenarbeit erleichtert die Lösung humanitärer Probleme

Leider sind die Daten zu sowjetischen Bürgern, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben, unvollständig und haben eher fragmentarischen Charakter. Die Dokumente bestehen hauptsächlich aus Listen mit Kriegsgefangenen und Zivilisten, Registrierkarteikarten, Sterbefall- und Beisetzungsnachweisen sowie Arbeitsbüchern. Bei der Nutzung dieser Fonds wird auch intensiv ein Fonds mit herangezogen, der aus Filtrations-/Überprüfungsakten besteht.

Dieser Fonds wurde für sowjetische Bürger angelegt, die sich in deutscher Gefangenschaft oder zur Zwangsarbeit in Deutschland befunden hatten. Die meisten Anfragen von Opfern des Nationalsozialismus kamen in den Jahren 1994 bis 1998 (im Mittel ungefähr 15 000-18 000 pro Jahr). Dies war durch den Fonds „Gegenseitige Verständigung und Versöhnung" entstanden, der 1993 gegründet worden war, um durch von Deutschland und Österreich getragene Kosten denen materielle Hilfe zu geben, die unter der nationalsozialistischen Verfolgung gelitten hatten und zu Zwangsarbeit herangezogen worden waren. In den letzten zwei Jahren ist die Anzahl der Anfragen zurückgegangen und beträgt ungefähr 3 000 im Jahr.

2001 wurde begonnen, die Gesamtmaterialien so aufzubereiten, dass Informationen über nach Deutschland deportierte sowjetische Bürger in eine Datenbank „Deutsche Sklaverei" übertragen werden können. Zum 1. September 2004 sind bereits 45 122 Angaben eingetragen.

60 Jahre lang beschäftigt sich unser Archiv nun schon mit Arbeiten über Menschen, deren Schicksal mit Ereignissen des Zweiten Weltkriegs verbunden ist. Die Dokumente des Archivs enthalten eine große Menge an Informationen zu diesem Themenbereich. Seit Beginn der 90er Jahre wurden diese Bestände hauptsächlich als Informationsquelle für Verwandte zum Schicksal ihrer Gefallenen und Vermissten genutzt. Heutzutage werden die Projekte im Rahmen internationaler Zusammenarbeit durchgeführt und eröffnen neue Möglichkeiten zur Lösung wichtiger humanitärer Probleme.

Vladimir. I. Korotaev
Stellvertretender Direktor des RGWA

Vladimir N. Kuzelenkov, Direktor des Russischen Staatlichen Militärarchivs über sein Archiv:

Das Russische Staatliche Militärarchiv (RGWA) entstand während des Bürgerkriegs und hatte von 1920 bis 1958 die Bezeichnung Archiv der Roten Armee, von 1958 bis 1992 Staatliches Zentralarchiv der Sowjetischen Armee. Seine heutige Bezeichnung erhielt es 1992, weil in seinem Bestand Dokumente zur Geschichte der „Weißen Bewegung" in den Bürgerkriegsjahren in Russland 1918-1922 aufgenommen wurden. 1999 wurde dem Militärarchiv das Zentrum zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen, das früher „Sonderarchiv" genannt wurde, angeschlossen.

Heute hat das RGWA unter den Staatsarchiven Russlands den größten Bestand an militärhistorischen Dokumenten der sowjetischen Epoche. Darunter befinden sich, zugänglich für die Nutzung, alle Dokumentationen zur Geschichte der Roten Armee (von 1918-1991), zu den Truppen des Sicherheits- und Innenministeriums und auch zur Geschichte der „Weißen Bewegung". Zu den Beständen des ehemaligen Sonderarchivs gehören Dokumente zur Geschichte von mehr als 20 Ländern der Welt vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. Hier befinden sich auch Dokumente der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (1939-1960) in einem Umfang von mehr als drei Millionen Akten.

Die erste Organisation, mit der das Russische Staatliche Militärarchiv eine direkte Zusammenarbeit begann, war Ende 1991das Deutsche Rote Kreuz (DRK). Später begann die Zusammenarbeit auch mit dem Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen, der Deutschen Dienststelle in Berlin (WASt), der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und anderen. Seit dieser Zeit ist sehr viel zur Ermittlung von Schicksalen getan worden. Und diese Arbeit geht weiter. Im März 2004 wurde zwischen unserem Archiv, dem DRK und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten ein Abkommen unterzeichnet. Es geht dabei um das Scannen von Personalakten deutscher Militärangehöriger und Internierter. Diese Arbeiten laufen im Rahmen des gemeinsamen Projektes „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte, Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit".

Es ist eine komplizierte und gewaltige Arbeit. Es handelt sich darum, innerhalb von sechs Jahren Angaben über zwei Millionen deutsche Wehrmachtsangehörige und Internierte in eine Datenbank einzugeben und Unterlagen zu ihnen zu scannen. Aber es wird auch die Arbeit zur Schicksalsermittlung sowjetischer Kriegsgefangener fortgeführt. Die Arbeiten sind so umfangreich und kompliziert, dass wir mit unseren deutschen Kollegen zur Bewältigung der Arbeiten EDV-Spezialisten von der russischen Firma „Elektronisches Archiv" heranziehen. Dadurch werden wir künftig schneller die Schicksale von Menschen und die Grabstellen von Umgekommenen ermitteln können. Aber auch die Forschung über Fragen der Kriegsgefangenschaft von sowjetischen und deutschen Kriegsgefangenen wird dabei vorangetrieben.

Das Russische Staatliche Militärarchiv wird sich im April 2005 an einer Konferenz in Moskau, die sich mit wissenschaftlichen und praktischen Fragen befasst, beteiligen. Zusammen mit dem Föderalen Archivdienst und anderen föderalen Archiven Russlands

werden wir an der Ausstellung „1945 – Jahr des Sieges" teilnehmen, die dem 60. Jahrestag gewidmet ist. Ich hoffe, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt auch unsere Arbeit im Archiv zur Anlage einer Datenbank über Militärangehörige des NKVD, die gefallen sind, an Verletzungen und Krankheiten auf dem Territorium Ost- und Zentraleuropas verstorben sind, beendet haben und die Grabstätten der sowjetischen Militärangehörigen genau bestimmen können. Diese Arbeiten leistet das Archiv im Rahmen der Vorbereitungen zur Schaffung eines russischen Gedenkbuches. Verständlicherweise ist das bei weitem keine vollständige Übersicht über alle unsere Aktivitäten oder woran wir am Vorabend der 60. Jahrestages des Sieges teilnehmen werden.

Es gab schon zu Zeiten der Sowjetunion in unserem Lande zwei wirkliche Feiertage: Das war der Neujahrstag und der Tag des Sieges. Das sind die Feiertage in Russland, auf welche die Menschen warten und die sie auf jeden Fall feiern. Der Neujahrstag ist klar. Der Tag des Sieges ist ein besonderer Feiertag. Es gibt bei uns im Land nicht eine einzige Familie, die nicht auf die eine oder andere Weise im Krieg gelitten hätte. Entweder war jemand aus der Familie an der Front oder in Kriegsgefangenschaft umgekommen, oder jemand aus der Verwandtschaft war Invalide geworden oder vermisst. Mein eigener Vater war Kriegsinvalide und erhielt viele Auszeichnungen. Die ersten Informationen über den Krieg erhielt ich aus den Erzählungen meines Vaters, später dann aus Büchern. Für die russischen Menschen ist dieser Feiertag ein heiliger Tag, insbesondere der 60. Jahrestag in unserem Krieg mit dem Faschismus. Es ist ein Tag des Sieges, des Lebens über den Tod, ein Tag der Hoffnung, dass sich Solches nie wiederholen möge, ein Tag des Gedenkens und der Verneigung vor jenen, die starben. Bei uns in Russland sagt man, dass dies ein „Feiertag mit Tränen in den Augen" ist. Ich glaube, das trifft es genau.



Deutsche Dienststelle (WASt)

für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht

Im August 1939, wenige Tage vor Kriegsausbruch, nahm die „Wehrmachtauskunftsstelle für Kriegerverluste und Kriegsgefangene" (WASt) in Berlin ihre Arbeit auf. Ihre Hauptaufgabe war, die Verluste der deutschen Wehrmacht – angefangen von Verwundungen und Erkrankungen bis hin zu Sterbe- und Vermisstenfällen – zu erfassen und zu bearbeiten. Auch alle Informationen des amtlichen Gräberdienstes, also zum Beispiel über Soldatenfriedhöfe, liefen bei der WASt zusammen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Name der WASt in „Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen Wehrmacht" (im folgenden Deutsche Dienststelle) geändert.

Die Deutsche Dienststelle ist heute zuständig für Auskünfte und Bescheinigungen über Gefallene und während der Kämpfe vermisste Soldaten. Neben der Klärung von Schicksalen Vermisster, Kriegssterbefallanzeigen und Verfahren zur Todeserklärung stellt sie Informationen über Kriegsgräber, Erkennungsmarken und Feldpostnummern zur Verfügung. Sie gibt Hilfe bei Fragen zu Versorgungs-, Renten- oder Vertriebenengesetzen oder bei Fragen zur Staatsangehörigkeit.

Die wichtigsten Partnerorganisationen sind der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. und der DRK-Suchdienst in München.



Berlin 1939: Soldaten werden verabschiedet.

Die Geschichte der Wehrmachtauskunftsstelle

Im Artikel 77 der Genfer Konventionen wurde 1929 festgelegt, dass im Kriegsfall jedes Land Auskunft über die auf ihrem Gebiet befindlichen Kriegsgefangenen erteilen muss. Die Meldung über einen in Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten sollte über das Internationale Komitee des Roten Kreuzes gehen, von da zum jeweiligen Nationalen Roten Kreuz und schließlich an die Angehörigen des Gefangenen. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde diese vorgeschriebene nationale Auskunftsstelle für Deutschland in Berlin eingerichtet und nahm im August 1939 als Dienststelle des Oberkommandos der Wehrmacht unter der Bezeichnung „Wehrmachtauskunftsstelle für Kriegerverluste und Kriegsgefangene" (WASt) ihre Arbeit auf. Die Erteilung von Auskünften über ausländische Kriegsgefangene war aber nur ein Teil der Aufgaben. Die Hauptaufgabe bestand darin, die Verluste der deutschen Wehrmacht, angefangen von Verwundungen und Erkrankungen bis zu Sterbe- und Vermisstenfällen zu erfassen und zu bearbeiten – einschließlich der „personenstandsrechtlichen Regelungen", das heißt dem Ausstellen von Sterbefallanzeigen. Auch alle Informationen des militärischen Gräberdienstes liefen bei der WASt zusammen.

Im August 1943, nachdem die Bombenangriffe auf Berlin immer schwerer wurden, wurde die Wehrmachtauskunftsstelle, um die Unterlagen zu schützen, in einer logistischen Meisterleistung innerhalb von drei Wochen nach Thüringen verlegt. Viele junge Frauen wurden dienstverpflichtet, um die immer größer werdende Zahl von Verlustmeldungen zu bearbeiten. Auch im Chaos der Rückzugskämpfe gingen die Meldungen der Einheiten erstaunlich vollständig bei der Auskunftsstelle ein.

Die Arbeit in der Nachkriegszeit

Nach der Besetzung Thüringens durch die Amerikaner im April 1945 ging die Arbeit der WASt relativ unbehindert weiter. Die Amerikaner kannten die humanitären Aufgaben an und wollten, dass die Bearbeitung von Sterbefällen von Wehrmachtsangehörigen und Angehörigen ausländischer Verbände weiter ging. Das militärische Personal wurde interniert, alle zivilen Mitarbeiter konnten weiter tätig sein. Am 1. Juli 1945, unmittelbar vor der Besetzung Thüringens durch sowjetische Truppen, veranlasste der amerikanische Major Sternweiler, dass 500 amerikanische Lkws mit Treibstoff und Fahrern bereitgestellt wurden. Alle Unterlagen der Dienststelle wurden aufgeladen und – einschließlich der etwa 4 300 Mitarbeiter – in die amerikanische Besatzungszone nach Fürstenhagen bei Kassel gebracht. Unterlagen, die man für nicht so wichtig hielt und die man auch nicht transportieren wollte oder konnte, ließ man in Thüringen zurück. Ein, wie man später feststellte, verhängnisvoller Irrtum, denn es handelte sich um die Gräberkartei, die

genaue Auskunft über die Grablagen der gefallenen Soldaten gab. Der alliierte Kontrollrat in Berlin beriet, was mit den Unterlagen weiter geschehen sollte, und beschloss, dass das gesamte Archiv zurück nach Berlin gebracht werden sollte. Über den Wasserweg kamen so alle Unterlagen zurück. Viele Schäden, die man heute noch sehen kann, sind Wasserschäden, die bei diesem Transport entstanden. Außerdem wurden die Unterlagen nicht sortiert sondern quer durcheinander in die Luken der Schiffe geworfen. In Berlin-Schöneberg wurden sie dann in ein ehemaliges Kasernengebäude gebracht. Erneut beriet der Kontrollrat über die Unterlagen. Die Alliierten hatten zu diesem Zeitpunkt keinen Überblick darüber, wie viele deutsche Offiziere noch am Leben waren und sich frei bewegten. Sie befürchteten, dass solche Offiziere mit den Unterlagen der Wehrmachtauskunftsstelle in der Lage wären, eine neue Wehrmacht aufzubauen und Widerstand zu leisten. Heute weiß man, dass dieser Gedanke absurd war, aber es war Oktober 1945, kurz nach Kriegsende, nichts war stabil, der Überblick fehlte, die Situation schien gefährlich. Und so fasste der Alliierte Kontrollrat den Beschluss, alle Unterlagen zu vernichten.



US-Major Henry Sternweiler 1945 – er erreichte, dass etwas Einmaliges geschah.

Die Rettung der Unterlagen

US-Major Sternweiler und der französische Offizier, Armand Klein, der aus dem Elsass stammte, aber meinten, dass sie die Vernichtung nicht zulassen dürften. Unsere eigenen Angehörigen, so sagten sie sich, sitzen zuhause und warten jeden Tag auf eine Nachricht aus dem alten Europa, ob wir noch leben und ob es uns gut geht. Auch hier in Deutschland gibt es noch Millionen von Frauen, von Müttern, die noch keine Nachricht über den Verbleib ihrer Angehörigen haben. Es wäre inhuman, die Unterlagen, die darüber Auskunft geben könnten, zu vernichten. Armand Klein fuhr zum französischen Hauptquartier nach Baden-Baden. Henry Sternweiler reiste nach Heidelberg und Ludwigshafen, brachte dort seine Einwände vor und wurde zu General Eisenhower vorgelassen. Die Gespräche führten dazu, dass etwas Einmaliges geschah: Der oberste Befehl der vier Alliierten Mächte wurde rückgängig gemacht und die Unterlagen wurden nicht vernichtet. Die Alliierten stellten das gesamte Archiv aber aus Sicherheitsgründen unter die Verantwortung der Franzosen. Ein französischer Offizier hatte ein Büro in der Dienststelle. Dies blieb so bis zum Fall der Mauer 1990. Eine Tafel am Eingang zur Deutschen Dienststelle erinnert heute an Major Sternweiler und Armand Klein, weil sie die Unterlagen vor der Vernichtung retteten.

Anfang der 50er Jahre wollte man wegen der Ost-West-Spannungen in Berlin keine Bundesbehörde einrichten. So wurde die Deutsche Dienststelle eine Landesbehörde. Sie gehört zur heutigen Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz und ist dem Präsidenten des Landesamtes für Gesundheit und Soziales in Berlin unterstellt. Trotzdem erfüllt sie Bundesaufgaben. Sie kümmert sich um Positionen der Versorgungsgesetze, Rentengesetze, Vertriebenengesetze, um Staatsangehörigkeitsfragen. Zwischen dem Bund und der Stadt Berlin wurde eine Vereinbarung geschlossen, dass die Kosten der Dienststelle zu hundert Prozent vom Bund getragen werden. So ist es bis heute geblieben. Jetzt, vierzehn Jahre nach der Vereinigung, sind erneut Gespräche im Gang, dass die Dienststelle in eine Bundesbehörde umgewandelt werden soll.

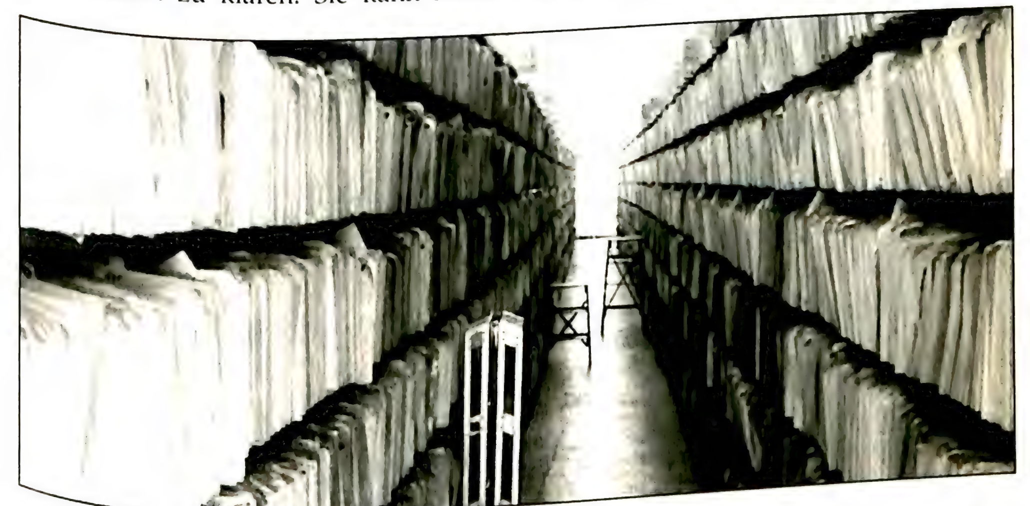


Suche nach Daten – die tägliche Arbeit der Deutschen Dienststelle

Bis in die heutige Zeit hat sich der Schwerpunkt der Aufgaben der Deutschen Dienststelle immer wieder verlagert. In den ersten Nachkriegsjahren war sie fast ausschließlich damit beschäftigt, Sterbefälle der ehemaligen Wehrmachtsangehörigen zu bearbeiten. Dabei ging es darum, die Verlustmeldungen, die von den Einheiten oder Lazaretten kamen, einzuarbeiten und Informationen über Gefallene und deren Grablagen zu bearbeiten. Auch aus den Kriegsgefangenenlagern und -lazaretten in Frankreich, Großbritannien oder den USA kamen Meldungen über verstorbene Soldaten. Auch sie wurden an die zuständigen Standesämter weitergeleitet, damit diese Sterbeurkunden erstellen konnten. Die Deutsche Dienststelle benachrichtigte die nächsten Angehörigen über den Tod des Soldaten. Auch heute noch werden alle amtlichen Dokumente, die weiterhelfen, etwas über das Schicksal eines Soldaten zu erfahren, gesammelt, ausgewertet, bearbeitet und, wenn der Tod des Soldaten festgestellt wurde, zur Beurkundung an die Standesämter weitergeleitet. Daran hat sich in den 60 Jahren seit dem Bestehen der Deutschen Dienststelle nichts geändert. Zusätzlich wird die Dienststelle wegen ihres einmaligen Materials von Privatpersonen und Behörden in einer Vielzahl von Fällen in Anspruch genommen, die mit dem Dienst in der Wehrmacht und dessen Auswirkung auf unzählige Bereiche zusammenhängen. In der Zentralkartei sind heute 18 Millionen Karteikarten, die dazu beitragen, Schicksale von Soldaten aufzuklären. Mit den darin enthaltenen Informationen kann die Deutsche Dienststelle Auskünfte über militärische Dienstzeiten geben oder Bescheinigungen zur Vorlage bei Versorgungsämtern ausstellen.

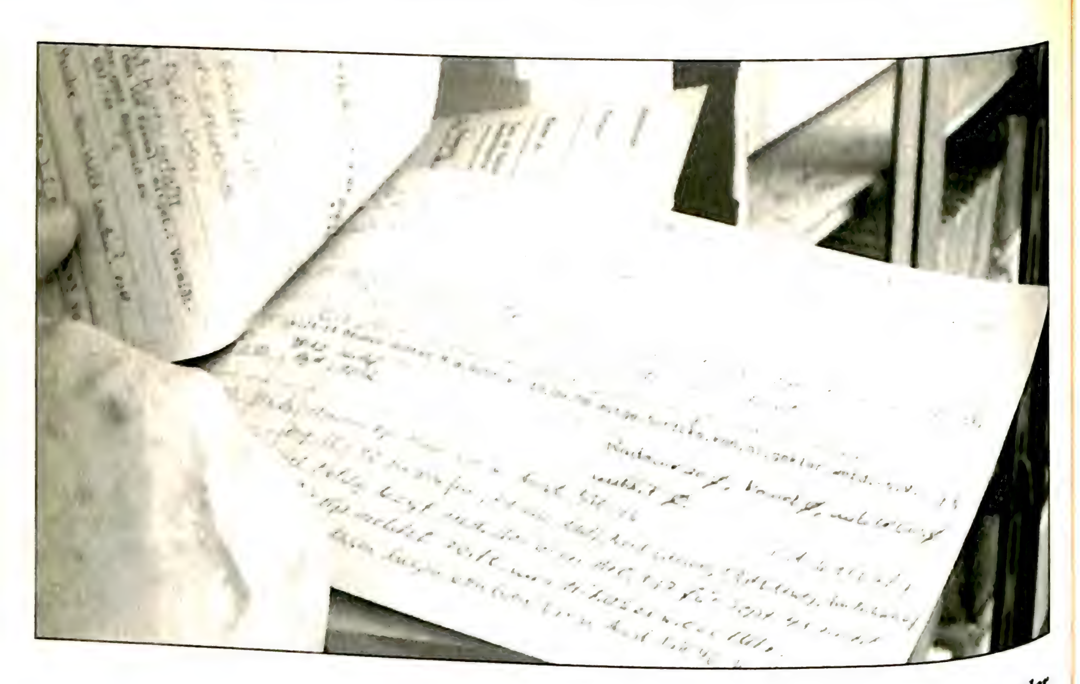
Sie kann die Staatsangehörigkeit eines Soldaten feststellen. Auskünfte über Verwundungen, Erkrankungen oder Lazarettaufenthalte der Soldaten gehören genauso dazu wie die Weitergabe von Grablagen oder Angaben zur Umbettung eines Gefallenen.

Im Auftrag der Bundesregierung überprüfte die Deutsche Dienststelle im Jahr 2004 die Gräber von Kriegstoten auf Friedhöfen in Deutschland. Dabei soll vor allem für die neuen Bundesländer eine genaue Übersicht über die zu pflegenden Gräber in den einzelnen Städten und Gemeinden entstehen. Jeder Ort bekommt laut dem Gräbergesetz für die Pflege eines Kriegsgrabes einen Pauschalbetrag vom Staat – 20,71 Euro für ein Einzelgrab, 6,47 Euro pro Quadratmeter für ein Sammelgrab. Die Deutsche Dienststelle überprüft anhand alter Unterlagen und Aufstellungen für jeden einzelnen Friedhof die angegebenen Zahlen, so dass die Bundesländer und damit die Friedhofsträger den ermittelten Betrag vom Bund erstattet bekommen. Mit Hilfe der umfangreichen Informationen aus den verschiedenen Archiven kann die Deutsche Dienststelle dazu beitragen, Schicksale von Soldaten zu klären. Sie kann Auskünfte über Vermisste und Sterbefälle geben,



Aufenthalte in westalliierter Kriegsgefangenschaft bestätigen oder Informationen über Grablagen und Umbettungen erteilen. Ein wesentlicher Grund dafür, dass die Deutsche Dienststelle nach Kriegsende nicht selbst eine systematische Suche nach Vermissten betrieb, liegt vor allem daran, dass nach Kriegsende zunächst noch etwa eine Million Sterbefallmeldungen als Rückstand aus der Zeit des Krieges bearbeitet werden mussten. Viele Soldaten waren in den letzten Tages des Krieges, bei den Rückzugskämpfen gefallen. Viele Meldungen gingen auch über die in Kriegsgefangenschaft befindlichen Männer ein. Zudem galt es, dem enormen Ansturm von Anfragen, die sowohl von Privatpersonen als auch von Behörden eingingen, schnell und zuverlässig zu bearbeiten. Es war wichtig, sich auf diese grundlegenden Aufgaben zu konzentrieren.

Die Nutzung und Auswertung der Unterlagen ermöglicht national und international ein so enormes Auskunftspotential, dass dieses nicht ungenutzt bleiben sollte. Deshalb war und ist die enge Zusammenarbeit mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes besonders wichtig. Die Aufgaben beider Organisationen ergänzen sich. Die Erfüllung der Aufgaben wäre ohne Unterstützung der jeweils anderen Organisation nicht möglich. So werden die Unterlagen der Deutschen Dienststelle auch für die Sucharbeit genutzt.



Auf den Karteikarten wird bis heute jeder Hinweis zu einem Wehrmachtsoldaten vermerkt.

Bestände und Unterlagen

Die Deutsche Dienststelle verwaltet in ihren Gebäuden eine fast unvorstellbar große Menge an Unterlagen. Auf rund 15 500 Quadratmeter Fläche werden etwa 3 600 Tonnen Akten und Karteimaterialien gelagert. Jede Information, die über einen Soldaten der deutschen Wehrmacht vorlag, wurde ausgewertet. Das fing an mit der Nummer der Erkennungsmarke eines Soldaten, setzte sich fort in Informationen über Krankheiten oder Verwundungen und dem eventuellen Aufenthalt in einem Lazarett. Auch wenn bekannt wurde, dass ein Angehöriger der Wehrmacht in Kriegsgefangenschaft geraten oder gefallen war, wurde dies an die WASt gemeldet und dort verzeichnet.

18 Millionen Karteikarten

Die alphabetisch geordnete Zentralkartei mit über 18 Millionen Karteikarten von Teilnehmern des Zweiten Weltkrieges, das heißt von Wehrmachtsoldaten und Angehörigen anderer militärischer bzw. militärähnlicher Verbände, ist eines der wichtigsten Archive. Gab es eine Meldung über einen Soldaten, wurde hier eine Karte angelegt. Dies konnte eine Verwundung oder eine Erkrankung sein, möglicherweise der Hinweis über die Gefangennahme oder den Tod. Aber auch wenn Angehörige anfragten und ihren Mann, Bruder oder Vater suchten, wurde eine Karte angelegt. Der „Weg" eines Soldaten lässt sich vielfach auf diesen Karten ablesen. Sie sind der erste und wichtigste Anlaufpunkt, wenn bei der Deutschen Dienststelle Nachfragen über eine Person eingehen. Und noch heute werden auf den Karteikarten neue Informationen ergänzt. Sicher gab es auch Fälle, in denen niemals eine Meldung über einen Soldaten bei der WASt ankam. In diesen seltenen Fällen gibt es in diesem Archiv auch keine Karte.



Erkennungsmarken

Ein weiterer Bereich der Dienststelle, der vor allem bei der Identifizierung von Gefallenen hilft, ist das Erkennungsmarkenverzeichnis mit über hundert Millionen namentlichen Meldungen. Jeder Soldat erhielt bei seinem Eintritt in die Wehrmacht eine Erkennungsmarke, auf der die Einheit, zu der er einberufen worden war mit seiner persönlichen Nummer, zu lesen waren. Diese behielt er bis zum Austritt aus der Wehrmacht oder seinem Tod. Sie musste sie an einer Schnur um den Hals getragen werden. Anhand dieses Verzeichnisses kann der Werdegang eines Soldaten genau nachvollzogen werden, denn jede Versetzung zu einem anderen Truppenteil, jede Veränderung wurde auch hier verzeichnet. Fiel der Soldat und wurde von seinen Kameraden begraben, wurde die obere Hälfte der Erkennungsmarke mit ins Grab gelegt. Die andere Hälfte wurde mit der namentlichen Verlustmeldung an die Wehrmachtauskunftsstelle geschickt. Wenn der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge heute Gefallene findet, bei denen diese Erkennungsmarken noch vorhanden sind, so kann die Deutsche Dienststelle anhand ihres Verzeichnisses die Namen der Soldaten ermitteln. Oft ist es schwer, die verwitterten Plaketten zu entziffern, aber die geschulten Augen der Mitarbeiterinnen können fast immer die Daten entziffern.

Nr.	Ort und Tag des Verlustes	Dienstgrad	Kompanie usw.	Vorname	Familienna[me] und Erkennungs[marke]
1	2	3	4	5	6
	Oise-Aisne-Kanal 5.6.1940	Gefr.	1./Pi.25	Adolf	Sütterlin 1./Pi.25, Nr
	"	O/Gefr.	"	Ludwig	Pfister 1./Pi.25, Nr
	Chailvet 5.6.1940	Uffz.	3./Pi. 25	Karl	Anger 3./Pi.25, Nr
	"	Gefr.	"	Rudolf	[illegible] 3./Pi.25, Nr 5/6-1339
	"	Pionier	"	Johann	[illegible] 3./Pi.E.Btl. 86,
	"	"	"	Karl	Fränkle 2./Pi.E.Btl. 5, N

In der Deutschen Dienststelle befinden sich über 150 Millionen weitere personenbezogene Meldungen über Verluste. Dies sind die Einzelmeldungen oder Sammellisten, die von den Einheiten alle zehn Tage an die Wehrmachtauskunftsstelle weitergegeben werden mussten. Hier finden sich Verwundungen und Erkrankungen der Soldaten und damit verbundene Verlegungen zu Lazaretten. Auch die Vermissten, in Gefangenschaft Geratenen und Gefallenen wurden hier aufge-

Jeder Verlust wurde in Listen eingetragen und an die WASt gemeldet – selbst in den Wirren der letzten Kriegstage kamen noch Meldungen an.

führt und die Information an die zentrale Stelle weitergegeben. Zum Teil funktionierte dieses Meldewesen bis in die letzten Kriegstage, so dass man über die Truppenstärke und den Zustand der Soldaten informiert war. Bei der WASt wurden diese Informationen dann wieder in die Zentrale Namenkartei eingefügt und diese laufend auf dem neuesten Stand gehalten.



Personalunterlagen der deutschen Marinen

In den Gebäuden der Dienststelle lagern über zwei Millionen Personalunterlagen der deutschen Marinen aus der Zeit von 1871 bis 1947 (Bild links). Diese Unterlagen sind besonders gut erhalten. Hier finden sich die vollständigen Personalakten, von den Eingangstests bis hin zu Zeugnissen, Gesuchen, Bewertungen von Vorgesetzten und den einzelnen Kommandos der Seeleute. Auch über eine Million Personalunterlagen von Angehörigen des Heeres und der Luftwaffe wie zum Beispiel Wehrstammbücher, Wehrpässe oder Soldbücher sind hier sortiert und archiviert.

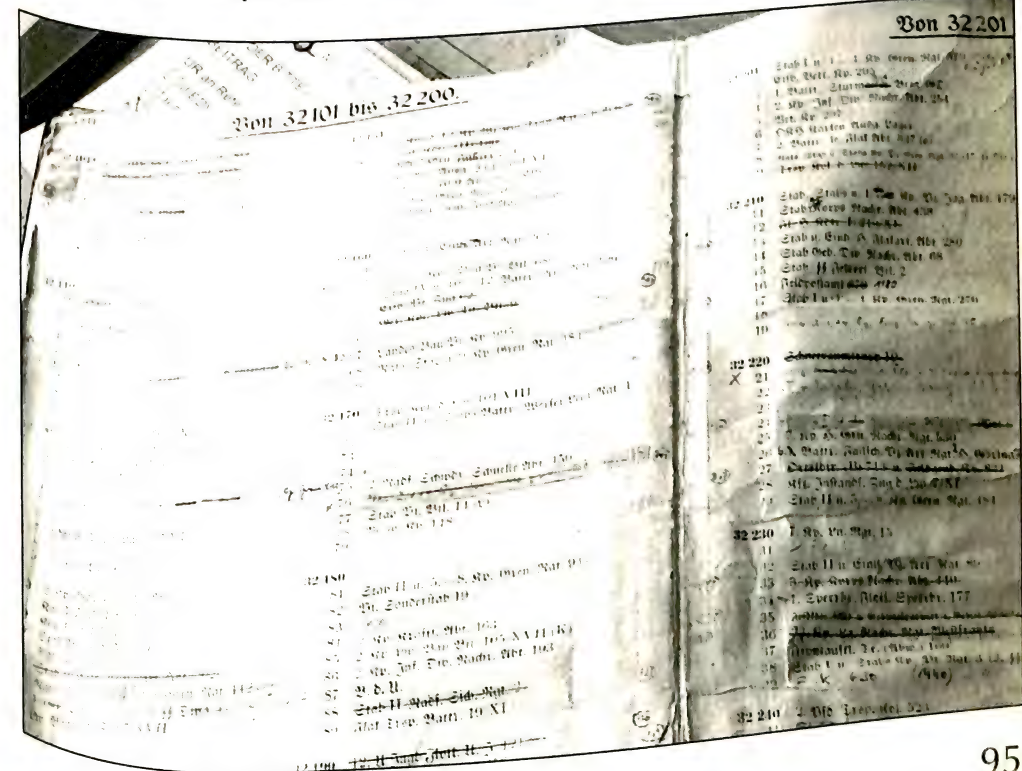
Unterlagen über Kriegsgefangene

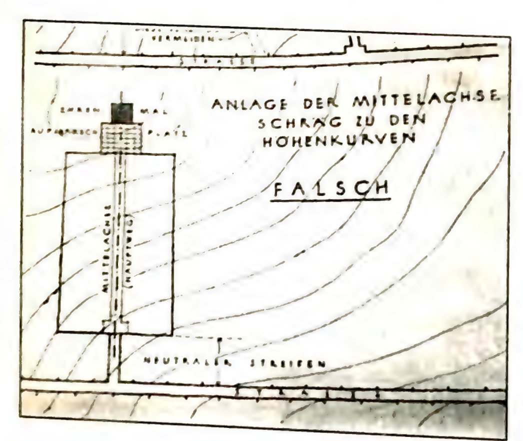
Zusätzlich hat die Deutsche Dienststelle auch Unterlagen über Kriegsgefangene. Über 15 Millionen Unterlagen über deutsche, österreichische und verbündete Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges, die in westalliierter Kriegsgefangenschaft waren, lagern hier. In den Akten, die hauptsächlich von den Franzosen, Amerikanern und Briten stammen, sind Bilder der Gefangenen, Fingerabdrücke, Krankenakten, Arbeitsnachweise, Informationen über die Entlassung und einiges mehr enthalten. Es sind umfangreiche Nachweise, die vielen ehemaligen Soldaten bei Renten- und Versorgungsansprüchen geholfen haben. Aus der sowjetischen Gefangenschaft sind im Archiv der Dienststelle nur Unterlagen und Nachweise vorhanden, die die Transporte in die Entlassungslager auf deutschen Boden betreffen.

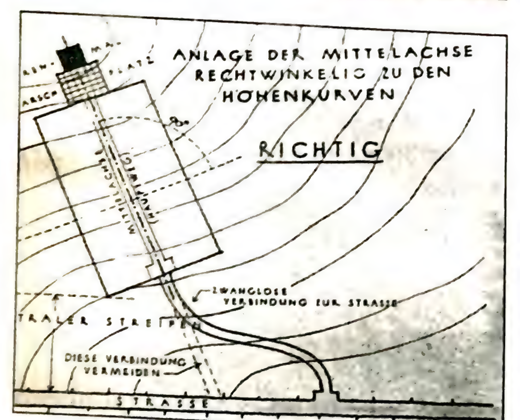


Verzeichnis der Feldpostnummern

Oft möchten Menschen Informationen von der Deutsche Dienststelle haben, können aber wenig oder keine Angaben über die Einheit oder den Truppenteil des Soldaten machen. Das macht eine Suche schwierig. Manchmal sind in den Familien noch Feldpostbriefe vorhanden. Sie sind ein guter Ansatzpunkt und können eine Hilfe sein, um an weitere Informationen heranzukommen. Denn auf diesen Briefen war immer eine Feldpostnummer verzeichnet. Die genaue (offene) Bezeichnung der Einheit durfte auf oder in dem Brief nicht angegeben werden, dies hätte dem Feind womöglich entscheidende Hinweise geben können. Die Feldpostnummer wurde immer wieder gewechselt und in Verzeichnissen eingetragen. Sie geben heute Auskunft darüber, in welcher Einheit der Absender der Briefe eingesetzt war. Dieses Verzeichnis stand während des Krieges unter strenger Geheimhaltung. Das Exemplar, das bei der WASt geführt wurde, kann heute die Nummern entschlüsseln und wichtige Informationen über den Aufenthaltsort eines Soldaten geben. Über diese Information können dann vielleicht weitere Daten gefunden werden. Nur die Deutsche Dienststelle verfügt heute noch über dieses einmalige Verzeichnis der Feldpostnummern.





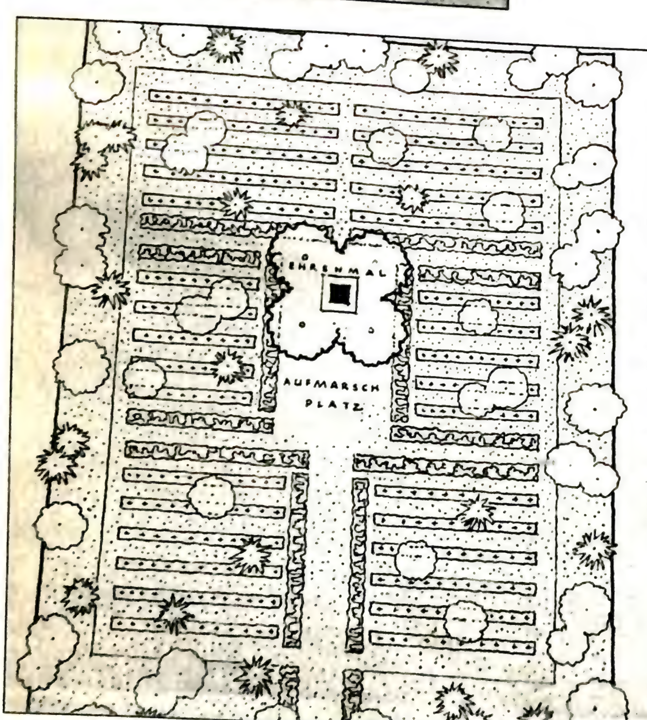


Nach einer Anweisung der Wehrmacht musste jede Grablage eines Soldaten genau registriert werden, um diese Information später den Hinterbliebenen mitzuteilen. Genaue Vorschriften regelten, dass Soldatenfriedhöfe an einer landschaftlich hervorgehobenen Stelle zu errichten seien.

Auch die Ausrichtung in der Landschaft, das Grabzeichen, die Gestaltung des Friedhofes und der Abstand der Gräber waren genau vorgeschrieben.

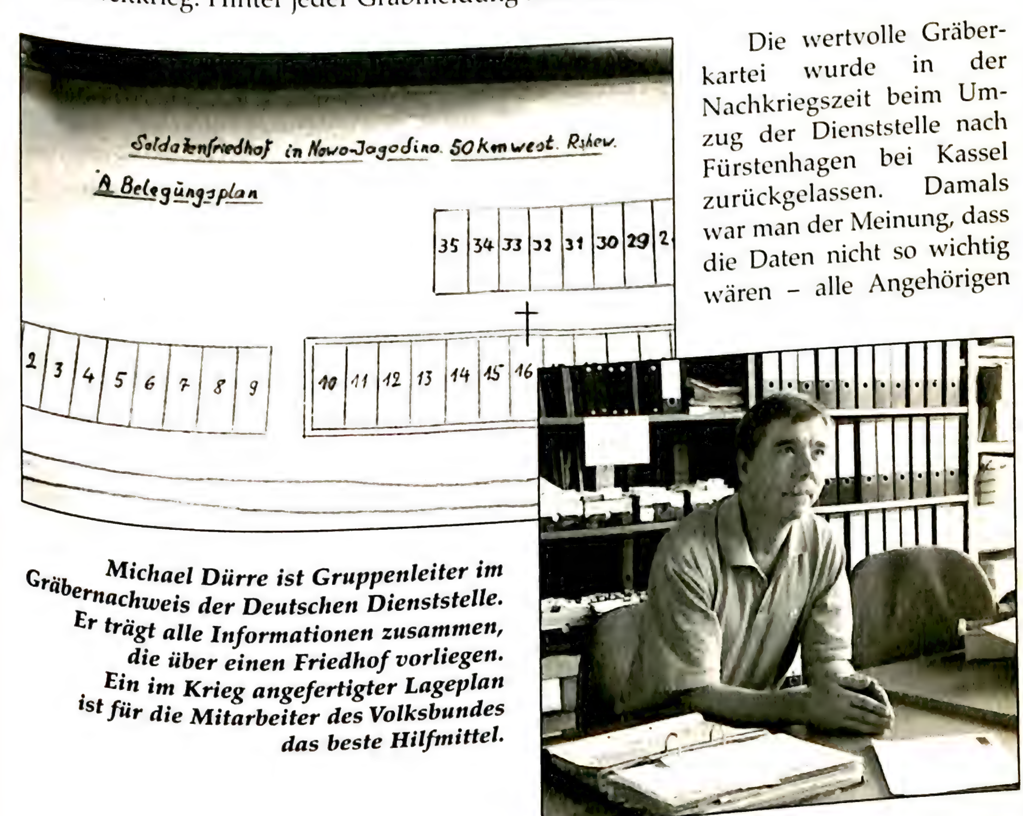
Es gab die Spezialeinheit „Gräberoffiziere", die sich um die Anlage der Gräber kümmerten. Es wurden Pläne erstellt, Zeichnungen angefertigt und Meldungen ausgestellt.

Alle Informationen wurden an die WASt weitergegeben.



Zusammenarbeit mit dem Volksbund

Eine wichtige Sammlung von Unterlagen für die Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. bei der Suche und Identifizierung von gefallenen Soldaten ist die Zentralgräberkartei mit weit über 3 000 000 personenbezogenen Meldungen über Kriegssterbefälle für den Zweiten und 900 000 Meldungen für den Ersten Weltkrieg. Hinter jeder Grabmeldung steht das Schicksal eines Menschen.



Michael Dürre ist Gruppenleiter im Gräbernachweis der Deutschen Dienststelle. Er trägt alle Informationen zusammen, die über einen Friedhof vorliegen. Ein im Krieg angefertigter Lageplan ist für die Mitarbeiter des Volksbundes das beste Hilfmittel.

Die wertvolle Gräberkartei wurde in der Nachkriegszeit beim Umzug der Dienststelle nach Fürstenhagen bei Kassel zurückgelassen. Damals war man der Meinung, dass die Daten nicht so wichtig wären – alle Angehörigen waren bereits benachrichtigt worden, es waren „nur noch" Informationen über die Grablage. Erst später merkte man, was für bedeutende Unterlagen verlorengegangen waren. Man begann aus den anderen Archivunterlagen Ersatzlisten zu erstellen, die jedoch bei Weitem nicht die gleiche Qualität hatten. Erst 1990 wurde die Originalkartei durch einen Zufall im Schloss Dornburg bei Zerbst / Anhalt wieder entdeckt, sie befindet sich jetzt wieder in den Beständen der Deutschen Dienststelle in Berlin.

Die Informationen aus diesem Archiv stellen die wichtigste Grundlage für die Arbeit des Volksbundes dar. Er kann nur durch die intensive Zusammenarbeit mit der Deutschen Dienststelle erfolgreich arbeiten und stimmt seine Planung über die Länder und Gebiete, in denen er arbeiten will, regelmäßig mit der Deutschen Dienststelle ab. Deren Mitarbeiter forschen in den Unterlagen und suchen alle Daten über die Gegend heraus. Das ist nicht immer einfach, da es z.B. bestimmte Ortsnamen manchmal bis zu vierzig Mal auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR gibt und die Umbetter des Volksbundes vor Ort nur mit den richtigen und detailliert aufbereiteten Unterlagen erfolgreich arbeiten kön-

nen. Eine wichtige Grundlage für die Arbeit vor Ort sind auch die Listen mit den Namen der Gefallenen und der dazugehörigen Nummer der Erkennungsmarke. Seit einiger Zeit ist die gute Zusammenarbeit noch weiter verbessert worden. Die Umbetter nehmen vor Ort über ihren Laptop per Internet Kontakt mit der Deutschen Dienststelle auf. So können Fragen, die bei der Umbettung entstehen, schnell und direkt meist innerhalb eines Tages mit Hilfe der modernen EDV geklärt werden.

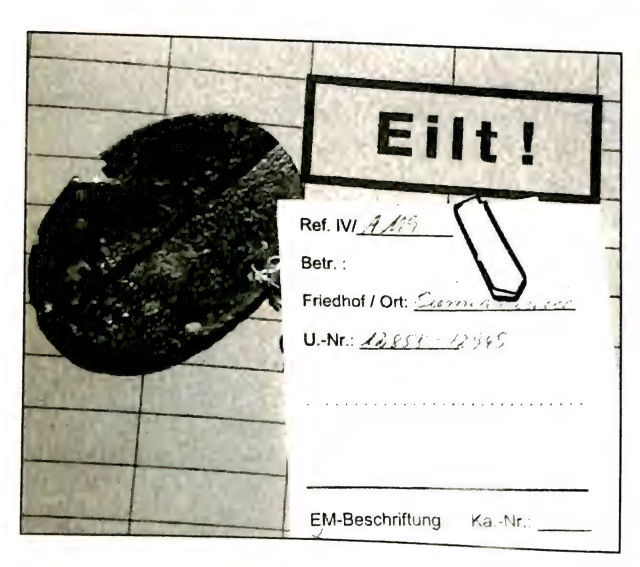
Rußland, Ostpreußen
Sammel-FDH: Pillau
Depot, wo:

Volksbund Deutsche Kriegs
Umbettungsli
Pillau - 1, Skag

Umbettungs-Nr.:	Ausb. Block	Ausb. Reihe	Ausb. Grab	Beschriftung der EM Name, Vorname, Dienstgrad
1696	1	12	6	-825- 51 541
1697	1	12	7	-854- 4./N F. ERS. BTL. 187
1698	1	12	8	-15.7- ..EN. ER. BATL. 66
1699	1	12	9	-94- 6. Pz.-Ausb.
1700	1	12	10	

Pillau
1696

Die Umbetter des Volksbundes erstellen über jeden Gefallenen, den sie finden, ein Protokoll, das zusammen mit allen Gegenständen, die bei den Gebeinen gefunden werden, an die Deutsche Dienststelle geschickt wird. Im besten Fall sind es Erkennungsmarken, die die Identität einwandfrei aufzeigen. Oft sind es aber auch persönliche Dinge, wie Ringe, Brillen, Uhren, Abzeichen, Fotos oder Zigarettenetuis. Die Dienststelle versucht diese persönlichen Nachlässe an die Angehörigen weiterzugeben. Häufig gestaltet sich aber – nach über sechzig Jahren – die Suche nach der Anschrift von Angehörigen des Gefallenen wie die Suche nach einer Nadel im Heuhaufen. Aber im Laufe der Jahre konnten so mehr als zehntausend persönliche Gegenstände weitergegeben werden. Für die Angehörigen sind sie ein letztes Erinnerungsstück an den Gefallen und haben für sie oft einen unschätzbaren Wert.



Diese Erkennungmarke wurde von Umbettern des Volksbundes gefunden und zur Entschlüsselung an die Deutsche Dienststelle weitergegeben. Der Gefallene ruht heute auf der Kriegsgräberstätte Laurahütte (Siemanovice)/ Polen.





Häufig finden Mitarbeiter des Volksbundes bei der Umbettung von Gefallenen Ringe, Brillen, Uhren, Abzeichen, Fotos oder Zigarettenetuis. Die Deutsche Dienststelle kann diese Nachlässe nur dann an die Angehörigen weitergeben, wenn der Gefallenene durch eine Erkennungsmarke eindeutig identifiziert werden kann. Die Ringe und die Uhren, die auf dieser Seite abgebildet sind, konnten bisher nicht an Angehörige weitergegeben werden.

Einige Beispiele: So konnten wir helfen

Kinder des Krieges

Brigitte Paulsen, geborene Rosentreter, schreibt:

Im Oktober 2001 erhielt ich einen Brief von der Deutschen Dienststelle (WASt) in Berlin mit dem Inhalt, dass Mylène Lannegrand aus Frankreich ihren Vater, einen ehemaligen deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg, sucht. Hierbei wurde mir mitgeteilt, dass mein Vater evtl. hierfür in Frage käme. Meine Überraschung war riesig. Ich konnte die Gefühle und das Bedürfnis dieser Frau nachvollziehen, ihren Ursprung zu klären. So beantwortete ich die Fragen, bemühte mich um Hinweise und schickte einige alte Fotos meines Vaters.



Nachdem Mylènes Mutter meinen Vater als den Soldaten, den sie damals geliebt hatte, erkannte, begann zwischen Mylène und mir ein reger Briefkontakt. Die ersten Telefonate folgten. Wir waren ja so neugierig aufeinander! Ich selbst stamme aus der dritten Ehe meines Vaters und bin 41 Jahre alt. Aus der zweiten Ehe stammt mein Bruder Heinz-Herbert, 48 Jahre alt, mit dem ich aufgewachsen bin. Über seine Vergangenheit sprach mein Vater nie mit uns.

Als ich meinen Bruder Heinz-Herbert Anfang 2002 mit der Neuigkeit überraschen wollte, dass wir eine Schwester in Frankreich hätten, erwiderte er, dass wir auch noch einen Bruder in Wuppertal, mit dem Vornamen Heinz-Albert, hätten. Ich war völlig platt! Diesen Bruder machte ich sofort ausfindig und wir vereinbarten ein Treffen. Kurz vor Ostern sahen wir uns zu ersten Mal: mein Bruder Heinz-Albert, seine Frau Monika, mein Mann Hans-Peter und ich. Unser Treffen verlief trotz aller Aufregung sehr schön. Dabei erfuhr ich, dass Heinz-Albert noch vier Schwestern hatte. Wir waren also alle zusammen acht Geschwister! Die Geschichte entwickelte sich zu einer Lawine!

Spontan setzte sich Heinz-Albert mit Mylène in Verbindung und lud sie sowie meinen Mann und mich zu Ostern zu sich ein. So ergab es sich, dass wir am Karfreitag alle zusammen Mylène vom Flughafen abholten und uns endlich in die Arme schließen konnten. Es war ein außergewöhnliches Fest mit vielen Gesprächen, tiefen Gefühlen und gegenseitigem Kennenlernen. Nach Ostern begann für mich die Zeit des Verarbeitens. So wurde mir völlig klar, dass nicht nur etwas Außergewöhnliches, sondern auch etwas sehr Kostbares in meinem Leben geschehen ist. Unsere Kontakte intensivieren sich immer mehr. Wir besuchen uns gegenseitig, wir schreiben und telefonieren oft. Im Sommer fuhren mein Mann und ich für zwei Wochen zu Mylène. Dort lernte ich auch ihre Mutter kennen, die uns sehr freundlich und offen empfing und mich sehr beeindruckt hat. Sie will mich wiedersehen. Ende August lernte ich – zusammen mit Mylène – noch drei der vier Schwestern kennen: die erste lebt in den USA, die zweite in Irland, die dritte in Mainz. Wir sind international! Ich habe mich immer noch nicht daran gewöhnt, einen Haufen Geschwister zu haben, aber ich bin sicher, das kommt noch. Miteinander haben wir keine Vergangenheit, aber vielleicht eine Zukunft!

„Doch, doch, er war es …"

Hervé ist am 22. März 1945 geboren. Seine 21-jährige Mutter arbeitete 1944 als Zivilperson im Sekretariat des Flugplatzes Entzheim bei Straßburg und traf Herbert Rottmann, einen deutschen Piloten der Luftwaffe aus der Gegend von Bielefeld. Das ist alles, was Hervé weiß, als er sich 2001 an die Deutsche Dienststelle wendet. Seine Mutter ist 1998 verstorben. Er hat vor vielen Jahren ein kleines Foto seines Vaters gesehen und ist sich sicher, ihn sofort wiederzuerkennen.

Nach Überprüfung der Unterlagen der WASt fanden wir einen, der in Frage kam. Er ist in Gütersloh geboren, einige Kilometer von Bielefeld entfernt. Seinen Einsatz im Elsass können wir nicht bestätigen, da keine Meldungen für die Zeit von 1942 bis 1944 vorliegen. Er gehörte der Luftwaffe an und hat den Krieg überlebt. Durch das Einwohnermeldeamt erfahren wir, dass Herbert Rottmann im Jahre 1998 verstorben ist. Wir senden seiner Witwe einen Brief, in dem wir mitteilen, dass eine französische Familie sich nach dem Schicksal eines ehemaligen Piloten der Luftwaffe namens Herbert Rottmann erkundigen möchte und bitten sie um Zusendung eines Fotos ihres verstorbenen Gatten aus der damaligen Zeit.

Kurz darauf ruft Frau Rottmann an und fragt, wer die französische Familie sei, die sich nach ihrem Mann erkundigt habe. Wir sagen ihr ehrlich, worum es geht und dass wir bis jetzt keine Bestätigung haben, dass er der gesuchte Vater ist. Sie antwortet: „Doch, doch, er war es …".

Sie erzählt, dass sie und ihre Tochter Cornelia erst nach dem Tod von Herbert Rottmann durch Familienangehörige erfahren haben, dass er ein Kind in Frankreich habe. Kurz nach dem Krieg sei nämlich eine junge Französin mit einem Kind im Arm in Gütersloh erschienen, auf der Suche nach Herbert. Seine Eltern hielten ihn für vermisst, wahrscheinlich tot, da sie seit Monaten ohne jegliche Nachricht von ihm waren. Sie schickten die Französin wieder weg. Frau Rottmann und ihre Tochter sind sehr gerührt, treten sofort mit Hervé in Verbindung und laden ihn ein, nach Deutschland zu kommen. Er wird sie in Bayern besuchen.

Der Krieg ist wirklich vorbei

Die Geschichte von Herbert Anton ist das Leben eines Mannes, der mit 17 Jahren in die Wehrmacht eingezogen und von seiner Familie getrennt wurde, bis er am Freitag, den 23. Juni 2000 in seiner Wohnung in Lens einen Brief erhielt.

Trotz seiner 76 Jahre hat Herbert ein perfektes Gedächtnis. Mit einem leichten Akzent, der seine Herkunft verrät, erzählt er seine Geschichte. Er ist in Ostpreußen als Ältester von neun Kindern geboren. Mit 17 Jahren wird er in die Wehrmacht eingezogen und zur Ostfront geschickt, zwei Jahre lang dem Tod ausgesetzt.

Der Krieg ist zu Ende. Als deutscher Soldat muss er jeden Moment damit rechnen, von den Sowjets gefangengenommen zu werden. Wenn er Glück hat, wird er in ein Arbeitslager gesteckt, wenn nicht, wird er erschossen. Sein Entschluss ist gefasst: Am 8. Mai 1945 mittags geht er in Riga/Lettland an Bord eines kleinen Bootes. Es folgen vier Tage ohne Trinken und Essen, von der Seekrankheit gepeinigt, zwischen den Minen fahrend, die russischen Schiffe meidend: Das ist der Preis für seine Freiheit. Endlich kommt der junge Mann in Kiel an. Er wird sofort von den Briten gefangengenommen und bleibt bis Juli 1945 in Gefangenschaft.

Danach versucht er, wie alle seine Landsleute, zu überleben. Er arbeitet auf Bauernhöfen, er hackt Holz und er sucht die ganze Zeit seine Familie. Ohne Erfolg. Mit 21 Jahren verlässt er Deutschland. In Lens/Frankreich werden Arbeiter für das Steinkohlebergwerk gesucht. Fern von der Heimat sucht er trotzdem weiter nach Familienmitgliedern. 1958 findet er eine Tante. Durch sie findet er Nachbarn, die im Westen Deutschlands leben. Sie können ihm von seiner Familie berichten: Seine Mutter hat versucht, mit ihren acht Kindern und einer Schwägerin in die Niederlande zu flüchten, um den Russen zu entkommen. Im Mai 1945 versucht sie, in Danzig an Bord eines Schiffes zu gehen.

Die Nachbarn sind sich sicher: „Das Schiff ist untergegangen. Ihre Mutter ist tot, denn sie wollte dieses Schiff nehmen". Für Herbert ist das ein schwerer Schlag. Seine Hoffnungen schwinden. Aber das Leben geht weiter. Er kehrt nach Frankreich zurück. 1964 heiratet er. Später hat er Kinder. Ironie des Schicksals: Er verbringt mehrere Male seinen Urlaub in Deutschland, nicht weit entfernt vom Wohnort einer seiner Schwestern. Aber das wird er erst sehr viel später erfahren ...

Die Vergangenheit holt ihn ein

Schon lange hat Herbert jede Hoffnung aufgegeben. Nichts ist mehr geschehen ... bis zu diesem Freitag, dem 23. Juni, bis zu diesem Brief. Auf dem Umschlag ein Stempel von Berlin. Er wundert sich. Aus der Überraschung wird Unverständnis. Auf der ersten Zeile steht der Name seines Bruders. Wahrscheinlich ein Irrtum, da sein Bruder seit über 50 Jahren verstorben ist. Dann sieht der seinen Namen, sein Geburtsdatum, seinen Geburtsort. Es ist mein Bruder! „Ich habe mich sofort hingesetzt, ich bin auf den Hintern gefallen". Letzten Sonntag hat er in Berlin angerufen. Von weit her hört er eine Stimme:

„Hier Birgit Anton"
„Kann ich meinen Bruder sprechen?"
„Wer ist da bitte?"
„Sein Bruder!"
„Welcher Bruder?"
„Sein Bruder Herbert"
„Mein Gott, oh mein Gott, mein Gott ...",
ruft dann seine Schwägerin.

Die beiden Brüder wechseln ihre ersten Worte seit 57 Jahren. „Ihr seid nicht tot?" fragt Herbert. Nein, die ganze Familie ist noch da, oder fast. Herberts Mutter ist 1985 gestorben. Sein jüngster Bruder, der während des Krieges geboren ist und den er nicht gekannt hat, ist auch verstorben. Aber da sind noch Arthur (69 Jahre), Eli (72 Jahre), Kristel (66 Jahre), Heinz (65 Jahre), Rudi (63 Jahre), Ingard (61 Jahre) und Helgard (59 Jahre)! Seit Kriegsende leben sie in Ostdeutschland. Eine Lawine von Neuigkeiten überrollt Herbert, denn im Januar 1945 hatte er den letzten Brief von der Mutter erhalten.

55 Jahre später erfährt Herbert, was geschehen war: Seine Mutter hat versucht, im Mai 1945 mit den Kindern und der Schwägerin in Danzig an Bord dieses Schiffes zu gehen, aber nur sechs Personen durften an Bord gehen. Mutter hat dann darauf verzichtet, um die Familie nicht noch einmal zu trennen.

Und nun? Seit Sonntag klingelt das Telefon unaufhörlich. Kein Tag vergeht, ohne dass ein Familienmitglied anruft. Stundenlang wird geredet, der Dialog wieder aufgenommen. Eine erste Etappe der Wiedersehen ist am 12. Juli. An diesem Tag werden vier Geschwister Herbert besuchen. Mit seiner 100%igen Staublunge und nach einem schweren Herzinfarkt im Jahre 1995 kann er die Reise nach Deutschland nicht unternehmen. Herbert ist ungeduldig. Er lebt nur noch für das Wiedersehen. „Es sind meine Brüder und Schwestern, dennoch kenne ich sie nicht. Ich habe Angstgefühle. Ob mein Herz das aushält?" Ohne Bitterkeit dankt Herbert dem Schicksal. „Der liebe Gott stand mir immer bei. Ich hatte Glück während des Krieges, dann bei meiner Arbeit und jetzt geschieht ein Wunder". Er hat seine Lieben gefunden. Der Krieg ist wirklich vorbei.

Warum die lange Zeit? Nicht nur Herbert hatte Nachforschungen betrieben. Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs hatten seine Geschwister immer die Hoffnung, ihn wiederzufinden. Das Regime der DDR hatte ihnen die Ermittlungen nicht leicht gemacht. Ihr Bruder war an der Ostfront vermisst. Also ist er verstorben, so wurde es ihnen immer wieder gesagt. Jedoch gab es keinen Beweis, keine Gewissheit.

Es war schließlich ein Detail, das zur Wiedervereinigung der Familie geführt hat. Im Jahr 1976 hat Herbert die französische Staatsangehörigkeit beantragt. „Meine Familie war tot, Frankreich war meine Heimat geworden." Zwei Jahre später, nach einem langwierigen Weg, wird er eingebürgert. Um die nötigen Papiere zusammenzubringen, wendet er sich an das Büro des Militärarchivs in Berlin, nicht ahnend, dass dieser Schritt Konsequenzen haben wird. 24 Jahre später, im April 2000, besucht sein Bruder Arthur dieselbe Dienststelle, um sich wieder nach dem Schicksal des Bruders zu erkundigen. Einige Wochen später erhält dann Herbert das Schreiben dieser Behörde.

Das Wiedersehen am Gleisende

„Der Zug aus Lille-Flandres kommend wird auf Gleis G eintreffen." Auf dem Bahnsteig in Lens hält es Herbert Anton nicht mehr aus. 57 Jahre Warten, aber diese letzten Minuten sind die Schwersten. Seit diesem Brief, seit dem 23. Juni, telefonieren die Geschwister Anton regelmäßig miteinander. Jedoch haben sie sich bis zu diesem Mittwoch, dem 12. Juli 2000 noch nicht wiedergesehen.

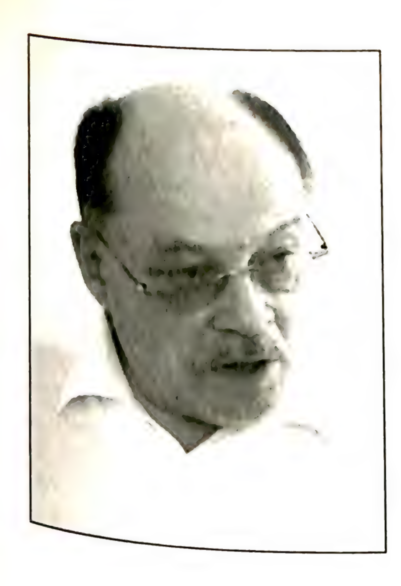
Heute kommen zwei Brüder (Arthur und Heinz) sowie eine Schwester (Ingard) zu Herbert. Als sie sich das letzte Mal sahen, war Herbert 17, seine Schwester 4 Jahre alt. Heute ist Herbert 76 und seine Schwester 61. Herbert ist nicht allein gekommen. Seine beiden Söhne Patrick und Gérard sowie seine Enkelin Séverine begleiten ihn. Sie können auch nicht fassen, was geschehen ist. Innerhalb drei Wochen haben sie eine riesengroße Familie in Deutschland gefunden. Von den Tanten und Onkeln besaßen sie nur ein vergilbtes Foto, alle in kurzen Hosen.

Auf dem Bahnsteig vergehen die Minuten. Der Zug soll um 19.11 Uhr eintreffen. Der Zug hat Verspätung. Nach 57 Jahren Warten wird Herbert das auch noch überstehen. Er hält es nicht mehr aus. Er hat Angst: „Ich habe keine Ahnung, wie ich reagieren werden. Ich habe Angst, sie nicht wiederzuerkennen". Endlich trifft der Zug ein. Dort am Ende des Bahnsteigs hat Herbert sie entdeckt. Ein Blick genügte, sein Blick verschleiert sich. Er hebt die Arme. Die ersten Worte werden auf deutsch gewechselt: „Es ist unglaublich, dass wir uns nach 57 Jahren wiedersehen". Ja, es ist unglaublich. Das Umarmen, das Küssen nehmen kein Ende. Nach einer Weile finden die Geschwister ihre Stimme wieder. Sie haben sich so viel zu erzählen. Arthur, Heinz und Ingard werden acht Tage in Lens verbringen. Birgit, Arthurs Frau und Lutz, ein Neffe, begleiten sie. Alle werden sicherlich versuchen, einen Teil der verlorenen Zeit wiederzufinden, bevor sie im August ein zweites Mal kommen werden. Diesmal werden alle Geschwister Herbert besuchen. Dann wird nach 57 Jahren Trennung die Familie endgültig vereint.


Au bout du rail, les retrouvailles

«Le train en provenance de Lille-Flandres va entrer en gare voie G.» Sur le quai de la gare de Lens, Herbert Anton ne tient plus. Cinquante-sept années d'attente, mais ce sont ces dernières minutes qui ont été les plus insoutenables.

Nachtrag: In der ehemaligen DDR, auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs, glaubten die Geschwister, ihr Bruder Herbert sei an der Ostfront vermisst. Auf dem Denkmal in seinem Heimatort steht sein Name mit dem Vermerk „vermisst".



„Einen Ort für die Erinnerung und Trauer haben"

Gespräch mit Peter Gerhardt, stellv. Leiter der Deutschen Dienststelle in Berlin.

Der Zweite Weltkrieg wirkt bis in die heutige Zeit. In Brandenburg kann man Menschen sehen, die mit Metallsuchgeräten durch die Wälder gehen und nach Gefallenen, Waffen, Abzeichen oder sonstigen Hinterlassenschaften suchen. Gibt es noch viele Gefallene – Deutsche und Russen der letzten Schlacht um Berlin, die dort vermutet werden?

Die genaue Zahl wird niemand wissen. Wir gehen davon aus, dass zwischen der Oder und Berlin, dazu gehört auch der südwestliche Teil, also der Kessel von Halbe, zwischen 20 000 und 40 000 deutsche Soldaten noch in den Wäldern liegen und mindestens die doppelte Anzahl an sowjetischen Soldaten. Die so genannten Militaria-Sucher erschweren unsere Arbeit, weil sie den Gefallenen Erkennungsmarken, Uhren, Ringe und persönliche Dinge wegnehmen. Deshalb können wir die aufgefundenen Gebeine keiner Person zuordnen und daher dem Toten auch seinen Namen nicht zurückgeben.

Es gibt ja auch Fälle, wo in Russland Angehörige Händlern, 20 oder 30 Erkennungsmarken abkaufen und meinen, damit ein gutes Werk zu tun.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Denn in dem Moment, in dem die Händler mit diesen Erkennungsmarken Geld verdienen können, tragen die Käufer dazu bei, dass immer mehr dieser Gegenstände auf den Markt kommen. Das führt dazu, dass immer mehr Gefallene, die dort noch vom Volksbund gefunden werden, ohne Erkennungsmarken sind und dadurch als unbekannte deutsche Soldaten beerdigt werden müssen. Eine Identifizierung ohne diese Marken ist nicht möglich.

Die Gefallenen, von denen Sie reden, ruhen inzwischen fast 65 Jahre in russischer Erde. Gibt es noch viele Menschen, die sich nach dem Schicksal von Angehörigen erkundigen?

Ja. Wir haben noch über eine Million Vermisste, deren Schicksal noch nicht geklärt ist. Das bedeutet, dass etwa eine gleich große Anzahl von Familien in Deutschland betroffen

ist. Sie haben bis heute keine Nachricht über den Verbleib ihres Angehörigen erhalten. Menschen sind so veranlagt, dass sie zwar von der Realität ausgehen und sich sagen, mein Angehöriger kann nicht mehr leben, egal ob er im Felde gefallen oder in der Kriegsgefangenschaft verstorben ist. Aber die letzte Gewissheit fehlt. Das heißt, es bleibt ein Zweifel, eine Unruhe in diesem Menschen, da er keine Nachricht über das Schicksal seines Angehörigen hat.

Und wenn dann im Fernsehen oder in der Presse über die Klärung eines Schicksals berichtet wird, erreicht unsere Dienststelle eine Flut von Briefen. Es sind Anfragen, ob es jetzt endlich auch die Möglichkeit gibt, das Schicksal ihres Angehörigen zu klären. Damit ist nachgewiesen, dass auch heute noch, 60 Jahre nach Kriegsende, bei vielen Menschen das Bedürfnis besteht, bei einer Institution wie unsere Dienststelle sie darstellt, anzufragen, die sich darum kümmert, Schicksale zu klären. Wir haben die Verpflichtung, alles was möglich ist zu unternehmen, um bei dieser großen Zahl von Vermissten zur Schicksalsklärung beizutragen. Wir sind, ebenso wie der Volksbund der Auffassung, dass der Mensch einen Platz zum Trauern, zum Abschiednehmen braucht. Das allein ist schon Motivation und Auftrag genug, um unsere Arbeit fortzusetzen

Viele Menschen wissen nicht, dass die Archive in Russland erst seit etwa 15 Jahren für die Suchdienste offen sind.

Wir haben auch zu der Zeit des „Eisernen Vorhangs" schon versucht, Schicksale zu klären, insbesondere für Soldaten, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren. Wir sind immer davon ausgegangen, dass die Sowjetunion über alle Kriegsgefangenen, die in ihren Lagern gestorben sind, Listen angelegt hat. Wir haben versucht, Kontakte herzustellen und über das Internationale Rote Kreuz oder über das Nationale Rote Kreuz Informationen zu bekommen. Bis auf ganz wenige Einzelfälle waren wir bis 1990 hier leider nicht sehr erfolgreich.

Erfolgreich arbeiten konnten wir aber nach der Kontaktaufnahme durch Marschall Kulikov, seiner Zeit Oberbefehlshaber der Warschauer-Pakt-Truppen in Mitteleuropa. Er suchte uns eines Tages auf und fragte, ob wir Unterlagen über sowjetische Kriegsgefangene hätten. Das haben wir bejaht. Er fragte dann, ob er davon Kopien bekommen könnte. Auch das haben wir bejaht. Wir kopierten die Unterlagen und stellten sie ihm in die russische Botschaft in Berlin Unter den Linden zu. Es kam jedoch keine Reaktion von ihm. Weder ein Dank noch eine Empfangsbestätigung. Doch einige Monate später erhielt ich einen Anruf aus der russischen Botschaft. Marschall Kulikov, so wurde mir gesagt, will morgen bei ihnen im Haus eine internationale Pressekonferenz abhalten. Aber er kommt nur, wenn genügend Journalisten anwesend sind. Eine inhaltliche Begründung für diesen Wunsch gab es nicht. So schnell wie möglich haben wir dann versucht, etwas auf die Beine zu stellen. Es wurden das Bundesinnenministerium, die für unser Haus zuständige Senatsverwaltung und das Senatspresseamt informiert. Am nächsten Morgen war das Gelände der Dienststelle voll mit Übertragungswagen und mit Journalisten. Das japanische Fernsehen war genauso anwesend wie TV- und Pressevertreter aus vielen Ländern Europas und Übersee. Marschall Kulikov erschien dann und freute sich sehr über die große Resonanz. Nachdem er sehr aufgeräumt einige Scherze mit den anwesenden Journalisten gemacht hatte, fasste er sich sehr kurz. Er schaute uns an und sagte: „Meine Herren, sie haben so unpreußisch gehandelt, wie ich es nie für möglich gehalten hatte. Sie haben mir in kürzester Zeit meinen Wunsch erfüllt und mir die Unterlagen über sowjetische Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt. Als Dank dafür überreiche ich ihnen hier-

mit symbolisch den Goldenen Schlüssel für sämtliche Archive Russlands." Das war für uns der Eintritt in die Staatsarchive der ehemaligen UdSSR. Das war also der Anfang. Seit 1993, haben wir die Möglichkeit, in die russischen Archive zu gehen und die dort vorhandenen Informationen, die zur Schicksalsklärung der bisher als vermisst geltenden Soldaten führen, auszuwerten. Wir tun das gemeinsam mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in München und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden. Inzwischen haben wir etwa 850 000 Meldungen aus Russland erhalten.

Bedeutet das, dass auch 850 000 Schicksale geklärt werden konnten?

Theoretisch ja. Nur haben wir die Schwierigkeit, alle Namen richtig zuzuordnen. Die Schreibweise mit kyrillischen Buchstaben, die unterschiedliche Erfassung der deutschen Namen in den Lagern durch die sowjetische Verwaltung und die Rückübersetzungen führen dazu, dass wir viele Namen noch immer nicht einer Person zuordnen können. Wir versuchen mit Hilfe eines Computerprogrammes hier weiterzukommen. Mit den sowjetischen Unterlagen konnten bis heute etwa 480 000 Schicksale geklärt werden.

Kann man sagen, dass die Klärung der Schicksale der deutschen Soldaten, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten und vielfach noch heute als vermisst gelten, die wichtigste Aufgabe der Deutschen Dienststelle in Gegenwart und Zukunft ist?

Es ist sicher zurzeit der wichtigste Bereich für uns und auch der, der die meisten Mitarbeiter beschäftigt. Es ist der Bereich in dem wir gefordert sind, vor allem auch in der Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Der Volksbund gibt uns vor, in welchem Land, in welcher Gegend im Osten Europas er arbeiten will und kann. Wir sprechen bestimmte Zeitpläne ab und liefern dann Informationen, die den Umbettern vor Ort weiterhelfen und die Basis ihrer Arbeit bilden. Wir haben im vergangenen Jahr etwa 83 000 Vorgänge zur Verfügung gestellt. Dabei stoßen wir an unsere Grenzen. Mit immer weniger Mitarbeitern und gekürzten Ressourcen ist leider nicht mehr machbar, da die Unterlagen der Deutschen Dienststelle (WASt) nicht digitalisiert erfasst sind und daher manuell ausgewertet werden müssen. Aber auch der Volksbund ist aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, an vielen Stellen gleichzeitig tätig zu sein und noch mehr Hinweise zu verarbeiten. Also werden Schwerpunkte gesetzt, und wir arbeiten hier eng und sehr erfolgreich zusammen. Wir gehen derzeit davon aus, dass diese Übertragung von Daten noch mindestens zehn Jahre so weitergehen wird.

Was wird mit den vielen Akten und Unterlagen, die bei Ihnen lagern, in der Zukunft geschehen?

Es gab einmal Überlegungen, dass es für die historische Forschung genügen würde, nur einen Teil der Unterlagen zu erhalten. Von dieser Haltung ist man aber abgegangen. Der letzte Stand der Verhandlungen ist, dass sämtliche Unterlagen der Dienststelle erhalten bleiben. Sicher werden wir eines Tages als Arbeitsgruppe in das Bundesarchiv eingegliedert werden. Dort werden die Archivare dann alle Unterlagen übernehmen und sicherstellen, dass sie für Auswertungen zur Verfügung stehen.

Vergleicht man die Archive der verschiedenen Suchdienste, fragt man sich, wo wohl die meisten Unterlagen und Dokumente lagern.

Bei Angehörigen der Wehrmacht haben wir sicher die umfangreichsten Unterlagen. Auch vom Inhalt her sind unsere Karteien und Nachweise sehr vielfältig, und wir können Auskünfte unterschiedlichster Art und Inhalte geben. In den letzten Jahren lagen unsere Hauptaufgaben in der Erteilung von Bescheinigungen über die Dienstzeiten für Rentenzwecke, für Versorgungsansprüche bei Verwundungen oder Erkrankungen, die durch den Kriegseinsatz hervorgerufen worden sind oder auch in Nachweisen über die in westalliiertem Gewahrsam verbrachte Kriegsgefangenschaft. Aber wir führen u.a. auch den Nachweis über den Besitz der deutschen bzw. fremdländischen Staatsangehörigkeit. Das betrifft vor allem die Aus- und Übersiedler, die ohne unsere Hilfe ja oft nicht nachweisen können, dass ihr Vorfahre ein deutscher Soldat war, der die deutsche Staatsangehörigkeit hatte. Eine weitere Aufgabe beinhaltet das Gebiet der Familienzusammenführung. Dabei geht es um Kriegskinder, die wir mit ihrem Vater, der deutscher Soldat war, oder mit ihren Halbgeschwistern in Kontakt bringen. Das sind alles Aufgaben, die nur wir mit den Unterlagen aus unserem Archiv klären und bearbeiten können.

Welche Rolle spielt die Deutsche Dienststelle bei der Zusammenarbeit der Suchdienste untereinander?

Die Zusammenarbeit, d. h. der Austausch bzw. Weitergabe von Informationen, gestaltet sich mit jeder der hier aufgeführten Organisation ganz unterschiedlich. Der Volksbund zum Beispiel fragt bei uns an und benötigt für seine Arbeit die Informationen zur Grablage deutscher Soldaten. Der Kirchliche Suchdienst hingegen benötigt unsere Hilfe sehr selten. Wir hingegen brauchen vielfach die Hilfe der Heimatortskartei aus Passau oder Stuttgart. Das ist immer dann der Fall, wenn wir von Vertriebenen aus den Ostgebieten die Zuzugsanschrift in der Bundesrepublik Deutschland benötigen. Oft haben wir ja nur die Heimatadresse zur Kriegszeit und die kann dann in Pillau oder in Königsberg gewesen sein. Nur mit Hilfe der Heimatortskarteien können wir dann den Weg der gesuchten Personen weiter verfolgen. Der DRK-Suchdienst in München fragt bei uns an, ob wir zusätzliche Informationen zu bestimmten Fällen in unseren Akten haben oder auch eine letzte Anschrift, die weiter helfen kann. Manchmal haben aber auch wir Fälle, in denen wir genau diese Informationen aus München benötigen. Es findet ein reger Austausch von Daten statt. Besonders eng ist das natürlich bei den neuen Daten, die aus den osteuropäischen Archiven kommen. Jeder bearbeitet die neuen Daten und gibt das, was bei ihm nicht zu ermitteln ist, an den jeweils Anderen weiter.

Ein Thema, das in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist: Kinder von deutschen Soldaten, deren Mütter aus Frankreich, Norwegen, Italien, Holland oder Belgien stammen, suchen heute mit Ihrer Hilfe nach ihren Wurzeln. Sie wollen etwas über ihre Väter herauszufinden. Ist dies ein Thema, das die Deutsche Dienststelle auch in Zukunft beschäftigen wird?

Ja, gerade in den Ländern, in denen die deutschen Soldaten teilweise über mehrere Jahre stationiert waren und es keine wirkliche Front gab, kehrte oft so etwas wie Normalität ein und es gab Beziehungen zwischen deutschen Soldaten und einheimischen Frauen, die nicht ohne Folgen blieben. Wie bereits angesprochen, erreichen uns in den letzten Jahren verstärkt die Anfragen dieser „Besatzungskinder", die nach ihren Vätern suchen. Wir gehen davon aus, dass es etwa 200 000 dieser Kriegskinder in Frankreich gibt,

etwa 50 000 in den Niederlanden, ungefähr 40 000 in Belgien und mindestens 12 000 in Dänemark und Norwegen. Auch in anderen Ländern wie Italien, Ungarn, Tschechien oder Russland gibt es sicher Kinder deutscher Soldaten. Die ersten, die bei uns anfragten, waren Kinder aus Norwegen. Das war bereits Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre und wurde ausgelöst durch einen Verein, den diese Besatzungskinder gegründet hatten. Menschen mit gleichen Schicksalen fanden sich dort zusammen und fragten nicht direkt, sondern über den Verein bei uns an. Das waren die ersten, die dieses Thema aufgegriffen haben. Oft waren die Kinder schon um die 40 Jahre alt, als die Mütter ihnen die Wahrheit über ihre Herkunft erzählten und die Geschichte ihrer Beziehung zu einem deutschen Besatzungssoldaten offenbarten. In Norwegen passierte das früher als in allen anderen Ländern. Meistens war und ist es ein Tabu und die Mütter schweigen ihr ganzes Leben. Die Kinder erfahren es dann oft erst durch den Nachlass der Mutter. Sie finden Feldpostbriefe von einem deutschen Soldaten an ihre Mutter, die eigentlich Liebesbriefe sind. Manchmal sind noch alte Fotos da, auf denen der deutsche Soldat das kleine Baby in seinen Armen hält. Die Besatzungskinder fangen dann an, sich für ihre Herkunft zu interessieren. Sie möchten wissen, aus welcher Familie ihr Vater stammt, was er für ein Mensch war, welchen Beruf er hatte, ob er den Krieg überlebt hat, vielleicht heute noch lebt. Sie wollen ihn kennenlernen, ihm einmal in die Augen schauen. Vielleicht hat der Vater in Deutschland eine Familie gegründet und es gibt Halbgeschwister, denn sie selbst sind nicht selten Einzelkinder!

Wir stellen fest, dass, je älter der Mensch wird, um so mehr das Interesse an seinen Wurzeln, an seiner Herkunft steigt. Bei diesen Kindern kommt noch hinzu, dass sie ja gar nichts wissen über ihren Vater und wirklich nur mit unserer Hilfe mehr erfahren können. Wir merken, dass das Thema Besatzungskinder in den letzten Jahren immer stärker in die Öffentlichkeit kommt und auch die Kinder selbst sich immer mehr öffnen. In Frankreich ist zum Beispiel gerade ein Buch auf den Markt gekommen, das anhand von vielen, vielen Einzelschicksalen das Thema Besatzungskinder aufgreift. Es war innerhalb von zwei Wochen vergriffen, das französische und holländische Fernsehen berichtete, französische aber auch deutsche Zeitungen brachten Artikel dazu. Das bewirkte eine Flut von neuen Anfragen, die bei uns aus Frankreich eingingen, aber auch ein neues verstärktes Interesse in den Niederlanden und in Belgien. Wir gehen davon aus, dass uns dieses Thema in den nächsten Jahren vermehrt beschäftigen wird.

Man kann schon sagen, dass das Ziel der Arbeit der Deutschen Dienststelle ist, den Lebenden zu helfen.

Unser Ziel ist es sowohl den Hinterbliebenen Gewissheit zu geben über das Schicksal ihres Angehörigen, als auch den Kindern über ihre Herkunft und vielleicht sogar noch die ein oder andere Familie zusammenzuführen. Wir sind nicht für die Toten da, wir sind es vor allem für die Lebenden. Sicher arbeiten wir zusammen mit dem Volksbund daran, den Toten ihre Namen wieder zu geben und dafür zu sorgen, dass sie ein Grab bekommen. Aber auch hier geht es darum, dass die Lebenden einen Ort der Erinnerung und Trauer erhalten. ■

HOK

Kirchlicher Suchdienst

in Passau und Stuttgart-
der Hilfsdienst für Vertriebene, Flüchtlinge, Spätausiedler
und deren Nachkommen.

Die Gründung des Kirchlichen Suchdienstes ist Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte. Von Beginn an kümmerte er sich vor allem um Personen mit ungeklärtem Schicksal aus den Vertreibungsgebieten.

Er arbeitet heute auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem Bundesministerium des Innern und unter der Trägerschaft der Kirchlichen Wohlfahrtsverbände. Die Leitung des Kirchlichen Suchdienstes obliegt der Hauptvertretung München des Deutschen Caritasverbandes und wird durch H.H. Prälat Karl-Heinz Zerrle wahrgenommen. Als Hilfsdienst unterstützt und berät er Flüchtlinge, Vertriebene, Spätaussiedler und deren Nachkommen bei Problemen und Fragestellungen im Zusammenhang mit den Folgen des Zweiten Weltkrieges.

Anhand der laufend fortgeschriebenen Ortskarteien, Verzeichnisse in denen die Einwohner der Vertreibungsgebiete nach Wohnort und Straße aufgeführt sind, werden z.B. Gesuchte ermittelt, Nachforschungen betrieben, Kontakte hergestellt und Schicksalswege geklärt. In behördlichen Angelegenheiten hilft der Kirchliche Suchdienst bei der Beschaffung von Nachweisen zu Staats- oder Volkszugehörigkeit sowie bei der Bestätigung von Arbeitszeiten für Rentenansprüche oder Entschädigungen. Für Amts- und Nachlassgerichte übermittelt der Kirchliche Suchdienst Schicksalsangaben, Personenstandsdaten sowie Angaben zur Herkunft und unterstützt die Beschaffung von Urkunden. Auch heute, 60 Jahre nach Beginn der Arbeit, gelingt es, Familienangehörige, die so lange getrennt waren und nichts mehr voneinander wussten, zusammenzuführen.

Der Kirchliche Suchdienst arbeitet intensiv mit den anderen Suchdiensten zusammen. Insbesondere mit dem Deutschen Roten Kreuz in München und dem Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen, den der Kirchliche Suchdienst beim Nachweis von Arbeitszeiten ehemaliger Zwangsarbeiter unterstützt.



Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 15 Millionen Deutsche gesucht

In den Orten entlang der tschechischen Grenze und der Demarkationslinie zur sowjetisch besetzten Zone schossen Meldestellen aus dem Boden. Pfarrämter und Außenstellen erfassten Namen und Angaben der durchziehenden Flüchtlinge. Niemand weiß heute, wie viele Helfer damals von Lager zu Lager zogen, um die Personalien der Flüchtlinge aufzunehmen. Andere freiwillige Helfer übertrugen alle Angaben auf Karteikarten und sortierten diese in eine alphabetische Kartei ein.

Es waren neben dem Roten Kreuz vor allem die kirchlichen Stellen, die sich dieser hilflosen und bedauernswerten Menschen annahmen. Die staatlichen Behörden hatten versagt oder waren nicht mehr vorhanden, selbst das Rote Kreuz hatte oberhalb der Ebene der örtlichen Stellen keine Dachorganisation mehr. Allein die Kirchen und die Pfarrämter waren noch vorhanden und waren durch die noch existierende überregionale Organisation in der Lage, auch materiell zu helfen. Sie übernahmen Aufgaben, für die in normalen Zeiten staatliche Stellen zuständig gewesen wären.

Fast sechs Millionen Heimatvertriebene strömen in den Westen

Bereits am 30. August 1945 nahm der Deutsche Caritasverband die Suche nach Vermissten, die schon während des Krieges mit Hilfe des Vatikans und der Caritas-Internationalis betrieben worden war, „offiziell" wieder auf. Bis Oktober 1946 waren rund 5 963 000 Heimatvertriebene in die drei Westzonen Deutschlands eingeströmt. Es lagen Millionen unerledigter Suchanträge vor und täglich kamen Tausende hinzu. Wegen der schwierigen Verhältnisse gab es viele Rückschläge, aber immer mehr Flüchtlinge erhielten Auskünfte und fanden den Weg zu ihren Angehörigen.

Es entstanden zahlreiche Meldeköpfe, in denen Flüchtlinge listenmäßig erfasst und Unterlagen gesammelt wurden, die später von der Caritas und dem neu gegründeten Hilfswerk der Evangelischen Kirche dem Suchdienst des Bayerischen Roten Kreuzes in München übergeben wurden. Diese Zonenzentrale in München hatte im Norden ihr Gegenstück in der Zonenzentrale Hamburg.

Zunächst wurden die Suchenden und Gesuchten nur registriert, jeder jeweils auf einer eigenen Karteikarte, und das Auffinden erfolgte über die sogenannte Begegnungskartei. Wenn sich zwei Suchende nicht in der Wirklichkeit begegneten, so sollten sie sich wenigstens in der Kartei begegnen. Traf die Karte eines Suchenden in der Kartei auf eine dort bereits abgestellte Karte für einen Gesuchten, dann hatten sich zwei Menschen durch dieses „Treffen" gefunden.

Diese Methode hatte zunächst die größten Erfolge, geriet aber dann in einen fast ideologischen Glaubenskrieg. Vor allem im Südwesten, wo in der französisch besetzten Zone der Suchdienst staatlich organisiert worden war, strebte man weg vom Begegnungsprinzip hin zum Such- bzw. Nachforschungsprinzip, das übrigens anfangs von den Alliierten nicht geduldet worden war. Die Alliierten verboten die Aufnahme von



Geburtsstätte der Baltenkartei: Süddeutschland 1945/47 in Staffelstein für Amerikanische und Französische Zone

Daten über militärische Dienstgrade und Truppenteile. Aber ohne diese Daten war eine Nachforschung so gut wie unmöglich. Die Siegermächte befürchteten, die Deutschen würden sich durch diese Daten Grundlagen für den Aufbau einer neuen Wehrmacht schaffen. Es kam zu Verboten und sogar zu Verhaftungen. In München wurde jedoch mutig von den Kanzeln verkündigt, dass die Suchdienstarbeit weitergehen würde.

Zusammenarbeit zwischen den Konfessionen

Die kirchlichen Wohlfahrtsorganisationen Deutscher Caritasverband, Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche waren mit ihren örtlichen und überörtlichen Stellen ebenso wie die örtlichen Pfarrämter in die Suchdienstarbeit eingeschaltet. Durch die Tätigkeit der Kirchen wurden auch Suchwünsche der Menschen in der sowjetisch besetzten Zone bearbeitet. Es kam zu einer bisher nicht für möglich gehaltenen Zusammenarbeit zwischen den Konfessionen: Katholische Stellen nahmen Anträge der



Die Archive zu Beginn der Arbeit.

Rechte Seite: Eine Originalkarte aus der Heimatortskartei.

evangelischen Suchenden an, die evangelischen Stellen Suchanträge der Katholiken. Was dies für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Konfessionen bedeutete, kann nur derjenige ermessen, der die Verhältnisse vorher in Vergleich zieht. Beispielhaft war die Einigung der Kirchen, dass die Zentralverwaltung der Heimatortskarteien durch den Deutschen Caritasverband erfolgen sollte.

Finanzierung durch den Staat

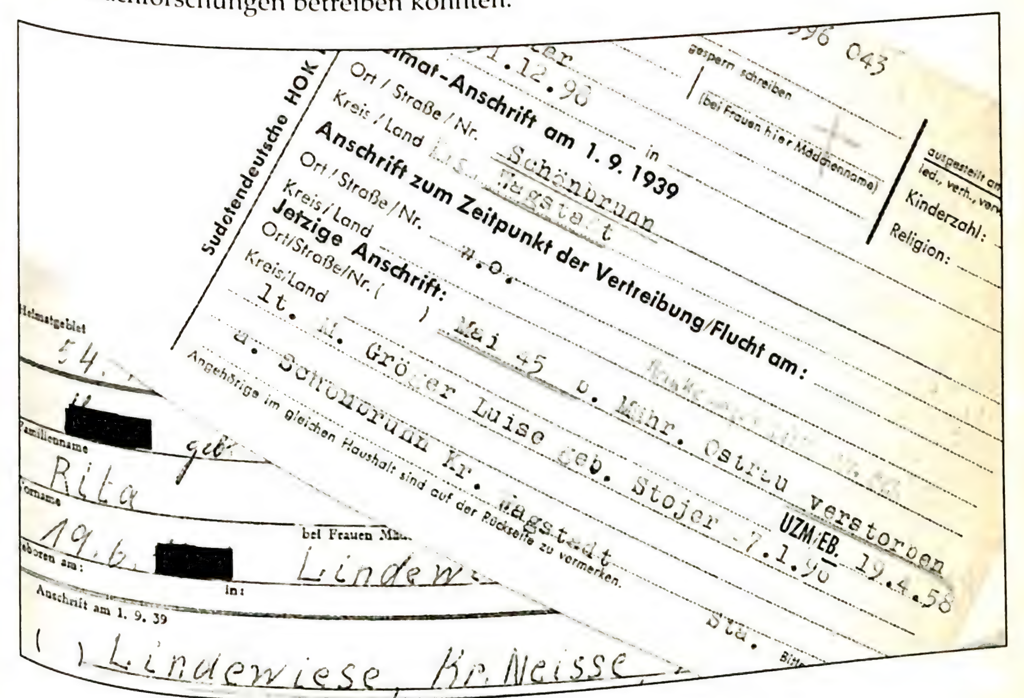
Die Aufgabe überforderte die Leistungsfähigkeit der kirchlichen Stellen und die Sorge wuchs, wie die Arbeit finanziert werden sollte. 1950 grenzte die Bundesregierung die Zuständigkeitsbereiche der Suchdienste ab. Die Finanzierung der Suchdienste wurde gesetzlich geregelt. Die Arbeit des Kirchlichen Suchdienstes wird seitdem durch das Bundesministerium des Innern finanziert. Mit dieser Förderung konnte hunderttausenden Vertriebenen und Spätaussiedlern geholfen werden. Die Förderung stellt sicher, dass sich heute und in Zukunft die Betroffenen und deren Nachkommen auf die Hilfe durch den Kirchlichen Suchdienst verlassen können. Empfänger der Zuwendungen ist der Deutsche Caritasverband e.V. in Freiburg.

Nach einer Entschließung des Deutschen Bundestages vom 23. März 1953 wurde eine Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten begonnen. Den Heimatortskarteien wurden die Aufgaben übertragen:

- Vervollständigung der Karteiunterlagen
- Klärung von Vermissten-Schicksalen
- Erstellung eines Ergebnisberichtes

Es wurden 41 940 Vermisstenlisten erstellt mit 2 874 729 Angaben über ungeklärte Fälle. 980 709 Vermisstenlisten wurden ausgesandt, von denen 631 655 mit 3 637 530 Hinweisen ergänzt zurück kamen. Einzel-Nachbefragungen waren in vielen Fällen zusätzlich notwendig.

Die Gesamterhebung über das Schicksal der Vertriebenen wurde Ende 1964 abgeschlossen. Diese gewaltige Arbeit ist eine der bewundernswertesten Leistungen des Kirchlichen Suchdienstes, weil hier das Schicksal von 17,6 Millionen Menschen nachvollzogen wurde. Durch diese Befragungen wurde ein Ersatz-Einwohnermeldeamt für die Vertriebenen geschaffen. Die Unterlagen über diese Erhebung bilden die Grundlage für die Tätigkeit als Auskunftsstelle für die Vertriebenen, mit der die nachlassende Suchdienstarbeit nach und nach abgelöst wurde. Durch den Zuzug der Aussiedler und Spätaussiedler, besonders ab Anfang/Mitte der 80er Jahre, stieg das Arbeitsvolumen im Bereich des Suchdienstes nochmals stark an. Nach der politischen Wende 1989/90 kamen dann die Suchanfragen der Bürger der ehemaligen DDR, die jetzt zum ersten Mal ohne Furcht Nachforschungen betreiben konnten.



Sudetendeutsche HOK

...1.12.90 ...96 043

...mat-Anschrift am 1. 9. 1939

gesperrt schreiben

(bei Frauen hier Mädchenname)

Ort / Straße / Nr. ... in ... Schönbrunn

Kreis / Land ... Wagstadt

Anschrift zum Zeitpunkt der Vertreibung/Flucht am:

Ort / Straße / Nr. ... w.o.

Kreis/Land

Jetzige Anschrift:

Ort/Straße/Nr. ( ) Mai 45 b. Mähr. Ostrau verstorben

Kreis/Land lt. M. Gröger Luise geb. Stojer 7.1.90

a. Schönbrunn Kr. Wagstadt

Angehörige im gleichen Haushalt sind auf der Rückseite zu vermerken.

UZM/EB. 19.4.58

ausgestellt am

led., verh., verw.

Kinderzahl:

Religion:

Heimatgebiet 54.

Familienname ... geb.

Vorname Rita

geboren am: 19.6. ... in: Lindew...

bei Frauen Mä...

Anschrift am 1. 9. 39

( ) Lindewiese, Kr. Neisse

Heimatortskarteien

Die Flüchtlinge wollten mehr erfahren über die Schicksale der Menschen aus ihren Orten und wo diese Menschen sich befinden. So entwickelte sich beim Kirchlichen Suchdienst die Idee, die Verzeichnisse mit den Flüchtlingen nicht alphabetisch nach Namen, sondern alphabetisch nach Herkunftsorten anzulegen. 1947 wurden die Meldeköpfe vom Namens- auf das Ortsprinzip umgestellt. Es war das Geburtsjahr der Heimatortskarteien. Aus den Meldeköpfen der kirchlichen Verbände wurden Heimatortskarteien, ein Wort, das zum Sprachschatz jedes Vertriebenen gehörte und heute noch gehört. Durch die Befragung früherer Nachbarn aus dem Heimatort wurde das Schicksal vieler Vermisster geklärt. Ziel war es, jeden Ort des Vertreibungsgebietes wieder so entstehen zu lassen, wie er vor Kriegsbeginn bestanden hatte. So konnten nach und nach die Daten der Einwohnermeldestellen in den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten rekonstruiert werden – eine überaus wertvolle Ergänzung zu den Karteien anderer Suchdienste.

Das „Einwohnermeldeamt" für die Vertreibungsgebiete

Der Kirchliche Suchdienst spezialisierte sich auf die Schicksalsklärung von Personen aus den Vertreibungsgebieten. In den nahezu lückenlosen Unterlagen sind heute über 20 Millionen Personen nach Orten, den früheren Wohnsitzen in den Vertreibungsgebieten, zum Stichtag 1. September 1939 namentlich erfasst. Davon haben die meisten ihre Heimat durch Flucht, Vertreibung, Umsiedlung oder Aussiedlung verloren. Der Kirchliche Suchdienst kann als das „Einwohnermeldeamt" für die Vertreibungsgebiete bezeichnet werden.

Auf den Formularen der Einwohnermeldeämter gibt es auch heute noch bei Adressenänderungen ein Feld, in dem der „Wohnort 1939" angefragt wird. Die Einwohnermeldeämter in Deutschland informieren den Kirchlichen Suchdienst beim Umzug von Menschen, die ursprünglich aus den Vertreibungsgebieten stammen, über den Wohnungs- bzw Ortswechsel und geben die neue Adresse weiter. So werden die Unterlagen des Kirchlichen Suchdienstes regelmäßig aktualisiert, die Jetztanschriften der gesuchten Personen können vermittelt und die Kontakte hergestellt werden. Der Kirchliche Suchdienst erzielt durch die Gliederung seiner Unterlagen nach Heimatorten, durch die Einbeziehung ehemaliger Nachbarn oder Namensträger und der Arbeit mit moderner Computertechnologie beste Ergebnisse bei der Suche nach vermissten Personen. Bis heute ist jedoch das Schicksal von über 600 000 Zivilisten aus den ehemaligen Vertreibungsgebieten ungeklärt.

Ursprünglich gab es mehr als 30 Heimatortskarteien, diese wurden jedoch vor Jahren auf 17, dann auf 12, und später nochmals auf sieben reduziert. 2001 erfolgte eine neue Organisation auf zwei zentrale Standorte mit 60 Mitarbeitern: Passau und Stuttgart. Obwohl schon 60 Jahre seit Kriegsende vergangen sind, werden voraussichtlich auch im Jahr 2005 wieder rund 20 000 Anfragen erwartet.

Die zwei Hauptaufgaben des Kirchlichen Suchdienstes

1. Der Klassische Suchdienst: Schicksale klären, Menschen zusammenbringen

Auch heute, 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, suchen Menschen nach ihren vermissten Familienangehörigen, fragen nach dem Schicksalsweg und wollen mit Vertriebenen oder deren Angehörigen in Verbindung kommen. Ein großer Teil der Hilfen, die der Kirchliche Suchdienst leistet, bezieht sich auf eine direkte Personensuche. Die Gründe für die Suchanfragen sind vielfältig. Beispielsweise wurden in den Familien die Kriegsjahre und die damit verbundenen Schicksalsschläge lange Zeit verdrängt. So ist zu erklären, dass häufig Kinder von Vertriebenen die Initiative ergreifen und nach dem Verbleib von Angehörigen und Verwandten fragen.

Anfragen kommen auch von Menschen, die als Kinder die Vertreibung erlebt haben und im Alter Gewissheit über das Schicksal von Verwandten und Bekannten haben wollen. Oder es werden erst jetzt Hinweise auf nahe Angehörige bekannt. Kinder erfahren nach einem Todesfall beim Sortieren der Dokumente, dass es noch Geschwister aus einer früheren Ehe gibt, von deren Existenz sie bisher nichts wussten. Es gibt auch Fälle in denen Adoptionsunterlagen entdeckt werden und die verzweifelte Suche nach den leiblichen Eltern beginnt.

Anfragen erhalten wir jetzt auch von Vertriebenen aus den neuen Bundesländern, die bis zur Wende keine Nachforschungen anstellen durften. Vermehrt suchen auch Nachkommen von ehemaligen Vertriebenen, die nach Kriegsende ausgewandert sind, nach ihren Wurzeln und nach Verwandten aus der früheren Heimat. In den letzten Jahren zeichnet sich ab, dass verstärkt die zweite Generation der Vertriebenen mehr über die Herkunft ihrer Familie erfahren möchte und deshalb besonders nachhaltig nach Informationen aus der Zeit vor den Kriegsereignissen suchen. Anhand der über Jahrzehnte zusammengetragenen Suchdienstunterlagen und moderner Informationstechnik leistet der Kirchliche Suchdienst in solchen persönlichen Anliegen kompetente Hilfe.

Es ist niemals zu spät

„Heute möchte ich Ihnen noch einmal danken, dass durch den Kirchlichen Suchdienst ... meinem Bruder geholfen wurde, einen Teil seiner Familie zu finden. Es ist unglaublich, wieviel Kraft und Geduld ein Mensch haben kann, über Jahre diese Suche nie aufzugeben. Es ist wunderbar, dass er immer wieder dabei Menschen gefunden hat, die ihn unterstützten." So beginnt ein Dankschreiben an den Kirchlichen Suchdienst. Es ist das Ende einer acht Jahre langen Suche.

Die Familie stammt aus Estland. Der Vater wurde zum Kriegsdienst eingezogen. Für Mutter und Sohn begann eine Odyssee: Flucht nach Deutschland, Lagerleben, Bombenangriffe und verschiedene Orte in Deutschland. Ende der 40er Jahre gelangten beide nach Amerika.

Georg E. hat lange gebraucht, um etwas über seinen Vater zu erfahren. Fast 50 Jahre. Erst nach den politischen Veränderungen in Osteuropa bestand für ihn die Möglichkeit, nach seinen Wurzeln zu suchen. Er konnte in Erfahrung bringen, dass sein Vater im Krieg vermisst ist. Nach den vielen Jahren der Recherche bei den verschiedenen Stellen und Suchdiensten wendet er sich an den Kirchlichen Suchdienst. Aus unseren Unterlagen ging hervor, dass der Vater den Krieg überlebt und eine neue Familie gegründet hat. Weitere Ermittlungen ergaben, dass aus dieser Ehe zwei Kinder hervorgingen. Sie fielen aus allen Wolken und konnten es nicht fassen, einen Bruder in Amerika zu haben. Die Schwester schreibt: „Als ich durch einen Anruf von Ihnen erfahren hatte, dass ich noch einen Bruder haben soll, wusste ich ehrlich gesagt nicht so recht, was ich denken sollte. Leider konnte ich auch meine Eltern nicht mehr danach fragen und somit stand ich mit dieser Tatsache allein da. Gemischte Gefühle, Freude, Wut und Traurigkeit überfielen mich. Und natürlich auch Anspannung. Wer ist dieser Mensch, der mein Bruder sein soll? Wie sieht er aus, wo lebt er?" Herr E. kam 2003 nach Deutschland, um seine Geschwister kennen zu lernen. In unzähligen Gesprächen haben sie Erinnerungen an den Vater und die Großeltern ausgetauscht. Frau Waltraud P. schließt den Brief an den Kirchlichen Suchdienst: „Gerne können sie durch diesen Einzelfall andere Suchende aufmuntern, dass es niemals zu spät ist."

2. Auskunftserteilung in behördlichen Angelegenheiten

- Unterstützung bei der Beschaffung von Urkunden und sonstigen Unterlagen
- Klärung von Personenstandsdaten (Name, Wohnort, Geburtsdaten, Sterbedaten usw.)
- Unterstützung bei Nachweisen für Staatsangehörigkeit, Volkszugehörigkeit, für Fremd- bzw. Zwangsarbeit
- Schicksalsklärung von Personen im Rahmen eines Todeserklärungsverfahrens
- Rentenangelegenheiten

Der Kirchliche Suchdienst ist oft die letzte Möglichkeit

In den letzten Kriegstagen – gerade vor Flucht und Vertreibung – herrschten chaotische Zustände. Die Menschen wurden von einer Stunde zur anderen aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben und konnten nicht einmal mehr das Nötigste mitnehmen. Teilweise wurden ihnen auch sämtliche Dokumente und Identitätsunterlagen abgenommen. Infolge zeitweiliger sowjetischer Verwaltung, und später durch polnische Behörden, wurde der größte Teil der Originale deutscher Dokumente vernichtet oder ist verloren gegangen. Dokumente wurden an ungeeigneten Orten versteckt, um dem Tod oder dem Arbeitslager für Deutsche zu entkommen. Unterlagen wurden durch polnische Behörden beschlagnahmt, dienten in Strafprozessen als Beweise oder wurden bei Plünderungen in Häusern deutscher Familien vernichtet.

Beim Kirchlichen Suchdienst findet man die nötige Hilfe, wie diese fehlenden Unterlagen, wie Heiratsurkunden, Sterbeurkunden – vor allem aber Geburtsurkunden wieder beschafft werden können. Zusätzlich wird auch Unterstützung für die Beschaffung der Urkunden im Ursprungsland angeboten bzw. werden die Anträge, die überwiegend in polnischer Sprache gefertigt werden müssen, übersetzt. Oder es werden Kontakte zu den damaligen Heimatgemeinden vermittelt, damit die entsprechenden Dokumente angefordert werden können. Besteht keine Möglichkeit mehr, die Urkunden zu bekommen, werden die Personenstandsdaten vom Kirchlichen Suchdienst bestätigt. Diese werden als Ersatzbescheinigungen anerkannt.

Der Kirchliche Suchdienst bietet mit seinen Unterlagen auch bei Anfragen in Renten- und Versorgungsangelegenheiten fachliche Hilfe. Neben Auskünften an Behörden wie z.B. Versorgungsämter, Versicherungsanstalten und Gemeindeverwaltungen zur Klärung von Rentenansprüchen werden vorwiegend private Anfragen bearbeitet. Hier bestätigt der Kirchliche Suchdienst anhand der vorliegenden Suchdienstunterlagen als amtlich anerkannte Auskunftsstelle einmal die Personenangaben des Antragstellers und überprüft die mitgeteilten Angaben zum Arbeitgeber. Oft können auch noch Zeugen, wie ehemalige Arbeitskollegen, Freunde oder Nachbarn, benannt werden, die dann zusätzlich entsprechend geprüft bzw. bestätigt werden können.

Nur beim Kirchlichen Suchdienst sind die Zivilpersonen registriert, die ihren Wohnort während des Zweiten Weltkrieges (zwischen 1939 und 1945) in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und in den außerhalb des Deutschen Reiches liegenden deutschen Siedlungsgebieten hatten.

Ein wichtiges Aufgabengebiet umfasst Fragen zur Klärung der Staatsangehörigkeit, z.B. von in Polen lebenden Deutschen. In diesem Bereich arbeitet der Kirchliche Suchdienst vor allem mit dem Bundesverwaltungsamt zusammen. Aber auch zahlreiche Anfragen von Privatpersonen, die dringend nach Unterlagen über ihre Eltern bzw. Großeltern suchen, von denen sie die Staatsangehörigkeit ableiten können, werden bearbeitet.

Der gesuchte Arbeitskollege

Joachim H. aus Wuppertal sucht für die Klärung seiner Rentenansprüche dringend einen ehemaligen Arbeitskollegen als Zeuge. Schon beim Nachnamen des Gesuchten ist sich Herr K. nicht mehr ganz sicher, und er kann auch nur das Alter mit „ungefähr 68 Jahre" angeben. Er war in Kedzierzyn-Kozle (ehemals: Heydebreck, Krs. Cosel, Oberschlesien) beschäftigt.

Nach verschiedenen Namensprüfungen mit Abgleich der Berufsbezeichnungen konnte der gesuchte Bauingenieur, der heute in Deutschland wohnt, ermittelt werden. Unser erstes Kontaktschreiben bereitete eine große Überraschung und der Gesuchte teilte uns mit, dass er sich sehr auf einen Anruf von Herr H. freuen würde. Er würde gerne Kontakt zu seinem ehemaligen Arbeitskollegen aufnehmen und selbstverständlich erklärte er sich auch bereit, als Zeuge für die benötigten Arbeitszeiten zur Verfügung zu stehen.

Nun kenne ich meine Geburtsstunde

Mit dieser Nachricht kam Frau J. freudestrahlend zum Kirchlichen Suchdienst. Mit unserer Hilfe hat sie eine Kopie ihrer Geburtsurkunde aus Polen erhalten. Das Wichtigste für sie war, dass es uns gelungen war, ihre Original-Geburtsurkunde ausfindig zu machen und dass auf der Geburtsurkunde ihr Name und der ihres Vaters in deutscher Schreibweise eingetragen sind. Und als Krönung ist auf ihrer Urkunde auch die Uhrzeit der Geburt vermerkt.

Frau J. hatte schon vor Jahren eine Ersatzbescheinigung aus Polen erhalten. Aus Ärger über die polnische Orts- und Namensschreibweise zerriss sie die Urkunde – eine Geste, die ihr im Laufe der Zeit immer mehr zu denken gab, denn nun stand sie mit 80 Jahren ohne jeden Geburtsnachweis da.

Aus Glück und Freude über den Ausgang ihres Anliegens hat Frau J. uns beauftragt, auch nach der Geburtsurkunde ihrer bereits verstorbenen Schwester zu forschen.

Bitte helfen Sie mir ...

Der Großvater von Katherina J. aus Berlin, wohnte 1939 in Leobschütz, Oberschlesien, und wollte noch vor dem Krieg Frau und Tochter an der Grenze abholen. Jedoch war die Grenze schon geschlossen und sie wurden getrennt. Ich habe lange nach Auskünften über meinem Großvater gesucht und auch einiges erfahren. Aber ich brauche Angaben, die seine Einbürgerung bzw. deutsche Staatsangehörigkeit bestätigen. Die deutschen Unterlagen wurden aus Angst vor den Rotarmisten, vor allem aber vor den polnischen Kommunisten vernichtet. Ich denke, nur Sie können mir helfen ...

Aktuelle Arbeit

Der Kirchliche Suchdienst mit seinen Heimatortskarteien hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem modernen Hilfsdiest entwickelt.

Es entstand der Gedanke, das vorhandene Material elektronisch zu erfassen, und so wurde zunächst mit der Anlage von Datenbanken begonnen. Ab Mitte der 90er Jahre begann die Digitalisierung der Karteien, eine Ablichtung jeder einzelnen der rund 20 Millionen Karteikarten, wodurch nicht nur eine Beschleunigung der Arbeit erreicht wurde, sondern auch die Grundlage für eine umfassende organisatorische Reform geschaffen werden konnte.

Heute ist eine breitere Suche nach verschiedenen Kriterien, wie Name, Geburtsdatum, Beruf und Wohnort möglich. Im Falle einer Zeugensuche können Berufsgruppen abgefragt werden. Selbst ohne genaues Geburtsdatum kann mit ungefährer Altersangabe selektiert werden. Für weitere Informationen, wie z.B. Angaben zu Familienangehörigen, Umzug und Sterbedaten kann gleichzeitig auf die entsprechenden Bilddaten (gescannte Karteikarten) zugegriffen werden. Ein wichtiger Bestandteil für die Nachforschungen ist aber nach wie vor das Archiv mit den Originalunterlagen, auf die trotz EDV bei der Recherche nicht verzichtet werden kann.

Die Briefe, die beim Kirchlichen Suchdienst eingehen, enthalten teilweise lückenhafte und spärliche Angaben über die gesuchten Personen. Oft sind Name und Vorname nur noch vom „Hörensagen" bekannt bzw. nur noch Bruchstücke vorhanden und falsch geschrieben, oder es können keine genauen Ortsbezeichnungen angegeben werden, nur das ungefähre Gebiet, in dem der Gesuchte gewohnt hat. Manchmal blieb nur der Name und der Beruf in Erinnerung usw. Hier kann nur durch moderne Computertechnik mit möglichst vielen Abfragekriterien ein Erfolg erzielt werden. Eine solche Suche nach den unterschiedlichen Einzelfragmenten war mit der Kartei der Vergangenheit nahezu unmöglich und höchst zeitaufwändig. Hierfür musste sowohl der frühere Heimatwohnort als auch der Name des Gesuchten vorhanden sein.

Jede Anfrage, die beim Kirchlichen Suchdienst eingeht, wird von Anfang an von einem Sachbearbeiter betreut, der bis zur Klärung des Falles für ihn zuständig ist. Dadurch wird oft ein sehr persönlicher Bezug aufgebaut. Auch bei intensiven und aufwändigen Suchfällen wird sehr viel Wert auf eine zeitnahe Bearbeitung gelegt.

Kirchlicher Suchdienst



Die Daten der Karteikarten wurden elektronisch erfasst. Dadurch ist heute eine schnelle Suche nach verschiedenen Kriterien möglich.

Der Suchdienst ist nach wie vor stark gefordert.
Die Suche nach dem Vater, der seit dem Krieg als vermisst gilt, nach der Mutter, von der man als Kind bei der Flucht getrennt wurde, bis hin zur verzweifelten Suche der Geschwister, von denen es all die Jahre kein Lebenszeichen mehr gab. Erschütternde Schicksale, die von den Betroffenen durch Schilderung und Berichte an die Mitarbeiter des Kirchlichen Suchdienstes noch einmal durchlebt werden. Aber gerade diese menschlichen Tragödien bestärken das Team vom Kirchlichen Suchdienst in seiner wichtigen Arbeit. Es gibt keine „Nummern" und keine „Akten". Es geht immer um Menschen und den Einsatz, diesen Menschen helfen zu können.

Durch die Arbeit des Kirchlichen Suchdienstes haben sich seit 1945 viele Menschen, die durch die Kriegsereignisse auseinander gerissen wurden, wieder gefunden. Dies ist eine großartige menschliche und soziale Leistung des Kirchlichen Suchdienstes mit seinen Mitarbeitern, die in ihrer Aufgabe nicht nur einen Beruf, sondern eine Berufung sehen. Und die zahlreichen, zu Herzen gehenden Anrufe und Glückwünsche für erfolgreich abgeschlossene Suchfälle sprechen ihre eigene Sprache. Das Werk, das vor über 60 Jahren begann, ist auch weiterhin in den besten Händen.



Die meisten Anfragen kommen per Post, aber auch Telefon und E-Mail werden immer mehr genutzt.



Es geht immer um Menschen und den Einsatz, diesen Menschen helfen zu können.

Die Aufgabenschwerpunkte des Kirchlichen Suchdienstes haben sich im Laufe der Jahre immer wieder verändert. Infolge geschichtlicher Ereignisse und den damit verbundenen gesetzlichen Regelungen entstanden neue Aufgaben, die nicht absehbar waren. Wenn neben der Suchdiensttätigkeit in den 70er und 80er Jahren schwerpunktmäßig die Unterstützung der Vertriebenen bei der Beschaffung von Versicherungsunterlagen für Rentennachweise, für Nachweise im Lastenausgleichsgesetz oder im Aufnahmeverfahren lagen, so hatte in den 90er Jahren nach dem Fall der Mauer und der Öffnung der Grenzen die Hilsleistung des Kirchlichen Suchdienstes eine neue Dimension erreicht. Allein im Zusammenhang mit dem Vertriebenenzuwendungsgesetz hatte der Kirchliche Suchdienst zehntausenden Betroffenen geholfen, ihren ehemaligen Wohnsitz nachzuweisen, da Aufzeichnungen nur in den Heimatortskarteien des Kirchlichen Suchdienstes vorliegen. Gleichzeitig wurden die Aufgaben der 90er Jahre vom großen Aussiedlerzustrom und dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz geprägt.

Seit 2003 präsentiert sich der Kirchliche Suchdienst auch im Internet und ermöglicht über ein integriertes Online-Suchformular eine unkomplizierte und zeitsparende Anfrage. Nicht zuletzt aufgrund moderner Kommunikationstechniken wird eine steigende Tendenz bei der jüngeren Generation festgestellt, die sich mit der Thematik Vertreibung im Zusammenhang mit ihren Familien interessiert.

Das Interesse an der eigenen Abstammung sowie am Schicksal ihrer nächsten Angehörigen ist so groß wie nie. Aus den Unterlagen des Kirchlichen Suchdienstes lässt sich die jeweilige Familienstruktur ablesen, wie Ur-Großeltern, Großeltern, Eltern, frühere Heimatwohnort usw., eine Grundlage und oft einzige Möglichkeit, Informationen für

eine Familienforschung zu bekommen. Hier wird der Kirchliche Suchdienst immer mehr zu Rate gezogen, jedoch sind Auskünfte in diesem Bereich kostenpflichtig und unterliegen einer Gebührenordnung, die 1999 im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern festgesetzt wurde und einzig zugunsten des Bundeshaushaltes erhoben wird.

Nicht selten kommt es im Rahmen einer Familien- bzw. Ahnenforschung dann zu einer Suche nach noch lebenden Angehörigen und damit zu einer freudigen Familienzusammenführung.

Friedens- und Versöhnungsarbeit

Für den Kirchlichen Suchdienst ist die Friedens- und Versöhnungsarbeit wichtig. Durch die EU-Erweiterung entsteht in vielen der früheren Vertreiberstaaten eine neue Sichtweise. Man versucht Kontakte zu damals Vertriebenen oder Verschleppten herzustellen. Gemeinden wollen Denkmäler errichten und forschen nach den ehemaligen Einwohnern der Städte. Der Kirchliche Suchdienst hilft bei der Suche nach den Einwohnern und erstellt Namenslisten für die Denkmäler.

Der Kirchliche Suchdienst stellt auch Kontakte zwischen Vertriebenen und Vertreibern her, zwischen Zwangsarbeitern und Arbeitgebern. Die Verschleppung von Menschen aus über 20 Nationen als Zwangsarbeiter nach Deutschland war einmalig in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Ohne diesen millionenfachen Zwangsarbeitereinsatz wären Wirtschaft und Kriegsführung spätestens Anfang 1942 zusammengebrochen. Die zwangsverpflichteten Arbeitnehmer – mehr als die Hälfte der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter waren Frauen – mussten ihren Arbeitsdienst teilweise unter unmenschlichen Bedingungen verrichten.

Nicht selten herrschte jedoch gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und „Zwangs-Arbeitnehmer“, vor allem in der Landwirtschaft und bei kleineren Personenbetrieben. Vielen Berichten zufolge wurden die „Bediensteten“ gut behandelt und waren froh, den Schrecken des Krieges und der Gefangenschaft entkommen zu sein. Oft entwickelten sich sogar freundschaftliche Bande zwischen dem Zwangsarbeiter und dessen Arbeitgeberfamilie. Bis in die heutige Zeit wird noch nach Möglichkeiten gesucht, Kontakt mit den ehemaligen Angestellten aufzunehmen und auch umgekehrt suchen nicht selten die früheren Zwangsarbeiter nach ihren ehemaligen Arbeitgebern.

Bei den Entschädigungsverfahren für Zwangsarbeiter besteht eine gute Zusammenarbeit mit dem Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen. Es geht dabei auch um die Entschädigung von Zwangsarbeitern, die für die katholische Kirche gearbeitet haben. Der Kirchliche Suchdienst ermittelt die von den Diözesen gemeldeten Personen und leistet so direkte Hilfe durch den beim Deutschen Caritasverband errichteten Entschädigungsfonds.

Beispiele aus unserer Arbeit:

Ich kann es immer noch nicht fassen

Sehr geehrter Frau G. und Kollegen,

heute möchte ich mich bei Ihnen für die Post vom 15. September 2004 mit den Bildern und Briefen meiner Mutter an meinen Vater im Zweiten Weltkrieg, als er sich in Gefangenschaft befand, bedanken.

Mit großer Ergriffenheit und Traurigkeit, aber auch Freude darüber, dass ich etwas von meiner Mutter, die ich 1945 mit vier Jahren auf der Flucht aus unserer Heimat verloren habe (sie wurde auf der Flucht erschossen), in den Händen halte, hat mich Ihre Post erreicht. Ich musste nun zwar 64 Jahre alt werden, aber daran kann man sehen, dass man die Hoffnung nie aufgeben soll. Mit Ihren Aktivitäten haben Sie sicher schon vielen Menschen geholfen und werden es auch weiter tun. Ich kann es immer noch nicht fassen, dass ich nach so langer Zeit etwas von meiner Mutter in den Händen halte.

Herzlichen Dank und liebe Grüße
Ingrid K.

Familienzuwachs durch Zufall

Auf etwas ungewöhnlichem Wege hat Herr A. erfahren, dass er noch fünf Halbgeschwister haben soll. Nach dem Tod des Vaters mussten viele Unterlagen geordnet und sortiert werden. Dabei fand er eine Scheidungsurkunde seines Vaters. Der Vater war zehn Jahre lang mit einer Französin verheiratet und aus dieser Ehe gingen fünf Kinder hervor. Die Ehe hatte er Zeit seines Lebens verschwiegen und das Geheimnis letztlich mit ins Grab genommen. Die Ehe wurde 1961 geschieden, die Ehefrau wohnte zu dieser Zeit mit ihren fünf Kindern in Frankreich. Herr A. möchte nun unbedingt Kontakt zu seinen Halb-Geschwistern aufnehmen und bat den Kirchlichen Suchdienst um Hilfe. Der Vater hatte während der Kriegsjahre im ehemaligen Sudetengebiet gelebt und war in unseren Karteiunterlagen erfasst. Die Nachforschungen in Frankreich gestalteten sich als extrem schwierig, da hier keine Meldepflicht besteht und somit auch keine Behörden angefragt werden können. Durch intensive Kleinarbeit, Intuition und Spürsinn konnte der Kirchliche Suchdienst die aktuelle Anschrift der geschiedenen Ehefrau in Frankreich ermitteln und hilft nun bei der Kontaktaufnahme.

Einige Briefe aus unserer Postmappe:

„Das so etwas nach 58 Jahren noch möglich ist ... Mit so großer Freude habe ich den mir zugesandten Brief gelesen, aber auch bitter geweint, dass ich noch von meinem Großvater die Handschrift sehen konnte..."

„Lieber Suchdienst, es ist einfach unglaublich – ich habe heute von Ihnen nach so vielen Jahren die Kriegsgefangenenpost erhalten, die ich 1944 selbst an meine Eltern geschrieben habe. Vielen herzlichen Dank!"

„Ich möchte mich herzlich bedanken für Ihre Post mit dem Brief von meinem Vater, der an meine Mutter und uns Kinder gerichtet ist. Das war eine große Überraschung für mich als Tochter und ich möchte mich für Ihre großen Bemühungen bedanken. Meine Mutter lebt leider nicht mehr, sie starb im Jahr 1994, mein Vater im Jahr 1982. Es ist fast unglaublich, nach bald 60 Jahren, dass so ein Brief noch besteht. Meine Eltern, wenn sie noch lebten, würden sich sehr wundern und freuen."

Herzenswunsch aus Russland

Nina M. aus Russland sucht schon eine Ewigkeit nach Verwandten ihres Vaters. Sie hat 1958 erfahren, dass er bereits 1940 verstorben ist. Geboren wurde er 1894 in Hammer, Kreis Brüx.

Als einzige Anhaltspunkte konnte sie uns mitteilen, dass ihr Vater 1914 zur Armee einberufen wurde und 1915 in Gefangenschaft und Lageraufenthalt in Katarinenburg/Swerdlowsk geriet. 1938 wurde er dann für zehn Jahre verurteilt.

Über die Familie wusste sie nur, dass ihr Vater noch Geschwister hatte, die im Sudetengebiet lebten. Als einziges Erinnerungsstück existierte ein Familienfoto, das 1930 aufgenommen wurde und auf dem sie selbst noch als Kleinkind zu sehen ist. Ein großer Herzenswunsch von Frau M. würde sich erfüllen, wenn sie ein Lebenszeichen von den Geschwistern ihres Vaters oder deren Nachkommen erhalten würde.

Unsere Nachforschungen waren erfolgreich. Die Familie war in unseren Karteiunterlagen registriert. Durch weitere Ermittlungen konnte eine Cousine gefunden werden, die, wie sich herausstellte, ihrerseits auch bereits seit vielen Jahren ohne Erfolg versuchte, Angehörige in Russland ausfindig zu machen.

Es kam ein telefonischer Kontakt zustande, bei dem aber die Verständigung sehr schwierig war. Trotzdem war die Freude auf beiden Seiten riesengroß. Der Kirchliche Suchdienst hat den überglücklichen Frauen angeboten, den ersten Briefwechsel durch Mitarbeiter übersetzen zu lassen.

„Was man nicht aufgibt, hat man nie verloren.“

1941 wurde der 16jährige Heinz Flak-Soldat und zwei Jahre später zur Wehrmacht eingezogen. Schon kurz darauf wurde er an der Ostfront schwer verwundet, verschüttet und lebendig begraben. Über Krakau wurde der Schwerverletzte nach Weckelsdorf transportiert, wo ein kriegsgefangener Franzose den unter Schock stehenden Jungen mit den Worten: „Ein Kind, ein Baby trage ich in meinen Armen“, aus dem Lazarettzug holte. Dies waren die ersten Worte, die Heinz Schmetzer nach wochenlangem Überlebenskampf verstanden hatte. Hier in Weckelsdorf, im Hotel Eisenhammer, das zu einem Lazarett umfunktioniert wurde, kümmerte sich die Familie Bartak aufopfernd um den verwundeten Mann. Noch lange brauchte der junge Soldat, um das Geschehene zu überwinden und zu genesen, den quälenden Träumen vom Lebendig-begraben-sein zu entrinnen. „Dass ich wieder Mensch wurde, habe ich der Pflege der Familie Bartak, besonders deren Tochter Traude, zu verdanken“, steht für Heinz Schmetzer fest. „Ich habe europa- und weltweit gearbeitet und alles Geschehene verdrängt. Gottes- und Schicksalswege sind oft seltsame Wege“, weiß er zu berichten.

Im Spätsommer 2002 war er dienstlich in Schlesien und auf dem Rückweg kam er durch Zufall nach Weckelsdorf – und die Erinnerung kam mit aller Macht zurück. Herr Schmetzer sucht nach einer Möglichkeit, die Familie, die es nach ihrer Vertreibung nach Sachsen verschlagen hat, wieder zu finden und wendet sich schließlich an den Kirchlichen Suchdienst, der Nachforschungen einleitet. Leider ist inzwischen auch die Tochter Traude verstorben, doch wir konnten Herrn Schmetzer die Anschrift ihres Sohnes übermitteln. Mit den Worten „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ dankte Herr Schmetzer dem Kirchlichen Suchdienst herzlich für die Bemühungen in dieser Angelegenheit.

Im März 2003 erreichte uns die Anfrage einer großen deutschen Firma

Gotthard P. war vor 1945 Gesellschafter dieser Firma und man bemühte sich schon seit Jahren vergeblich, eine Erbin ausfindig zu machen. Seit 1953 wurden verschiedene Personen mit der Suche in dieser Erbschaftsangelegenheit betraut – leider immer ohne Erfolg.

Anhand von Karteiunterlagen beim Kirchlichen Suchdienst konnte Luise, die Tochter von Herrn P., ermittelt werden. Sie wurde 1914 geboren und lebte bis zu ihrer Vertreibung 1945 in Waldenburg, Niederschlesien. Die Ermittlungen ergaben, dass Frau Luise P. 1995 verstorben war. Durch weitere Nachforschungen wurde ihre Tochter Gisela ausfindig gemacht, die jetzt in Deutschland lebt. Sie war mit der Weitergabe ihrer Anschrift einverstanden und so konnte die Verbindung zur Enkelin des Erblassers hergestellt werden.

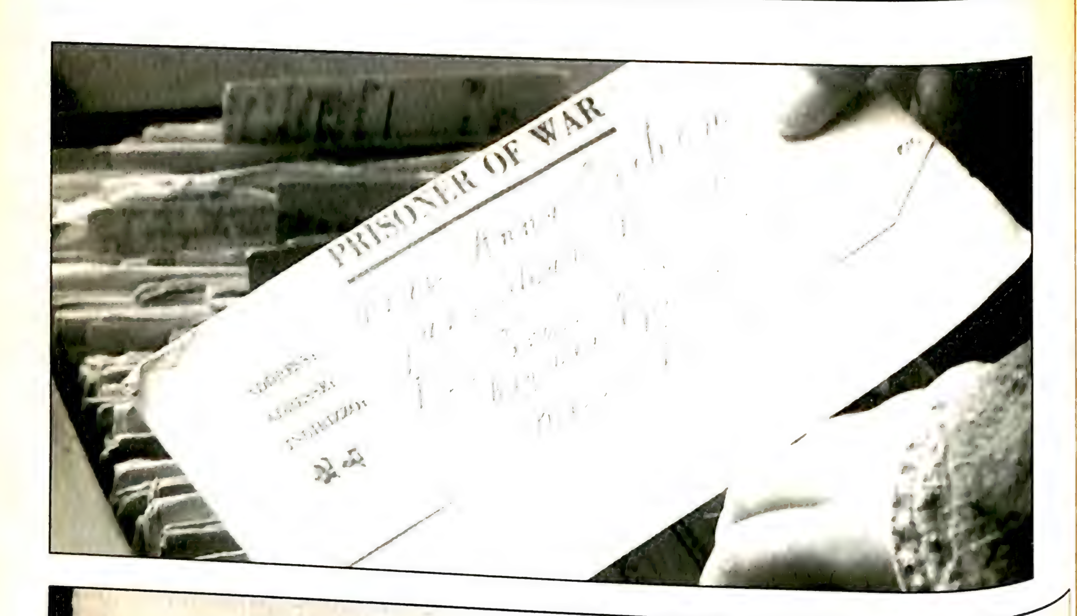


120 000 Briefe von Soldaten lagern im Archiv. Alle sind sortiert und ein schneller Zugriff ist jederzeit möglich. Die Mitarbeiter des Kirchlichen Suchdienstes würden die Briefe gerne an die Empfänger weitergeben – aber wo sind heute die Menschen, für die sie geschrieben wurden?

Feldpostbriefe und Kriegsgefangenenpost

Feldpostbriefe an die Eltern, den Ehepartner, an Kinder oder Geschwister, die von Soldaten an der Front oder in der Gefangenschaft geschrieben wurden, waren meist die einzige Verbindung zur Heimat. Doch in zerbombten Städten, in einem Land, in dem Millionen Menschen auf der Flucht waren, konnten viele Briefe nicht mehr zugestellt werden. In der Postauffangstelle für Kriegsgefangenenpost in Berlin wurden alle gesammelt, die nicht an den Empfänger gegeben werden konnten. Meist sind die Absender der Briefe im Krieg gefallen und dieser letzte Gruß fand seinen Weg nicht mehr. Die Kriegsgefangenenpost, die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten nicht mehr zugestellt werden konnte, gab die Post Anfang der 50er Jahre an den Kirchlichen Suchdienst.

Rund 120 000 Feldpostbriefe/Kriegsgefangenenpost aus dem Zweiten Weltkrieg lagern noch in den Archiven des Kirchlichen Suchdienstes. Bei diesen teilweise sehr persönlichen Schreiben handelt es sich überwiegend um Briefe von Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg an der russischen Front waren oder sich in Kriegsgefangenschaft befanden. Aber auch Briefe der Angehörigen an die Soldaten sind darunter. Der Kirchliche Suchdienst versucht, im Rahmen der Sachbearbeitung, auch die aktuellen Anschriften der Absender, oder deren Nachkommen zu ermitteln. Die Erinnerungsstücke sollen dem Empfänger oder dem Absender übergeben werden. Archiviert und nach Suchbegriffen sortiert ist ein schneller Zugriff möglich. Der Kirchliche Suchdienst hofft, so zur Klärung von Schicksalen beizutragen und den Angehörigen einmalige Erinnerungsstücke, die gleichzeitig als Heimatnahweis dienen, geben zu können.

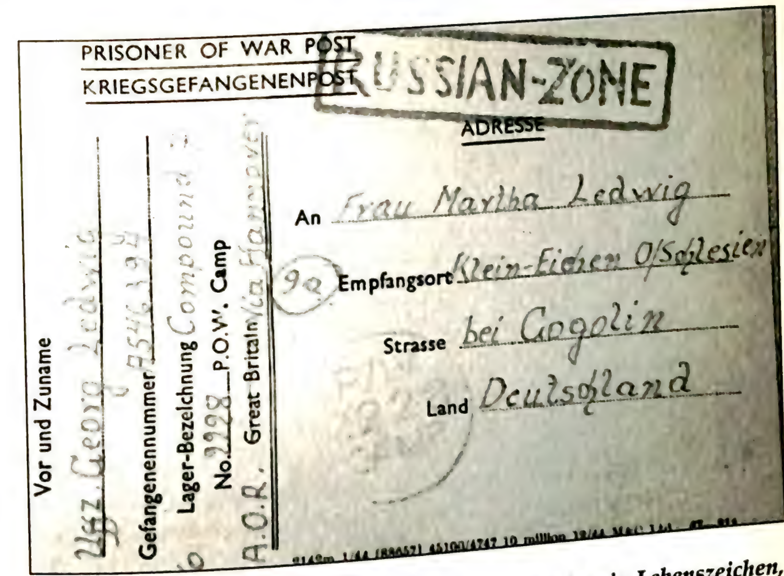


DO NOT WRITE HERE!

NICHT HIER SCHREIBEN!

NON SCRIVETE QUI!

書勿レ



PRISONER OF WAR POST
KRIEGSGEFANGENENPOST

RUSSIAN-ZONE

ADRESSE

An Frau Martha Ledwig

Empfangsort Klein-Eichen O/Schlesien

Strasse bei Gogolin

Land Deutschland

Vor und Zuname Uffz. Georg Ledwig

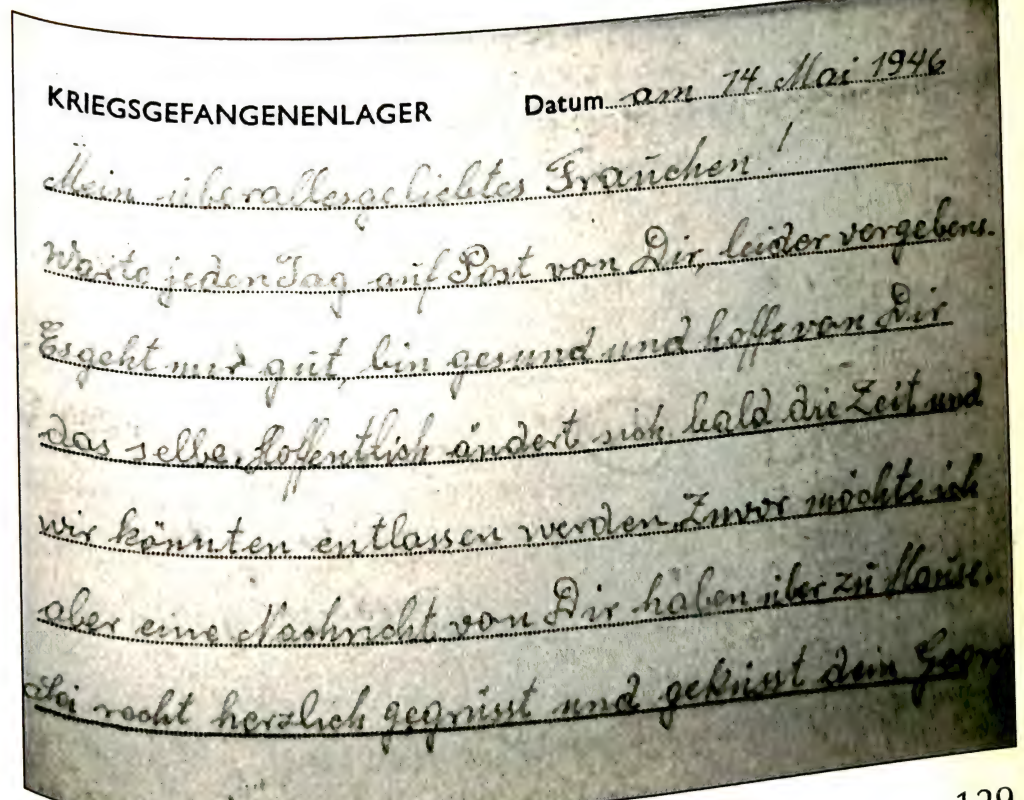
Gefangenennummer

Lager-Bezeichnung Compound

No. P.O.W. Camp

A.O.R. Great Britain

Diese Nachricht aus der Kriegsgefangenschaft ist ein Lebenszeichen, das in der Heimat sehnsüchtig erwartet wurde, das aber den Empfänger nicht erreichte. Wir wissen nicht, ob der Gefangene heimkehrte oder in der Kriegsgefangenschaft verstarb, ob die Familie die Flucht und Vertreibung aus Oberschlesien überlebte.



KRIEGSGEFANGENENLAGER Datum am 14. Mai 1946

Mein überallesgeliebtes Frauchen!
Warte jeden Tag auf Post von Dir, leider vergebens.
Es geht mir gut, bin gesund und hoffe von Dir
das selbe. Hoffentlich ändert sich bald die Zeit und
wir könnten entlassen werden. Zuvor möchte ich
aber eine Nachricht von Dir haben über zu Hause.
Sei recht herzlich gegrüsst und geküsst dein Georg



„Unsere Aufgabe ist, Gewissheit zu verschaffen"

Gespräch mit René Michael Massier, Geschäftsführer des Kirchlichen Suchdienstes.

Kommen die Suchanfragen, die heute an den Kirchlichen Suchdienst gerichtet werden eher von jungen oder eher von älteren Menschen?

Sowohl als auch. Gerade in letzter Zeit machen wir die Erfahrung, dass vermehrt jüngere Leute Kontakt zu uns aufnehmen. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Unterlagen des Kirchlichen Suchdienstes über Jahrzehnte fortgeschrieben werden und damit zu verschiedenen Sachverhalten aktuelle Informationen bieten. Ältere Menschen wenden sich zum Beispiel an uns, um Gewissheit über das Schicksal von Personen zu erhalten, mit denen sie während der Flucht zusammen waren oder von denen sie durch die Kriegswirren getrennt wurden.

Jüngere Menschen, wenn sie nicht im Auftrag von Eltern und Großeltern tätig werden, sind in vielen Fällen an den Wurzeln ihrer Familie interessiert. Häufig wird gefragt: Woher kommt meine Familie? Was ist über Verwandte bekannt? Können wir in Verbindung kommen?

Man kann sich aber auch vorstellen, wie bohrend solche Fragen sind, wenn jemand als Kind auf der Flucht von Zieheltern aufgenommen wurde und nur sehr wenig über seine Eltern und Verwandte weiß.

Woraus setzt sich die Mehrheit der Anfragen zusammen? Sind es Flüchtlinge, Vertriebene, Spätaussiedler? Wo ist der Schwerpunkt?

Hauptsächlich erhält der Kirchliche Suchdienst Anfragen im Zusammenhang mit den Folgen von Flucht und Vertreibung. Neben der Schicksalsklärung werden zum Beispiel auch Überprüfungen der Suchdienstunterlagen zur Feststellung der Staatsangehörigkeit, der Abgleich von Personendaten oder Auskünfte zu Familienstrukturen erbeten. Für

Spätaussiedler geht es um Kontakte zu Familienangehörigen und Freunden, die durch die Kriegsereignisse oder aufgrund der Aussiedlung abgerissen sind. Der Personenkreis, der in den 90er Jahren nach Deutschland kam, beginnt jetzt mit der Aufarbeitung der Familiengeschichte. Vermutlich standen nach Ankunft im Bundesgebiet erst die Integration mit dem Aufbau einer neuen Existenz im Vordergrund. Der Kirchliche Suchdienst hilft insbesondere dabei, Kontakte zu Angehörigen herzustellen, die schon seit Ende des Krieges hier verblieben sind.

Sie sprechen von 22 000 Auskünften pro Jahr. Sind das alles Erstanfragen von Leuten, die sich noch nie mit Ihnen in Verbindung gesetzt haben?

Die Zahl bezieht sich auf die gesamten jährlichen Hilfsleistungen des Kirchlichen Suchdienstes, also von Hilfen in behördlichen Angelegenheiten bis hin zur Schicksalsklärung. So vielfältig diese Auskunftsbereiche sind, so unterschiedlich sind die anfragenden Personen. So haben beispielsweise Anfragen zum Verbleib einer Person unterschiedliche Beweggründe und können im Laufe von Jahrzehnten auch von verschiedenen Personen oder Stellen kommen. Über den Verbleib zahlreicher Vertriebener in den neuen Bundesländern haben wir erst nach der Wiedervereinigung nähere Informationen erhalten. Dies hat Einfluss auf bestehende Suchfälle und führt zu neuen Anfragen. Ähnliche Wirkungen zeigen auch die Daten aus der Öffnung von Archiven in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die erst jetzt den Verbleib von Menschen eindeutig klären lassen. Man darf nicht außer Acht lassen, dass in den Unterlagen des Kirchlichen Suchdienstes noch über 600 000 Menschen mit ungeklärtem Schicksal geführt werden.

Geht es darum, Lebende zusammenzuführen oder suchen Sie auch nach Gräbern?

Der Kirchliche Suchdienst bringt Menschen zusammen. Ist der oder die Gesuchte bereits verstorben, werden wir häufig gebeten, weiter nach lebenden Angehörigen zu forschen, um in Verbindung zu kommen und Näheres zu erfahren.

Sie haben 60 Mitarbeiter. Wie viel Zeit kann sich Ihr Mitarbeiter nehmen, um ein Schicksal zu klären?

Man kann Suchanfragen nicht pauschal beurteilen. Hinter jedem Fall verbirgt sich ein anderes Schicksal und eine besondere Fragestellung. Entsprechend muss auch an die Arbeit gegangen werden. Wir setzen Mitarbeiter ein, die größtenteils mehr als zehn Jahre für den Suchdienst tätig sind. Sie können aufgrund ihrer Erfahrung und durch moderne Informationstechnik den Suchenden effektiv und zeitnah helfen.

Gibt es viele Leute, die dem Kontakt nicht zustimmen?

Solche Fälle kommen vor. Man sollte bedenken, dass die Suche auch Menschen betrifft, die ein schweres Schicksal hinter sich haben oder die bisher von den Suchenden nichts wussten, wie es bei Halbgeschwistern möglich sein kann. Solche Situationen brauchen Zeit, und es kommt auch vor, dass nach Monaten auf die Ablehnung eine Zustimmung folgt. Unsere Mitarbeiter gehen bei solchen Fragestellungen behutsam auf die Betroffenen zu. Sie begleiten und vermitteln, leiten Briefe weiter und sind vertrauensvolle Ansprechpartner.

Der Kirchliche Suchdienst wird getragen von Caritas und Diakonie, aber vom Bund finanziert.

Unmittelbar nach Kriegsende sahen sich die beiden Kirchen angesichts der Dramatik, die mit den nach Deutschland kommenden Flüchtlingsströmen einherging, einem aus heutiger Sicht unvorstellbaren Leid der Ankommenden gegenüber. Staatliche Stellen waren aufgelöst, die Kirchen eine der wenigen noch funktionierenden Organisationen. Kirchliche Mitarbeiter kümmerten sich um die Menschen. Aus dieser spontanen Unterstützung entwickelten sich die heutigen Strukturen des Kirchlichen Suchdienstes, die in Anbetracht der Tragweite von Flucht und Vertreibung seit den 50er Jahren durch den Bund finanziert werden. Caritas als Zuwendungsempfänger und die Diakonie bilden weiterhin das gemeinsame kirchliche Dach, unter dem die Suchdienstarbeit geleistet wird.

Wenn man sich das Chaos am Ende des Krieges vorstellt: Millionen von Flüchtlingen und Heimatlosen, die überall betreut und aufgenommen wurden, denen man bei der Suche nach Vermissten half – dann fragt man sich doch, wie die Kirchen diese Arbeit damals finanzieren konnten!

Man muss sich in die damalige Zeit zurückversetzen. Flüchtlingstrecks mit vielen Hunderten Menschen kamen in die Gemeinden. Kirchliche Mitarbeiter versorgten sie zuerst mit dem Nötigsten, mit Nahrung und Kleidung. Sie wurden aber auch mit verzweifelten Fragen nach Familienangehörigen konfrontiert. Frauen suchten ihre Ehemänner, die als Soldaten vermisst wurden oder Familienangehörige, von denen sie auf der Flucht getrennt wurden.

Um nachfragen und helfen zu können, wurden von den kirchlichen Mitarbeitern die ersten Namen aufgeschrieben und gesammelt, persönlich befördert und mit Nachbargemeinden ausgetauscht. Das meiste musste improvisiert werden und es bedurfte großer Solidarität und breiter Unterstützung. Erste Sammelstellen wurden eingerichtet, Namen verglichen und systematisch geordnet. Durch die große Flüchtlingszahl und das ungeklärte Schicksal von Millionen wuchs die Aufgabe rasant. Aus der spontanen Nothilfe musste ein dauerhafter Hilfsdienst für Flüchtlinge und Vertriebene entstehen. Ohne finanzielle Unterstützung des Bundes hätten die dazu notwendigen Maßnahmen durch die Kirchen nicht geleistet werden können.

Welcher Unterschied besteht in einer Suche, die heute gestartet wird oder erst in fünf Jahren?

Das hängt davon ab, aus welchem Grund gesucht wird. Möchte der Anfragende etwas über seine Familie wissen und Kontakt zu Verwandten aufbauen, kann der Kirchliche Suchdienst heute oder auch später umfangreich helfen. Auch über das Schicksal von Personen verbessert sich der Datenstand jährlich, etwa durch die Meldungen aus den neuen Bundesländern oder durch Daten aus den Archiven in der ehemaligen Sowjetunion. Sind die Gesuchten vor dem Krieg geboren, wäre es sicher wünschenswert, die Suche bald zu starten. Es ist tragisch mitteilen zu müssen, dass der Gesuchte zwar gefunden werden konnte, aber die Anfrage – vielleicht nur um wenige Monate – zu spät kam. Unsere Hilfe muss sich dann darauf begrenzen, die Verbindung zu nahen Angehörigen zu vermitteln.

Was ist heute der Schwerpunkt Ihrer Arbeit?

Der Kirchliche Suchdienst ist ein Hilfsdienst für Vertriebene, Flüchtlinge, Spätaussiedler und deren Nachkommen. Über Jahrzehnte wurden Unterlagen aufgebaut, die mit mehr als 20 Millionen erfassten Personen umfassend Auskunft über die Familien in den früheren Ost- und Vertreibungsgebieten geben. Sie dienen als „Einwohnermeldeamt" für die früheren Ost- und Vertreibungsgebiete und sind damit Grundlage für die verschiedensten Hilfen, von der Beschaffung von Geburtsurkunden bis hin zur Ermittlung von Erben.

Unsere vorrangige Aufgabe sehe ich jedoch nach wie vor darin, zu helfen, Familien, die durch Flucht, Vertreibung oder Spätaussiedlung getrennt wurden, zusammen zu bringen. Ebenso wichtig ist es, das Schicksal von Menschen zu klären, die durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verlassen mussten. Unsere Aufgabe ist, Gewissheit zu verschaffen, damit Angehörige wissen, was dem Gesuchten passiert ist, wo und wann er gestorben ist. Diesen Dienst tun wir für die Erlebnisgeneration, die mit zunehmenden Alter ihre persönliche Geschichte abschließen möchten, aber auch für die jüngere Generation, die ihre Wurzeln, ihre Herkunft und das mit dem Krieg verbundene Schicksal ihrer Verwandten kennen wollen. ■



Generalsekretariat

SUCHDIENST HAMBURG

Familienzusammenführung
Hilfs- und Beratungsdienst

Der Suchdienst Hamburg führt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem Bundesinnenministerium des Innern seit Jahrzehnten Aufgaben der Familienzusammenführung und einen Hilfs- und Beratungsdienst für Deutsche in Süd- und Südosteuropa durch.

Im Rahmen der Familienzusammenführung sucht er nach Verwandten oder Bekannten von Deutschen, die durch die Kriegs- oder Nachkriegsereignisse oder durch die Ausreise nach Deutschland voneinander getrennt wurden. Die Mitarbeiter in Hamburg helfen aber auch beim Aufnahme- und Anerkennungsverfahren nach vertriebenenrechtlichen Vorschriften, bei Aus- und Einreiseformalitäten oder bei Fragen der Staatsangehörigkeit. Der Hilfs- und Beratungsdienst unterstützt Deutsche, die in den Herkunftsgebieten verblieben sind, materiell oder durch Gesundheitshilfen.

Es handelte sich überwiegend um Nachkommen deutscher Siedler, die durch Anwerbung im 18. Jahrhundert nach Russland gezogen waren (u.a. „Wolgadeutsche"). Viele von ihnen wurden 1940/45 durch die Kommunisten nach Kasachstan zwangsumgesiedelt. Bereits vorher waren zahlreiche Volksdeutsche („Siebenbürgener Sachsen") aus Rumänien nach Deutschland gezogen, Nachkommen deutscher Siedler aus dem 13. und 18. Jahrhundert. Sie waren in Rumänien durch die nationalistische Politik der Kommunisten immer stärker kulturell unterdrückt worden.

Aussiedler, seit Januar 1993 „Spätaussiedler" genannt, sind keine Ausländer, sondern Deutsche im Sinne des Grundgesetzes. Die Anzahl der Spätaussiedler ging in den letzten Jahren deutlich zurück. Man geht davon aus, dass sich der Rückgang durch Änderungen in den Gesetzen in Zukunft weiter verstärken wird.

Familienzusammenführung am Beispiel der Deutschen in Russland

Der Ruf der Zarin

Die Geschichte der Deutschen in östlichen und südöstlichen Länder Europas ist lang. Sie reicht teilweise bis ins Mittelalter zurück. Anders als die Auswanderer nach Nord- und Südamerika, die sich schnell in ihrer neuen Heimat integrierten, bildeten die Deutschen im Osten vielfach „Kolonien", in denen sie als Deutsche weiterleben wollten. Dies ist nicht verwunderlich, betrachtet man zum Beispiel die Politik der Zarin Katharina II. von Russland aus dem Jahre 1763, die per Manifest ausländische Siedler ins Land holte, ihnen Landbesitz in Aussicht stellte und ihnen Privilegien, wie Religionsfreiheit, Steuerfreiheit und Freistellung vom Militärdienst garantierte. Rund 8 000 deutsche Familien folgten dem Aufruf der Zarin und siedelten im damals weitgehend menschenleeren Wolgagebiet.

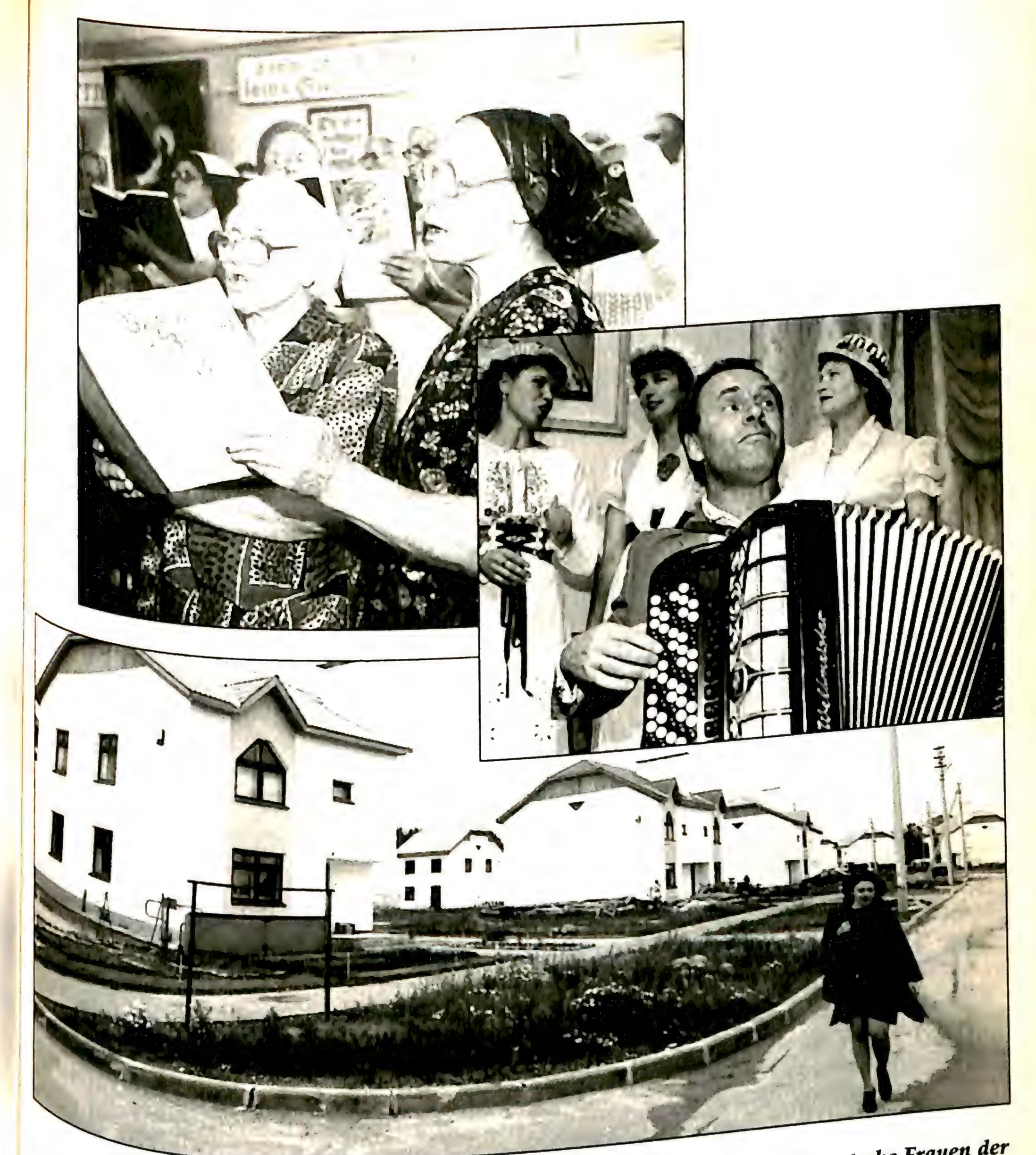
Neue Siedlungen und Spannungen

Anfang des 19. Jahrhunderts kam die nächste größere Gruppe ins Land. Unter der Herrschaft von Alexander I. wurden Gebiete des Transkaukasus, der Krim und der heutigen Ukraine besiedelt. So hatten deutsche Siedler Mitte des Jahrhunderts rund 3 000 Kolonien gegründet in denen sie sich ihre Sprache, Kultur und Religion weitgehend bewahrten. Diese Siedlungspolitik verlief indessen nicht ohne Spannungen. Die Andersartigkeit der deutschen Siedler erweckte vielfach den Argwohn der einheimischen Bevölkerung; das Erstarken des russischen Nationalismus tat ein übriges. Mit den Reformen Alexanders II. verloren die Deutschen schließlich ihre Privilegien und ihre bisher praktizierte Selbstverwaltung wurde 1878 aufgelöst.

Die Lage verschärft sich

Trotzdem bewahrten sich die deutschen Siedler – etwa 1,5 Millionen Menschen – unter Mühen ihre Eigenständigkeit bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. Dann verschärfte sich ihre Lage jedoch drastisch. Ihr Grundbesitz wurde enteignet, über 100 000 wurden nach Sibirien deportiert, wobei Tausende umkamen. Mit der Russischen Revolution 1917 schien sich dann das Blatt wieder zu wenden, als die neue sowjetische Regierung die Gleichberechtigung aller Nationalitäten auf russischem Territorium proklamierte. Tatsächlich setzten jetzt erst recht schwere Unterdrückungsmaßnahmen ein, von denen allerdings auch andere Volksgruppen betroffen waren. Die 1924 entstandene Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Deutschen an der Wolga blieb in diesem Zusammenhang nur eine Episode auf dem Weg zu einer nationalen Autonomie.

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 wurden jegliche Autonomiebestrebungen vollends zerstört. Unter dem Vorwurf der Kollaboration und Spionage wurden die Deutschen ab August 1941 aus ihren Siedlungsgebieten geschlossen ausgesiedelt und nach Mittelasien und Sibirien deportiert. Dort wurden sie dann in der sogenannten „Trudarmee" (Arbeitsarmee) zusammengefasst, wo sie bei Unterernährung, Krankheit und Kälte unter zum Teil unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Zwangsarbeit zu verrichten hatten. Dieses Martyrium überlebten viele nicht.



Russlanddeutsche Frauen der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Alma Ata beim gemeinsamen Gesang.

Russlanddeutsche in Trachten im Dorf Romanowka bei Zelinograd spielen Volksmusik.

Siedlung Neudorf-Strelna bei St. Petersburg: Neue Wohnhäuser für Russlanddeutsche.

Nach dem Zweiten Weltkrieg

Mit dem Ende des Krieges gerieten auch andere Deutsche in den sowjetischen Machtbereich, unter anderem die 1939 und 1940 auf Grund von deutsch-sowjetischen Übereinkommen ins Reichsgebiet umgesiedelten Deutschen aus dem Baltikum und anderen Gebieten. Etwa eine Viertelmillion Deutsche mit Geburtsorten in der Sowjetunion, die nach Kriegsende in Polen, aber auch in den westlichen Besatzungszonen lebten, wurden „repatriiert", d.h. in die Sowjetunion verbracht, wo sie ebenfalls in Zwangsarbeitslager gerieten. Auch bei diesen Transporten kam es zu hohen Menschenverlusten. Ein weiteres Ergebnis dieser Zwangsmaßnahmen waren zehntausende zerrissener Familien.

Erst Jahre danach traten allmähliche Erleichterungen ein. Die Deutschen wurden aus der Trudarmee entlassen, standen aber weiter unter Kommandanturbewachung, einer Art Polizeikontrolle. Zwei Jahre nach Stalins Tod durften sie sich innerhalb der Sowjetunion relativ frei bewegen, eine Rückkehr in ihre früheren Heimatgebiete blieb ihnen jedoch versagt, ebenso wie die Möglichkeit, in die Bundesrepublik auszureisen. Dieser Wunsch der meisten dieser Deutschen in Russland wurde im Laufe der Jahre jedoch immer stärker.

Ende der 30er Jahre begann auf der Grundlage der Verträge zwischen Hitler und Stalin die erste Welle von Umsiedlungen – etwa 400 000 Deutsche aus dem Baltikum, Wolhynien, Galizien und Bessarabien wurden in das Deutsche Reich umgesiedelt. Vom Herbst 1941, gleich nach Kriegsbeginn gegen Deutschland, wurden dann per Dekret alle in der Sowjetunion lebenden Deutschen zwangsweise nach Zentralasien umgesiedelt. Die Republik der Wolgadeutschen wurde komplett aufgelöst. Dort hatten die Menschen, seit Katharina die Große sie ins Land geholt hatte, in kleinen rein deutschen Dörfern gelebt. Sie genossen Privilegien, wie zum Beispiel die Religionsfreiheit und wohnten in Großfamilien, abgeschlossen von den Russen. Betroffen von den Deportationen waren etwa eine Million Deutsche.

„Trudarmija"

In Sibirien wurden die Deutschen zur Zwangsarbeit in der „Trudarmija" (deutsch: Arbeitsarmee) herangezogen. Jede Frau und jeder Mann im Alter von 16 bis 60 Jahren musste dort schwere Arbeit verrichten. Ausgenommen waren nur Frauen, die ein Baby hatten, das gestillt werden musste. Familien wurden auseinandergerissen: Der Vater war oft noch in der deutschen Armee oder in Kriegsgefangenschaft, die Mutter wurde nach Sibirien verschleppt, ältere Kinder kamen in die Trudarmee. Oft wusste keiner vom anderen. Das gesamte Umfeld der Menschen wurde zerstört, die Großfamilien und deutschen Gemeinden waren zerrissen, eine neue Sprache musste gelernt werden. Durch die Zwangsarbeit waren außerdem in der Regel schwere gesundheitliche Schäden bis hin zum Tod die Folge. Nach Kriegsende mussten die Deutschen unter menschenverachtenden Umständen in Sondersiedlungen verbleiben und standen dort bis 1956 unter Bewachung der Behörden des Innern, bei denen sie sich auch regelmäßig melden mussten. Da eine Rückkehr in die angestammten Siedlungsgebiete auch nach Aufhebung der Kommandanturbewachung verboten war, lebt der Großteil der deutschstämmigen Personen noch heute in den Gebieten jenseits des Ural (vor allem deshalb, weil ihnen 1955 per Dekret untersagt wurde, wieder in ihre Heimatgebiete zurückzukehren). Später kam es zu Lockerungen. Doch vor allem die wirtschaftlichen Verhältnisse liessen in den meisten Fällen eine Veränderung des Wohnortes nicht zu.

Deutschen aus dem Baltikum, aus Wolhynien, Galizien und Bessarabien

Eine weitere Gruppe von Menschen, die unter den Folgen des Krieges leiden mussten, waren die Deutschen aus dem Baltikum, aus Wolhynien, Galizien und Bessarabien, die auf der Grundlage der Verträge zwischen Hitler und Stalin 1939/40 in das Deutsche Reich umgesiedelt wurden. Etwa 250 000 Deutsche mit Geburtsorten in der ehemaligen Sowjetunion, die nach Kriegsende 1945 in den damaligen Besatzungszonen lebten, wurden von der Sowjetunion als Sowjetbürger beansprucht. Sie wurden ausgeliefert und nach Sibirien deportiert. 80 000 Rumäniendeutsche wurden in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit deportiert.

Das Resultat für Millionen von Deutschen war, dass sie ohne Heimat blieben und die Familien zerrissen waren. Für manche deutsche Volkszugehörige ist dieser Zustand bis heute noch nicht überwunden.

Der Suchdienst Hamburg

Politische Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland und Osteuropa haben in der Geschichte des DRK-Suchdienstes stets eine zentrale Rolle gespielt. Ob im Zusammenwirken mit der jeweiligen Bundesregierung oder bei Verhandlungen mit ausländischen Regierungsvertretern oder Rotkreuz-Schwesterorganisationen, immer wurde der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes seiner humanitären Aufgabe gerecht. Daher hat kaum eine andere Hilfsorganisation in allen Phasen der Nachkriegszeit bis zum Zerfall der Sowjetunion und in der Zeit danach auf dem Gebiet der Familienzusammenführung so viel geleistet wie der DRK-Suchdienst in Hamburg und die mit den entsprechenden Aufgaben betrauten DRK-Landes- und Kreisverbände.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg neu gezogenen Grenzen hinterließen viele Deutsche im Machtbereich der Sowjetunion, vor allem in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei. Viele, wenn nicht die meisten dieser Menschen, wollten schon damals in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen. Durch die politischen Verhärtungen und den Kalten Krieg wurde das jedoch unmöglich. Erst durch Gespräche mit dem Polnischen Roten Kreuz im Jahre 1955 und dem Sowjetischen Roten Kreuz im Jahre 1957 kam ein wenig Bewegung in die Frage der deutschen Minderheiten. Der Durchbruch kam aber erst im Oktober 1975 mit der KSZE-Konferenz und der Schlussakte von Helsinki. Nacheinander ließen danach Polen und Rumänien die Ausreise von Deutschen im Rahmen der Familienzusammenführung zu. Schon im Vorfeld der Konferenz wurde es dem DRK-Suchdienst ermöglicht, stärker als bisher, den Deutschen in Ost- und Südosteuropa materiell zu helfen.

Die politischen Umbrüche insbesondere in der Sowjetunion Ende der 80er Jahre führten dann zu einer regelrechten Ausreisewelle, zunächst aus Polen, dann aber auch aus der UdSSR. Allein 1990 reisten 400 000 Menschen aus diesen Ländern nach Deutschland ein. Seit dieser Zeit sind eine Reihe von neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen in Kraft, um den Zuzug zu regeln. In diesem Zusammenhang helfen der DRK-Suchdienst Hamburg, aber auch die DRK-Landesnachforschungsdienste und viele DRK- Kreisverbände den Angehörigen durch Beratung in den immer schwieriger werdenden Verfahrensfragen.



Mit der alten Handkartei arbeiten die Mitarbeiter heute nur noch selten. Die Angaben zur Familie, zu Wohnort und Ausreisedaten sind inzwischen erfasst und können mit Hilfe des Computers abgerufen werden.

Aufgaben

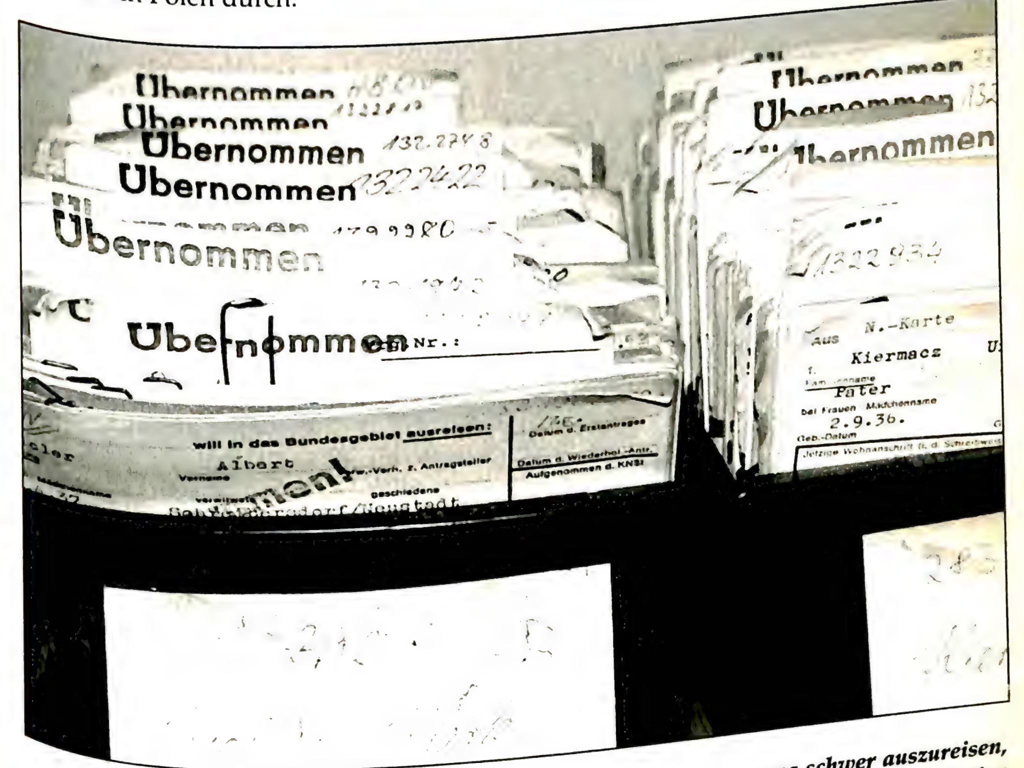
Die Aufgabe des DRK-Suchdienstes ist nach wie vor die Suche nach Personen, die durch Kriegs- oder Nachkriegsereignisse sowie durch Ausreise nach Deutschland von ihren Angehörigen getrennt wurden. Oft werden auch die deutschen Wurzeln gesucht, das heißt Unterlagen über Angehörige und Vorfahren, die Deutsche waren.

In vielen Fällen erreichen den Suchdienst in Hamburg Anfragen nach Familienangehörigen oder Freunden, die nach Deutschland ausgesiedelt sind und zu denen der Kontakt abgebrochen ist. Diese Anfragen kommen sowohl von denjenigen, die in den Aussiedlungsgebieten verblieben sind, wie auch von Aussiedlern, die jetzt nach Deutschland kommen und alte Verbindungen wieder herstellen wollen.

Der DRK-Suchdienst Hamburg hilft bei

- der Suche von Familienangehörigen,
- der Einreise in die Bundesrepublik,
- der Ausreise aus dem Herkunftsland,
- der Beschaffung von Urkunden und
- gibt Amtshilfe in Verwaltungsverfahren.

Er gewährt mit seinem Hilfs- und Beratungsdienst materielle und Gesundheitshilfen für Deutsche, die in den Herkunftsgebieten verblieben sind; koordiniert Einzelfallhilfen mit den übrigen Hilfsorganisationen und führt Verfahren für Hilfen nach dem SGB XII an Deutsche in Polen durch.



Bis 1990 war es für die Deutschen in Osteuropa schwer auszureisen, aber leicht, in die Bundesrepublik einzureisen. Mit Hilfe einer so genannten Übernahmeerklärung war die wichtigste Formalität erledigt. Heute hat sich die Lage gedreht – Papiere für eine Ausreise zu bekommen ist weitaus einfacher als die Genehmigung für die Übersiedlung nach Deutschland.

Fragebogen 046730

(Nur für Personen über 15 Jahre, Kinder siehe Rückseite)

(je Person 3 Stück, bitte deutlich schreiben, da sonst die Bearbeitung verzögert wird). A. 1.

Suchdienst Hamburg - Poststelle - Eing.: - 1. MRZ. 1957

1. Familienname (bei Frauen auch Geburtsname): Probst
2. Vornamen (Rufname unterstreichen): David oder Ludwig.
3. Geburtstag und -ort (Tag, Monat, Jahr): 3. März 1917. Charkower Gebiet, Sachnowskir Rajon, Dorf Dawische.
4. Beruf: Traktorist.
5. Wann sind Sie nach Deutschland gekommen: 1944
6. Wo haben Sie zuletzt in Deutschland gelebt: Poland. Stadt Gudno. Dorf Augustopol.
7. Wann haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten: 1941.
8. Nummer der Einbürgerungsurkunde: vergessen.
9. Jetzige Adresse (in russischer Sprache): Stadt: Город Новосибирск, новосибирский совхоз № 1
10. Staatsangehörigkeit: deutsch.
11. Wann sind Sie in die Sowjetunion gekommen: [illegible]
12. Bei Verheirateten und verwitweten: verheiratet.

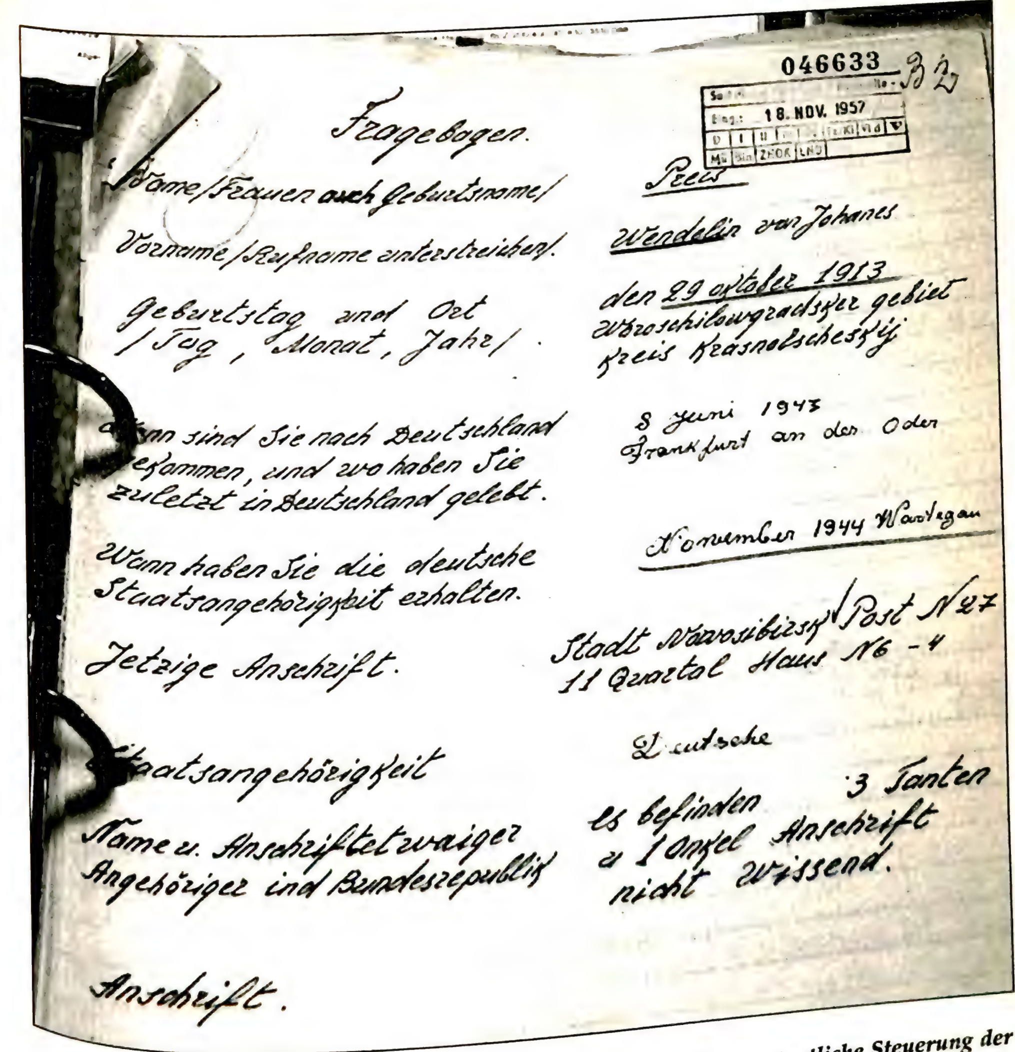
a) Familienname und Vorname des Ehegatten: Probst Emilie

b) Gegenwärtige Anschrift des Ehegatten oder, falls verstorben, Tag und Ort des Todes: Stadt Nowosibirsk, Nowosibirsker Sowchos No 1.

c) Staatsangehörigkeit des Ehegatten: deutsch.

d) Tag, Monat und Jahr der Eheschließung: den 3. April 1954.

Bitte wenden



046633

Eing.: 18. NOV. 1957

Fragebogen.

Name/Frauen auch Geburtsname/ — Preis

Vorname/Rufname unterstreichen/ — Wendelin von Johannes

Geburtstag und Ort /Tag, Monat, Jahr/ — den 29 oktober 1913 Woroschilowgradsker gebiet kreis Krasnolschesky

Wann sind Sie nach Deutschland gekommen, und wo haben Sie zuletzt in Deutschland gelebt. — 8 Juni 1943 Frankfurt an der Oder

Wann haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. — November 1944 Wardegau

Jetzige Anschrift. — Stadt Nowosibirsk / Post N 27 11 Quartal Haus N6-4

Staatsangehörigkeit — Deutsche

Name u. Anschrift etwaiger Angehöriger in der Bundesrepublik — es befinden 3 Tanten u 1 Onkel Anschrift nicht wissend.

Anschrift.

Anfang der 50er Jahre begann eine staatliche Steuerung der Einwanderung und Integration, die den Aussiedlern besondere Rechte und Hilfen einräumte. Man druckte etwa 300 000 „Botschaftsbogen", auf denen die Deutschen in Osteuropa alle wichtigen Angaben eintragen sollten.

Doch die Formulare waren schnell vergriffen und die Menschen begannen sie Wort für Wort abzuschreiben. Auf Zetteln und Blättern jeglicher Art wurden alle wichtigen Informationen aufgeschrieben, um anzuzeigen, dass man deutsch sei.

In der damaligen Zeit war es mutig, diese Aussage zu machen und sich offen als Deutscher zu bekennen. Heute hilft ein solches Formular bei den Formalitäten oft weiter, denn es zeigt den jahrzehntelangen Wunsch der Ausreise.

Fragebogen 046730

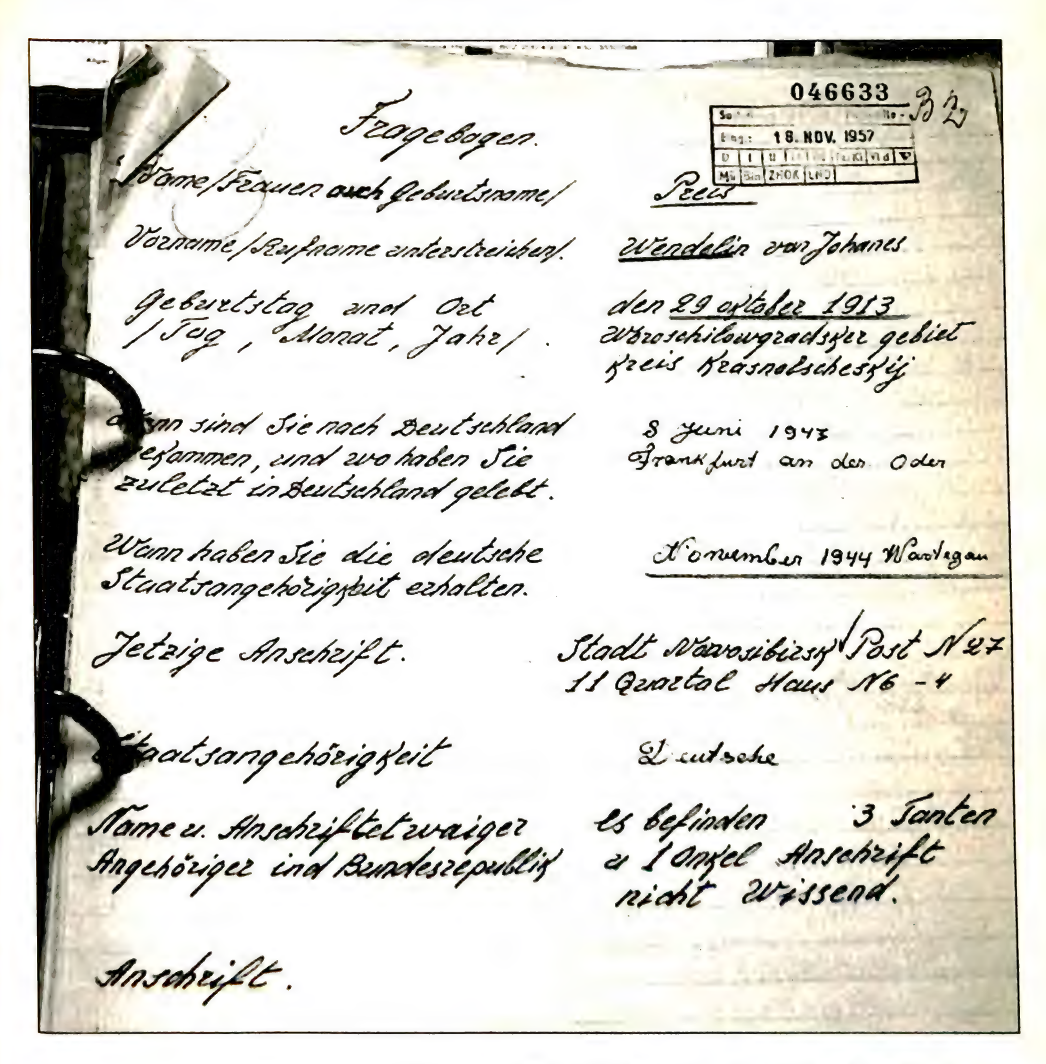
(Nur für Personen über 15 Jahre, Kinder siehe Rückseite)

Suchdienst Hamburg - Poststelle - Eing.: - 1. MRZ. 1957

(je Person 3 Stück, bitte deutlich schreiben, da sonst die Bearbeitung verzögert wird). A.1.

1. Familienname (bei Frauen auch Geburtsname): Probst
2. Vornamen (Rufname unterstreichen): David oder Ludwig.
3. Geburtstag und -Ort (Tag, Monat, Jahr): 3. März 1917. Charkower Gebiet, Bachnowskier Rajon, Dorf Drawische.
4. Beruf: Traktorist.
5. Wann sind Sie nach Deutschland gekommen: 1944
6. Wo haben Sie zuletzt in Deutschland gelebt: Poland. Stadt Gudno. Dorf Augustopol.
7. Wann haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten: 1941.
8. Nummer der Einbürgerungsurkunde: vergessen.
9. Jetzige Adresse (in russischer Sprache): Stadt: Город Новосибирск, новосибирский совхоз №1
10. Staatsangehörigkeit: deutsch
11. Wann sind Sie in die Sowjetunion gekommen: 1945
12. Bei Verheirateten und verwitweten: verheiratet.
   a) Familienname und Vorname des Ehegatten: Probst Emilie
   b) Gegenwärtige Anschrift des Ehegatten oder, falls verstorben, Tag und Ort des Todes: Stadt Nowosibirsk, Nowosibirsker Sowchos No 1.
   c) Staatsangehörigkeit des Ehegatten: deutsch.
   d) Tag, Monat und Jahr der Eheschließung: den 3. April 1954.

bitte wenden



046633 B 2

Eing.: 18. NOV. 1957

Fragebogen.

Name/Frauen auch Geburtsname/	Preis
Vorname/Rufname unterstreichen/	Wendelin von Johannes
Geburtstag und Ort /Tag, Monat, Jahr/.	den 29 oktober 1913 Woroschilowgradsker gebiet Kreis Krasnolschesskij
Wann sind Sie nach Deutschland gekommen, und wo haben Sie zuletzt in Deutschland gelebt.	8 Juni 1943 Frankfurt an der Oder
Wann haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.	November 1944 Wartegau
Jetzige Anschrift.	Stadt Nowosibirsk / Post N 27 11 Quartal Haus N6 - 4
Staatsangehörigkeit	Deutsche
Name u. Anschrift etwaiger Angehöriger in der Bundesrepublik	es befinden 3 Tanten u 1 Onkel Anschrift nicht wissend.
Anschrift.	

Anfang der 50er Jahre begann eine staatliche Steuerung der Einwanderung und Integration, die den Aussiedlern besondere Rechte und Hilfen einräumte. Man druckte etwa 300 000 „Botschaftsbogen", auf denen die Deutschen in Osteuropa alle wichtigen Angaben eintragen sollten.

Doch die Formulare waren schnell vergriffen und die Menschen begannen sie Wort für Wort abzuschreiben. Auf Zetteln und Blättern jeglicher Art wurden alle wichtigen Informationen aufgeschrieben, um anzuzeigen, dass man deutsch sei.

In der damaligen Zeit war es mutig, diese Aussage zu machen und sich offen als Deutscher zu bekennen. Heute hilft ein solches Formular bei den Formalitäten oft weiter, denn es zeigt den jahrzehntelangen Wunsch der Ausreise.



Die einzelnen Fälle verlangen viel Engagement, denn hinter jedem Ordner steht ein persönliches Schicksal. Die Mitarbeiter in Hamburg suchen oft im Gespräch, eine Lösung zu finden.

Familienzusammenführung

Familienzusammenführung ist die zentrale Aufgabe im Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes. Sie wird nötig durch die Familientrennungen, die durch Flucht und Vertreibung von deutschen Volkszugehörigen aus Ost- und Südosteuropa entstanden ist. Im Zusammenhang mit dem Ende und den Folgen des Zweiten Weltkrieges wurde die Zusammenführung von Familien, die durch den Krieg getrennt worden waren, immer wichtiger. Für viele Menschen war und ist jene Zeit mit leidvollen Erfahrungen verbunden. Die Suche nach Angehörigen und die Familienzusammenführung sind wichtige humanitäre Aufgaben. Die internationale Rotkreuz-Bewegung formulierte es so: „Ungewissheit über das Schicksal von Angehörigen ist genauso schwer zu ertragen, wie der Verlust selbst.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Wende in Osteuropa wurden deutsche Volkszugehörige zwar problemlos in der Bundesrepublik aufgenommen, aber sie durften in der Regel aus ihren Herkunftsländern nicht ausreisen. Durch das DRK im Verband mit der internationalen Rotkreuzbewegung wurde auf die damaligen osteuropäischen Regierungen immer wieder Einfluss genommen, in begründeten humanitären Fällen die Ausreise zur Familienzusammenführung zu gestatten.

Nach der Wende

Nach der Öffnung des Ostens, ab Ende der 80er Jahre war die Ausreise aus Osteuropa dann verstärkt möglich. Auf dem Höhepunkt der Ausreisewelle, beginnend ab 1990 kamen über 250 000 Aussiedler nach Deutschland. Um sie besser integrieren und die Zuwanderung besser steuern zu können, erließ die Bundesrepublik gesetzliche Regelungen zur geordneten Einreise. Ziel war es, eine gleichmäßige Integration der Einreisenden in das Leben in Deutschland sicherzustellen. Letztlich ergaben sich hieraus

auch Auswirkungen auf die Familienzusammenführung im weitesten Sinne. Die Verwaltungsverfahren waren und sind langwierig und kompliziert und nicht immer ohne bedrückende Auswirkungen auf die Betroffenen; insbesondere dann, wenn die begehrten Aufnahmebescheide nicht erteilt werden konnten, wofür es eine Vielzahl unterschiedlichster Gründe gab. Hinzu kommt, dass sich während der Dauer des Verwaltungsverfahrens häufig Änderungen in den Familienverhältnissen z.B. durch Heirat, Scheidung, Erkrankung und Tod oder durch die Geburt eines Kindes ergaben, auf die zeitnah reagiert werden muss, will man es nicht zu dauerhaften Familientrennungen kommen lassen. Zudem gab es Änderungen in den gesetzlichen Voraussetzungen, über die die Betroffenen informiert werden mussten, so z.B. die flächendeckende Einführung von Sprachtests, die vor Ausreise und Bescheiderteilung in den Herkunftsgebieten absolviert werden mussten.

Familienzusammenführung bedeutet daher immer auch Beratung derjenigen, die zunächst nicht mit allen Familienmitgliedern gemeinsam ausreisen konnten, oder wollten und die nun ihre Angehörigen nachholen wollen.

Drei Dinge bestimmen die Arbeit des Suchdienstes, um getrennte Familien wieder zusammenzuführen:

- die Geschichte der Deutschen in den sogenannten Herkunftsgebieten,
- die Politik in der Vergangenheit und Gegenwart sowie
- die rechtlichen Rahmenbedingungen.

Die Familienzusammenführung ist nach wie vor ein aktuelles humanitäres Anliegen und alle Bundesregierungen haben sich bisher zu ihrer historischen Verantwortung den Deutschen im Osten gegenüber bekannt und sind bestrebt, die Familien auf der Grundlage der rechtlichen Bestimmungen, aber auch in humanitär vertretbarer Weise zusammenzuführen. Deshalb ist der DRK-Suchdienst Hamburg seit über 50 Jahren im Auftrage des Bundes mit den Aufgaben der Familienzusammenführung betraut.

Im Jahr 2001 erreichten den Suchdienst Hamburg z.B. rund 16 000 Hilfeersuchen. Bedenkt man, dass oft ganze Familien hier in Deutschland und auch in Ost- und Südosteuropa betroffen sind, so kann man annehmen, dass rund 80 bis 100 000 Menschen auf Hilfe bei der Lösung ihrer Probleme hoffen.

Die Aufgaben verändern sich mit der Zeit

Die Hilfeersuchen, die im Rahmen der Familienzusammenführung an den DRK-Suchdienst Hamburg herangetragen werden, sind so vielfältig wie das Leben. Hierzu gehört eben nicht nur die Suche – und Zusammenführung – von getrennten Familien oder Freunden. Wie bereits erwähnt gehört auch die Unterstützung bei der Ausreise aus den Herkunftsgebieten bzw. Einreise nach Deutschland zu seinen zentralen Aufgaben. Der DRK-Suchdienst Hamburg ist an seinen Zielen gewachsen. Die Unterstützung der Menschen, die Hilfe brauchten, ist sein Hauptanliegen. Dabei konnten im Laufe der Jahre vielfältige Erfahrung auf ganz unterschiedlichen Gebieten gesammelt werden, die auch heute noch den Hilfesuchenden zu Gute kommen. Bestand die Unterstützungsleistung



Die Familie Schatov aus Karaganda/Kasachstan ist nach einer langen Reise im Lager Friedland eingetroffen. Jeder von ihnen hatte bei der Ausreise nur 20 Kilogramm Gepäck bei sich. Sie wurden vom Schwager der Frau erwartet, der schon seit Jahren in Deutschland lebt. Er wird ihnen beim Aufbau ihres neuen Lebens helfen.

zunächst in der „reinen" Beratung bei der Aussiedlung, d. h. Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen und Unterstützung bei der Beschaffung von Personenstandsurkunden. Das reicht heute bis zur Hilfe bei der Beschaffung der Urkunden bis zum Nachweis der Abstammung von einem deutschen Volkszugehörigen oder des Vorliegens der deutschen Staatsangehörigkeit; Erläuterungen der rechtlichen Voraussetzungen im Aufnahmeverfahren nach dem Bundesvertriebenen – und Flüchtlingsgesetz und Unterstützung in den verschiedensten behördlichen Verfahren. Dabei wird der Suchdienst vielfach auch gebeten, eine auf seinen Erfahrungen beruhende Einschätzung dazu abzugeben, ob gegen behördliche Entscheidungen erfolgreich vorgegangen werden kann. Gerade in diesem Bereich ist das Vertrauen der Betroffenen in die Tätigkeit des DRK-Suchdienstes Hamburg sehr groß. Hier gilt es dann im Rahmen der Beratung das noch Machbare zu erläutern und weiterführende Wege aufzuzeigen, oder aber es deutlich zum Ausdruck zu bringen, wenn keine Hilfsmöglichkeiten mehr bestehen. Diese Fälle sind die schwersten.

Organisierung von Krankentransporten

Seit dem Jahr 2000 gehört es zu den Aufgaben des DRK-Suchdienstes Hamburg, alten oder kranken Menschen, die nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft ihre Ausreise zu bewerkstelligen, zu helfen. Hier müssen z.B. Krankentransporte organisiert werden. Die Organisation solcher Transporte wird vom DRK-Suchdienst Hamburg übernommen und geschieht erst, wenn das Bundesverwaltungsamt einen solchen Transport genehmigt hat. Die Arbeit im Vorfeld, die Information über die Möglichkeit von Krankentransporten, die Erläuterungen der Voraussetzungen, die Beratung über die Beschaffung der erforderlichen Unterlagen, gelegentlich sogar die Kontaktaufnahme zu Ärzten oder anderen Hilfsorganisationen in den Aussiedlungsgebieten zur Klärung wichtiger Fragen, übernimmt der DRK-Suchdienst. Wenngleich diese Fälle zahlenmäßig im Vergleich zu anderen Hilfeersuchen auch nur einen geringen Teil ausmachen, so erfordern sie jedoch viel Zeit und Engagement.

Für die aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Soldaten und für alle Aussieder, die durch das Lager Friedland in den Westen gekommen sind, ist Friedland mit seiner Glocke und den Nissenhütten ein Begriff.

Hierher kommen heute alle Aussiedler aus Osteuropa. Sie werden im Lager registriert und bekommen erste Hilfestellung. Sie erfahren hier, wo in Deutschland sie künftig leben sollen.







Hilfs- und Beratungsdienst

Der Hilfs- und Beratungsdienst begann in den 50er Jahren mit der Betreuung von deutschen Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten in der UdSSR. Bis zur Wende im Osten war die Hauptaufgabe die Betreuung von Deutschen, die in ost- und südosteuropäischen Ländern und der UdSSR lebten und von dort nach Deutschland kommen wollten. Sie wurden oft mit Hilfspaketen unterstützt. Die Menschen hatten dort zu leiden und wurden benachteiligt, weil sie sich um eine Ausreise bemühten oder weil sie eben Deutsche waren. Der Suchdienst versuchte zu helfen und eine Ausreise zu ermöglichen, die zu dieser Zeit jedoch nur in Einzelfällen gelang.

Hilfe für Bedürftige

Der Hilfs- und Beratungsdienst leistet seit vielen Jahren im Auftrag und mit Mitteln des Bundes sowie mit Spendenmitteln materielle Einzelhilfen für besonders bedürftige Angehörige der deutschen Minderheit und – in begrenztem Umfang – auch für Nichtdeutsche in den Staaten der ehemaligen UdSSR, zu denen auch die baltischen Staaten und die in Asien gelegenen Länder der GUS gehören. Vorrangig richten sich die Hilfen an Deutsche, die nicht ausreisen können oder wollen.

Ziel ist die Linderung existentieller Not bei Alten, Kranken und kinderreichen Familien. Es soll eine Überbrückung der Kluft zwischen Einkünften und Existenzminimum geschaffen werden. Bei Kranken soll die Hilfe eine dauerhafte Heilung oder Besserung bewirken. Im Rahmen der „Humanitären Hilfen" werden dringend benötigte Waren zollfrei an Einzelpersonen oder Haushaltsgemeinschaften geschickt.

Als bedürftig gelten Personen oder Haushaltsgemeinschaften, die dauerhaft oder vorübergehend nicht in der Lage sind, ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften. Vorrangig werden alte Menschen unterstützt. In der Russischen Föderation konzentriert sich die Betreuung auf Angehörige der ehemaligen Trudarmee (Arbeitsarmee), die oft weit unterhalb des Existenzminimums leben oder über Monate keine Rentenzahlungen erhalten haben. Mit den Paketen soll ein konkreter, aber auch ideeller Beitrag zur Erleichterung der zumeist bedrückenden Lebenssituationen geleistet werden.

Einige Beispiele aus unserer Arbeit:

Nach mehr als 50 Jahren

Familie Schmidt lebt in Freudental, einem typischen deutschen Dorf in der Südukraine. Hier werden den Eltern zwischen 1912 und 1931 sieben Kinder geboren. 1944 muss die Familie in der Obhut der Deutschen Wehrmacht ihre Heimat verlassen und kommt in den Warthegau. 1945 flüchtet die Familie bis Sachsen. Die Mutter und sechs Kinder werden von sowjetischen Behörden aufgegriffen und getrennt nach Kasachstan, Kirgisien und Sibirien gebracht und unter Kommandanturaufsicht gestellt. Hermann ist dem entgangen und blieb in der Bundesrepublik Deutschland. Er sucht bereits in den 50er und 60er Jahren nach vier Geschwistern, doch nicht alle können gefunden werden.

Anfang der 70er Jahre versucht er ergebnislos, drei Geschwister zu sich nach Deutschland zu holen. Für zwei gelingt dies Ende der 80er Jahre, ein Bruder stirbt in Kasachstan. Zwei Geschwister reisen zu den Familien ihrer Ehepartner nach Deutschland. Im Jahr 2000 sind fünf Geschwister in Deutschland. Nach mehr als 50 Jahren stellte der DRK-Suchdienst den Kontakt zwischen den Geschwistern wieder her.

... kein Anrecht auf Information...

Irina R. wurde 1968 in Stralsund geboren und wohnt heute in Ostdeutschland. Sie sucht im März 2003 ihren Bruder Alexander (* 1972/73). Der Junge wurde nach der Geburt zur Adoption freigegeben, da die Ehe der Eltern zerrüttet war. Ihre eigenen Nachforschungen beim Jugendamt wurden negativ beschieden, da die Mitarbeiterin des Jugendamtes meinte, es bestehe kein Anrecht auf Information – durch Adoption seien sie keine Geschwister mehr. Irina hat zwei weitere jüngere Geschwister, deren Verbleib ihr bekannt ist.

Der Suchdienst wendet sich an das Standesamt in Stralsund und bittet um Mithilfe. Das Standesamt ermittelt einen Jungen namens Andreas, der im August 1973 geboren wurde und von Familie W. adoptiert wurde. Es wird dann die Anschrift der Adoptiveltern ermittelt und der Suchdienst setzt sich im Mai 2003 mit dem Vater in Verbindung, um zu erfahren, ob der Junge von seiner Adoption weiß. Der Vater teilt mit, dass der Adoptivsohn von der Adoption weiß und gibt uns die Anschrift seines Sohnes. Er will ihn auf unsere Kontaktaufnahme vorbereiten. Der Suchdienst schreibt den Gesuchten an und fragt, ob er Kontakt zu seiner Schwester aufnehmen möchte.

Er bittet um Bedenkzeit. Ende Juni 2003 entscheidet er sich mit seiner Schwester Kontakt aufzunehmen und bittet darum, seine Adresse an sie weiterzugeben.

Udo H.

Udo H. wohnt in Süddeutschland und sucht seit Januar 2003 für seinen Vater Heinz, der 1937 in Ostpreußen geboren wurde und jetzt in Süddeutschland lebt, nach dessen Halbgeschwistern mütterlicherseits. Ein Bruder heißt Günter und es gibt noch jüngere Zwillinge, deren Namen er aber nicht kennt. Geburtsdaten sind nicht bekannt, nur Angaben zur Mutter, die 1950 in Lippstadt verstorben ist. Der Suchdienst ermittelt die Daten der Halbgeschwister: Günter wurde 1940 geboren, die Zwillinge heißen Hannelore und Manfred und sind 1941 geboren. Anfragen an die Meldeämter ergeben die Adressen von Hannelore und Günter, sie werden im Juli 2003 angeschrieben.

Mitte August erreicht uns die Nachricht von Günter, dass er sich inzwischen mit Udo H. in Süddeutschland in Verbindung gesetzt hat.

Sein Name ist eigentlich Nikolaj

Mykola K. wurde 1954 in Kasachstan geboren und lebt jetzt in Polen. Er sucht im April 2003 seine Verwandten: Onkel Peter R., Tante Lisa R. und Cousin Andrej R. (*1952) aus Kirgisien. Sein letzter Kontakt mit ihnen war 1990 in Kirgisien. Sie sollen ca. 1993/94 nach Deutschland eingereist sein.

Der Suchdienst findet Personen in der Datenbank, die zu den Angaben passen könnten und bekommt über die Einwohnermeldeämter die aktuellen Adressen. Peter und Elisabeth R. werden im September 2003 angeschrieben und von dem Suchwunsch unterrichtet. Elisabeth R. antwortet, sie sei unsicher, weil der Suchende so wenig Informationen über ihre Familie gegeben hat und sie nur einen Nikolaj K. als Verwandten kenne. Sie möchte, dass wir weitere Angaben erfragen, bevor sie sich bereit erklärt, in Kontakt zu treten.

Mykola K. wird erneut angeschrieben und liefert weitere Daten. Sein eigentlicher Name ist Nikolaj und auch die Angaben zu den Eltern sind richtig nur das Geburtsdatum stimmt nicht genau mit dem von Frau R. gemachten Angaben überein. Sie erklärt sich trotzdem bereit, den Kontakt aufzunehmen.

Wiedersehen nach 55 Jahren

Gerhard K. wohnt in Frankfurt/M und sucht seinen Bruder Heinz K. (* 1938), den er zuletzt 1948 in Berlin gesehen hat. Genauere Daten über Heinz sind nicht bekannt. Er weiß, dass seine Eltern Dora und Fritz K. die Kinder im Kinderheim in Berlin abgegeben haben. Eine Anfrage an das Einwohnermeldeamt in Berlin gibt einen Hinweis auf einen Umzug nach Hamburg im Jahr 1962. Das Meldeamt in Hamburg verweist auf einen Ort in Süddeutschland, wo sich der Gesuchte heute aufhalten soll. Diese Meldung wird von dort bestätigt. Heinz K. wird angeschrieben und von dem Suchwunsch seines Bruders informiert. Er ist sofort mit der Kontaktaufnahme einverstanden. So bekommt Gerhard K. Ende Oktober 2003 die Adresse seines Bruders und bedankt sich Mitte November. Er teilt mit, dass der Briefkontakt zum Bruder bereits hergestellt ist und sie sich nach nunmehr 55 Jahren demnächst treffen wollen.

Deutsches Rotes Kreuz – Suchdienst Hamburg

Karl-Heinz K.

Karl-Heinz K. wurde 1934 in Thüringen geboren und wohnt heute in Westdeutschland. Er sucht im Februar 2003 seine Schwestern Ursula und Gisela. Die Trennung von ihnen erfolgte 1945. Die Geburtsdaten sind zunächst nicht bekannt, werden aber vom Suchdienst Hamburg über die Stadtverwaltung des vermuteten Geburtsortes ermittelt: Ursula wurde 1930 geboren, Gisela 1932. Dann kann die Anschrift von Ursula über das Einwohnermeldeamt ermittelt werden. Ursula wird vom Suchwunsch des Bruders im September 2003 informiert.

Ursula teilt einen Monat später mit, dass der Kontakt zu ihrem Bruder Karl-Heinz wieder hergestellt ist. Bei der Schwester Gisela ist eine Kontaktaufnahme schwieriger, denn sie hatte einen Schlaganfall. Aber auch hier wurde inzwischen die Verbindung wieder aufgenommen.

Kontakt zur Schwester

Anna B., geboren 1927 in Russland, lebt jetzt in Usbekistan und sucht im September 2002 ihre Schwester Mathilda/Matrjona (*1924)

Die Geschwister wurden 1933 getrennt aufgezogen, nachdem die Eltern verstorben waren. Durch die Kriegsereignisse verloren sie sich aus den Augen. Seit 1951 wohnt Anna B. in Usbekistan und sucht ihre Schwester. Sie hat nach und nach erfahren, ihre Schwester habe nach dem Krieg in Kasachstan gewohnt, habe geheiratet und sei 2001 in die BRD ausgereist.

Der Suchdienst Hamburg findet eine Person mit passenden Daten in den Archiven. Durch eine Anfrage über das Einwohnermeldeamt wird im Januar 2003 der Aufenthaltsort festgestellt. Frau Matrjona K. wird angeschrieben und gefragt, ob sie einverstanden ist, wenn wir ihre Adresse an Anna B. weitergeben. Da sie damit einverstanden ist, wird ihre Adresse Anna B. mitgeteilt. Da im Februar 2003 trifft erneut ein Suchwunsch von Anna B. ein; die Tochter von Frau K. wird befragt. Sie teilt mit, dass der Kontakt zwischen den Schwestern inzwischen hergestellt ist. Wahrscheinlich haben sich die Briefe überkreuzt.

Kein Kontakt erwünscht

Alfred R. wohnt in Westdeutschland und sucht seine Schwägerin Gertrud und deren Kinder Renate, Lotte und Roswitha. Eine Spur führt zur Nichte Roswitha. Sie lehnt den Kontakt zum Onkel ab, gibt aber die Adressen der anderen Schwestern weiter, damit diese befragt werden können. Die gesuchte Schwägerin Gertrud ist bereits verstorben. Der Suchdienst nimmt Kontakt zur Nichte Lotte auf, die sich bereit erklärt, Kontakt mit dem Onkel aufzunehmen, sie will ihre in der Nähe wohnende Schwester Renate ebenfalls informieren. Im Dezember 2001 berichtet Alfred R., dass er seine Nichten nun kennen gelernt hat und bedankt sich herzlich für unsere Hilfe.

Ingelore T.

Ingelore T. wurde 1938 bei Danzig geboren und wohnt heute in Westdeutschland. Sie sucht über ihren Sohn Werner M. nach ihrer Mutter Meta E. (*ca.1919). Ingelore war nach ihrer Geburt zur Adoption freigegeben worden, da die Mutter sehr jung war. Der Kontakt war nach dem Krieg abgebrochen, da ihre Pflegeeltern keinen weiteren Kontakt wollten. Der Suchdienst des Roten Kreuzes in München hat bereits erfolglos gesucht. Der Suchdienst in Hamburg jedoch hat eine Person mit ähnlichen Daten im Archiv, die 1963 aus Polen, nach Deutschland eingereist ist.

Der Aufenthaltsort der möglichen Mutter wird über das Einwohnermeldeamt ermittelt. Sie wird mehrfach angeschrieben, meldet sich aber nicht. Daraufhin wird die Halbschwester der Mutter angeschrieben. Diese nimmt an, dass es sich um die gesuchte Person handelt. Ihre Schwester sei aber altersdement und könne nicht antworten.

Im März 2003 wird die Adresse der Halbschwester an Ingelore T. weitergegeben, da diese bereit ist, Kontakt zu Ingelore T. aufzunehmen um den Fall zu klären. Ingelore T. will sich um die Vormundschaft für ihre Mutter, die inzwischen im Pflegeheim ist, bemühen.

Drei Geschwister

Claudia L. wurde 1959 in der DDR geboren. Sie sucht im August 2001 ihre Nichten Sylvana (*1972) und Jeanette (* 1973). Die Kinder kamen im Dezember 1973 in ein Kinderheim, da die Eltern alkoholabhängig waren. Seit dem letzten Besuch 1975 im Kinderheim gibt es keinen Hinweis auf den Verbleib der Geschwister. Claudia L. versuchte über das Jugendamt Kontakt zu knüpfen, aber als Tante ist sie nicht auskunftsberechtigt. Es gibt noch einen Bruder der gesuchten Geschwister, mit dem Claudia L. Kontakt hat. Auch er würde das Schicksal seiner Schwestern gerne kennen, aber ihm fehlt der Mut zur eigenen Recherche.

Verschiedene Anfragen an Einwohnermeldeämter führen im März 2002 zu den Namen und Adressen von Sylvana und Jeanette. Da anzunehmen war, dass die Gesuchten sich nicht an ihre Tante erinnern, weil sie beim letzten Kontakt zu klein waren, wird vom Suchdienst Hamburg ein persönlicher Brief der Tante vorgeschlagen. Diesen will der Suchdienst an die Gesuchten übermitteln, damit sie sich entscheiden können, ob sie einen Kontakt wünschen. Frau L. schreibt zwei persönliche Briefe an ihre Nichten. Im August 2002 schreibt uns Frau L., dass sich die Nichten aufgrund der Briefübermittlung gemeldet haben – eine gleich am nächsten Tag, die andere nach drei Monaten. Die Verbindung zwischen den drei Geschwistern sei hergestellt und alle seien sehr glücklich.



„Menschen, die Hilfe brauchen, rufen oft nur ganz leise"

Gespräch mit Kirsten Bollin, Leiterin des Suchdienstes Hamburg des Deutschen Roten Kreuzes.

In den 70er Jahren sagten unsere Politiker „Die Tür nach Deutschland ist offen!" Ist sie auch heute noch offen?

Soweit es den vom DRK-Suchdienst Hamburg betreuten Personenkreis der Spätaussiedler und ihrer Angehörigen angeht: Ja, die Tür ist auch heute noch offen. Doch wenn es früher ein Scheunentor war, so ist es jetzt die Eingangstür eines Einfamilienhauses, und die klemmt ab und zu.

Bis 1990 war es für deutsche Volkszugehörige schwer, aus den Ostblockstaaten heraus zu kommen. Die Einwanderung nach Deutschland wurde den Spätaussiedlern jedoch einfach gemacht. Sie waren gewünscht und wurden umworben. Als jedoch der Osten sich öffnete und diejenigen, die nach Deutschland wollten, ohne größere Probleme herausließ, brachte dies in Deutschland erhebliche organisatorische Schwierigkeiten mit sich. Die Menschen mussten schließlich untergebracht werden, und das nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer. In dieser Zeit gab es bis zu zehn Außenstellen des Bundesverwaltungsamtes, die bekannteste war und ist wohl das Aufnahmelager in Friedland. In diesen Außenstellen wurde geprüft, ob die Anerkennungsvoraussetzungen vorlagen; danach erfolgte die Zuweisung auf die verschiedenen Bundesländer nach einem ganz bestimmten Verteilungsschlüssel, der sicherstellen sollte, dass alle Bundesländer – entsprechend ihrer Bevölkerungszahl – Aussiedler aufnahmen und die Länderkassen gleichmäßig belastet wurden.

Es sollten eine „Ghettobildung" vermieden werden. Ziel war und ist vielmehr eine gleichmäßige Integration in das Leben in Deutschland. Dies gelang aus vielerlei Gründen nicht immer. So konnte z.B. nicht immer gleich ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden, mit der Folge, dass die Aussiedler eine immer längere Zeit in

Übergangsheimen verbringen mussten. Hinzu kam und kommt, dass viele Berufe hatten oder haben, die es schwer machen, ihnen eine neue Arbeit zu vermitteln, wie zum Beispiel Melker oder Traktoristen. Schwierigkeiten gab es auch mit den Großfamilien, die wir hier gar nicht mehr so kennen, die aber nicht auseinandergerissen werden konnten. Jugendliche hatten oft Heimweh und fühlten sich vereinsamt. Es gab viele Probleme, die man so im Vorfeld nicht erwartet hatte, das gravierendste Problem allerdings war und ist die Sprache. Das alles führte letztendlich dann zu einer Verschärfung der Einreiseregeln.

Was müssen Aussiedler heute erfüllen, wenn sie nach Deutschland kommen möchten?

Drei Kriterien müssen erfüllt werden. Sie müssen von mindestens einem deutschen Staatsangehörigen oder Volksangehörigen abstammen, deutsche Sprachkenntnisse aufweisen, die ihnen in der Familie vermittelt wurden und in ihrem Pass oder in irgendwelchen anderen offiziellen Dokumenten einen Eintrag haben, dass sie deutsch sind. Wenn ich von einem Pass spreche, beziehe ich mich auf den größten Teil der Aussiedler, die aus der ehemaligen Sowjetunion und den Nachfolgestaaten zu uns kommen. Dort wurde die Nationalität im Ausweis eingetragen. Bei Deutschen, die in Polen und Rumänien leben gibt es keinen solchen Eintrag. Bei ihnen muss der Nachweis auf andere Weise erbracht werden, was deutlich schwieriger ist. Wenn ein Aufnahmebewerber aus der Familie alle diese Kriterien erfüllt, können auch die Familienmitglieder, wie Ehepartner, Kinder oder Enkel unter bestimmten Bedingungen ausreisen; d. h. sie werden in den Bescheid einbezogen.

Leider gibt es aber auch hier immer wieder Sonderfälle, die für die Familien sehr hart sein können. Zwei Beispiele: Eine Familie bekommt die Einreisegenehmigung, d. h. den Aufnahmebescheid, aber die russische Großmutter – die Mutter des Ehemannes, die seit Jahren eigentlich das Familienoberhaupt ist, darf ihre Kinder, Schwieger- und Enkelkinder nicht begleiten. Sie war die russische Frau des deutschen Großvaters, der inzwischen verstorben ist und bleibt nun allein, ohne ihre Familie in Russland zurück. In einem anderen Fall geht es um einen deutsch-stämmigen Mann und seine russische Frau. Er, seine Frau und die gemeinsamen Kinder erhalten die nötigen Papiere, nicht aber das Kind der Frau aus erster Ehe. Hier kann u.U. nur noch das Ausländeramt helfen. Jeder einzelne Fall, der bei uns landet, hat seine Geschichte und seine eigenen Schwierigkeiten.

Hat die Erweiterung der Europäischen Union die Arbeit des Suchdienstes leichter gemacht?

Im Prinzip ist für uns alles gleich geblieben. Der Hauptteil der (Spät-)Aussiedler kommt aus der russischen Föderation bzw. aus Kasachstan, die ja keine Beitrittsländer sind. Aber auch die Menschen, die aus Estland, Lettland oder Litauen nach Deutschland kommen, haben (noch) keine Vorteile. Es gibt noch eine Reihe von Übergangsregelungen und viele Ausnahmen, die den Zuzug regeln. Es wird noch dauern, bis diese Gesetze sich lockern werden. Sicher kann der aus Polen stammende Aussiedler schon im Vorfeld z.B. als Saisonkraft in Deutschland arbeiten, was der aus Russland stammende Deutsche nicht ohne weiteres kann. Wirkliche Vorteile hätte nur derjenige, dem eine sogenannte Aufenthaltserlaubnis für die EG erteilt werden kann, die dann zu einem dauerhaften Bleiberecht wird und auch den Nachzug der Familie ermöglicht. Diese Regelungen sind aber noch nicht in Kraft und treten für den vorgenannten Personenkreis auch nicht zum 1. Januar 2005 in Kraft.

Über 800 000 Deutsche in Russland haben auf ihren Antrag einen positiven Bescheid erhalten. Sie sind jedoch noch nicht nach Deutschland gereist. Rechnen Sie damit, dass sie doch irgendwann noch kommen werden?

Da bewegen wir uns im Bereich der Spekulationen. Wir wissen noch nicht einmal ob es sich um 800 000 oder nur um 500 000 Menschen handelt, die diese so genannten Sicherheitspapiere besitzen. Sie haben irgendwann in den letzten Jahren einen Antrag gestellt, der positiv entschieden wurde und sie haben dann einen Aufnahmebescheid erhalten. Entscheidet sich eine solche Familie jetzt zur Ausreise, muss geprüft werden, ob alle Voraussetzungen noch so sind wie zur Zeit der Erstellung der Papiere. In den meisten Familien gab es in der Zwischenzeit familiäre Veränderungen. Die Kinder sind vielleicht jetzt erwachsen und haben eigene Familien gegründet. Sie stehen aber noch in den Papieren. Wollen jetzt alle zusammen ausreisen, findet eine erneute Prüfung der Aufnahmevoraussetzungen für alle statt. Es gibt auch Fälle in denen die Spätaussiedler, die auf dem Bescheid als Bezugspersonen eingetragen waren, inzwischen verstorben sind. Sie erfüllten die Aufnahmevoraussetzungen und wollten die Familie mitnehmen. Die Angehörigen erfüllen nun die Voraussetzungen nicht mehr. In diesen Fällen muss ein ganz neuer Antrag gestellt werden, wobei der Ausgang eines solchen Verfahrens offen ist.

Es gibt aber auch Fälle in denen eine einzelne Person, die seit Jahren einen Aufnahmebescheid hat, sich jetzt entschließt nach Deutschland zu kommen. So jemand könnte theoretisch jederzeit zur deutschen Botschaft gehen, den Bescheid vorlegen und ein Visum beantragen. Er müßte dann die Ausreiseformalitäten für seinen derzeitigen Heimatstaat und alle Dinge, die die Einreise nach Deutschland betreffen regeln und dann könnte es los gehen. Sicher überprüfen die deutschen Behörden in solchen Fällen die Papiere auch noch einmal. Aber es gilt ein gewisser Vertrauensschutz – das heißt der Aussiedler muss auf die einmal erteilte Genehmigung vertrauen können, auch wenn sich die rechtlichen Voraussetzungen oder Regeln inzwischen geändert haben.

Was hat sich in den letzten Jahren bei den Bedingungen besonders geändert?

Die größten Veränderungen gibt es bei den Anforderungen an die Sprache. Früher war es wichtig, ob jemand in der Kindheit Deutsch gesprochen hat. Er musste dann bei der Antragsstellung nicht mehr unbedingt Deutsch sprechen können, weil er vielleicht inzwischen über Jahrzehnte nur noch Russisch gesprochen hatte. Ab Anfang der 90er Jahre war es notwendig, dass der Antragsteller ein einfaches Gespräch in deutscher Sprache führen kann. Diese Regel konnte natürlich unterschiedlich ausgelegt werden. Was genau ist ein einfaches Gespräch? Es muss ihm möglich sein, in einfachen Sätzen über Dinge des täglichen Lebens zu berichten. Nach diesen Regeln reichte es auch, wenn nur ein Mitglied aus der Familie, also der Antragsteller, die Anforderungen für die Aussiedlung erfüllte. Seine engste Familie konnte dann zusammen mit ihm einreisen.

Seit Januar 2005 sind die Regeln wieder verändert worden. Jetzt müssen alle Ausreisewilligen, d. h. nicht nur der Spätaussiedler, sondern auch die Ehepartner und Kinder des Antragstellers, vor der Ausreise einen Sprachtest ablegen. Nur bei Bestehen des Tests wird die Erlaubnis zur Einreise für alle erteilt. Für die Mitarbeiter des DRK-Suchdienstes Hamburg bedeutet diese geänderte Regelung verstärkten Beratungsbedarf. Die Menschen wollen wissen, wo diese Tests durchgeführt werden, wie sie sich vorbereiten können und vieles mehr.

Die Statistik zeigt, dass die Anzahl der Einwanderungen in den letzten Jahren sehr stark abgenommen hat. Man weiß nicht, wie viele Deutsche noch im Osten leben, auch nicht, wie viele noch kommen wollen. Was erwarten Sie?

Wir müssen mit rückläufigen Einreisezahlen rechnen. Rückläufige Einreisezahlen heißen aber nicht, dass die Probleme, die mit einer Einreise nach Deutschland verbunden sind, weniger werden. Es wird eine Verlagerung der Probleme geben. Die Einzelfälle werden komplexer und die Bearbeitung langfristiger werden.

Der Wunsch nach Deutschland kommen zu können, auf welcher Grundlage auch immer, als Vertriebener, als Flüchtling, nach dem Staatsangehörigenrecht oder im schlechtesten Fall nach dem Ausländerrecht, wird, solange sich die Verhältnisse in den Herkunftsgebieten nicht gravierend ändern, immer bleiben. Das zeigen die Briefe, die wir bekommen – der Wunsch überzusiedeln, ist da. Bei den Menschen, die noch in den Aussiedlungsgebieten insbesondere der ehemaligen Sowjetunion leben, ist er zumindest latent vorhanden und wird vielfach von Geschehnissen vor Ort wieder hervorgerufen. Teilweise sind es aber auch die Verwandten, die schon hier in Deutschland sind, die sagen, kommt doch her, wir möchten weiterhin zusammen in einer Großfamilie leben.

Wir erwarten daher auch in der nächsten Zeit viele Probleme. Sie sind uns im Kern aus unserer bisherigen Tätigkeit bereits bekannt. Aber die Beratung wird nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes und damit verbundenen Änderungen anderer Gesetze, insbesondere des Ausländergesetzes, das dann Aufenthaltsgesetz heißt, aber umfangreicher sein. Hier ein Beispiel: Ein bereits ausgereister Deutscher, der seine Ehefrau zunächst zurück gelassen hatte, weil sie keinen Bescheid bekommen hatte. Sie will er nun nachholen. Oder Kinder, die zunächst nicht mit ausgereist waren und die man nun zur Familie nach Deutschland holen möchte. Die Probleme, nach Deutschland zu kommen, werden immer bleiben.

Wo liegt der Schwerpunkt Ihrer Arbeit?

Am Anfang unserer Tätigkeit im Bereich der Familienzusammenführung und der Unterstützung im Aussiedleraufnahmeverfahren lag der Schwerpunkt auf der Beratung: Wie fülle ich einen Antrag aus, welche Unterlagen muss ich beifügen oder für wen muss ich welchen Vordruck verwenden? Nun verlagert sich das immer weiter.

Die Fragen sind jetzt, wie bekomme ich meinen ausländischen Ehegatten nach Deutschland, wie kann ich mich gegen die Entscheidung der Ausländerbehörde zur Wehr setzten, was mache ich, wenn mir eine Deutsche Auslandsvertretung ohne Bekanntgabe von Gründen die Erteilung des Visums verweigert? Wie kann ich dagegen vorgehen? Was kann ich machen, wenn mir die Erteilung eines Aufnahmebescheides versagt wird? Anders und kürzer gesagt: Wie komme ich oder meine Angehörigen auf Dauer legal nach Deutschland?

Wir haben das Ziel, alle Fragen, die an uns herangetragen werden, zu beantworten und im Rahmen unsere Möglichkeiten zu helfen. Im Vordergrund unserer Tätigkeit steht der Mensch. Die Menschlichkeit ist für uns besonders wichtig. Das Aufnahmeverfahren kann bis zu fünf Jahren, in Einzelfällen sogar länger dauern. Oft gibt es ganz tragische Fälle und unsere Mitarbeiter müssen aufpassen, dass sie diese nicht zu nah an sich herankommen lassen. Denn dann können sie nicht mehr weiter arbeiten und den vielen

anderen Menschen, die auch auf Beratung hoffen, helfen. Am schwersten sind die Fälle, in denen wir nicht helfen können, in denen wir alle unsere Möglichkeiten ausgeschöpft haben und dann sagen müssen, nein, es geht nicht, es gibt für dich keine Möglichkeit, nach Deutschland zu kommen.

Wir helfen gern und setzen uns selbstverständlich mit allen Kräften ein, dennoch gibt es auch bei uns Fälle, bei denen man versucht, uns auszunutzen. Da wir für unsere Tätigkeit institutionell gefördert werden, müssen wir auch dieser Gefahr ins Auge sehen und deshalb natürlich auch aufpassen, dass wir nicht „über den Tisch gezogen werden". Man muss sich daher immer fragen, „Braucht derjenige wirklich unsere Hilfe?" Diese Entscheidung ist nicht immer leicht, denn Menschen, die wirklich Hilfe brauchen, rufen oft nur ganz leise. Andere aber, die sehr laut schreien, sind nicht immer die wirklich Bedürftigen. Auch das ist unsere Aufgabe – hier zu trennen und an der richtigen Stelle zu helfen. ■



ICRC

International Tracing Service

Lange Zeit nach Ende des Zweiten Weltkrieges war es die Hauptaufgabe des Internationalen Suchdienstes (ISD) während des Krieges vermisste und verschleppte nichtdeutsche Personen zu suchen und getrennten Familien zur Wiedervereinigung zu verhelfen. Noch heute, 60 Jahre nach Kriegsende, gehen kontinuierlich Suchanfragen beim ISD ein. Es handelt sich dabei um Anfragen nach Verfolgten und Verschleppten, die während des Krieges auf dem Gebiet des Dritten Reiches verschollen sind oder in der frühen Nachkriegszeit den Kontakt zu ihren Angehörigen verloren haben. Aber es sind auch Anträge von oder nach nicht deutschen Personen, die in den Jahren 1927 bis 1949 geboren sind und sich als Kinder während des Krieges auf dem Gebiet des Dritten Reiches oder nach dem Krieg auf dem Gebiet der Besatzungszonen aufgehalten haben. Hierbei geht es um die Klärung der Herkunft, die Suche nach Eltern oder der Familie oder nach vermissten Kindern. Auch die Beschaffung von Geburts- oder Sterbeurkunden für diese Personengruppe wird von Mitarbeitern des Internationalen Suchdienstes erledigt.

Inzwischen stellt die eigentliche Sucharbeit zwar nur noch einen geringen Prozentsatz der Gesamttätigkeit des ISD dar, dennoch können auch heute noch Anfragen zu Schicksalsklärungen positiv abgeschlossen werden. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit Drittstellen im In- und Ausland, insbesondere mit den nationalen Rotkreuz-Gesellschaften überall auf der Welt.

Geschichte des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen

1943 wurde auf Initiative des Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte beim Britischen Roten Kreuz in London ein Suchbüro gegründet, das mit der Spurensuche und der Registrierung von Verschollenen begann.

Das „Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces" übernahm im Februar 1944 die Arbeiten des Zentralen Suchbüros, um die ersten Bedürfnisse der Häftlinge und Deportierten nach deren Befreiung lindern zu können. Man überlegte, wie diese Menschen betreut und so schnell wie möglich in ihre Heimatländer zurückgeführt werden könnten, und beschloss, die Displaced Persons in Sammelzentren, sogenannten „Assembly Centers", zusammenzuführen und von dort aus in ihre Heimatstaaten zu bringen. Nach Kriegsende bis Ende Juni 1947 kümmerte sich die „Hilfs- und Wiederaufbauorganisation der Vereinten Nationen" um die Versorgung und Rückführung von Millionen nichtdeutscher Flüchtlinge. Im Januar 1946 wurde die humanitäre Institution dann nach Bad Arolsen verlegt. Die Stadt, mit einer intakten Infrastruktur, lag im geographischen Mittelpunkt der damaligen vier Besatzungszonen. Im Sommer 1947 übernahm die „Internationale Flüchtlingsorganisation" das Zentrale Suchbüro, das ab dem 1. Januar 1948 unter dem Namen „International Tracing Service" firmierte.

Seit Juni 1955 leistet der Internationale Suchdienst – ISD – als internationale Einrichtung unter Leitung und Verwaltung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, einer Institution mit neutralem und unparteiischem Charakter, seine Arbeit. Der Suchdienst wird von einem Internationalen Ausschuss beaufsichtigt, dem elf Staaten, darunter auch Deutschland, angehören. 1973 wurde entschieden, dass die Arbeit des ISD auf unbefristete Zeit verlängert wird. Die Aufgaben werden vom Bundesinnenministerium finanziert. Da die öffentlichen Mittel immer knapper werden, wurde auch dieser Etat gekürzt. Doch der Suchdienst ist dankbar, dass das Ministerium auch weiterhin seine wichtige Arbeit unterstützt. Ende 2004 werden beim ISD 384 Mitarbeiter beschäftigt.

Aufgaben

Im Auftrag eines Internationalen Ausschusses aus elf Staaten, die vom Zweiten Weltkrieg besonders betroffen waren (dies sind Belgien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Israel, Italien, Luxemburg, Niederlande, Polen, USA), kümmert sich der ISD um die ehemaligen Insassen der Konzentrations- und anderer Lager und um die Zwangsarbeiter und Displaced Persons, heimatlose Menschen fremder Staats- oder Volkszugehörigkeit, die von den Deutschen oder ihren Verbündeten während des Krieges ins „Reichsgebiet" verschleppt worden waren, darunter zahlreiche europäische Juden.

Die Leitung und Verwaltung des ISD liegt beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz. Bei der Auskunftserteilung ist das Siegel des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Garant für die wertneutrale Wiedergabe der Informationen aus den beim Suchdienst verwahrten Dokumenten. Die Bestätigungen werden unter anderem von den

Rentenbehörden, aber auch von den zahlreichen Stiftungen, Fonds, Verbänden und vielen anderen Stellen ohne Beglaubigung eines Anwalts weltweit anerkannt

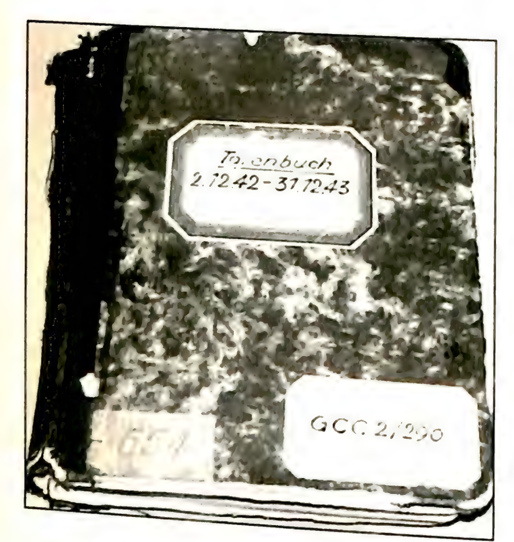
Bescheinigungen über den Leidensweg oder eine Verfolgung werden nur erteilt, wenn entsprechende Nachweise, also personenbezogene Unterlagen vorliegen. Nur diese ermöglichen es heute, mehr als 60 Jahre nach den Ereignissen, den Einzelnen eindeutig zu identifizieren und Angaben über den damaligen Aufenthaltsort zu machen. Aus diesem Grund wurde festgelegt, dass die Mandate, das heißt die Aufgaben des Internationalen Suchdienstes, das Sammeln, Ordnen, Aufbewahren und Auswerten der Unterlagen sind.

Sammeln

Der ISD wurde damit beauftragt, Unterlagen über die Verfolgung oder den Leidensweg der Betroffenen, zusammenzutragen. Er sucht nach diesen Dokumenten bei spezialisierten Archiven, kommunalen Verwaltungen, Justizvollzugsanstalten und Firmen. Dabei sollen vor allem solche Dokumente beschafft werden, die Namen enthalten, welche bisher beim Suchdienst gänzlich fehlen. Nur durch die ständige Erweiterung der Archive kann der ISD immer mehr Menschen bei Anfragen helfen. Viele benötigen eine Bescheinigung über ihre Zeit in Deutschland, oft möchten aber auch Kinder, Geschwister oder andere Angehörige Informationen über einen Verfolgten erhalten. Über Jahrzehnte hinweg hat der ISD gesammelt und der heute vorhandene große Umfang an Dokumenten zeigt die erfolgreichen Bemühungen.



Zusammenstellen der Einzelunterlagen aus den Konzentrationslagern – Anfang der 50er Jahre.



Die Schwierigkeit der Arbeit liegt auf der einen Seite darin, dass es viele Quellen gibt, aus denen sich Informationen über Schicksale finden lassen, wie Arbeitsbücher, Listen mit Meldedaten, Krankenakten, Totenbücher und vieles mehr. Aber auch die ganz verschiedenen Schreibweisen der Namen, machen die Suche nicht einfach.

Bild rechts: Zentrales Namenarchiv mit 50 Millionen Einzelhinweisen, die zu jedem Namen genaue Hinweise geben.

Ordnen

Würde man alle Dokumente, die beim ISD vorliegen, hochkant nebeneinander stellen, würde eine Strecke von 25 Kilometern entstehen. Die besondere Schwierigkeit der Arbeit liegt aber nicht nur in der Menge, sondern in der ganz unterschiedlichen Art der Dokumente. Es gibt Einzeldokumente, wie Arbeitsbücher, Listenmaterial mit Meldedaten, Krankenakten, Totenbücher und vieles mehr. Teilweise taucht der Name einer Person in über 20 unterschiedlichen Quellen auf. Es ist nicht möglich für jeden Einzelnen eine Akte mit allen Unterlagen, die zu seinem Fall gehören, zusammenzustellen. Gerade bei Namenslisten sind viele Namen auf einem Blatt aufgeführt, das Dokument liegt aber nur einmal vor. Damit trotzdem alle Einzelinformationen gefunden werden können, musste ein spezielles Ordnungssystem geschaffen werden. So sind die Unterlagen abteilungsbezogen geordnet. Alle Informationen über Konzentrationslager liegen zusammen, ebenso alle Firmenlisten mit Informationen über Zwangsarbeiter oder die Unterlagen, die die Alliierten nach Kriegsende über die Displaced Persons zusammengetragen haben. Der Schlüssel zu den umfangreichen Unterlagen ist die Zentrale Namenkartei, in der die Namen von über 17 Millionen ehemaligen zivilen Verfolgten stehen. Darin sind dann über 50 Millionen Einzelhinweise enthalten, die zu jedem Namen genaue Hinweise geben, in welchen Dokumenten er gefunden werden kann. Nach der Gründung des ISD arbeiteten Anfang der 50er Jahre 1 200 Mitarbeiter in Arolsen daran, die einzelnen Namen der Verfolgten zusammenzutragen und mit Hinweisen zu ergänzen. Dabei wurde aufgrund der unterschiedlichen Varianten gerade der osteuropäischen Nachnamen ein alphabetisch-phonetisches System entwickelt. Es garantiert bis heute, dass zum Beispiel alle 800 Versionen des Namens „Abramovitsch" an einer Stelle zusammengefasst sind.

Aufbewahren

Aufbewahren – ebenfalls ein Mandat des ISD – bedeutet für den ISD nicht nur das Sichern der Informationen, sondern vor allem, die Dokumente physisch für nachfolgende Generationen zu erhalten. Die Originalunterlagen, die in Bad Arolsen lagern, stammen in der Regel aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 sowie aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Der Bestand besteht aus schlechtem „Kriegspapier", das schnell altert. Hat der rapide Verfall einmal begonnen, so kommt sehr schnell der Zeitpunkt, an dem es für das Papier keine Rettung mehr gibt und das Original ist für immer zerstört. Da es sich

bei sehr vielen Dokumenten um Unikate handelt, entschloss sich der ISD im Frühjahr 2000 dazu, eine Schadensanalyse erstellen zu lassen. Sie zeigte, dass schon über vier Millionen Unterlagen angegriffen, beschädigt oder gefährdet sind. Werden diese einmaligen historischen Dokumente zerstört, geht ein Teil unserer Geschichte verloren. Aber nicht nur das: Für viele Betroffene ist vielleicht gerade dieses Papier der einzige Beweis für ihre Verfolgung. Der Internationale Suchdienst beschloss mit der Konservierung der Papiere zu beginnen. Diese wird sich – alleine für die Originale der Konzentrationslager-Dokumente – über etwa zehn Jahre hinziehen.

Auswerten

Im Gegensatz zu vielen anderen Archiven wurde dem ISD von Anfang an auch die Auswertung der ihm anvertrauten Unterlagen übertragen. Dabei werden ganz verschiedene Informationen für die Gruppe der Betroffenen ermittelt. In vielen Fällen geht es um Auskünfte und Bescheinigungen – meistens für Rentenangelegenheiten oder für den Erhalt von Geldern aus Fonds oder Stiftungen. Mit Stand vom Dezember 2004 hat der ISD in seiner sechs Jahrzehnte dauernden Tätigkeit im Interesse der ehemaligen Verfolgten des Zweiten Weltkrieges bisher 11 176 315 Auskünfte erteilt.



Sucharbeit

Lange Zeit war das Suchen von zivilen Personen, die während des Krieges vermisst oder verschleppt wurden, Hauptaufgabe und der ursprüngliche Auftrag des Internationalen Suchdienstes. Getrennten Familien zu helfen, sich wieder zu finden, war das Ziel der Arbeit.

Die Antragsteller waren zuerst fast ausschließlich Betroffene. Sie wussten, dass sie nicht alleine deportiert worden waren, sie sorgten sich um ihre nächsten Verwandten und wollten vor ihrer Rückkehr den abgebrochenen Kontakt so schnell wie möglich wieder herstellen. Hatten diese den Holocaust überhaupt überlebt und wenn ja, wo befanden sie sich jetzt? Das Schlimmste war, nicht zu wissen, welche Odyssee die vermissten Familienangehörigen hinter sich hatten. Später stellten immer mehr junge Menschen einen Antrag, die während des Krieges noch Kleinkinder waren. Viele von ihnen wussten wenig oder gar nichts über ihre Eltern und suchten jetzt nach ihren Wurzeln.

Beim Internationalen Suchdienst werden bis zu 5 000 Suchfälle pro Jahr bearbeitet und auch 60 Jahre nach Kriegsende können noch Schicksale geklärt werden.





Registrierungskartei mit Informationen über Displaced Persons, aus der oft Auswanderungsdaten entnommen werden können.

Noch heute, so viele Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, gehen kontinuierlich Suchanfragen beim ISD ein. Es handelt sich dabei um …

- Anfragen nach Verfolgten und Verschleppten, die während des Krieges auf dem Gebiet des Dritten Reiches verschollen sind oder in der Nachkriegszeit den Kontakt zu ihren Angehörigen verloren haben;

- Anträge von oder nach nicht deutschen Personen, die zwischen 1927 und 1949 geboren wurden und sich als Kinder während des Krieges auf dem Gebiet des Dritten Reiches oder nach dem Krieg auf dem Gebiet der Besatzungszonen aufgehalten haben. Dies sind Anfragen zur Klärung der Herkunft (Suche nach Eltern oder Familie) oder nach vermissten Kindern und auch Anfragen zur Beschaffung von Geburts- oder Sterbeurkunden.

Stand am Anfang die Familienzusammenführung im Vordergrund, so ist heute die Schicksalsklärung das Wichtigste. Die quälende Ungewissheit über den Verbleib verschollener Personen lastet auch Jahrzehnte nach den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges noch schwer auf den betroffenen Menschen. Selbst die Mitteilung einer Grablage kann eine erlösende Nachricht bedeuten, die hilfreich ist beim Abschließen einer ganz privaten Geschichte.

Inzwischen umfasst die eigentliche Sucharbeit zwar nur noch einen geringen Prozentsatz der Gesamttätigkeit des ISD, aber es sind noch immer bis zu 5 000 Suchfälle pro Jahr zu bearbeiten. Und auch heute noch werden, in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Rotkreuz-Gesellschaften überall auf der Welt, Anfragen zu Schicksalsklärungen positiv abgeschlossen.

Suche nach Angehörigen

Die ursprüngliche Suchdienstarbeit wurde und wird naturgemäß getragen von Emotionen verschiedenster Art und beinhaltet immer eine gewisse Tragik. Wenn es gleich nach Kriegsende darum ging, durch Kriegsereignisse voneinander getrennte Familien wieder zusammen zu führen, hat sich fast 60 Jahre nach Kriegsende der Personenkreis der Interessierten geändert, weil viele der unmittelbar Betroffenen inzwischen verstorben sind. Geändert hat sich jedoch nichts an dem Wunsch, zu erfahren, was mit vermissten Angehörigen geschehen ist bzw. wann und wo man geboren ist, wie die Eltern heißen, ob es noch Angehörige gibt.

Mehr als alle sachlichen Feststellungen sind Zitate aus zu bearbeitenden Suchanfragen Spiegelbilder von Ereignissen, die ein Stück Zeitgeschichte ausmachen, ablesbar an zahllosen Einzelschicksalen:

> „In der Zeit von Oktober 1943 bis Mai 1945 arbeitete ich als Dienstmädchen bei Professor W. in H. Im Frühjahr 1945 (an ein genaues Datum kann ich mich nicht erinnern) habe ich in H. Zwillinge geboren. Als ich aufwachte, waren die Kinder weg. Ich möchte das Schicksal meiner Kinder erfahren, was mit den Zwillingen geschah. Dieser Gedanke hat mich die ganzen Nachkriegsjahre verfolgt. Vielleicht leben sie irgendwo in der Nähe. Ich möchte sie wenigstens einmal im Leben sehen. Bitte helfen sie mir, da die Zeit gegen mich arbeitet."

Kennzeichnend für die heutige Bedeutung des Bestandes Kindersucharchiv, in dem sich zentralisiert die Unterlagen für Kinder, d.h. Personen befinden, die bei Kriegsende noch nicht 18 Jahre alt waren, ist die folgende Anfrage, welche uns brandaktuell vorgelegt wurde, und wieder einmal die Existenz einer besonderen Suchabteilung rechtfertigt:

> „Ich heiße Georg T.. Ich wurde vor Oktober 1946 im DP-Lager Hanau in Deutschland geboren und von der Mutter, die mich geboren hat, zur Adoption freigegeben. Ich wurde im Lager von dem lettischen Ehepaar T. adoptiert. Wir wanderten später in die Vereinigten Staaten ein. Ich fand erst, nachdem meine Adoptiveltern gestorben waren, heraus, dass ich ein adoptiertes Kind bin. Besteht eine Möglichkeit die Identität meiner wirklichen Mutter und meines wirklichen Vaters zu ermitteln?" Die Überprüfung beim Suchdienst in Bad Arolsen ergab Unterlagen für einen S. Georg, geboren in Hanau, die auch die Daten der Adoptionseltern und den Namen der leiblichen Mutter enthalten.

Vom DRK-Suchdienst München erhält der ISD eine Anfrage aus der Ukraine, in der eine Antragstellerin im Auftrage ihrer alten und kranken Mutter versucht, das Schicksal eines kleinen Mädchens zu klären, das während der Zwangsarbeit der Mutter in Marburg geboren wurde. Weder beim Suchdienst in München noch in Bad Arolsen konnten unter den angegebenen Personalien Feststellungen getroffen werden. Durch eine intensive Prüfung des Dokumentenbestandes des Kindersucharchivs (dieser Dokumentenbestand ist nur ein geringer Teil der beim ISD insgesamt verwahrten Unterlagen) konnten Dokumente ermittelt werden, die zweifelsfrei belegen, dass es sich bei dem Mädchen um das vermisste Kind handelt, welches sich seit 1950 in Pflege bei einer Familie in Naumburg befindet. Ein besonderer Glücksfall dabei war, dass eine Mitarbeiterin in der Suchdienstabteilung zufällig die Pflegefamilie kannte, so dass sehr schnell die Gesuchte

über die Suchanfrage unterrichtet werden konnte. Mittlerweile haben sich die Mutter sowie die beiden Schwestern bereits in der Ukraine treffen können. Leider gelingt es jedoch nicht immer, das Einverständnis der gesuchten bzw. der gefundenen Personen zu erhalten, so dass alle Bemühungen und Erfolge dann aus rechtlichen Gründen einen erfolgreich gelösten Suchfall doch noch scheitern lassen – ein Sachverhalt den alle Suchdienste bedauern. Einige dieser packenden Menschenschicksale können auch in unserer computerabhängigen Zeit nur durch Geduld, Zufall und Erfahrung der Suchdienstmitarbeiter geklärt werden. Andere erfahren nie eine Lösung.

Die Geschichte aufarbeiten

Während die personenbezogenen Informationen sehr restriktiven Datenschutzbestimmungen unterliegen, kann seit dem 1. Januar 1996 aus dem Dokumentenmaterial allgemeiner Art Auskunft erteilt werden. Obwohl dieses Material sehr lückenhaft ist, gibt es Zeugnis über die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen in der Zeit von 1933 bis 1945 und deren Folgen in den Nachkriegsjahren. Nachdem in den ersten Jahren hauptsächlich Einzelpersonen für Forschungsvorhaben, aber auch Gedenkstätten, Universitäten und andere ihr Interesse an Informationen oder Kopien von Unterlagen aus diesen Beständen gezeigt haben, erreichen den ISD – hervorgerufen durch die Entschädigung von Zwangsarbeitern durch die deutsche Wirtschaft – vermehrt auch Anfragen von Städten, Gemeinden, Firmen und anderen Stellen, die sich um die Aufarbeitung ihrer Geschichte bemühen.

Einem Journalisten aus Schwerte konnten zahlreiche Quellen genannt werden bzw. über 100 Kopien von allgemeinen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt Schwerte hat somit die Lücken zu dem Kapitel Zweiter Weltkrieg in der Stadtgeschichte schließen können. Die lokale Presse hat dies mit einer Serie dokumentiert.

Ebenfalls sind im Verlauf der letzten Jahre vermehrt Anfragen von Landesämtern zur Regelung offener Vermögensfragen in ostdeutschen Bundesländern eingegangen, die um Unterstützung bei der Klärung von Fragen im Verfahren nach dem Ausgleichsleistungsgesetz bitten. Die Landesämter ersuchen um Hilfe bei der Nachweisbeschaffung, da diese von besonderer Bedeutung ist. Ausgleichsleistungen können nicht gewährt werden, wenn der Berechtigte oder sein Rechtsvorgänger, von dem er seine Rechte ableitet, oder das enteignete Unternehmen gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtstaatlichkeit verstoßen haben. Diese dürfen auch nicht in schwerwiegendem Maße ihre Stellung zum eigenen Vorteil oder zu Nachteil anderer missbraucht oder dem nationalsozialistischen (oder kommunistischen System in der sowjetisch besetzten Zone oder in der DDR) erheblich Vorschub geleistet haben.

Eine Anfrage betraf ein Unternehmen in Dresden, bei dem vermutet wurde, es habe während des Krieges Ostarbeiter und ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Dies konnte vom ISD bestätigt werden, da in den Unterlagen Listen für diesen Betrieb ermittelt wurden, die aufgrund des Befehls Nr. 163 der Alliierten vom 6. Dezember 1945 zusammengestellt worden waren, wie Betriebsfragebogen, Betriebsliste, Kassenbericht über Lohnforderungen ausländischer Zivilarbeiter. Es war zu entnehmen, dass es sich um ein Zieh- und Stanzwerk gehandelt hat, in dem 151 Ausländer sowjetischer, französischer, holländischer, belgischer und bulgarischer Nationalität beschäftigt waren.

Dokumentenbestand des ISD

Die Unterlagen des ISD sind nach den Bedürfnissen des Suchdienstes – und nicht nach Lagerorten, geographischen Bezeichnungen oder Nationalitäten – geordnet. Es gibt drei Gruppen von Dokumenten:

Dokumente über Konzentrationslager
Dort sind alle Verfolgten, die in den Lagern und anderen Haftstätten gefangengehalten wurden, erfasst. Es handelt sich um 22 Konzentrationslager mit über 1 000 Außen- und Unterkommandos aber auch um andere Lager, Ghettos und Gefängnisse. Das Material steht wegen der Kriegswirren nur sehr lückenhaft zur Verfügung. Vieles wurde von den Deutschen noch kurz vor der Befreiung vernichtet, anderes von den verschiedenen Armeen mitgenommen. Je weiter ein Konzentrationslager im Osten lag, desto lückenhafter sind die Dokumente darüber. So geht der ISD davon aus, dass er nur bei den Lagern Dachau, Buchenwald und Mauthausen eine vollständige Aufstellung aller Häftlinge hat. Unter den Dokumenten findet man auch Aufzeichnungen, die man nicht erwartet: So gibt es ausführliche Personalkarten, in denen das Verhalten der Gefangenen festgehalten wurde, Karten auf denen jedes einzelne Kleidungsstück, mit dem der Häftling im Gefängnis ankam, verzeichnet ist, oder Listen die angeben, wie viele Läuse ein Gefangener hatte. Jedes einzelne Dokument ist wichtig, es hat nicht nur einen historischen Wert sondern kann auch irgendwann der einzige Nachweis für einen Verfolgten sein, mit dem er seinen Aufenthalt im Lager und sein Leiden beweisen kann.

Dokumente über die Kriegszeit
Hier handelt es sich um die Erfassung von Personen, die während des Krieges außerhalb der Lager registriert wurden – vorwiegend Zwangsarbeiter. Es gibt eine große Anzahl von Einzeldokumenten, die aber durch Zerstörung während des Krieges Lücken aufweist. Insgesamt gibt es etwa zwei Millionen Listen, 2,65 Millionen individuelle Dokumente, Karten und vieles mehr. Wertvoll sind heute vor allem die Unterlagen aus den Firmen oder von Versicherungen. Erstaunlich ist, dass einige Zwangsarbeiter Rentenmarken kleben mussten und Arbeitgeber Abgaben für die Zwangsarbeiter zu leisten hatten. Solche Unterlagen, genauso wie Krankenakten sind heute ein wichtiger Nachweis für den Anspruch auf Entschädigung oder Rente.

Dokumente aus der Nachkriegszeit
Gleich nach Kriegsende begannen die Alliierten damit, alle, die nicht deutscher Nation waren und sich in Deutschland aufhielten, zu registrieren. Für jeden Einzelnen wurden zwischen 1945 und 1947 Registrierungskarten und Identity-Cards ausgestellt. Etwa 3,5 Millionen dieser Registrierungskarten liegen beim ISD vor. Theoretisch müssten hier viel mehr dieser Karten vorhanden sein, wenn nicht ein Großteil davon vernichtet, mitgenommen oder in anderen Ländern eingelagert worden wäre. Neben etwa 1,7 Millionen Blatt Listenmaterial finden sich in den Archiven außerdem über 350 000 so genannte „CM-1-Akten". Diese entstanden durch Befragungen der Displaced Persons. Auf den Interviewbögen mussten unter anderem Fragen zur eigenen Verfolgung und der von Angehörigen beantwortet werden. Die Antworten wurden überprüft und danach entschieden, ob der Befragte „eligible", also berechtigt für Unterstützung war. Der ISD hat auch Unterlagen und Informationen über Rückführungen und erfolgreiche Aus-

Berlin-Köpenick	"	4 50	S. x	Herzmuskelschwäche	Bv.
Iwanowka	"	5 25	S. x	Kreislaufschwäche bei Lungen-Tbc.	pol. R.
Siadenberg	17.9.43	0 35	S. x	infektiöser Darmkatarrh bei Lungen-Tbc	Bv.
Schönheide	"	1 25	S. x	eitrige Rippenfellentzündung links	Bv. K
Szameitkehmen	"	1 55	S. x	Lungenentzündung bds.	Bv.
Makowzy	"	2 30	L. II	[illegible] Tbc.	pol. R.
Stettin	"	3 40	S. x	infektiöser Da[illegible] bei Aorteninsuffizienz	Bv.
Baumgarten	"	3 05	S. x	Lungenödem nach Nierenentz.	Bv.
Bebra-Sondershausen	18.9.43	0 45	S. x	Lungenentzündung links	[illegible]

Das Material über die Häftlinge in den Konzentrationslagern ist sehr lückenhaft. Es finden sich aber bei einigen Lagern Aufzeichnungen, die bis ins Detail über Todesart und Stunde Aufschluss geben.

wanderungen – erfasst sind alle Personen, die hauptsächlich zwischen 1945 und 1952 Deutschland verlassen haben. Es gibt Passagierlisten der Überseedampfer (so genannte „shipping lists") und viele weitere Informationen über den weiteren Weg der Verfolgten nach dem Krieg. Insgesamt 1,2 Millionen der Displaced Persons wanderten in Drittstaaten aus, vor allem in die USA, nach Kanada, Australien, Südamerika oder Palästina. Oft können Menschen, die gesucht werden, nur dadurch gefunden werden, weil sie auf der Liste eines Schiffes standen, das sie in Richtung Australien brachte. Dadurch weiß man, in welchem Teil der Erde man den Gesuchten vielleicht finden könnte.

Dokumente des Kindersuchdienstes
Beim ISD lagern etwa 200 000 Geburtsurkunden von Kindern, die in Deutschland geboren wurden und deren Mütter oder Väter Zwangsarbeiter waren oder die nach Ende des Krieges alleine, ohne Angehörige aufgefunden wurden. Die Kinder selbst konnten wenige oder gar keine Angaben machen. Die Militärregierung bestimmte, dass die Urkunden an den ISD geschickt werden sollten, um eine zentrale Verwaltung und eine systematische Suche möglich zu machen. Einige der Kinder konnten wieder zu ihren Eltern gebracht werden. Viele wurden aber auch zur Adoption freigegeben, oft waren es amerikanische Familien, in die sie aufgenommen wurden. Der Kindersuchdienst wurde von Anfang an beim ISD separat von allen anderen Suchfällen behandelt, vor allem um schneller handeln zu können. Noch heute kommen Anfragen von Menschen, die erst jetzt erfahren, dass sie adoptiert wurden, und die versuchen ihre wahre Herkunft zu finden. Etwa ein Drittel aller Anfragen kann heute noch positiv abgeschlossen werden.

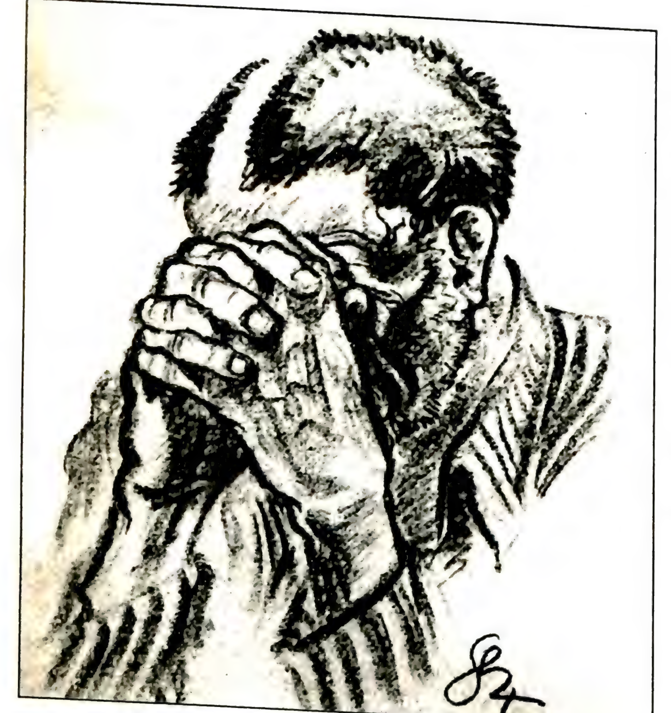
Alle beim ISD vorhandenen Nachweise über die Verfolgung sind für die Beweisführung der Betroffenen wichtig. Der großen Masse der Nachkriegsunterlagen kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie neben dem eigentlichen Nachweis auch

einen Beweis dafür liefern, dass ein Verfolgter das Kriegsende überlebt hat. Damit ist die Basis für eine sinnvolle Nachforschung über das weitere Schicksal gegeben, bei dem oft eine Odyssee durch mehrere Länder, gar Kontinente sichtbar wird.

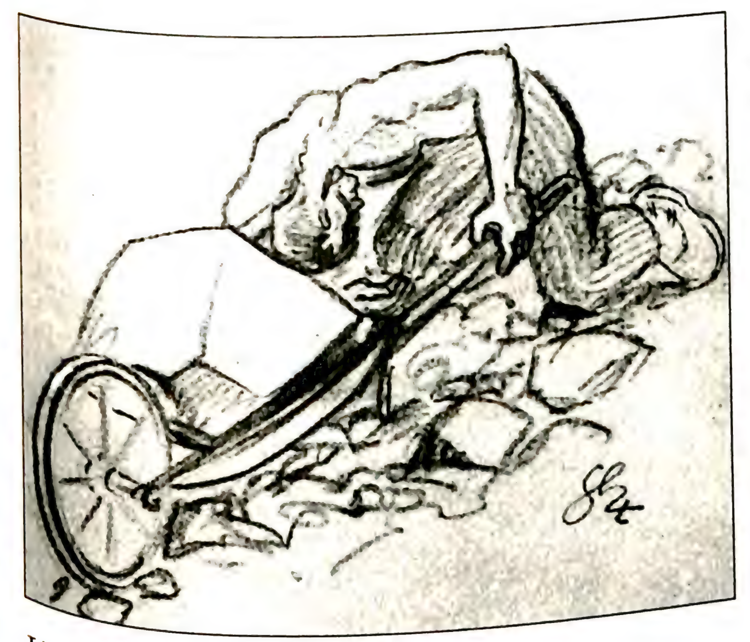
Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" wurde im August 2000 errichtet. Zweck der Stiftung ist es, Entschädigungen vor allem an ehemalige Zwangsarbeiter, aber auch an andere NS-Opfer bereitzustellen. Dies geschieht über Partnerorganisationen in Russland, Polen, Weißrussland, der Ukraine und Tschechien. Für Fälle aus allen Teilen der Welt ist die Internationale Organisation für Migration zuständig. Auch die Jewish Claims Conference ist Ansprechpartner. Bei diesen Partnerorganisationen gingen die Anträge ein. Sie wurden geprüft und dort wurde festgelegt, wer Anspruch auf eine Auszahlung hat. Auch die Übergabe der Entschädigung an die Betroffenen erfolgte direkt durch diese Partnerorganisationen.

Die Stiftung wurde mit fünf Milliarden Euro ausgestattet. Die eine Hälfte kam von der in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Unternehmen, die andere Hälfte stellte der Bund zur Verfügung. Leistungen erhalten nur ehemalige Zwangsarbeiter, Opfer mit Personenschäden, die durch NS-Unrechtsmaßnahmen entstanden sind, Opfer von medizinischen Versuchen und Insassen früherer Kinderheime für Zwangsarbeiter. Außerdem können auch Personen, die Schäden durch die Verfolgung oder sonstige Vermögensschäden erlitten haben, Ansprüche geltend machen.



Alle Anträge, bei denen die Partnerorganisationen unsicher waren und bei denen keine deutlichen Beweise für die Zwangsarbeit vorlagen, konnten zur Überprüfung an den ISD geschickt werden. Oft wendeten sich die Betroffenen auch direkt an den Suchdienst in Arolsen. In einem Schnellverfahren erfolgte innerhalb von acht Wochen eine rasche und unbürokratische Überprüfung. Zuerst wurde verglichen, ob der Name des Antragstellers in der Zentralen Namenkartei des ISD, die 50 Millionen Hinweise für den Personenkreis der ehemaligen zivilen Verfolgten des Zweiten Weltkrieges umfasst, enthalten war und ob er als Zwangs- oder Sklavenarbeiter eingesetzt war. Das positive Überprüfungsergebnis beim ISD war ausreichend für die Geltendmachung der Ansprüche. Beim ISD gingen allein bezüglich des Zwangsarbeiterentschädigungsfonds 900 000 Anfragen zur Überprüfung ein. Damit diese Anträge so rasch wie möglich beantwortet werden konnten, wurden andere Anfragen, die beim ISD eingingen, zurückgestellt. Dadurch gab es einen großen Bearbeitungsstau und viele Menschen, die beispielsweise in Rentenangelegenheiten anfragten, mussten länger als üblich auf eine Antwort vom ISD warten.



Zeichnungen eines Häftlings aus dem Konzentrationslager Flossenbürg.

Historische Forschung

Seit 1. Januar 1996 stehen die Unterlagen des Internationalen Suchdienstes, die sich nicht direkt auf Personen beziehen, für die historische Forschung zur Verfügung. Es handelt sich um Dokumente, die Informationen über nationalsozialistische Haftstätten und Lager, Zwangsarbeit, Verfolgungsmaßnahmen in Deutschland und in den von Deutschland besetzten Gebieten oder auch den Lebensborn e. V. enthalten. Auch allgemeine Befehle, Erlasse oder Anordnungen von Reichsbehörden, Unterlagen alliierter Militärbehörden oder von Vorgängerorganisationen des Internationalen Suchdienstes stehen für die Forschung zur Verfügung. Dieser Bestand ist jedoch lückenhaft und stellt nur einen kleinen Teil aller beim Suchdienst vorhandenen Dokumente dar. Alle Unterlagen, die persönliche Daten enthalten, können nicht freigegeben werden. Teilweise wurden dem ISD auch Dokumente übergeben, die er ausschließlich für humanitäre Zwecke verwenden darf und die er damit auch nicht für Forschungsarbeiten zur Verfügung stellen kann.

Für die Nutzung der Archive für wissenschaftliche Zwecke ist das Digitalisieren der Dokumente wichtig. Nur so kann der Suchdienst sicherstellen, dass Unterlagen eingesehen, aber durch die wiederholte Ansicht nicht geschädigt oder zerstört werden können.

Papierloses Archiv und Konservierung von Dokumenten

Seit Mitte der 90er Jahre werden beim Internationalen Suchdienst Unterlagen auf Datenträger übernommen, das heißt gescannt. Dafür müssen ganz unterschiedliche Techniken eingesetzt werden, da die Papiergröße und die Beschaffenheit der Dokumente sehr verschieden ist. Obwohl die Digitalisierung parallel zu der „täglichen Arbeit" erledigt wird – fast die Hälfte des Personals ist zumindest temporär darin eingebunden – waren Ende 2004 bereits 50 Prozent aller Unterlagen digitalisiert und können nun über Computer abgefragt werden. Dadurch ist ein viel schnellerer Zugang zu den Informationen möglich. Statt einer aufwändigen Suche per Hand in den Archiven ist nun eine vereinfachte Abfrage und Ansicht der Dokumente direkt vom Arbeitsplatz möglich.

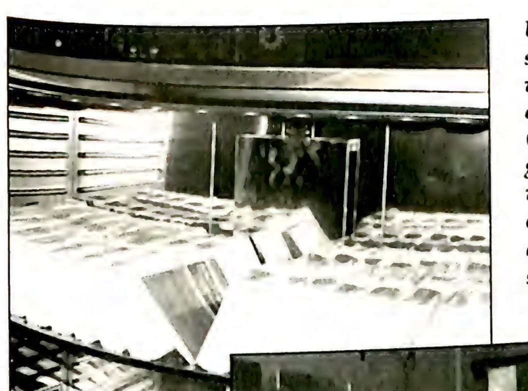
Eine erhebliche positive Auswirkung hatte die Digitalisierung bereits: Obwohl für die Arbeiten im Rahmen des Zwangsarbeiterentschädigungsfonds elektronisch nur die Zentrale Namenkartei mit den über 50 Millionen Informationen genutzt wurde, konnten innerhalb von knapp zwei Jahren 900 000 Prüfergebnisse übermittelt werden. Wenn diese Tätigkeit rein manuell hätte durchgeführt werden müssen, wäre ein solches Ergebnis in einer so kurzen Zeit mit den vorhandenen Personalressourcen nicht möglich gewesen. Ein wichtiger zusätzlicher Punkt ist aber auch die Sicherung der Informationen durch das Scannen. Alle Papiere beim ISD sind aus einer Zeit, in der Papier mit sehr schlechter Qualität verwendet wurde. Es hat einen hohen Anteil von Säure und wird dadurch mit der Zeit von Innen heraus zerfressen – das Papier geht kaputt. Wenn der Verfall einmal angefangen hat, kommt sehr schnell der Zeitpunkt, an dem es für das Papier keine Rettung mehr gibt und das Original für immer zerstört ist.

Seit 2003 hat der ISD daher auch mit umfangreichen Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten bei den Dokumentenbeständen begonnen. Zuerst werden diejenigen Dokumente behandelt, die historisch wichtig sind. Sicher zählen die Unterlagen aus Konzentrationslagern zu dieser Gruppe. Es spielt aber auch eine entscheidende Rolle, wie stark die Unterlagen schon angegriffen sind. Dokumente die schon beschädigt sind und bei denen die Gefahr besteht, dass sie für immer verloren gehen könnten, werden bevorzugt konserviert.



Vor der Entsäuerung werden Zwischenblätter bei den Dokumenten eingelegt, um ein Auslaufen der Farbe von Stempeln oder Tinte auf das nächste Blatt zu verhindern.

Alle Unterlagen, die in die Konservierung gehen, müssen vorher gescannt sein. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Mitarbeiter nach den komplizierten Erhaltungsmaßnahmen nur in Einzelfällen die Originale heraussuchen müssen und fast ausschließlich am Computer arbeiten können. Würde man



Um Dokumente für die Nachwelt zu sichern, ist ein aufwändiger Vorgang notwendig. Den Unterlagen wird zuerst in einem Ofen die Feuchtigkeit entzogen (links), dann werden sie auf etwa fünf Grad gekühlt und kommen in eine speziell entwickelte Kammer. Durch Zuleitung einer chemischen Flüssigkeit wird die Säure, die das Papier angreift und zerstört, neutralisiert (unten).



weiterhin bei der täglichen Arbeit die Originale verwenden, wäre durch das Blättern und Anfassen nach wenigen Jahren erneut eine Konservierung nötig. Erst die Möglichkeit, die Papiere zu scannen und die technische Weiterentwicklung haben in den letzten Jahren diese umfangreiche Konservierung sinnvoll gemacht. Dabei werden die Originalpapiere entsäuert, das heißt die Säure, die das Papier langsam zerstört, wird neutralisiert. Da es sich um einmalige, historische, personenbezogene Dokumente handelt, will man diese beim Internationalen Suchdienst nicht aus der Hand geben. So wird jedes Jahr für einige Wochen eine Spezialmaschine nach Arolsen gebracht und vor Ort an der Konservierung gearbeitet. Man geht davon aus, dass die Lebenszeit der Papiere nach der Behandlung bis zu fünfmal so lang ist wie normal. Der ISD rechnet damit, dass allein für die Konservierung aller Dokumente über die Konzentationslager fast zehn Jahre benötigt werden.

Andere Dokumente müssen von einer Laminierung befreit werden, die in den 50er und 60er Jahren angebracht wurde, um die Papiere zu schonen und damit zu retten – ein fataler Irrtum, wie sich heute zeigt. Gerade die laminierten Unterlagen sind besonders gefährdet, da der Kleber der Folien agressiv auf das Papier wirkt. Sie müssen so schnell wie möglich wieder von der Laminierung befreit werden. Auch diese Dokumente werden danach entsäuert und konserviert.

Aktuelle Arbeit

Seit 2001 erfolgen alle Überprüfungen der Anträge per Computer. Diese Automatisierung begann im Jahr 1998 mit dem Scannen der Vorder- und Rückseite von rund 50 Millionen Karten der Zentralen Namenkartei. Die Zugriffe sind dadurch wesentlich schneller geworden. Wenn neue Unterlagen und Nachweise in das Archiv kommen, werden diese elektronsich der Datenbank zugeführt. Dadurch entfällt auch das Einsortieren dieser zusätzlichen – mehr als eine Million Karten pro Jahr – in die Zentrale Namenkartei. Darüber hinaus kann dank der Computer auf wechselnde Anforderungen flexibel reagiert werden. Dieser Vorteil war vor allem bei den Prüfungen für den Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter sehr deutlich zu merken. Früher hätte für jede einzelne Prüfung ein Mitarbeiter ins Archiv laufen müssen, um den Vorgang per Hand herauszusuchen. Dadurch wäre man sehr schnell an die Grenzen der Kapazität gestoßen. Durch die neue Technik konnten jetzt ganz schnell fast beliebig viele neue Arbeitsplätze an Bildschirmen geschaffen werden, an denen deutlich mehr Prüfungen durchgeführt werden konnten.

Seit den 60er Jahren war die Anzahl der Anfragen, die beim ISD einging, immer Schwankungen unterworfen. Neben jährlichen saisonalen Schwankungen kam es immer wieder zu Eingangsspitzen wegen neuer Gesetze bei Entschädigungen oder der Öffnung neuer Fonds. Der Eingang von Anfragen nimmt seit 1985 stetig zu. Besonders nach der Bekanntgabe des Fünf-Milliarden-Euro-Fonds, traf eine Flut von Anfragen beim ISD ein, die auch mit der Einführung der automatisierten Antwortverfahren kaum zu bewältigen war. Der Anstieg der Anfragen ist eigentlich gegen jede Prognose, da mit zunehmendem Abstand zu den Ereignissen das Durchschnittsalter der Betroffenen steigt. Der ISD stellt aber fest, dass viele „Ehemalige" erst jetzt die Möglichkeit haben zu forschen. Viele machen auch erst jetzt ihre Ansprüche geltend. Nach langem Schweigen gelingt es manchen erst heute, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Mit dem zunehmenden Abstand zum Geschehen gestaltet sich die Erteilung von Antworten jedoch wegen unpräziser Wiedergabe der Fakten immer schwieriger. Die Folge sind aufwändigere Recherchen nach Beweismaterial, um eindeutige Identifizierungen vorzunehmen.

Besondere Anstrengungen unternimmt der ISD, um alle neuen Informationen, Unterlagen und Dokumente, die gefunden werden, in sein Archiv zu übernehmen. Aufgrund der hohen Zugangszahlen in den letzten Jahren konnte hier kaum Schritt gehalten werden. Diese Informationen können aber von großer Bedeutung für die Erteilung von Bescheinigungen sein. Ohne besondere Anstrengungen auf diesem Gebiet müssten viele heutige Antragsteller eine negative Antwort in Kauf nehmen – ein Zustand der gerade in Anbetracht des hohen Durchschnittsalters der Betroffenen und der zur Verteilung bereitstehenden Gelder nicht verantwortet werden kann.

Beispiele: So konnten wir helfen

Todesursache: Plötzlicher Herztod

Ein Antragsteller aus Polen bittet den ISD, Nachforschungen über das Schicksal seiner Eltern anzustellen, die (wie er mitteilt) 1941 oder 1942 verhaftet wurden. Über seinen Vater weiß er lediglich, dass er im März 1942 in einem Polizeiersatzgefängnis inhaftiert war. Informationen über den Verbleib der Mutter nach der Verhaftung fehlen gänzlich. Der ISD kann den Tod der Eltern im Konzentrationslager Auschwitz feststellen. Beide sind dort im Juni 1943 am selben Tag gestorben. Der Vater um 16.57 Uhr, die Mutter um 17.15 Uhr. Als Todesursache wird für beide „plötzlicher Herztod" angegeben.

Anträge im Rahmen des Zwangsarbeiterentschädigungsfonds

Zahlungen aus dem 1999 ins Leben gerufene Zwangsarbeiterentschädigungsfonds haben beim Internationalen Suchdienst nicht nur Anfragen der sieben Partnerorganisationen (in Russland, der Ukraine, Weißrussland, Polen, Tschechien, von der JCC und IOM) bewirkt, sondern zu Anfragen von Einzelpersonen geführt, die aus welchen Gründen auch immer direkt den ISD um Hilfe baten und die nicht unbedingt zu dem Kreis der Antragsberechtigten gehören.

Eine heute in den Niederlanden lebende Polin, die schon früher beim ISD Anträge gestellt hatte, bat erneut um Bestätigung, dass ihr Vater im Konzentrationslager umgekommen ist. In Bezug auf den Fonds sind ihre Worte: „Ich hege die Hoffnung, dass eine Entschädigung für unsere moralischen Verluste real wäre".

Ein weiterer Antragsteller aus Serbien und Montenegro erbittet ebenfalls eine Bestätigung über die Haft seines Vaters während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland, um eine Entschädigung aus Ungarn zu erhalten. Der ISD kann ihm einen Dokumentenauszug über den Verfolgungsweg, von der Verhaftung in Budapest über die Haft im Konzentrationslager Dachau bis zum Tod seines Vaters im Konzentrationslager Natzweiler, ausstellen.

Haben Sie Mitleid und sagen Sie mir, wo und wie mein Vater verstorben ist.

So schreibt Frau K. aus Frankreich und führt weiter aus: „Wissen sie, was es für ein Kind bedeutet, nichts über die Todesumstände seines Vaters zu wissen, sein Sterbedatum nicht zu kennen?" Sie weiß lediglich, dass er von Compiègne zum Konzentrationslager Neuengamme und anschließend in ein Außenkommando dieses Lagers kam. Die Auswertung der beim ISD vorliegenden Informationen ergibt, dass der Vater durch den Sicherheitsdienst am 24. Mai 1944 in das Konzentrationslager Neuengamme/Kommando Bremen-Farge eingeliefert wurde, wo er 1944/1945 verstorben ist. Das genaue Todesdatum und die Todesursache sind leider nicht angeführt. Der ISD ermittelt jedoch derzeit für die Antragsteller bezüglich des Erhalts einer Sterbeurkunde.

Helfen Sie mir, die Nummer zu erhalten, damit ich in Frieden leben kann.

Sein Leiden werde dadurch noch verstärkt, dass er sich nicht mehr an die Häftlingsnummer erinnern kann, die er bei seiner Ankunft vom Konzentrationslager Auschwitz im Konzentrationslager Buchenwald etwa am 16. Juli 1944, erhalten hat, so schreibt Herr A. aus Israel und bittet um Bestätigung seiner Konzentrationslagerhaft während des Krieges. In Bad Arolsen kann anhand der vorliegenden Unterlagen für Herrn A. ein Dokumentenauszug erstellt werden, von seiner Verhaftung bis an die Stationen: Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald, von dort in ein Außenlager von Buchenwald und am 21. März 1945 wieder zurück zum Hauptlager. Auch seine Häftlingsnummer kann bekannt gegeben werden. In den Unterlagen ist ein Vermerk, dass seine Eltern in Auschwitz inhaftiert waren.

Warum floh Vater aus seiner Heimat?

Herr M. lebt in Deutschland und bittet um Informationen über seinen verstorbenen Vater, der 1906 in der Tschechoslowakei geboren wurde. In der ersten Nachkriegszeit flüchtete er aus seiner Heimat nach Deutschland und hielt sich in verschiedenen DP-Lagern auf. Der Sohn möchte wissen, warum sein Vater geflohen ist und welcher Tätigkeit er während des Krieges nachgegangen ist. Durch die Überprüfung lässt sich der Aufenthalt in verschiedenen Orten in Baden-Württemberg nachweisen. Die Frage des Sohnes kann beantwortet werden durch den Antrag auf IRO-Unterstützung des Vaters. In diesem schildert der Vater seinen Lebensweg sowie die Beweggründe seine Heimat zu verlassen. Seine Spur verliert sich in Italien, wohin er wegen seiner Auswanderung nach Australien durch die IRO gebracht wurde.

Ausführliche Auskunft möglich

Herr Z. aus Polen, ein älterer Herr im Rentenalter, möchte das Schicksal seines Vaters klären. Ihm ist bekannt, dass dieser am 17. September 1942 in Monowitz durch die Staatspolizei verhaftet und in das Konzentrationslager Auschwitz eingeliefert wurde. Ebenfalls habe er gehört, dass sein Vater noch in Buchenwald bzw. in Sachsenhausen gewesen ist. Sein Schicksal ist ihm unbekannt. Der ISD kann Herrn Z. einen Dokumentenauszug, der den Verfolgungsweg seines Vaters vom 27. November 1942 bis zum 6. April 1945, belegt, ausstellen. Er bestätigt nicht nur die Verhaftung in Wadowitz, sondern auch seine Einlieferung in das Lager Auschwitz durch die Staatspolizei Kattowitz/Bielitz. Weiter kann die Überstellung zum Konzentrationslager Buchenwald, danach zum Konzentrationslager Sachsenhausen, und zum Konzentrationslager Mauthausen mitgeteilt werden. Im Konzentrationslager Mauthausen ist sein Vater dann kurz vor der Befreiung am 6. April 1945 um 6.30 Uhr verstorben. Als Todesursache ist angegeben „Kreislaufschwäche und allgemeiner Körperverfall". Herr Z. erhält neben dem Dokumentenauszug ebenfalls eine vom Sonderstandesamt in Bad Arolsen ausgestellte Sterbeurkunde.

Mutter kehrte nicht zurück

Mit ihrer ganzen Familie wurde Frau P. aus Polen – damals vier Jahre alt – im Jahre 1942 nach München deportiert. Die genauen Geschehnisse kann sie nicht wiedergeben. Sie interessiert sich heute besonders für das Schicksal ihrer Mutter, die eines Morgens im Lager abgeholt wurde und nicht zurückkehrte. Später erfuhr sie, dass die Mutter in einem Krankenhaus verstorben war. Auch sie selbst musste lange Zeit in einem Krankenhaus verbringen, ohne Kontakt zur Familie. Zum Glück hat der Vater sie wiedergefunden. Mit Hilfe unserer Unterlagen kann der Aufenthalt der gesamten Familie in München nachgewiesen werden. Auch das Krankenhaus, in dem die Antragstellerin gelegen hat, lässt sich benennen. Das Schicksal der Mutter kann ebenfalls geklärt werden. Der Todestag, der Todesort, die Todesursache und die Grabstätte können Frau P. bekannt gegeben werden.

Nicht Dachau, sondern Buchenwald

Bereits mit einem Jahr sei sie zur Waise geworden. Ihr Vater sei am 13. Februar 1944 im Konzentrationslager verstorben. Frau L. aus Frankreich bittet um einen Nachweis über den Tod ihres während der Verfolgung im Konzentrationslager Dachau verstorbenen Vaters. Die Überprüfung in Bad Arolsen bringt zu Tage, dass dieser am 26. Juli 1943 in Paris verhaftet und von dort in das Konzentrationslager Buchenwald Hauptlager eingeliefert und später dann zum Konzentrationslager Buchenwald Kommando Dora überstellt wurde, wo er am 13. Februar 1944 um 6.00 Uhr verstorben ist. Die Antragstellerin erhält einen Dokumentenauszug und eine Sterbeurkunde, die vom Sonderstandesamt in Bad Arolsen ausgestellt wird.

Hermann Idelovici war Häftling in den Konzentrationslagern Auschwitz, Buchenwald und Dachau. Im Alter von 15 Jahren wurde er mit sieben weiteren Familienmitgliedern verhaftet und aus Frankreich deportiert. Außer ihm hat keiner seiner Angehörigen den Krieg überlebt. Er beschreibt sein Schicksal und wie er auf den Internationalen Suchdienst aufmerksam wurde.
(Deutscher Text Seite 180)

Survivant de la « solution finale »

Auschwitz, n° 177554 .....
Buchenwald, n° 125433 .....
Dachau-Allach, n° 157769 ...

telles ont été mes différentes identités d'« häftling » au cours des principales étapes de mon vécu.Du vécu d'un lycéen de Paris devenu en 1942 un « concentrationnaire » de 15 ans. Aujourd'hui, à 78 ans, je suis l'un des plus jeunes survivants des déportations de France de 1942. Déporté avec toute ma famille (7 personnes), j'en suis, en mai 1945, après 3 années de Z.A.L. et de KL, l'unique survivant : mère, sœurs et tante exterminées à l'arrivée à Auschwitz, oncle mort de dysenterie, père fusillé à Buchenwald le 9 avril 1945. Parce que nés juifs.

Je suis Herman Idelovici.

Une bonne constitution d'adolescent, la présence de mon père jusqu'en février 45 et, surtout beaucoup de chance, m'ont sans doute permis, malgré de multiples souffrances physiques et morales, d'échapper à la solution finale. Il serait trop long de rappeler ici les conditions dramatiques et inhumaines dans lesquelles étaient organisés les « convois » de déportation. Entassement de femmes, d'enfants, de malades, dans les wagons à bestiaux, sans hygiène, sans salubrité, durant des jours et des nuits. Trois mots, trois simples mots pourraient les résumer :
Peur, humiliation, souffrance, ...

Pourtant on doit encore, il faut encore s'interroger aujourd'hui, même après un si long temps, sur le « pourquoi » et le « comment », sur la nature et le niveau de conscience humaine de ces gens, les chefs nazis, avec dans le bas de leur pyramide : nos tortionnaires directs. Ils avaient programmé l'extermination des juifs d'Europe, lesquels constituaient – dans leur vocabulaire délirant – un obstacle majeur au développement d'un Reich aryen « purifié ». Ils avaient programmé la Shoah. Etaient-ils des monstres, étaient-ils des êtres normaux ?

A ces graves questions, historiens et chercheurs apporteront peut-être une réponse dans l'avenir (?) pour autant qu'il soit possible de théoriser sur un tel sujet. Mais quelles que soient ces éventuelles réponses, elles ne seront jamais ni complètes, ni définitives.

Après mon retour en France en 1945, ne sachant rien de ce qu'il était advenu de ma famille, j'ai, durant plusieurs mois, attendu et espéré un miracle au moins pour tel ou telle d'entre eux. En vain. Les années passant, l'évidence s'est imposée : j'étais le seul survivant. Par la suite, de longues recherches m'ont permis début 1979, de lier un contact avec un M. Pierre Fassina, chef de la Mission française de liaison auprès du SIR. Ce monsieur a donc orienté mes recherches en direction du SIR, lequel, après un échange de correspondance en mai 79, m'adressaient des renseignements concernant ma famille, puis plusieurs documents me concernant également. J'ai donc ainsi connu le SIR de Bad Arolsen.

Depuis, au gré de rencontres, puis de films sur mon vécu ainsi que de témoignage au lycée même de la ville (expérience émouvante et très enrichissante pour moi), j'ai pu maintenir, avec le SIR, un contact quasi permanent et une source de renseignements fort appréciable. Aujourd'hui, le développement de ses activités, justifié par un afflux constant de nouvelles demandes, témoigne non seulement de son utilité, mais surtout de la dimension humanitaire et morale qu'il a atteinte en ce 60ème anniversaire de la fin de la guerre. Mais son œuvre n'est pas achevée en 2005. D'autres recherches découvriront de nouveaux documents qui permettront à leur tour, dans l'avenir, d'éclairer les nombreuses interrogations encore dans l'ombre.

On entend quelquefois parler d'oubli. Il faudrait oublier .... L'oubli serait même nécessaire ... Mais comment parler d'oubli pour des hommes et des femmes soumis aux travaux forcés durant des années, pauvrement nourris et vêtus de ces pyjamas rayés qui nous rendaient ridicules et nous humiliaient un peu plus. 60 ans après, j'ai encore de nombreux souvenirs, dont certains relativement précis. Je ne peux pas oublier. Peut-on oublier les mauvais traitements, les coups et la mort toujours présente ?

Les rescapés des camps sont tous, plus ou moins aujourd'hui encore, des traumatisés. En ce qui me concerne et malgré les apparences, je suis, mois aussi, un homme traumatisé. Certains, comme Primo Lévi entre autres, n'ont pas surmonté le traumatisme de la déportation. La douleur imposée à notre corps et à notre esprit reste toujours présente. 60 années ont passé, mais les cauchemars agitent encore mes nuits. Les visages des miens : David, Sarah, Bettina, Claire, Eva, Maurice, défilent devant mes yeux. Comment oublier ?

L'oubli est impossible. C'est pourquoi, alors que nous commémorons cet anniversaire de l'écrasement du Reich hitlérien, un certain nombre de survivants dont je suis, se sont investis dans un « travail de Mémoire » par la parole et par l'écrit, en direction et au profit des jeunes des jeunes générations.

Nous voulons transmettre cette « Mémoire », non pour haïr mais pour faire réfléchir, pour avertir, et peut-être prévenir. Pourtant, cette transmission devient d'année en année plus difficile. Nous sommes pour la plupart très âgés, fatigués, malades. Les séquelles de l'enfer concentrationnaire que nous traînons depuis plus d'un demi-siècle, ne nous permettront pas de témoigner encore de nombreuses années.

Quoi qu'il en soit, en songeant aux proches que j'ai perdus et qui n'ont pas eu droit à une autre sépulture que « le Lac des Cendres » à Birkenau ou les fosses communes, je poursuivrai, dans les limites de ma santé, une tâche qui ne procède d'aucune obligation mais de ma seule volonté, consciente que je suis de l'importance du témoignage direct.

Qu'on me permette d'ajouter pour terminer, qu'en ma qualité de survivant de la solution finale, j'ai considéré qu'en cette année 2005, j'avais le devoir responsable d'apporter cette contribution personnelle à la réalisation du présent ouvrage.

Herman Idelovici

Militant de la Mémoire

---

30 avril 2005
60ème anniversaire
de ma propre libération

ÜBERSETZUNG

Überlebender der „Endlösung"

Auschwitz, Nr. 177.554 .....
Buchenwald, Nr. 125.433 .....
Dachau-Allach, Nr. 157.769 ...

Dies sind meine verschiedenen Identitäten als Häftling im Verlaufe der wichtigsten Stationen meines Leidensweges. Aus einem Pariser Gymnasiasten wurde 1942 – im Alter von 15 Jahren – ein Konzentrationslagerhäftling. Heute, mit 78 Jahren, bin ich einer der jüngsten Überlebenden der Deportationen, die 1942 von Frankreich aus erfolgten. Mit meiner gesamten Familie (sieben Personen) deportiert, bin ich im Mai 1945 – nach drei Jahren Z.A.L. und KL – der einzige Überlebende: meine Mutter, meine Schwestern und meine Tante wurden bei der Ankunft in Auschwitz ermordet, mein Onkel starb an Ruhr, mein Vater wurde am 9. April 1945 in Buchenwald erschossen. Aus dem Grunde, dass sie als Juden geboren wurden.

Mein Name ist Herman Idelovici.

Einer guten Konstitution als Jugendlicher, der Anwesenheit meines Vaters bis Februar 1945, vor allem aber einer großen Portion Glück verdanke ich es sicherlich, dass ich – trotz vieler körperlicher und moralischer Leiden – der Endlösung entkommen bin. Es würde zu lange dauern, an die dramatischen und unmenschlichen Umstände zu erinnern, unter denen die „Deportationstransporte" organisiert wurden. Ganze Tage und Nächte hindurch wurden Frauen, Kinder, Kranke – ohne Hygiene und unter gesundheitsschädlichen Bedingungen – in Viehwaggons zusammengepfercht. Drei Worte, drei simple Worte, könnten dies zusammenfassen: Angst, Demütigung, Leid ...

Dennoch fragt man sich – ja man muss sich noch heute, selbst nach so langer Zeit nach dem „Warum" und dem „Wie" fragen – nach der Art und dem Niveau des Gewissens dieser Menschen, der führenden Nazis, und derjenigen, die sich am Fuße der Pyramide befanden: unsere direkten Peiniger. Sie hatten die Ausrottung der europäischen Juden geplant, die – ihrem wahnsinnigen Vokabular zufolge – eins der größten Hindernisse bei der Entwicklung eines „gereinigten" arischen Reiches darstellte. Sie hatten die Shoah vorprogrammiert. Waren sie Monster, waren sie normale Menschen?

Auf diese schwerwiegenden Fragen werden Historiker und Forscher vielleicht in der Zukunft eine Antwort finden (?) – vorausgesetzt, es ist möglich, über ein solches Thema Theorien aufzustellen. .../...

Aber wie auch immer diese eventuellen Antworten ausfallen mögen – sie werden weder vollständig noch endgültig sein.

Nach meiner Rückkehr nach Frankreich im Jahre 1945 habe ich, ohne zu wissen, was aus meiner Familie geworden war, mehrere Monate gewartet und auf ein Wunder gehofft, zumindest für den einen oder anderen von ihnen. Vergeblich. Die Jahre vergingen, ich musste mich mit der Gewissheit abfinden: Ich war der einzige Überlebende. Nach langwierigen Nachforschungen konnte ich Anfang 1979 einen Kontakt zu Herrn Pierre Fassina, Chef der Französischen Verbindungsmission beim ISD, herstellen. Besagter Herr Fassina hat also meine Nachforschungen in Richtung ISD gelenkt, der mir – nach einem Briefwechsel im Mai 1979 – Auskünfte über meine Familie erteilte, aber auch Dokumente über mich ausstellte. So lernte ich also den ISD in Bad Arolsen kennen.

Seitdem habe ich – durch Treffen, dann durch Filme über meinen Leidensweg sowie einen Zeugenbericht im dortigen städtischen Gymnasium (eine für mich bewegende und sehr bereichernde Erfahrung) – einen nahezu ununterbrochenen Kontakt zum ISD und somit zu einer bedeutenden Auskunftsquelle unterhalten. Heute zeugt die Entwicklung seiner Aufgaben, die durch eine konstante Flut von neuen Anfragen gerechtfertigt ist, nicht nur von seinem Nutzen, sondern vor allem von der menschlichen und moralischen Dimension, die er anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes erreicht hat. Im Jahre 2005 ist sein Werk aber noch nicht vollendet. Durch weitere Nachforschungen wird man neue Dokumente entdecken, die wiederum in Zukunft Licht in die zahlreichen, noch ungeklärten Fragen bringen werden.

Man spricht manchmal von Vergessen. Man müsse vergessen ... Das Vergessen sei sogar notwendig ... Aber wie kann für Männer und Frauen von Vergessen die Rede sein, die jahrelang zur Zwangsarbeit verpflichtet, nur ärmlich ernährt und in gestreifte Pyjamas gesteckt wurden, die uns lächerlich machten und uns noch mehr demütigten. 60 Jahre danach habe ich noch immer viele Erinnerungen, davon einige recht genaue. Ich kann nicht vergessen. Kann man die Misshandlungen, die Schläge und den allgegenwärtigen Tod vergessen?

Alle Überlebenden der Lager sind – die einen mehr, die anderen weniger – noch heute traumatisiert. Was mich betrifft, so bin auch ich – allem äußeren Anschein zum Trotz – traumatisiert. Einige, wie unter anderem Primo Lévi, haben das Trauma der Deportation nicht überwunden. Der uns körperlich und geistig zugefügte Schmerz bleibt stets vorhanden. 60 Jahre sind vergangen, aber die Alpträume plagen mich nachts noch immer. Die Gesichter meiner Angehörigen: David, Sarah, Bettina, Claire, Eva, Maurice erscheinen nacheinander vor meinen Augen. Wie soll ich da vergessen? .../...

Es ist unmöglich zu vergessen. Während wir besagten Jahrestag des Zusammenbruchs des Dritten Reiches begehen, hat es sich deshalb eine gewisse Anzahl Überlebender, zu denen auch ich zähle, zur Aufgabe gemacht, in Wort und Schrift eine „Gedenkarbeit" für und zugunsten der jungen Generation zu leisten. Wir wollen diese „Erinnerung" weitergeben, nicht um zu hassen, sondern um zum Nachdenken anzuregen, um zu warnen und vielleicht sogar um vorzubeugen. Dennoch wird diese Aufgabe von Jahr zu Jahr schwieriger. Wir sind zum großen Teil schon sehr alt, müde und krank. Die Folgen des Konzentrationslagerinfernos, die wir seit mehr als einem halben Jahrhundert mit uns herumtragen, werden es uns nicht erlauben, noch lange Jahre als Zeugen zu fungieren.

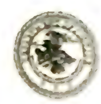
Wie dem auch sei, werde ich – im Gedenken an meine nächsten Angehörigen, die ich verloren habe und die kein anderes Grab als den „Aschesee" in Birkenau oder die Massengräber erhalten haben – soweit es meine Gesundheit zulässt, eine Aufgabe fortführen, die nicht aus einer Verpflichtung heraus entstanden ist, sondern einzig und allein aus meinem Willen und in dem Bewusstsein der Wichtigkeit der persönlichen Zeugenaussage.

Zum Schluss sei mir die Anmerkung erlaubt, dass ich es – als Überlebender der Endlösung – im Jahre 2005 als meine Verantwortung und meine Pflicht betrachte, diesen persönlichen Beitrag zur Realisierung vorliegenden Werkes zu leisten.

Herman Idelovici
Verfechter der Erinnerung

---

30. April 2005
60. Jahrestag meiner Befreiung



U.S. Department of Justice

Criminal Division

Washington, D.C. 20530

October 14, 2004

Mr. Charles-Claude Biedermann
Director
Internationaler Suchdienst
5-9 Grosse Allee
3444 Arolsen
GERMANY

Dear Mr. Biedermann:

The Office of Special Investigations (OSI) in the Criminal Division of the United States Department of Justice is marking this year the 25th anniversary of its establishment in September 1979, when the Attorney General of the United States charged it with the mission of investigating, prosecuting, and removing from the United States those U.S. citizens or resident aliens who assisted or participated in crimes of persecution carried out under the direction of or in association with the Nazi regime of Germany. In the intervening quarter-century, OSI has successfully prosecuted 95 individuals, is currently pursuing 22 prosecutions, and has prevented more than 170 suspected Nazi persecutors from entering the United States. OSI owes its success in significant part to the assistance and cooperation it has received from a number of domestic, foreign, and international agencies, among them the International Tracing Service. I would like to take this opportunity, on the occasion of OSI's 25th anniversary, to thank the ITS and you, as its director for the past two decades, for the very important contribution that you have made to the successful fulfillment of OSI's mission.

The information provided by ITS that has been important to OSI's investigations comes not only from the wartime historical documentation, such as transport lists, maintained by ITS, but also from the postwar records on displaced persons who sought the assistance of the International Refugee Organization. Many of those who immigrated to the United States after assisting the Nazi regime in carrying out its policies of persecution did so by posing as displaced persons and concealing the truth about their wartime activities. The information that they provided to the IRO was often one of the earliest instances of their attempts to escape accountability for their actions by misrepresenting their past, and that information therefore provides an important link in the chain of fraud that OSI must often prove in its litigation. In the case of surviving victims who serve as witnesses in OSI cases, information in ITS documentation is often critical to establishing the credibility of their accounts of persecution. Information in ITS records can also be useful for establishing the identity of suspected persecutors in the United States. In one important example, information provided by ITS enabled OSI to exonerate a U.S.

resident whose name and age matched those of a participant in a brutal ghetto deportation operation in German-occupied Poland.

Under your predecessor, ITS began providing assistance to OSI soon after this Office's establishment. This cooperation is based upon the status of the United States Government as one of the original ten members of the International Commission established by the Bonn Treaty of 1955 to oversee the activities of the ITS, which entitles the U.S. Government to access to the information in ITS records. Over the past quarter-century, OSI has sought and received extensive information through the appropriate channels established under the Bonn Treaty. The relationship between our two agencies has deepened over the years and led to cooperation in many matters. This cooperation, which constitutes a unique aspect of the humanitarian work of the ITS, has served and will, I am convinced, continue to serve not only the interests of the victims of Nazi persecution but also those of the citizens of the United States and of the world.

In deepest gratitude for the assistance of ITS, I wish you the best in the coming years and look forward to continuing our cooperative relationship.

Sincerely,

Eli M. Rosenbaum
Director
Office of Special Investigations
U. S. Department of Justice
10th & Constitution Ave. NW
John C. Keeney Building, Suite 200
Washington, D.C. 20530
UNITED STATES OF AMERICA
Telephone: (202) 616-2492
Telefax: (202) 616-2491

2

Übersetzung

Telefax von Eli M. Rosenbaum,
Direktor, Justizministerium, Strafrechtliche Abteilung,
Dienststelle für besondere Ermittlungen,
Washington

Herrn Charles-Claude Biedermann,
Direktor, Internationaler Suchdienst,
Bad Arolsen,

14. Oktober 2004

Sehr geehrter Herr Biedermann!

Die Dienststelle für besondere Ermittlungen (OSI) in der strafrechtlichen Abteilung des Justizministeriums der Vereinigten Staaten begeht in diesem Jahr den 25. Jahrestag ihrer Einrichtung im September 1979, als der Justizminister der Vereinigten Staaten sie mit der Aufgabe betraute, bezüglich derjenigen US- bzw. im Lande wohnhaften ausländischen Bürger, die unter der Leitung des Nazi-Regimes bzw. in Verbindung mit dem Nazi-Regime in Deutschland ausgeführte Verfolgungsverbrechen unterstützten oder daran beteiligt waren, Ermittlungen durchzuführen, sie strafrechtlich zu verfolgen und des Aufenthalts in den Vereinigten Staaten zu verweisen. Im vergangenen Vierteljahrhundert hat die OSI erfolgreich 95 Personen strafrechtlich verfolgt, führt gegenwärtig 22 strafrechtliche Verfolgungsprozesse durch und hat mehr als 170 mutmaßliche nationalsozialistische Verfolger daran gehindert, den Boden der Vereinigten Staaten zu betreten. Die OSI verdankt ihren Erfolg zu einem bedeutenden Teil der Unterstützung und Kooperation, die sie von einer Reihe inländischer, ausländischer und internationaler Dienststellen, unter anderen auch vom Internationalen Suchdienst, erfahren hat. Ich möchte diese Gelegenheit anlässlich des 25. „Geburtstages" der OSI nutzen, um dem ISD und Ihnen, als seinem über die beiden vergangenen Jahrzehnte hinweg amtierenden Direktor, für den äußerst wichtigen Beitrag zu danken, den Sie zur erfolgreichen Erfüllung der Aufgabe der OSI geleistet haben.

Die vom ISD bereitgestellten Informationen, die für die Ermittlungen der OSI wesentlich waren, stammen nicht nur aus den die Kriegszeit betreffenden historischen Dokumenten, wie z.B. den beim ISD verwahrten Transportlisten, sondern auch aus den Nachkriegsunterlagen über verschleppte Personen (DPs), die um die Unterstützung der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) ersuchten. Vielen von denen, die in die Vereinigten Staaten einwanderten, nachdem sie dem Nazi-Regime bei der Durchführung ihrer Verfolgungsstrategien behilflich waren, gelang dies dadurch, dass sie vorgaben, verschleppte Personen (DPs) zu sein, und die Wahrheit über ihre Kriegszeitaktivitäten verhehlten. Die Informationen, die sie der IRO mitteilten, stellten oft eines der frühesten Beispiele ihrer Versuche dar, der Verantwortung für ihre Taten durch eine verzerrte Darstellung ihrer Vergangenheit zu entrinnen. So sind diese Informationen ein bedeutendes Glied in der Kette von Betrug

bzw. arglistiger Täuschung, welche die OSI in ihren Rechtsprozessen oft nachweisen muss. Im Falle überlebender Opfer, die als Zeugen in OSI-Fällen fungieren, sind die in der ISD-Dokumentation enthaltenen Informationen oftmals entscheidend zur Erhärtung der Glaubwürdigkeit ihrer Berichte über eine Verfolgung. Die Informationen aus den ISD-Unterlagen können ebenfalls von Nutzen sein, wenn es um die Feststellung der Identität mutmaßlicher, in den Vereinigten Staaten lebender Verfolger geht. In einem bedeutenden Fall wurde es der OSI durch die vom ISD gelieferten Informationen möglich, einen in den Vereinigten Staaten Lebenden zu entlasten, dessen Name und Alter mit dem Namen und dem Alter einer anderen Person übereinstimmten, die an einer brutalen Ghettodeportationsaktion im deutsch-besetzten Polen beteiligt war.

Unter Ihrem Vorgänger im Amt begann der ISD damit, der OSI bald nach der Einrichtung dieser Dienststelle Unterstützung zu gewähren. Diese Kooperation gründet sich auf den Status der Regierung der Vereinigten Staaten als eines der ursprünglichen zehn Mitglieder des Internationalen Ausschusses, der durch die Bonner Verträge von 1955 zu dem Zweck errichtet wurde, die Aktivitäten des ISD zu beaufsichtigen, was der Regierung der Vereinigten Staaten das Recht auf Zugang zu den in den ISD-Unterlagen enthaltenen Informationen gibt. Im letzten Vierteljahrhundert hat die OSI durch die nach den Bonner Verträgen gegebenen Möglichkeiten um umfassende Informationen ersucht und diese auch erhalten. Die Beziehung zwischen unseren beiden Dienststellen ist über die Jahre hin intensiver geworden und hat zur Zusammenarbeit in vielen Angelegenheiten geführt. Diese Zusammenarbeit, die einen Aspekt der humanitären Tätigkeit des ISD darstellt, der ohnegleichen ist, hat nicht nur den Interessen der Opfer der Nazi-Verfolgung, sondern auch den Interessen der Bürger der Vereinigten Staaten und der Welt gedient und wird dies auch – davon bin ich überzeugt – weiterhin tun.

In zutiefst empfundener Dankbarkeit für die Unterstützung des ISD wünsche ich Ihnen in den kommenden Jahren alles Gute und freue mich auf die Fortsetzung unserer kooperativen Beziehung.

Mit freundlichen Grüßen
Eli M. Rosenbaum



„Nur eine positive Antwort hilft weiter!"

Gespräch mit Charles-Claude Biedermann, Leiter des Internationalen Suchdienstes, Bad Arolsen.

Im Juli 2004 stand in der Presse, dass der Internationale Suchdienst in Bad Arolsen 320 000 Rückstände von Anfragen aus dem vergangenen Jahr hat und im letzten halben Jahr noch einmal 180 000 neue Anfragen hinzugekommen sind. Woher kommen diese vielen Anfragen?

Für einen Außenstehenden dürfte die Entwicklung der letzten Monate schwer zu verstehen sein. Für die Mitarbeiter vom Suchdienst war es nicht ganz so überraschend, weil schon immer Anfragen in Bad Arolsen eingetroffen sind. Meistens war in der Presse eine Bekanntgabe neuer Gesetze vorangegangen, die neue Möglichkeiten für den Erhalt einer Entschädigung eröffneten. Auch wir, die wir diese Wellen kennen, haben nicht mehr mit einem solchen Anstieg an Anfragen gerechnet. Nach der Abwicklung des deutschen Fonds für die Zwangsarbeiter stand fest, dass der Eingang an Anfragen zurückgehen würde. Durch die Anstrengungen der Bundesrepublik und der deutschen Industrie, standen in diesem Fonds fünf Milliarden Euro zur Verfügung, um eine späte Entschädigung dieser Verfolgtengruppe zu ermöglichen, die bis jetzt noch nichts erhalten hatte. Selbst nach Beendigung der Eingabefrist ist der Eingang an Anfragen beim ISD nicht zurückgegangen. Eine wirkliche Erklärung haben wir dafür nicht. Wir entnehmen aber den Briefen, dass es nach wie vor die Generation der Betroffenen ist, die heute noch ihre Rechte geltend machen will. In vielen Briefen lesen wir, dass die Leute erst jetzt, lange nach Abschluss der Eingabefrist, von dem Fonds für Zwangsarbeiter Kenntnis erhalten haben.

Können diese Anfragen noch berücksichtigt werden?

Aus Sicht der für die Zahlungen Verantwortlichen sollte der ISD diese Anfragen jetzt nicht mehr bearbeiten. Wir tun es aber trotzdem, weil es unser Mandat ist und der offizielle Auftrag ganz klar lautet, dass jeder Betroffene, der sich an den ISD wendet, Anspruch und Anrecht auf eine Antwort hat. Die Bundesstiftung für den Zwangsarbeiterfonds sagt, dass jeder, der sich nach dem Ende der Frist meldet, kein Anrecht mehr auf eine Leistung hat und somit auch nichts bekommt. Ob das wirklich so strikt gehandhabt wird, kann ich nicht beurteilen. Wir haben mit dem Geld und dessen Verteilung nichts zu tun. Für uns ist es traurig, wenn wir von Menschen hören, die zum Beispiel im Hinterland von Minsk leben, bitterarm sind, ohne Fernsehen und ohne Zeitung und gerade erst durch Zufall von der Möglichkeit einer Entschädigung erfahren haben, für die es jetzt zu spät sein soll.

Weiß man wie viele Leute Anspruch auf Leistungen aus dem Fonds haben?

Die Zahl wird niemand sagen können. Man kann Hochrechnungen anstellen, wie viele Personen als Militärpersonen oder Zivilisten im Zweiten Weltkrieg betroffen waren, wie viele davon etwa heute noch leben, diese absolute Zahl gibt es nicht. Die letzte glaubwürdige Hochrechnung stammt von der Bundesstiftung. Sie hatte ausgerechnet, dass wohl noch knapp über eine Million Anfragen, alleine von Zwangsarbeitern kommen würden. Aber hier wurde nur ein Teil des Gesamten betrachtet, eben nur die Zwangsarbeiter. Die Gesamtzahl der noch lebenden Opfer dürfte um einiges höher sein.

Woher kommen heute die meisten Anfragen?

Die meisten kommen aus Osteuropa. Erklären lässt sich das durch die politische Öffnung, das heißt die Wende vor über einem Jahrzehnt. Bis zum Fall der Mauer 1989 waren es vor allem Antragsteller aus der westlichen Welt – mit einer Ausnahme, nämlich Polen – denen der ISD Auskunft erteilen konnte.

Neben dem Wunsch, Unterlagen zum Einreichen für den Fonds für Zwangsarbeiter zu bekommen, gehen doch sicher auch andere Wünsche bei Ihnen ein. Welche?

Manche wollen ihre Rentenangelegenheiten in Ordnung bringen, andere erwarten Zahlungen aus den zahlreichen übrigen Fonds. Viele schreiben uns, weil sie einfach eine Bestätigung der damaligen Verfolgung möchten – ohne Angabe eines Grundes. Wir unterscheiden zwei Arten von Anfragen. Die einen wollen eine finanzielle Wiedergutmachung in welcher Form auch immer. Die anderen wünschen eine moralische Wiedergutmachung. Die meisten Leute, darunter auch viele aus den Vereinigten Staaten, wollen kein Geld. Diese Leute wollen eine Bescheinigung über die erlittene Verfolgung haben. Manche von ihnen halten Vorträge an Schulen und wollen einen Nachweis, der ihre eigene persönliche Geschichte dokumentiert. Andere wollen die Unterlagen für ihre Familien. Angehörige der zweiten und dritten Generation wissen oft gar nicht mehr, was damals wirklich passiert ist, was zum Beispiel die Nummer auf dem Arm bedeutet. Die Opfer wollen eine Bescheinigung mit dem Siegel des Roten Kreuzes, dass sie dabei waren, dass sie zu dem Kreis der ehemaligen Verfolgten gehören.

Eine einzelne Anfrage kann bis zu fünf Jahren dauern, bis endgültig Bescheid gegeben werden kann. Haben die Leute soviel Geduld?

Wir verpflichten uns, innerhalb von drei Wochen eine Empfangsbestätigung zu geben. Darin erklären wir, dass es längere Zeit dauern kann und geben auch Gründe dafür an. Natürlich passiert es oft, dass die Leute innerhalb von zwei oder drei Monaten noch einmal schreiben und nach Ergebnissen fragen. Dann erklären wir erneut, warum eine schnelle Antwort nicht möglich ist. Wenn die Leute eine Antwort von uns bekommen, wissen sie dann aber auch, dass der ISD alles in seiner Macht stehende getan hat, um eine positive Antwort zu geben – also eine Bescheinigung, die bestätigt, dass sie Opfer waren. Eine Antwort ist ja nicht alles. Nur eine positive Antwort kann weiterhelfen. Bevor wir eine negative Antwort erteilen, wird alles versucht. Zuerst durchforsten wir unseren Bestand an Unterlagen. Dann fragen wir bei Drittstellen an. Dabei haben wir keinen Einfluss darauf, wie lange es dauert, bis wir eine Antwort erhalten. Wir denken, dass es den Leuten wichtig ist zu wissen, dass wirklich alles unternommen worden ist. In diesem Wissen nehmen sie sicher auch eine längere Wartezeit in Kauf.

Wie lange erwarten Sie noch Anfragen aus der Erlebnisgeneration oder von deren Kindern?

Lassen sie mich diese Frage mit einem Vergleich beantworten. Es gibt einen ähnlichen Suchdienst in Genf, der zentrale Suchdienst des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Dort sind Informationen über alle Militärpersonen bis zum Zweiten Weltkrieg zusammengetragen. Die jüngsten Soldaten, die am Ersten Weltkrieg teilgenommen haben, waren ungefähr 17 Jahre alt und die letzten Anfragen, die dieser Suchdienst über die Soldaten bekommen hat, kamen Anfang der 90er Jahre. Wenn sie jetzt einen Vergleich ziehen: Die jüngsten zivilen Verfolgten des Zweiten Weltkrieges waren in den Konzentrationslagern etwa 13 Jahre alt. Die Kinder von Zwangsarbeitern, die hier 1943/44 noch geboren wurden, sind heute knapp 60 Jahre alt. Also wird die betroffene erste Generation vermutlich noch acht bis zehn Jahre anfragen. Anfragen der zweiten Generation können auch noch später eintreffen, natürlich nicht in der hohen Zahl wie heute. Die große Menge an Briefen, die wir aber zurzeit erhalten, lässt vermuten, dass wir uns in den nächsten Jahren noch auf einiges gefasst machen müssen.

Der Bund finanziert ihre Arbeit. Hat auch der ISD unter den allgemeinen Sparmaßnahmen zu leiden?

Sicher gibt es bei uns Einsparungen. Aber dies nicht, weil die Arbeit des Suchdienstes nicht ernst genommen wird, sondern weil im Moment eben jeder Zuwendungsempfänger zurückstecken muss. Die Finanzlage ist nun mal so wie sie ist und das trifft jeden. Aber gerade die aktuelle Zuerkennung von zwölf zusätzlichen Arbeitsstellen für die nächsten zwei Jahre ist für uns ein Zeichen, dass man im Bundesinnenministerium weiß, wie wichtig die Arbeit des Suchdienstes ist und sie zeigt auch, dass – sollte sich die Arbeitssituation weiter zuspitzen – entsprechend reagiert wird.

Ihr Mandat ist Sammeln, Ordnen, Aufbewahren und Auswerten. Werden alle Unterlagen, alle Originale bis in alle Ewigkeit aufbewahrt?

Die Historiker waren bis vor wenigen Jahren noch der Ansicht, dass man die Unterlagen möglichst schnell auf Mikrofilm aufnehmen sollte, dadurch wären sie für immer gesichert. Sehr schnell ist aber den Archivaren klar geworden, dass das so nicht funktioniert. Sie können sicher durch die Digitalisierung alle Informationen speichern und damit arbeiten, aber diese digitalisierten Unterlagen werden niemals einen historischen oder juristischen Beweis darstellen. Deswegen wird eine Erfassung der Dokumente auf digitalen Medien niemals Ersatz für die Originaldokumente sein. Es geht nicht um ein „entweder oder", sondern vielmehr um ein „sowohl als auch". Sicher ist es ratsam, die Dokumente elektronisch zu erfassen. Dies erleichtert die Suche und auch die historische Arbeit. Aber wenn wir Originaldokumente für die zukünftigen Generationen erhalten wollen, dann müssen wir den Erhalt des Papiers sichern.

In welchem Zustand befinden sich die Dokumente?

Alle Dokumente beim ISD sind auf schlechtem Kriegspapier erstellt worden, das stark säurehaltig ist. Die Säure zerfrisst das Papier nach und nach, bis es nicht mehr zu retten ist. Ab Ende der 50er Jahre dachte man, das Heil bei der Konservierung von Dokumenten liegt in der Laminierung. Viele Unterlagen wurden deshalb auf beiden Seiten mit einer Plastikfolie versehen. Heute wissen wir, dass diese Laminierung der Tod der Dokumente ist. Wir müssen nun bei allen laminierten Dokumenten die Plastikfolien in einem mühsamen Verfahren wieder entfernen. Die Dokumente sind so spröde geworden, dass sie jetzt schon zerfallen. Um diese historisch einmaligen Originale zu retten, werden aufwändige Verfahren durchgeführt. Die gesamten Dokumente müssen entsäuert werden. Dies erfordert viel Zeit, aber nur so können wir je nach Priorität und Zustand der Unterlagen nach und nach alle in unserem Archiv gelagerten Originale retten.

Ist das Archiv des ISD für Forscher zugänglich?

Im Moment noch nicht. Der ISD hat als Aufsichtsorgan einen Ausschuss von elf Regierungen. Diese Regierungen haben aber beschlossen, dass in der Zukunft auch die historische Forschung vom ISD erfüllt werden muss. Sie sind derzeit dabei, die Bestimmungen dafür auszuarbeiten. Wir hoffen sehr, dass 2005 eine Benutzerordnung verabschiedet wird, die es uns ermöglicht, die historische Forschung durchzuführen. Durch die immer weiter fortschreitende Digitalisierung erwarten wir, dass die Forschung dann über den PC und die Datenbanken gemacht werden kann. Dadurch können wir verhindern, dass die wertvollen Dokumente von jedem Einzelnen in die Hand genommen werden müssen.

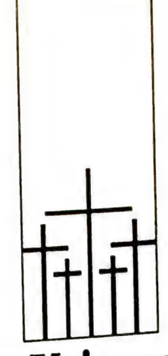
Woher erhalten Sie neue Dokumente für Ihr Archiv?

Die personenbezogene Dokumentation über die ehemaligen zivilen Verfolgten ist so umfangreich, dass diese weit verstreut liegt. Ein Teil der Dokumente wurde von den Siegermächten als Beutegut betrachtet und mitgenommen. So haben beispielsweise die Soldaten der Roten Armee viel Papier mitgenommen. Sie konnten den Inhalt oft gar nicht erfassen, aber alles wurde eingepackt, auf Lastwagen geladen und nach Osten gebracht. Wir haben solche Unterlagen sogar vor kurzem noch in Odessa gefunden.

Außerdem gibt es viele Firmenarchive, Archive bei den Versicherungsträgern, in den Gefängnissen und so weiter. Es gibt eine Vielzahl von Stellen, bei denen die Menschen registriert wurden. Viele Dokumente sind erhalten geblieben, viele wurden aber auch durch Kriegseinwirkung oder ganz bewusst vernichtet.

Suchen Sie heute noch nach neuen Unterlagen?

Manchmal erhalten wir Anfragen und stellen fest, dass wir denjenigen nicht in unseren Unterlagen finden. Dann schreiben wir die Firma an, bei der der Antragsteller gearbeitet hat. Wenn wir von dort eine positive Antwort bekommen, wissen wir, dass noch andere Unterlagen vorhanden sein könnten. Da haken wir dann nach und versuchen alle Unterlagen zu bekommen. Teilweise schreiben wir auch gezielt alle Institutionen an, die Unterlagen haben könnten, wie Firmen, Einwohnermeldeämter, Archive, Gefängnisse, Kirchen und so weiter, und bitten um Überlassung derselben. Dann fahren unsere Mitarbeiter dorthin und holen die Unterlagen. Das Beste, was passieren kann, ist, dass uns ein Bestand einfach so übergeben wird. Es gibt auch Insassen von Konzentrationslagern, die damals Unterlagen mitgenommen haben, ein Totenbuch oder ein Krankenbuch zum Beispiel. Heute haben sie ein gewisses Alter erreicht und das Gefühl, diese Sachen jetzt loswerden zu wollen. So haben wir aus Australien neulich einige Unterlagen bekommen. Mit den neuen Dokumenten, die bei uns eingehen, können wir Antragstellern weiter helfen. Mit jeder Aufnahme von zusätzlichen Informationen in unser Archiv stellen wir fest, dass Namen von Leuten dabei sind, die schon einen Antrag gestellt hatten, den wir damals negativ beantworten mussten. Jetzt, mit den zusätzlichen Informationen, wissen wir mehr und schreiben ihnen nochmals bezüglich der neuen Sachlage. Wir erwerben keine Dokumente, um sagen zu können, dass der ISD über das weltweit größte Archiv verfügt. Ziel ist einzig und allein, den Antragstellern eine positive Antwort auf ihre Fragen zu geben und so den Menschen zu helfen. ■



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Arbeit für den Frieden.
Der Volksbund betreut 832 deutsche Kriegsgräberstätten aus beiden Weltkriegen in 44 Ländern.

Aufgaben des Volksbundes nach § 2 seiner Satzung:

Das verpflichtende Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft als Mahnung zum Frieden unter den Völkern und zur Achtung der Würde und der Freiheit des Menschen zu wahren und zu pflegen,

für die Ruhestätten der deutschen Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im In- und Ausland zu sorgen; er kann sich auch der Ruhestätten anderer Kriegstoter annehmen,

die deutschen Kriegstoten beider Weltkriege und ihre Gräber zu erfassen

die Angehörigen der Kriegstoten in Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge zu betreuen, öffentliche und private Stellen sowie Personen in Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge zu beraten,

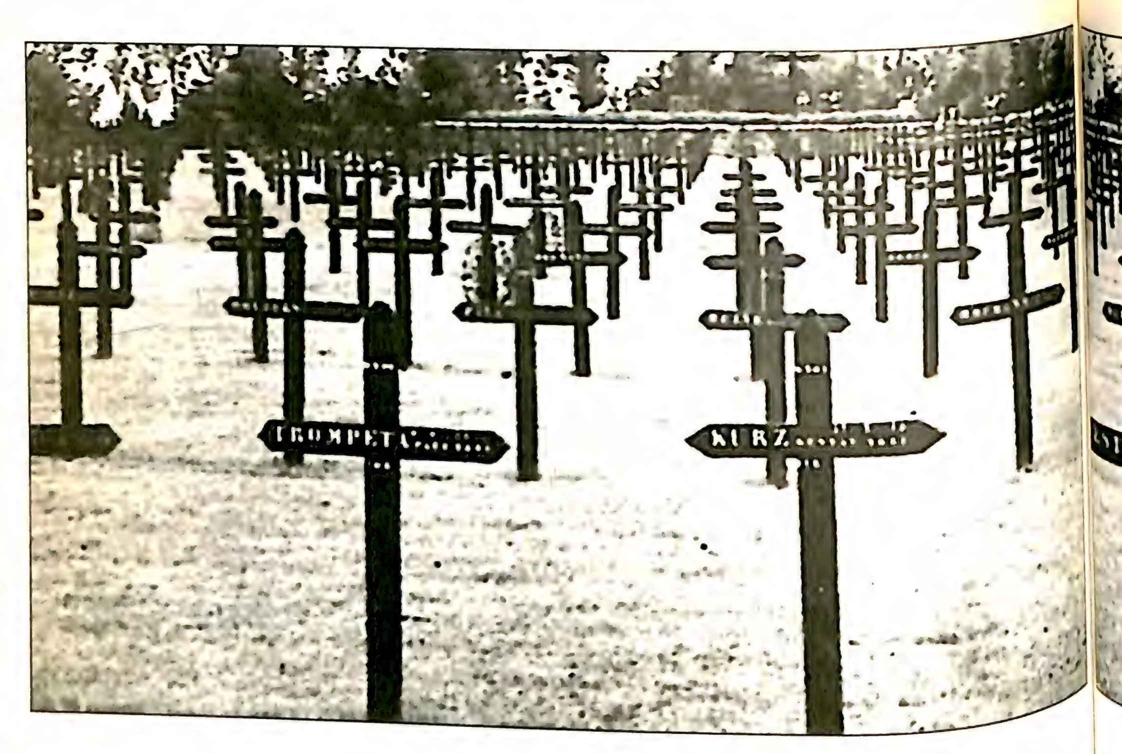
die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge zu pflegen und zu fördern,

den Volkstrauertag zu gestalten oder an seiner Gestaltung mitzuwirken,

die Begegnung junger Menschen an den Ruhestätten der Toten und die Auseinandersetzung mit deren Schicksal zu fördern,

Jugend- und Bildungsarbeit zu betreiben, insbesondere an Schulen, Hochschulen, sonstigen Einrichtungen und in Arbeitskreisen.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ist ein privater, eingetragener Verein und wurde 1919 gegründet.



Geschichte, Aufgaben und Organisation

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ist ein privater, eingetragener Verein und wurde am 16. Dezember 1919 – ein Jahr nach Ende des Ersten Weltkrieges – gegründet. Die Gründer wollten einen Bund schaffen, der von allen gesellschaftlichen Kreisen getragen wird. Das Gedenken an die Gefallenen und die Sorge für ihre Gräber sollten über alles Trennende, über parteipolitische und religiöse Gegensätze gestellt werden und damit zu einer Versöhnung im Inneren beitragen.

Trotz aller Erschwernisse in der Zeit zwischen den Kriegen wurden allein in Frankreich über 100 deutsche Friedhöfe ausgebaut. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Kriegsgräberfürsorge dem Oberkommando der Wehrmacht übertragen.

Nach 1945 registrierten einzelne Bürgerinnen und Bürger die Gräber in ihren Gemeinden – Gräber von Soldaten, Flüchtlingen, Bombenopfern, Kriegsgefangenen, Fremdarbeitern, KZ-Opfern – viele von ihnen ohne Namen. Durch die Unterstützung der ausländischen Gräberdienste erhielt der Volksbund im April 1946 für die britische und etwas später für die amerikanische Besatzungszone die Arbeitserlaubnis. Die französische Zone folgte – alle Anträge bei der sowjetischen Besatzungsmacht blieben unbeantwortet.



Tausende schwarze Holzkreuze prägten in den 20er Jahren das Bild der deutschen Soldatenfriedhöfe in Frankreich.

In Oldenburg entstand unter primitiven Bedingungen der Anfang einer neuen Bundesgeschäftsstelle. Die Rückseiten zerschnittener Plakate nahmen als „Karteikarten" die ersten Angaben über Gräber auf. Trotz trennender Zonengrenzen entstand im Westen eine neue Organisation des Volksbundes. Noch vor der Währungsreform, als eine „schwarze" Zigarette acht Reichsmark kostete, wurden in einfacher Form die ersten Kriegsgräberstätten hergerichtet.

Die Sicherung der Kriegsgräber im Inland war noch nicht beendet, als es 1950 für den Volksbund erste Anzeichen gab, auch im Ausland arbeiten zu können. Die Bundesregierung übertrug dem Volksbund 1952 die Kriegsgräberfürsorge im Ausland. Es gelang ihm, bis Mitte der 80er Jahre, im Westen Kriegsgräberstätten für die deutschen Kriegstoten anzulegen. In der DDR und in den Ländern des „Ostblocks" war eine Arbeit jedoch nicht möglich. Dieser unerträgliche Zustand änderte sich erst nach der politischen Wende Ende der 80er Jahre.

Suche nach Kriegstoten, Umbettung und Identifizierung

60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges sind noch mehr als eine Million Schicksale deutscher Soldaten ungeklärt. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge erhält täglich Anfragen nach den Schicksalen und den Gräbern deutscher Kriegstoter beider Weltkriege. Jede Antwort kann Hoffnungen wecken oder Erwartungen zerstören. Die Mitarbeiter des Volksbundes sind froh, wenn es ihnen gelungen ist, Schicksale zu klären und die Angehörigen von der jahrzehntelangen Ungewissheit zu befreien.

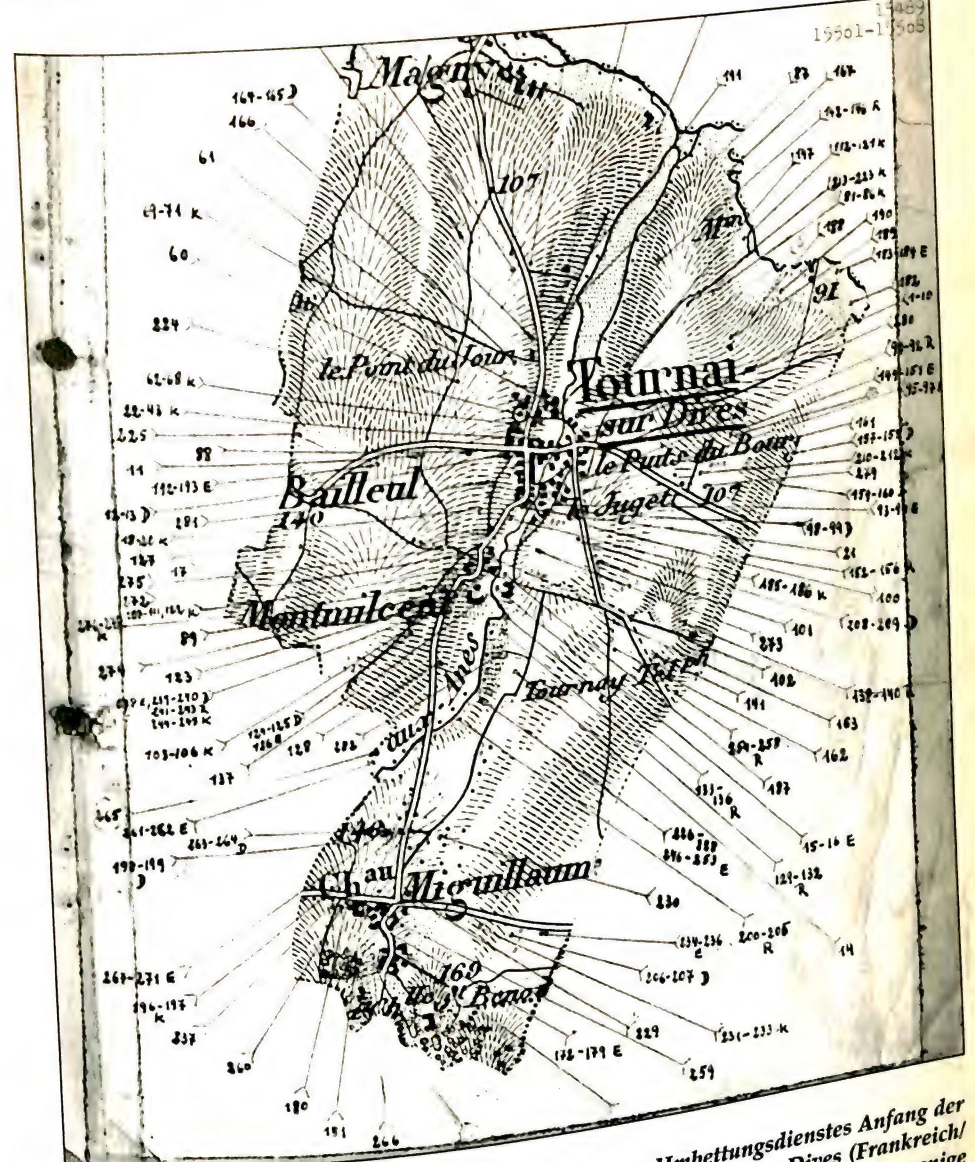
Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Volksbund die Kriegstoten in Westeuropa geborgen und umgebettet. Grundlage waren in der Regel bilaterale staatliche Kriegsgräberabkommen. Solche Vereinbarungen wurden nach der politischen Wende auch mit den meisten Staaten des früheren Ostblocks getroffen. In den Kriegsgräberabkommen ist die Umbettung der Kriegstoten und deren Überführung auf Kriegsgräberstätten vorgesehen. Die Bundesregierung beauftragt in ihnen den Volksbund mit diesen Aufgaben.

Die Gebeine von über drei Millionen deutschen Kriegstoten werden noch in Osteuropa gesucht. Sie sollen, soweit sie noch gefunden werden, auf Sammelfriedhöfe umgebettet werden. Der Umbettungsdienst benötigt dafür genaue Angaben über die Grablagen. Diese ermöglichen es ihm, die oberirdisch zumeist nicht mehr erkennbaren Ursprungsgrablagen aufzufinden. Die Mitarbeiter des Gräbernachweises stellen die Informationen aus dem Archiv zusammen und bereiten sie auf. Es handelt sich im Wesentlichen um Aufzeichnungen aus dem Bestand der Deutschen Dienststelle – also Listen, Karteikarten oder Zeichnungen, aus denen hervorgeht, wo und in welcher Reihenfolge die Toten seinerzeit bestattet wurden, aber auch Unterlagen aus der Kriegszeit, von Zeitzeugen und von Angehörigen.

Wenn das Gelände erfolgreich sondiert ist, beginnen die Mitarbeiter des Umbettungsdienstes mit der Ausbettung (Exhumierung) der Gebeine. Die Ergebnisse ihrer Arbeit notieren sie vor Ort mit größt möglicher Präzision. In Protokollen wird jede Einzelheit festgehalten: Das wahrscheinliche Alter, Größe, Hinweise auf Verletzungen, Erkennungsmarken und persönliche Gegenstände. Manchmal werden auch in Flaschen Grabzettel mit den Personalien der Toten gefunden.

Mitarbeiter des Gräbernachweises vergleichen in der Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes dann die Protokolle und Ausbettungsskizzen mit der Gräberkartei und Beleglisten der Friedhöfe, die die Wehrmacht – zumindest in den ersten Kriegsjahren – angefertigt hatte. Außerdem ziehen sie historische Fotos der Grabbeschriftungen, vorhandene Hinweise auf die Todesursache, Übereinstimmungen mit den Daten anderer Gefallener (zum Beispiel der Truppenzugehörigkeit und vieles mehr) heran, um eine eindeutige Identifizierung zu ermöglichen. „Das Wichtigste ist, so viele Informationen wie möglich einzubeziehen und abzusichern. Denn letztlich geht es darum, den Toten ihre Namen wiederzugeben und die Angehörigen endlich zu informieren", sagt Robert Zaka, Leiter des Identifizierungsteams im Volksbund.

Die Arbeit des Volksbundes erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Dienststelle (ehemalige Wehrmachtauskunftsstelle) in Berlin. Dorthin leitet der Gräbernachweis die Protokolle mit den Erkennungsmarken und persönlichen



Skizze, die von Mitarbeitern des Umbettungsdienstes Anfang der 60er Jahre bei ihrer Arbeit in Tournai-sur-Dives (Frankreich/ Normandie) angefertigt wurde. Ursprünglich waren nur wenige Gräber bekannt, doch als die Mitarbeiter des Volksbundes begannen, die deutschen Gefallenen zu bergen, kamen mehr und mehr Einwohner des Ortes und meldeten weitere Grablagen: In Gärten, auf Wiesen, am Wegrand, in Straßengräben. Eindrucksvoll zeigt diese Karte die Arbeit der Umbetter.

Die Gefallenen konnten zum Teil schon am Ausbettungsort durch Karteikarten, Suchmeldungen von Vermissten und Unterlagen, auf denen die Beschriftung der Erkennungsmarken angegeben waren, identifiziert werden. Alle klaren und ungeklärten Fälle wurden dann der Deutschen Dienststelle in Berlin zur Registrierung bzw. weiteren Bearbeitung gegeben.

Gegenständen, die im Grab gefunden wurden, weiter. Alles wird noch einmal sorgfältig geprüft. Erst wenn die Identifizierungsarbeit des Volksbundes von der Deutschen Dienststelle bestätigt wurde, können die Angehörigen der Kriegstoten benachrichtigt werden. Nach Jahren der Ungewissheit klärt sich für diese dann endlich das Schicksal des Menschen, der ihnen nahe stand.

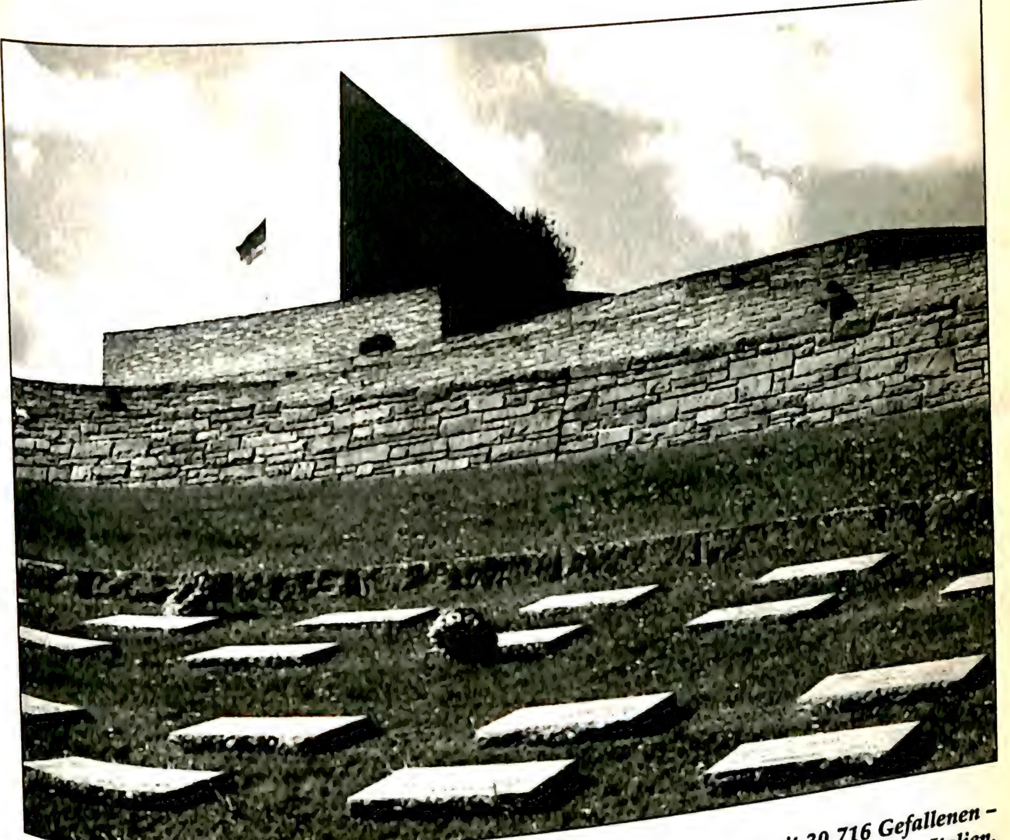
Häufig ist die Benachrichtigung aber wieder mit einer neuen Suche verbunden – der Suche nach der aktuellen Adresse des Angehörigen oder den Adressen der Nachfahren derer, die vor langen Jahren die Suche nach einem Familienmitglied begonnen hatten.

Siehe auch Deutsche Dienststelle (WASt) Seite 87

Grabplünderungen

Nur ein Teil der Kriegstoten in Osteuropa konnte in den Kriegswirren würdevoll bestattet werden. So fanden die Mitarbeiter des Volksbundes noch vor wenigen Jahren auf ehemaligen Schlachtfeldern in Russland ausgebrannte Panzer und zerschossene Lastwagen, in denen noch immer die Gebeine ihrer getöteten Fahrer lagen ... Ganze Regimenter wurden in Wäldern aufgerieben. Niemand hat die Toten begraben. An vielen Stellen suchen Plünderer nach Goldzähnen, Auszeichnungen, Helmen, Waffen, Erkennungsmarken und persönlichen Habseligkeiten, um sie an Militariasammler zu verkaufen. Der Voksbund bemüht sich, den Plünderern zuvorzukommen. Nur auf einem Sammelfriedhof sind die Toten sicher. Die Plünderer wissen, aus diesen Gräbern ist „nichts mehr zu holen".





Futapass – mit 30 716 Gefallenen – eine der großen deutschen Kriegsgräberstätten in Italien.

Bau und Pflege von Kriegsgräberstätten

832 Kriegsgräberstätten in 44 Ländern bilden die Bilanz der Bauabteilung des Volksbundes bis zum Jahr 2005. In diesen Anlagen findet der aufwändige, unendlich wichtige Prozess der Schicksalsklärung seinen Abschluss. Auch die Namen der Kriegstoten, die nicht mehr geborgen werden können und die als vermisst gelten, werden hier dokumentiert. Die Lebenden haben so einen Platz des Gedenkens. Viele gewinnen an diesen Ruhestätten nicht nur ihren Seelenfrieden, sondern auch die Möglichkeit der Aussöhnung. Für die junge Generation sind die Friedhöfe Mahn- und Lernorte für den Frieden: „Aus der Geschichte lernen!" ist ein Auftrag, für den Frieden in Gegenwart und Zukunft einzutreten.

Die Mitarbeiter der Bauabteilung – Landschaftsplaner, Architekten, Ingenieure und Gärtnermeister – haben die Aufgabe, diese Ansprüche in würdige Ruhestätten umzusetzen. Durch entsprechende Bauweise und Anpassung an ökologische, kulturelle und soziologische Rahmenbedingungen werden die Anlagen so geplant und gebaut, dass sie nachhaltig und kostengünstig unterhalten und gepflegt werden können.

Bau und Pflege im Westen

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Volksbund mit dem Bau und der Wiederherrichtung von Kriegsgräberstätten in Deutschland. Rund 400 Anlagen entstanden, bis die Verantwortung für die Kriegsgräberfürsorge in Deutschland auf den Staat überging. Der Volksbund erhielt den Auftrag, sich der Kriegsgräberfürsorge im Ausland anzunehmen. 324 Anlagen mit einer Fläche von ungefähr 300 Hektar baute der Volksbund im westlichen Ausland, richtete sie wieder her oder übernahm sie von Kriegsgräberdiensten anderer Länder. Der Pflegedienst des Volksbundes sowie Firmen, die vom Volksbund beauftragt werden, kümmern sich bis heute um sie.

Bau und Pflege im Osten

Im Osten dauerte es bis in die 80er Jahre, bis der Volksbund, zunächst in Polen und Ungarn, an einzelnen Stellen tätig werden konnte. Nach der Wende 1989 stand der Volksbund vor der größten Herausforderung seiner Geschichte: Der Suche und Bergung von drei Millionen Kriegstoten in ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa, vor allem aber den Ländern der ehemaligen UdSSR.

Angesichts der Dimensionen – allein 1,88 Millionen Gräber deutscher Soldaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion an fast 120 000 Orten – und großer Entfernungen musste das für den Westen noch tragfähige Konzept der Friedhöfe modifiziert werden. Kern dieses neuen Konzeptes sind die zentralen Sammelfriedhöfe. Auf der Gräberfläche stehen in den meisten Fällen Namentafeln oder Stelen anstatt Grabkreuze. Eine Kennzeichnung der Einzelgräber wie im Westen war nicht finanzierbar.

Bei der Gestaltung der Einfriedungen, Wege und der Begrünung müssen die Mitarbeiter der Bauabteilung auf die jeweiligen regionalen Möglichkeiten Rücksicht nehmen. Die Vorstellungen von Gestaltung und Qualität der Friedhöfe sind oft erst nach langwierigen Verhandlungs- und Überzeugungsprozessen mit örtlichen Behörden und Organisationen umsetzbar.

Bei der Pflege kann der Volksbund, anders als im Westen, nicht auf eine Eigenpflege zurückgreifen. Der Abschluss langjähriger Pflegeverträge und die Erläuterung und Kontrolle der Pflegeziele fördern eine Identifikation der Auftragnehmer mit den Friedhöfen. Da hier örtliche Firmen, Vereine und Gesellschaften ausgewählt werden, ist die Akzeptanz unserer Friedhöfe in der Bevölkerung meist hoch.

Eine ähnliche Lösung strebt der Volksbund auch bei den Kriegsgefangenenfriedhöfen an. Die große Zahl von Anlagen – es gibt mehrere Tausend Lagerfriedhöfe, die genaue Zahl ist nicht bekannt – kann der Volksbund auf Dauer nicht erhalten. Deshalb sollen Sammelfriedhöfe Hinweise auf benachbarte Lager und Unterlager erhalten. Sie werden somit für die Angehörigen Orte der Erinnerung und verdeutlichen auf eindrucksvolle Weise die Dimension des Leidens und Sterbens nach Beendigung der unmittelbaren Kriegshandlungen.



In den Ländern Westeuropas stehen die Namen der Gefallenen auf den Grabzeichen – unmittelbar dort, wo sie begraben wurden. Bild oben: Kriegsgräberstätte Andilly/Frankreich. Auf jeder Seite des Kreuzes sind drei Namen.

In Osteuropa stehen die Namen der Gefallenen in alphabetischer Reihenfolge auf Steintafeln neben dem Gräberfeld. Bild unten: Friedhof Kiew/Ukraine.



Gräbernachweis und Angehörigenbetreuung

Die Arbeit der Angehörigenbetreuung rührt immer wieder an schmerzliche Erinnerungen. Hoffnung auf eine Nachricht vom Schicksal eines geliebten Menschen mischen sich so manches Mal mit der Enttäuschung, dass der Volksbund ihn noch nicht gefunden und ihm endlich ein würdiges Grab gegeben hat. In jährlich Zehntausenden von Briefen, Telefonaten und persönlichen Gesprächen bekommt der Volksbund einen Eindruck von den tiefen Wunden, die Krieg, Flucht und Vertreibung einer ganzen Generation und ihren Kindern geschlagen haben. Die Toten leben in der Erinnerung weiter. Frauen haben ihre Männer nicht vergessen, Männer und Frauen nicht ihre Geschwister. Viele leiden ein Leben lang darunter, dass sie ohne Vater, ohne Eltern aufwachsen mussten. Zahllose Menschen warten noch heute auf eine Nachricht, auf die erlösende Mitteilung, wie und wo ihr Angehöriger gestorben ist und wo er sein Grab hat.

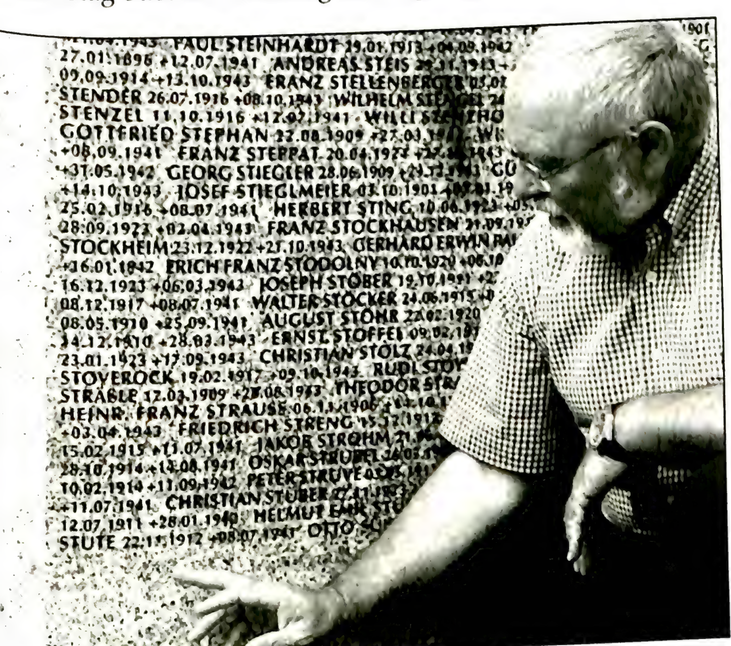
Die Mitarbeiter der Angehörigenbetreuung versenden pro Jahr rund 20 000 Briefe und beantworten über 10 000 telefonische oder persönliche Anfragen. Es geht vor allem um Auskünfte über Grablagen, Informationen über den Zustand von Friedhöfen, Umbettungen auf Sammelfriedhöfe oder den Stand des Ausbaus der Kriegsgräberstätten im Osten. Immer wieder erreichen den Volksbund Fragen nach dem Verbleib von Vermissten. In fast allen Fällen hat der Suchdienst des DRK bereits eine Auskunft erteilt.
Siehe dazu: Suchdienst des Roten Kreuzes Seite 43.

Viele meinen, dass über ihren Angehörigen keine Unterlagen vorhanden sind, weil sie in früheren Jahren einen negativen Bescheid vom Volksbund oder vom Suchdienst des Roten Kreuzes erhalten hatten. Aber seit der Wende Ende der 80er Jahre hat sich vieles verändert. Die Archive in Osteuropa sind jetzt zugänglich und der Volksbund bekommt Hinweise über das Schicksal von Kriegsgefangenen, die bisher als verschollen galten.



Mitarbeiterinnen des Volksbundes geben bei den Einweihungen Auskunft über die Lage der Gräber und beantworten Fragen.

Zur Zeit birgt der Volksbund pro Jahr etwa 35 000 Gefallene. Von etwa der Hälfte dieser Toten kann der Name ermittelt werden. Ein großes Problem ist, dass in vielen Fällen Informationen nicht mehr an die Angehörigen gegeben werden können. Viele sind umgezogen und dem Volksbund sind die neuen Anschriften nicht bekannt. Bei anderen sind die Angehörigen verstorben. So hilft manchmal nur der Zufall, wie bei Konrad Stute, der beim „Surfen" im Internet herausfand, dass der Volksbund seinen Vater gefunden und auf dem Sammelfriedhof in Kiew bestattet hat. Sofort buchte er eine Reise und nahm mit Frau und Schwester an einer Angehörigenreise in die Ukraine teil und legte am Grab seines Vaters Blumen nieder. Viele Angehörige sind nicht mehr in der Lage, eine weite Reise zu unternehmen. Sie wollen jedoch, dass wenigstens Blumen das Grab schmücken. Deshalb bietet der Volksbund einen besonderen Service an: Pro Jahr führt er etwa 13 000 Aufträge von Angehörigen für Grabschmuck und Grabfotos aus. Viele wollen, dass die Blumen am Geburtstag oder am Todestag niedergelegt werden.



Konrad Stute zeigt auf den Namen seines Vaters auf einer der grossen Namentafeln auf dem Friedhof Kiew in der Ukraine.

Um den Hinterbliebenen Auskunft geben zu können, hat der Volksbund eine zentrale Gräberkartei angelegt. In ihr sind auf Karteikarten 2,5 Millionen deutsche Kriegstote erfasst. Heute steht darüber hinaus eine moderne EDV-gestützte Datenbank zur Verfügung. Dort sind derzeit 3,9 Millionen Meldungen über Gräber bzw. Vermisste gespeichert. In der Vorgangsregistratur liegt in Mappen der Schriftwechsel mit rund 700 000 Angehörigen, weitere 70 000 Vorgänge sind zur Erleichterung der Sachbearbeitung bereits digitalisiert in der Datenbank.

Datenverbund mit der Deutschen Dienststelle

Für die meisten Länder befinden sich die Unterlagen über die Gräber bereits beim Volksbund. Lediglich die Grab- und Todesmeldungen für das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sind noch bei der Deutschen Dienststelle in Berlin archiviert. Im Jahr 1994 wurde deshalb ein Datenverbund errichtet, der es dem Volksbund gestattet, auch mit diesen Meldungen zu arbeiten. Sie werden nach Ursprungsgrablagen sortiert und dem Volksbund zeitgerecht zur Verfügung gestellt.

Namenbücher und Gesamtdokumentationen

Auf allen Kriegsgräberstätten sollen, soweit es die baulichen Gegebenheiten zulassen, Namenbücher ausgelegt werden. Die früher sehr teure Herstellung dieser Bücher erfolgt heute aufgrund der elektronisch gespeicherten Daten kostengünstig in Eigenregie. Problematisch ist die sichere Auslage der Namenbücher auf den Friedhöfen (viele werden, aus welchen Gründen auch immer, gestohlen oder beschädigt).

Volksbund im Internet

Ohne eine Speicherung der Daten mit Hilfe von Computern ist die Arbeit nicht zu bewältigen. Nur so können Zehntausende von Anfragen zügig beantwortet und Informationen über Gefallene und Friedhöfe bereitgestellt werden.

Im Juni 1999 veröffentlichte der Volksbund im Internet die Daten von über zwei Millionen deutschen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren haben. Heute sind es bereits 3,9 Millionen Datensätze. Unter der Internet-Adresse www.volksbund.de können Interessierte nach ihren Angehörigen und deren Grablagen suchen. Mancher Surfer ist überrascht, wenn er auf den Namen eines Verwandten stößt und dann plötzlich erfährt, wo er bestattet ist.

Zu über 1 121 Kriegsgräberstätten gibt es Informationen in Text und Bild. Die Datenbestände werden regelmäßig aktualisiert. Zu Soldatenschicksalen, die noch nicht in der Datenbank aufgenommen sind, können Nachforschungsanträge gestellt werden. Inzwischen haben über 200 000 Menschen auf den Volksbund-Seiten im Internet nach Grablagen gesucht.



Neue Wache in Berlin – Zentrales Mahnmal für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft.

Gedenken – Mahnung – Frieden

In der Satzung des Volksbundes heißt es unter § 2, Abs. 1: „Das verpflichtende Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft als Mahnung zum Frieden unter den Völkern und zur Achtung der Würde und der Freiheit des Menschen zu wahren und zu pflegen". Dies gilt als Grundvoraussetzung für die gesamte Arbeit des Volksbundes, die er im Auftrag der Bundesregierung wahrnimmt.

Damit versteht sich der Volksbund als Institution, die auf die schrecklichen Folgen der Weltkriege hinweist und zu einer aktiven Friedensarbeit aufruft. Der Volkstrauertag, zu dessen Anlass Gedenkfeiern überall im Land vom Volksbund oder mit seiner Unterstützung ausgerichtet werden, hat eine zentrale Funktion.

„Die Soldatengräber sind die großen Prediger des Friedens und ihre Bedeutung als solche wird immer zunehmen", sagte Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer. Für den Volksbund bedeutet das, unermüdlich nach Wegen zu einer friedlichen Gestaltung von Gegenwart und Zukunft zu suchen.



Zusammenarbeit mit Bundeswehr und Reservisten

Soldaten und Reservisten der Bundeswehr haben dem Volksbund in den vergangenen Jahrzehnten im beispielhafter Weise geholfen. Seit ihrem Bestehen war und ist es der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr ein großes Anliegen, die Arbeit des Volksbundes zu unterstützen. Dies kommt auch in dem Erlass Nr. 6 des Bundesministers der Verteidigung aus dem Jahr 1979, der auch 2005 erneuert wurde, zum Ausdruck. In diesem Erlass verpflichtet sich die Bundeswehr:

An freiwilligen Arbeitseinsätzen auf Kriegsgräberstätten teilzunehmen, bei der Haus- und Straßensammlung Soldaten als Sammler einzusetzen, Teilnehmer an Jugendlagern mit Fahrzeugen der Bundeswehr zu transportieren, an Gedenkfeiern des Volksbundes teilzunehmen und das Musikkorps der Bundeswehr für die musikalische Umrahmung von Veranstaltungen zu stellen.

Durch diese Hilfe ist es dem Volksbund möglich, rund 2 000 junge Menschen jährlich auf Kriegsgräberstätten fast aller europäischen Länder zu führen, sowie würdevolle Gedenkfeiern zu gestalten und die Arbeitsaufgaben bei der Errichtung und Pflege von Kriegsgräberstätten zu erfüllen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs finden die Arbeitseinsätze der Bundeswehrsoldaten und Soldatinnen in Ost- und Südosteuropa große Aufmerksamkeit und Anerkennung in der Bevölkerung und tragen so dazu bei, Vorurteile abzubauen und ein positives Bild von Deutschland entstehen zu lassen.



Reisen zu den Kriegsgräberstätten

Die Angehörigen der Kriegstoten stehen seit jeher im Zentrum der Aufmerksamkeit des Volksbundes. Der Volksbund vermittelt unter dem Motto „Mit Uns" seit vielen Jahren Gruppenreisen mit erfahrenen Reiseveranstaltern zu Kriegsgräberstätten im Ausland. An diesen Reisen sind vor allem Familienangehörige der auf den Kriegsgräberstätten ruhenden Toten interessiert. Dazu gehören aber auch Menschen, die sich über die Arbeit des Volksbundes informieren wollen. In der Regel sind die Gruppen vom Alter her bunt gemischt. Alle vereint die Gewissheit, mit Gleichgesinnten zu reisen, die das eigene Schicksal teilen. Man kann sich austauschen und findet ohne viele Worte Verständnis dafür, dass der Schmerz über den Verlust des Ehemannes, Bruders oder Vaters auch nach Jahrzehnten nicht aufhört.

Ziel der Gruppenreisen sind deutsche Kriegsgräberstätten (aber zusätzlich auch die anderer Nationen) in ganz Europa einschließlich der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Waren früher die Besuche an den Gräbern der einzige Anlass für eine Reise, so ist heute das Land, die Gegend, in der die Soldaten gekämpft haben und gestorben sind, in den Vordergrund getreten. Viele Reiseteilnehmer wissen nicht, wo ihr Angehöriger gestorben ist. Sie haben nur die Kenntnis, er sei vermisst. Während der Volksbundreise suchen sie nach den Spuren der Menschen, die sie nicht vergessen haben. Auch wenn es nicht möglich ist, am Grab stehen zu können, tröstet der Gedanke, wenigstens am Ort oder in der Landschaft zu sein, wo er gestorben ist.

Jugend- und Schularbeit

Seit mehr als 50 Jahren arbeiten junge Menschen auf Kriegsgräberstätten im In- und Ausland. Jugendliche von CVJM und Kolping waren es, die in Lommel (Belgien) 1953 das Motto ihrer Arbeit an den Kriegsgräbern prägten: „Versöhnung über den Gräbern". Dies wurde später ergänzt durch „Arbeit für den Frieden". Es ist bis heute Leitwort für die Arbeit. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs hat es neue Aktualität bekommen.

Arbeit für den Frieden
Travail pour la Paix
Work for peace
Werk voor de vrede
Lavoro per la pace
Работа во имя Мира
Praca dla pokoju

Unter dem Leitwort der Versöhnung haben bisher an über 4 200 Jugendlagern in 35 Ländern Europas und Nordafrikas mehr als 190 000 Jugendliche aus der Bundesrepublik und vielen europäischen Ländern teilgenommen. Der weit überwiegende Teil der Jugendlager wurde in der Vergangenheit in Westeuropa angeboten. Viele Städte- und Gemeindepartnerschaften sind aus dieser Arbeit entstanden. So hat der Volksbund an der Aussöhnung mit Frankreich einen historischen Anteil. Was in Westeuropa gelang, ist heute Anregung und Verpflichtung für Osteuropa. Dies gewinnt angesichts der Osterweiterung der Europäischen Union eine besondere Bedeutung. Bei der Arbeit auf den Kriegsgräberstätten wie auch den Mahn- und Gedenkstätten erkennen junge Menschen die direkten Auswirkungen von Krieg und Gewaltherrschaft. Neben der Arbeit an den Gräbern stehen mehr und mehr der Kontakt zur Bevölkerung und der Jugendaustausch im Vordergrund.

Der Volksbund unterhält in Deutschland, den Niederlanden, in Belgien, Italien und in Frankreich Jugendbegegnungsstätten, alle in unmittelbarer Nähe von deutschen Kriegsgräberstätten. Seit 1993 haben über 50 000 junge Menschen die Jugendbegegnungsstätten des Volksbundes genutzt. Meist integrieren Schulklassen das Angebot des Volksbundes in ihre Projekte zum Thema Krieg und Frieden. Sie nutzen diese Möglichkeit gemeinsam mit Jugendlichen unserer Nachbarländer. Bei internationalen Jugendbegegnungen setzen sie sich mit der eigenen Geschichte auseinander und lernen Menschen verschiedener Nationen kennen. Auf diese Weise werden Vorurteile abgebaut.



Unmittelbar bei der deutschen Kriegsgräberstätte Ysselsteyn in den Niederlanden liegt die Jugendbegegnungsstätte. Ein Gang über den Friedhof ist eine Begegnung mit der Geschichte.

Ausblick

Der Volksbund betreut rund 832 Kriegsgräberstätten in 44 Ländern. Die in über 14 Jahren erreichten Fortschritte in den osteuropäischen Ländern werden deutlich, wenn man weiß, dass es 1990 gerade einmal 324 deutsche Friedhöfe im Ausland gab. Zu den über 500 neuen oder wieder hergerichteten Anlagen zählen 45 große zentrale Sammelfriedhöfe. Rund 35 Anlagen sind noch im Bau oder werden instand gesetzt. Noch in diesem Jahrzehnt soll der Bau aller großen Sammelfriedhöfe abgeschlossen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt muss auch geklärt sein, was mit den unzähligen Kriegsgefangenenfriedhöfen geschehen soll.

Der Schwerpunkt der Arbeit wird sich in den nächsten Jahren vom Friedhofsbau mit der Umbettung der Kriegstoten auf die Erhaltung und Pflege der Kriegsgräberstätten, die Identifizierung von Gefallenen, die Information der Angehörigen und die Dokumentation der Namen der Opfer von Krieg und Gewalt und die Mahn- und Gedenkarbeit, insbesondere die Arbeit mit jungen Menschen, verlagern. Beispiele dafür sind Wolgograd-Rossoschka mit dem Projekt „Namen für Rossoschka". Dort werden die Namen aller deutschen Opfer der Schlacht von Stalingrad und der anschließenden Kriegsgefangenschaft auf Gedenksteinen verewigt. In St. Petersburg-Sologubowka werden in den Kellergewölben der vom Volksbund wieder aufgebauten Kirche „Mariä Himmelfahrt" werden Bücher mit den Namen aller deutschen Kriegstoten in Russland ausgelegt.

In der Kirche „Mariä Himmelfahrt" neben der deutschen Kriegsgräberstätte St. Petersburg-Sologubowka hat der Volksbund die ersten Bücher mit den Namen der Gefallenen ausgestellt. Die Dokumentation ist noch unvollständig, umfasst aber schon etwa 850 000 Namen.





Die ersten Granitwürfel sind angeliefert, sie werden neben dem deutschen Friedhof Wolgograd-Rossoschka aufgestellt. Auf jedem Würfel stehen rund 900 Namen von deutschen Opfern der Schlacht um Stalingrad. Es sind 140 Wüfel mit 120 000 Namen geplant.

Zukünftig sollen für alle Länder mit deutschen Kriegsgräberstätten Dokumentationen mit allen Namen der in dem jeweiligen Land Gefallenen entstehen. Sie sollen Besuchern auf den jeweils größten Friedhofsanlagen zugänglich gemacht werden.

Die Kriegsgräber müssen erhalten werden. Das gebieten die Genfer Abkommen, die bilateralen Kriegsgräberabkommen und die in unserer europäischen Kultur verankerten Grundwerte. Die Anlagen im Westen werden von eigenem Personal gepflegt, im Osten arbeitet der Volksbund mit ausländischen Kriegsgräberdiensten und Firmen zusammen. Sie sorgen unter seiner Aufsicht dafür, dass die Friedhöfe gepflegt werden. Alle Anlagen sind Mahnmale für den Frieden und gewinnen angesichts des Unfriedens in unserer Welt in dieser Funktion an Bedeutung – so wie es Albert Schweizer frühzeitig veraussah.

Heute und in Zukunft wird ein engagierter Einsatz für Verständigung, Versöhnung und Frieden wichtig sein. Kriegsgräberstätten wandeln sich in diesem Prozess von Stätten der persönlichen Trauer und des Gedenkens zu Lernorten der Geschichte.

Beispiele aus unserer Arbeit

Hermann Stiel, geboren am 6. Mai 1921, gefallen am 20. Dezember 1944
Vorgang 617 703



Hermann Stiel (mitte) mit seinen drei Brüdern.

Der Unterscharführer Hermann Stiel – Erstgeborener von vier Brüdern aus dem thüringischen Sondershausen – kämpfte im Kurlandkessel in Lettland als Angehöriger des 49. Grenadierregiments. Kurz vor Weihnachten 1944 starb er im Alter von 23 Jahren. Ein Halsdurchschuss führte am 20.12.1944 um 23 Uhr zu seinem frühen Tod. Beerdigt wurde Hermann von der Truppe auf einem großen Soldatenfriedhof im ehemaligen Pastorat Kruze unweit des Todesortes. Am 27.12.1944 meldete der Gräberoffizier der Truppe diesen Vorfall der Wehrmachtauskunftstelle in Berlin und den Eltern in Sondershausen.

Seine Eltern und Brüder hatten, wie viele andere Angehörige auch, wenig Hoffnung, jemals an den Ort seiner Bestattung zu gelangen, um Abschied nehmen zu können. Der Eiserne Vorhang verhinderte dies. Erst im Juni 1997 bot sich für mich, seinen Neffen, die Gelegenheit, im Rahmen von Verhandlungen mit der lettischen Partnerorganisation des Volksbundes in das Kurland zu reisen, um das Grab zu suchen. Nach abenteuerlicher Fahrt konnte ich die Überbleibsel dieses Soldatenfriedhofes mit fast 1 000 Gräbern ausfindig machen. Auf der riesigen Fläche waren die Grabhügel zu erkennen, jedoch war ein Drittel des Friedhofes bereits mit Zivilgräbern belegt.

Im Sommer 2000 begann der Umbettungsdienst des Volksbundes mit der Arbeit im Gebiet des Kurlandkessels und so auch in Kruze. Es stellte sich bei den Ausbettungen heraus, dass der Friedhof aus zwei Gräberblöcken mit sieben bzw. zwölf Reihen bestand. 653 Gräber sind festgestellt worden. 488 Nachlassgegenstände, darunter 384 Erkennungsmarken, wurden gefunden, auch Ringe, Abzeichen, Zettel aus Grabflaschen, Armbanduhren und Schmuckstücke. Ich hatte diese hohe Quote an Erkennungsmerkmalen erwartet und war der festen Hoffnung, dass viele Gefallene identifiziert werden könnten. Für den Friedhof gab es jedoch nur 128 Grabmeldungen der Deutschen Dienststelle in Berlin. Warum so wenig Grabmeldungen, wo doch gegen Kriegsende noch scheinbar geordnet bestattet wurde? War es Ende Dezember / Anfang Januar 1945 nicht mehr möglich, die Verluste vollständig an die WASt zu melden? Oder konnten die in Berlin vorhandenen Meldungen diesem Grablageort nicht zugeordnet werden, weil sie vielleicht eine andere Ortsbezeichnung trugen?



Im Volksbund bearbeitete Jeannette Mézer den Friedhof. Sie stellte zunächst anhand der Erkennungsmarken fest, dass ein Teil der Gefallenen für andere Friedhöfe gemeldet waren. Es fanden also während des Krieges bereits Umbettungen nach Kruze statt, so zum Beispiel aus den Orten Avoti und Upenicki im Kreis Liepaja. Hierfür lagen dem Volksbund Grabmeldungen vor, in denen die Beschriftung der Erkennungsmarken enthalten war. Durch Vergleich der gefundenen mit den registrierten Erkennungsmarken konnte identifiziert werden. 171 Gefallene wurden in diesem ersten Arbeitsschritt identifiziert. Nun sollte die Deutsche Dienststelle den Rest der Erkennungsmarken entschlüsseln.

Das Ergebnis erreichte den Volksbund einige Monate später und war enttäuschend: Von den rund 250 Erkennungsmarken konnte nur die Hälfte entschlüsselt werden.

Die Deutsche Dienststelle erklärte dies so: Die nicht zu entschlüsselnden Erkennungsmarken gehörten Soldaten der Waffen-SS, deren Erkennungsmarkenverzeichnisse bis heute überwiegend verschwunden sind. Es ist nicht bekannt, ob die Verzeichnisse vernichtet oder ob diese vielleicht irgendwo versteckt wurden. Dies führt leider dazu, dass viele Soldaten, deren Gebeine gefunden wurden, nicht mehr identifiziert werden können, obwohl Erkennungsmarken bei den Toten lagen. Ein tragischer Umstand.

Ausbettungsskizze des Friedhofs Kruze in der Gemeinde Barta/Lettland

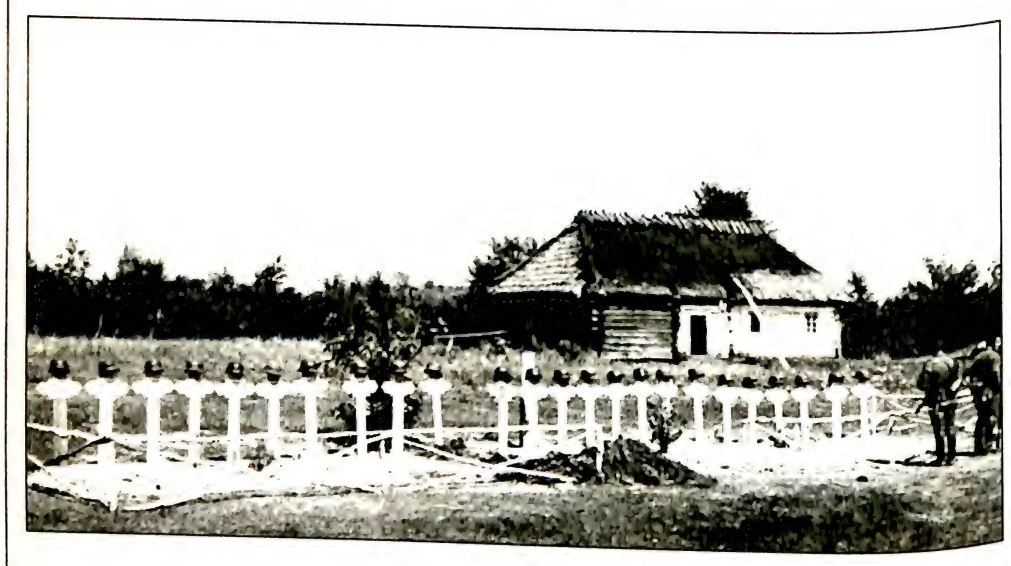
Für mich bedeutet dies, dass mein Onkel einer der Gefallenen ist, die als Unbekannte in Block 5 der Kriegsgräberstätte Saldus (Frauenburg) in den Reihen 10 bis 25 in den Gräbern 412 bis 1 064 ruhen. Eine spätere Identifizierung wird nur möglich sein, wenn alte Belegungspläne oder die Verzeichnisse der Erkennungsmarken auftauchen, die sein Schicksal klären können.

An welcher Stelle auf dem Friedhof Saldus Hermann Stiel heute ruht, bleibt weiter ein Rätsel. Dennoch gibt der Gedanke der Familie Trost, dass seine Gebeine nun nach der Überführung ihre endgültige Ruhe erhalten haben, sein Grab auf Dauer gesichert ist, sein Name auf einer Steintafel in Saldus verzeichnet ist.

Auf der Suche nach dem Grab des Schwiegervaters:
„Nicht aufgeben, nur Beharrlichkeit führt zum Ziel."

Zu den Zeiten der Sowjetunion gab es keinerlei reale Chance, nach dem Grab des beim Vormarsch 1941 in der Ukraine gefallenen Vaters meiner Frau zu suchen.

Das änderte sich mit dem Zusammenbruch der UdSSR. Jetzt begann ich, die noch vorhandenen Unterlagen intensiv zu studieren, um mir einen Überblick über das zu verschaffen, was eventuell zu unternehmen sein könnte. Neben einigen 1941 angefertigten Fotos des kleinen Soldatenfriedhofes bei Tschepowitschi besaß ich eine Skizze des deutschen Wehrmachtspfarrers mit der genauen Lage der Grabstelle. Diese Skizze war so gut, dass man seiner Zeit geglaubt hatte, mit ihrer Hilfe den kleinen Friedhof und damit das Grab jederzeit leicht finden zu können.



Die erste Kontaktaufnahme zum Volksbund erfolgte 1990. Die Antwort besagte, dass die Arbeit im Gebiet der früheren Sowjetunion zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich sei, da das Kriegsgräberabkommen mit der Ukraine noch fehle. Die regelmäßigen Anfragen in den Jahren 1991 bis 1995 brachten kein neues Ergebnis.

Ende des Jahres 1995 erhielten wir vom Volksbund die Anschrift eines Ukrainers, der sich bemühte, Gräber gefallener deutscher Soldaten zu suchen. Dieser Mann erklärte sich bereit, mir im Rahmen seiner Möglichkeiten bei der Suche nach dem Grab des gefallenen Vaters meiner Frau zu helfen. Es handelte sich um den Großraum Korosten im Rayon Shitomir, in dem beim Vormarsch im Juli / August 1941 schwere und verlustreiche Kämpfe stattgefunden hatten.

Ehe diese private Suchaktion starten konnte, teilte mir der Volksbund im Frühjahr 1996 mit, dass das für die Suche seitens des Volksbundes erforderliche Abkommen mit der Ukraine im Mai 1996 abgeschlossen sei. Danach war es klar, dass der Volksbund vor einer riesigen Aufgabe stand und mit seiner Arbeit nicht überall gleichzeitig würde

beginnen können. Von dem Ukrainer erhielten wir in den folgenden Jahren viele Briefe und Kartenskizzen mit einer Flut von widersprüchlichen Angaben. Da alle Nachrichten Russisch abgefasst waren, mussten wir die gesamte Korrespondenz von einem Dolmetscher übersetzen lassen. Es entstanden erhebliche Kosten, ohne dass wir dem Ziel näher gekommen wären. Die jahrelangen Bemühungen haben deutlich gezeigt, welche Schwierigkeiten die Suche nach mehr als 50 Jahren mit sich bringt.

Den Ort Tschepowitschi, in dem der Gefallene 1941 beerdigt worden war, gibt es nicht mehr. An der Peripherie sind mehrere neue Orte entstanden, in denen meist nur Menschen wohnen, die erst nach 1945 dorthin gezogen sind. Straßen und Teile der Bahnlinie sind neu trassiert worden, die Bebauung des gesamten Geländes ist nach anderen Gesichtspunkten erfolgt. Soweit Zeitzeugen noch leben, sind ihre Angaben oft äußerst widersprüchlich. Jüngere Einwohner unterliegen in vielen Fällen Selbsttäuschungen. All diese Erkenntnisse haben mich veranlasst, im Sommer 1996 intensive Gespräche mit Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle in Kassel zu führen, Erfahrungen auszutauschen und nach neuen Wegen für das weitere Vorgehen zu suchen.

Im Herbst 1998 erreichte mich ein Brief aus Kiew, in dem der Verfasser (ein Ukrainer) mitteilte, dass sich das von mir gesuchte Grab im Garten seiner Mutter im Raum Tschepowitschi befinde. Dem Schreiben beigefügt waren einige (schlechte) Fotokopien von geöffneten Gräbern. Außer Erdhügeln und einigen nicht zu erkennenden Personen war auf den Fotokopien nichts zu sehen. Der Brief schloss mit der Anfrage, wann wir die Ukraine besuchen würden, um uns die „Fundstelle" anzusehen.

Der Volksbund wurde sofort von diesem Schreiben informiert und angefragt, ob in der Bundesgeschäftsstelle dieser Vorgang bekannt sei. In zwei Schreiben vom Frühjahr 1999 wurde der Verfasser des Briefes um Auskunft gebeten, wieso er annehme, dass es sich um die Gebeine des im August 1941 bei Tschepowitschi gefallenen Vaters meiner Frau handele. Im Frühjahr 2000 erreichte mich ein neues Schreiben aus Kiew, das neben nichts sagenden Angaben nur die Aufforderung enthielt, für die durch die Suchaktion dem Verfasser des Briefes entstandenen Kosten einen bestimmten Betrag auf das Konto einer Bank in Kiew zu überweisen. Die Forderung wurde selbstverständlich abgelehnt. Das Beispiel zeigt deutlich, wie von gewissenlosen Menschen versucht wird, Angehörige gefallener deutscher Soldaten zu erpressen!

Im Frühsommer 1999 diskutierten wir im Volksbund gemeinsam alle bisher bekannten Fakten noch einmal. Dabei habe ich angekündigt, im Mai 2000 selbst in die Ukraine zu fliegen und im Raum Tschepowitschi zu prüfen, welche der als möglich genannten Stellen für eine Sondierung in Frage kommen könnten. Soweit möglich und erforderlich, sollte dieses Vorhaben von den Vertretern des Volksbundes in Kiew unterstützt werden.

Mit meinem Vorschlag war der Volksbund einverstanden. Leider hat uns auch der Besuch in Tschepowitschi im Mai 2000 trotz aller Bemühungen nicht weitergebracht. Im Rahmen einer Besichtigung des in Frage kommenden Geländes wurden einige Stellen festgelegt, an denen sich nach den vorhandenen Unterlagen der Friedhof bzw. seine Überreste hätten befinden können. Später unternommene Probesondierungen an vier verschiedenen Stellen erwiesen sich als erfolglos. Besonders erwähnen möchte ich in

diesem Zusammenhang die hervorragende Unterstützung der gesamten Aktion durch den Volksbund in Kassel und seine Vertreter in Kiew. Hierfür ganz, ganz herzlichen Dank!!

Nach der Rückkehr aus der Ukraine habe ich neue Vorschläge zur Intensivierung der Sucharbeit im Raum Tschepowitschi unterbreitet, die aus den eigenen im Dorf Tschepowitschi gewonnenen Erkenntnissen resultierten. Der Volksbund hat die Initiative aufgegriffen und Bewohner, die während der Kriegszeit 1941 in Tschepowitschi lebten, befragt.

Im Oktober 2000 erreichte uns ein Anruf aus Kiew vom Volksbund-Beauftragten. Nach der Aussage eines alten Mannes befand sich in Tschepowitschi, am früheren südöstlichen Ortsausgang, an der Straße nach Malin ein kleiner Friedhof, auf dem im Sommer 1941 deutsche Soldaten beigesetzt wurden. Sondierungen des Volksbundes ergaben, dass auf dem angegebenen Gelände 24 deutsche Soldaten bestattet lagen. Bei den Exhumierungsarbeiten wurden auch Erkennungsmarken gefunden.



Die Auswertung aller Funde ergab, dass zwölf Gefallene aufgrund der Erkennungsmarke eindeutig zu den Gefallenen gehörten, die im Spätsommer 1941 auf dem kleinen deutschen Soldatenfriedhof im damaligen Tschepowitschi beigesetzt worden waren. Dabei handelte es sich um den Friedhof, von dem Ende 1941 von der Einheit des gefallenen Vaters meiner Frau Fotos zugeschickt worden waren.

Bei unserem Besuch im Mai 2001 in Tschepowitschi besuchten wir den Fundort der Gebeine und den deutschen Soldatenfriedhof in Kiew, wo die sterblichen Überreste dieser Gefallenen inzwischen beigesetzt worden sind. Es war ein ergreifender Moment, als wir an der Stelle standen, an der die Gebeine nach mehr als 60 Jahren ihre endgültige Ruhe erhalten haben. Für die noch lebenden Angehörigen ist es ein großer Trost, zu wissen, wo ihre Gefallenen ruhen. Damit ist auch ein besonderer Beziehungspunkt für das Andenken an den Gefallenen geschaffen worden. Wir wollen allen Beteiligten für die jahrelange überwältigende Unterstützung bei der Suche nach dem Grab danken und dabei besonders die Hilfe „vor Ort" erwähnen. Das Sprichwort hat sich auch hier bewahrheitet: Nicht aufgeben, nur Beharrlichkeit führt zum Ziel.

Dr. Wolfgang Blaeser



„Jedes Schicksal ist eine Anklage gegen den Krieg!"

Gespräch mit Manfred Stiel, Abteilungsleiter Gräbernachweis beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Der Volksbund erhält rund 20 000 Anfragen pro Jahr. Warum beschäftigen sich die Menschen noch immer mit dem Schicksal ihrer Angehörigen, die vor mehr als 60 Jahren gestorben sind?

Viele wissen, dass ihr Angehöriger als Soldat im Krieg ums Leben kam. Sie haben die Hoffnung, dass der Volksbund bei seinen Arbeiten im Osten doch eines Tages sein Grab finden wird. Erst dann kann dieses Schicksal endgültig geklärt werden. Was die Menschen antreibt, sich nach so langer Zeit mit dem Thema zu beschäftigen, ist nicht leicht zu beantworten. Vielleicht ist es die starke innere Bindung an den geliebten Menschen, die auch nach so langer Zeit noch da ist. Vielleicht spielt es aber auch eine Rolle, dass man sich in jungen Jahren, wo eigentlich das Leben noch vor einem liegen sollte, verloren hat. Lebenswege konnten nicht wie geplant weitergehen. Die Menschen wurden plötzlich und endgültig auseinandergerissen – ohne dass sie voneinander Abschied nehmen konnten. Es bleibt der Gedanke: Was wäre gewesen, wenn es anders gekommen wäre. Es bleibt eine emotionale Lücke, ein Bereich im Leben, der nicht aufgearbeitet werden konnte.

Ein Beispiel aus meiner Familie: Mein Schwiegervater, inzwischen 84 Jahre alt, hat sich in den letzten zehn Jahren intensiv damit befasst, herauszubekommen, was mit seinem Bruder geschehen ist, wo das Grab des Bruders ist. Der Volksbund konnte mit Hilfe der Deutschen Dienststelle einige Informationen geben und teilte mit, dass das Grab in Ostpreußen irgendwo auf dem Gelände eines ehemaligen Gutshofes wäre. Weder die Lage des Gutes selbst, noch die des Grabes auf dem Gelände waren auf der Meldung genau beschrieben. Doch das Ziel meines Schwiegervaters war es, den Ort und möglichst das Grab zu finden, um ganz in der Nähe des Bruders zu sein. Er suchte nach Zeitzeugen, reiste durch Deutschland und fand tatsächlich Menschen, die ihm Näheres sagen konnten. Trotz seiner über 80 Jahre fuhr er dann mit einer seiner vier Töchter nach Ostpreußen, in den 90er Jahren eine noch recht abenteuerliche Reise. Seine Familie war sehr besorgt, aber auch beeindruckt von der großen Energie, mit der der alte Herr sein Ziel verfolgte. Sie fanden das Gut und auf einer Wiese die Stelle, an der nach Auffassung meines Schwiegervaters sein Bruder begraben liegt. Er hatte sein Ziel erreicht.

Der Antrieb für die Suche ist also oft der Wunsch, noch einmal in der Nähe des Grabes oder des Ortes zu sein, an dem der Angehörige gestorben ist. Die meisten unserer

Mitglieder und Förderer wollen aber auch, dass der Volksbund das Grab des Gefallenen findet, den Toten birgt und auf eine Kriegsgräberstätte umbettet, damit dort sein Name verzeichnet wird. Sie wünschen sich ein ordentliches Grab für ihren Angehörigen, das nicht geplündert wird, das nicht durch den Bau einer Straße gefährdet ist und wo keine Müllhalde errichtet werden darf – ein Grab, das erhalten und gepflegt wird.

Aber warum beginnt die Suche der Menschen erst jetzt? Warum haben sie sich nicht schon viel früher damit befasst?

Für die Bevölkerung in Deutschland war in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eigentlich klar, dass die Gräber im Osten unerreichbar sind. Diese Ansicht wurde auch bestätigt durch die damaligen Mitteilungen der sowjetischen Seite, dass diese Friedhöfe nicht mehr existieren würden. Dazu kam noch der Kalte Krieg. Es gab kaum Hoffnung, dass eine Öffnung des Ostens jemals kommen könnte. Reisen zu Kriegsgräbern in den Osten waren undenkbar. Alle wussten dies, und das führte dazu, dass der Volksbund jahrzehntelang nur wenige Anfragen von Angehörigen nach Gräbern im Osten bekam. Obwohl so viele Soldaten in der Sowjetunion gefallen waren oder vermisst wurden, hatten wir seinerzeit nur zwei Sachbearbeiter, die sich um den Osten kümmerten. Wir konnten kaum Auskunft geben, und alle unsere Fragen an die sowjetische Seite blieben unbeantwortet. Das änderte sich erst, als sich die Grenzen 1990 öffneten.

Weiß man heute, wie viele deutsche Soldaten im Osten gefallen sind oder noch vermisst werden?

Hier ist die Deutsche Dienststelle – übrigens heute unser wichtigster Ansprechpartner – gefragt. Als Wehrmachtauskunftsstelle erhielt sie im Krieg von Amts wegen die so genannten Verlustmeldungen der Truppe. Das waren nicht nur Meldungen über den Tod, sondern auch über Verletzung, Urlaub, Krankheit des Soldaten, oder dass man ihn vermisste. Als vermisst galten diejenigen, bei denen niemand eine Aussage treffen konnte, was mit ihm geschehen war, wo keiner gesehen hat, dass er gefallen war.

Nach Schätzungen der Dienststelle gab es auf deutscher Seite insgesamt 3,1 Millionen Gefallene und verstorbene Kriegsgefangene und laut Aussage des DRK-Suchdienstes 1,2 Millionen Vermisste. Im Osten beträgt die Höhe der Gesamtverluste, also der gefallenen und vermissten Soldaten rund 3 Millionen. Die überwiegende Anzahl der im Osten Vermissten ist höchstwahrscheinlich in Kriegsgefangenschaft verstorben. Der Suchdienst des DRK geht davon aus, dass mindestens 650 000 Deutsche in den Lagern im Osten starben. Die Beweise dafür stammen aus den Unterlagen der Archive in Moskau, die ja erst seit rund zehn Jahren zugänglich sind. Dort finden sich viele Angaben über Personen, die bei uns bis vor kurzem noch als vermisst galten. Nun wissen wir, dass sie in den Lagern verstorben sind. Oft erfahren wir zusätzlich das genaue Sterbedatum und auch die Grablage.

Sucht der Volksbund nach Gräbern, von denen er aus den Akten der russischen Archive erfährt?

Die Friedhöfe der deutschen Kriegsgefangenen, von denen wir durch die Moskauer Archive erfahren, werden von uns nach und nach erfasst und später hergerichtet oder aufgelöst, wobei die Gebeine dann auf zentrale Sammelfriedhöfe umgebettet werden. Über 150 Friedhöfe haben wir bereits instand gesetzt, weitere werden in den nächsten zehn Jahren folgen. Problematisch ist, dass es nicht nur ein paar hundert, sondern mehrere tausend solcher Kriegsgefangenenfriedhöfe gibt, die sich über die ganze ehemalige Sowjetunion, bis in 2 000 Kilometer Entfernung hinter dem Ural, verteilen.

Um wie viele Gräber im Osten kümmert sich der Volksbund heute und was sind seine weiteren Ziele?

Wir haben bis heute in Osteuropa mehr als 500 Anlagen geschaffen oder hergerichtet und dabei über 400 000 Gefallene umgebettet. Um Ihnen einen Eindruck von der Größenordnung unserer Aufgabe zu geben: Allein für den Bereich der ehemaligen Sowjetunion liegen 1,88 Millionen namentliche Todes- und Grablagemeldungen vor. Diese betreffen 118 000 Ortsbezeichnungen. Viele dieser Kriegsgräber im Osten sind geplündert, überbaut oder nicht mehr auffindbar. Oberirdisch erkennbar ist fast keines mehr, so dass wir große Mühe haben, aufgrund unserer Unterlagen sowie im Kontakt mit Ortsansässigen die Grabstellen zu lokalisieren. Unser oberstes Ziel ist es, den deutschen Kriegstoten eine endgültige Grablage zu geben und damit die Aufgaben, die sich aus den Kriegsgräberabkommen ergeben, nämlich das dauernde Ruherecht zu gewährleisten, zu erfüllen. Möglichst viele Angehörige sollen die Gräber besuchen können. Die Grabstätten selbst sollen eine eindrucksvolle Mahnung zum Frieden für die Nachwelt darstellen. Aus diesen Leitsätzen, die in unserer Satzung stehen, ergibt sich für den Volksbund die Aufgabe, die Kriegstoten an zentralen Orten zusammenzubetten, schlichte, aber würdige und kostengünstig zu erhaltende Kriegsgräberstätten zu errichten und die Verluste zu dokumentieren.

Wird der Volksbund eines Tages alle Gräber gefunden haben?

Einen Teil der Gräber der 3,1 Millionen, von denen ich sprach, werden wir nicht mehr auffinden. Ohne konkrete Hinweise, wo ein Soldat bestattet wurde oder ohne Wissen, ob er überhaupt gefallen ist, ist eine zielgerichtete Suche nach seinem Grab nicht möglich. Für etwa zwei Millionen Gräber haben wir Angaben zur Lage; diese suchen wir. Rund 400 000 Gefallene hat der Volksbund bereits gefunden, die Gräber wieder hergerichtet oder die Gebeine auf Sammelfriedhöfe umgebettet. Letzteres hat etwa elf Jahre gedauert, pro Jahr sind das 35 000 bis 40 000 Umbettungen. Wir suchen weiter. Interessant ist, dass wir bei unseren Umbettungen auch Gräber von ehemals Vermissten finden, deren Schicksal damit geklärt werden kann. Elementar für den Volksbund ist die Frage der Finanzierung. Da die Gelder für einen flächendeckenden Einsatz des Umbettungsdienstes bei weitem nicht ausreichen, müssen wir organisatorisch so vorgehen, dass Grablagen, an denen 50 oder mehr Gefallene liegen, auf dem Umbettungsplan weit oben stehen. Es handelt sich in diesen Fällen um größere Friedhöfe, die von der Wehrmacht angelegt und dokumentiert wurden, und für die uns Grabmeldungen mit genauen Hinweisen, wie Grabnummern und Reihen vorliegen. Wir gehen also zielgerichtet vor, konzentrieren uns auf konkrete Hinweise und beginnen dort mit der Arbeit, wo uns Dokumente zu Grablagen vorliegen. Gefährdete Gräber werden, soweit möglich, zuerst geborgen.

Wie sind die konkreten Perspektiven der Umbettungsarbeit?

Wir gehen davon aus, dass wir noch 15 bis 20 Jahre im Osten arbeiten werden und zu den bereits geborgenen 400 000 Kriegstoten eine weitere halbe Million Gräber sichern können, sei es durch Umbettung oder Herrichtung. Unsere Arbeit wird allerdings von Jahr zu Jahr schwieriger. Das liegt daran, dass wir zunächst alle leicht zugänglichen größeren Grablagen geborgen haben, um relativ schnell eine hohe Anzahl von Gräbern zu sichern. Die Bergung der Gräber in den kleinen Orten ist weitaus schwieriger und teurer. Wir sprechen von 100 000 verschiedenen Ortschaften in Russland und etwa 20 000 in Polen, an denen sich deutsche Gräber befinden sollen. Unsere Arbeit und Aufgabe ist es, diese Gräber zu suchen. Dies ist die Voraussetzung für den Bau der Kriegsgräberstätten. Dem Volksbund läuft aber die Zeit davon. Die Informationen, die wir von der Deutschen

Dienststelle oder von Angehörigen über diese kleineren Grablagen bekommen, sind meistens nicht genau genug. Wir müssen vor Ort die Bevölkerung befragen, um die Gräber, die oberirdisch nicht mehr erkennbar sind, zu finden. Doch diese Zeitzeugen sind schon sehr betagt, und es wird immer schwerer, Informationen zu erhalten. Eine fast vollständige Bergung aller Gefallenen, wie es im Westen, in Italien oder Frankreich möglich war, wird es somit in den Ländern im Osten nicht geben.

Im Westen ist die Arbeit des Volksbundes ja abgeschlossen, die Friedhöfe sind gebaut. Weiß der Volksbund, wie viele deutsche Soldaten in Frankreich, Belgien oder auch in Deutschland vermisst sind, deren Gräber nie gefunden wurden?

Die Zahl geht in die Zehntausende. Noch heute werden beim Straßenbau oder anderen Bauarbeiten vergessene oder nicht entdeckte Gräber gefunden. In jedem Jahr ist das eine zweistellige Zahl. In Frankreich bekommen wir immer wieder Hinweise auf Gräber von deutschen Gefallenen, die uns nicht bekannt waren. Die Ortsbevölkerung informiert uns über diese Grablagen, und wir betten die Toten auf deutsche Kriegsgräberstätten um. So werden auch im Westen noch immer Schicksale geklärt.

Wird diese Arbeit vom Bund oder von Mitgliedern und Spendern getragen?

Die Fürsorge für die über vier Millionen Kriegsgräber im Ausland ist von der Bundesregierung auf den Volksbund, also einen privaten Verein, übertragen worden. Im Moment haben wir bei der Finanzierung ein Verhältnis von eins zu zehn, das heißt, nur zehn Prozent der Gelder kommen von der Bundesregierung und 90 Prozent von unseren Mitgliedern und Spendern. Aber unsere Förderer gehören der Kriegs- und Kriegskindergeneration an und sind meist schon im Seniorenalter. Wenn es uns nicht gelingt eine jüngere Zielgruppe für die Aufgaben des Volksbundes zu interessieren, ist absehbar, dass die Spenden und Beiträge immer mehr zurückgehen werden. Wahrscheinlich muss sich die Bundesregierung in näherer Zukunft wesentlich stärker an der Finanzierung der Arbeit des Volksbundes beteiligen. Die Erhaltung der Soldatengräber ist in anderen Ländern Aufgabe des Staates. Deutschland und Österreich sind weltweit die einzigen Ausnahmen.

Sind die Kinder und Enkel an dem Schicksal ihrer Eltern und Großeltern interessiert und engagieren sie sich für die Arbeit des Volksbundes?

Es ist nicht leicht, die Verbundenheit mit der Arbeit des Volksbundes auf die nächsten Generationen zu übertragen. Wir beobachten aber, dass zum Beispiel die Entscheidung eines Angehörigen, eine Reise nach Russland zur Kriegsgräberstätte und zum Grab des Gefallenen zu unternehmen, in der Regel von der ganzen Familie getragen wird. Wenn die Partner oder die Kinder das Engagement nicht für gut und richtig hielten, würden wohl weit weniger Angehörige die Anstrengungen einer solchen Reise auf sich nehmen. Daraus folgt, dass die nachfolgende Generation dem Thema Kriegsgräberfürsorge zumindest aufgeschlossen gegenübersteht. Wir müssen erreichen, dass sich die positiven Gedanken, die von den Angehörigen bei diesen Reisen mitgenommen werden, auch auf die ganze Familie übertragen. Wir sehen auch, dass unser Internetauftritt, in dem über die sogenannte „Gräbersuche online" von zu Hause aus Recherchen nach Kriegstoten möglich sind, sehr gut angenommen wird und bei jungen Menschen auf großes Interesse stößt. Zusätzlich haben wir unsere Jugend- und Schularbeit. Wir alle arbeiten daran, die nachwachsende Generation an das Thema der Mahnung zum Frieden, die von den Kriegsgräbern ausgeht, heranzuführen.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Trägt die Arbeit des Volksbundes als „Mahnung zum Frieden" dazu bei, um die Versöhnung mit den einstigen Gegnern weiter zu fördern?

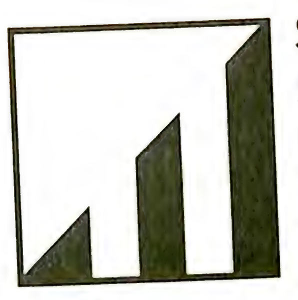
Unser Ziel ist es, Angehörige und möglichst viele Menschen zu den Kriegsgräbern zu führen. Zum einen gibt es die persönliche Betroffenheit des Einzelnen, dessen Angehöriger gefallen ist, und der möchte, dass dieses Grab erhalten wird. Daneben gibt es eine übergeordnete Funktion, eine nachhaltige Mahnung zum Frieden, die von den Friedhöfen ausgeht. Wir haben beide Aufgaben zu lösen. Wir haben möglichst dafür zu sorgen, dass jeder Gefallene sein Grab bekommt, und der Angehörige es besuchen kann. Diese Aufgabe hat vor allem in den Nachkriegsjahren im Westen eine überragende Rolle gespielt. Wir wissen aus dieser Zeit aber auch, dass die Bevölkerung in Deutschland unsere Arbeit im Westen unter dem Gesichtspunkt „Mahnung zum Frieden" getragen und gewünscht hat. Der Volksbund leistete Versöhnungsarbeit vor allem zwischen Deutschen und Franzosen. Die Friedhöfe in Frankreich zeigen den Besuchern das massenhafte Sterben und den Irrsinn eines Krieges. Die Hunderttausende von Kreuzen machen dies spürbar.

Und im Osten?

Auch im Osten sind die Kriegsgräberstätten Mahner zum Frieden. Auf den meisten Anlagen sind die Gräberfelder aus Kostengründen einfacher gestaltet und nicht mit Einzelgrabzeichen, sondern nur mit wenigen Gruppenkreuzen gekennzeichnet. Diese Friedhöfe sind nicht ganz so ausdrucksstark, wie Anlagen mit Tausenden von Kreuzen. Hat sich die Bepflanzung in einigen Jahren gut entwickelt, dann werden diese Kriegsgräberstätten eher gepflegten Parkanlagen gleichen. Insofern kommt hier der Dokumentation der Namen auf den Stelen oder in den ausliegenden Gedenkbüchern besondere Bedeutung zu. Wir sind uns auch im Klaren, dass weit weniger Besucher aus Deutschland eine Kriegsgräberstätte in Russland besuchen werden als im westlichen Europa, das touristisch voll erschlossen ist. Reisen nach Osteuropa sind noch immer teuer und anstrengend, und meist fahren nur Angehörige in einer Volksbund-Reisegruppe dorthin, um ein Grab zu besuchen. Ich bin mir aber sicher, dass der Volksbund mit den Kriegsgräberstätten Sologubowka bei St. Petersburg und Rossoschka bei Wolgograd Anlagen geschaffen hat, die viele Menschen zum Nachdenken bringen werden. Auf beiden Anlagen werden das Leiden und Sterben der Menschen im Krieg und die Mahnung zum Frieden sehr deutlich.

In Sologubowka werden in einem Dokumentationszentrum in der Kirche die Daten aller Deutschen, die durch Krieg und Gefangenschaft in Russland starben, aufgezeichnet. 850 000 Namen sind dort bereits jetzt in den Namenbüchern dokumentiert.

In Wolgograd stellen wir in unmittelbarer Nähe zum Friedhof mit 45 000 Gefallenen mehr als 100 Würfel aus Granit auf, mit den Namen der vermissten, in Gefangenschaft gestorbenen und gefallenen deutschen Opfer von Stalingrad, deren Gräber vom Umbettungsdienst nicht mehr geborgen werden konnten. Eine solche Dokumentation von rund 120 000 Namen am Ort der Kämpfe ist weltweit einzigartig. Die Namenwürfel am früheren Ort des Krieges werden nun zu Mahnmalen wider den Krieg: Denn jeder einzelne Name ist ein persönliches Schicksal – und eine Anklage!



STIFTUNG
SÄCHSISCHE
GEDENKSTÄTTEN

zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft

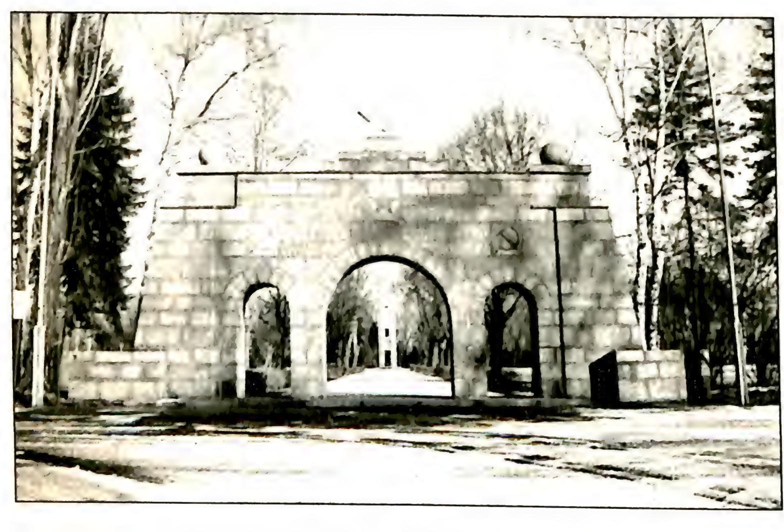
Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten wurde 1994 durch Beschluss der sächsischen Landesregierung ins Leben gerufen. Der Zweck der Stiftung ist es, Stätten im Freistaat Sachsen zu erschließen, zu fördern und betreuen, die an politische Gewaltverbrechen von überregionaler Tragweite, von besonderer historischer Bedeutung, an politische Verfolgung, an Staatsterror und staatlich organisierte Morde erinnern. Dazu werden in eigener Trägerschaft verschiedene Gedenkstätten im Freistaat Sachsen erhalten.

Die Dokumentationsstelle ist behilflich bei der Klärung von Schicksalen; sie arbeitet dabei mit verschiedenen deutschen und ausländischen Institutionen zusammen. Zusätzlich werden Forschungsprojekte durchgeführt. Zurzeit arbeiten Mitarbeiter der Dokumentationsstelle an dem Thema „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“. Die Dokumentationsstelle dokumentiert Opfer- und Widerstandsschicksale und arbeitet am Aufbau eines Archivs, in dem Informationen über einzelne Personen, aber auch über Orte oder bestimmte Geschehnisse verzeichnet sind. Mit Hilfe dieser Angaben können Gutachten für staatliche Institutionen erstellt oder Auskünfte bei Einzel- und Sammelanfragen gegeben werden.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten und ihre Dokumentationsstelle

Die Stiftung wurde am 15. Februar 1994 durch Beschluss der sächsischen Landesregierung ins Leben gerufen. Im Jahr 2003 erfolgte eine generelle gesetzliche Grundlegung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten – der Sächsische Landtag nahm ein Gesetz zur Errichtung der Stiftung an, das am 22. März 2003 verkündet wurde. Darin ist als Zweck der Stiftung festgehalten:

„...diejenigen Stätten im Freistaat Sachsen zu erschließen, zu fördern und zu betreuen, die an politische Gewaltverbrechen von überregionaler Tragweite, von besonderer historischer Bedeutung, an politische Verfolgung, an Staatsterror und staatlich organisierte Morde erinnern. Die Stiftung hat die Opfer politischer Gewaltherrschaft und den Widerstand gegen die Diktaturen zu würdigen sowie die Strukturen und Methoden der jeweiligen Herrschaftssysteme für die Öffentlichkeit zu dokumentieren."





In eigener Trägerschaft unterhält die Stiftung die Gedenkstätten: Pirna-Sonnenstein, Ehrenhain-Zeithain (Bild oben), Münchner Platz Dresden, Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau und Bautzen (unten).

Die Gedenkstätten sind die Arbeitsstellen der Stiftung, ihre Mitarbeiter deren Beschäftigte. Sie erhalten Mittel aus dem jährlichen Stiftungshaushalt, der durch den Stiftungsrat beschlossen und vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst bereitgestellt wird. Das Museum „Runde Ecke" Leipzig sowie die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden werden zusätzlich aus Landesmitteln gefördert.

Ein weiterer Bestandteil der Stiftung ist die „Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte in der NS-Zeit und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR". Sie wurde 1999 eingerichtet. Ihre Hauptaufgabe ist es, Forschungsprojekte durchzuführen. Zurzeit arbeitet die Dokumentationsstelle an dem Thema „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit". Sie dokumentiert Opfer- und Widerstandsschicksale und arbeitet an dem Aufbau eines Archivs, in dem Informationen über einzelne Personen, aber auch über Orte oder bestimmte Geschehnisse verzeichnet sind. Mit Hilfe dieser Angaben können Gutachten für staatliche Institutionen erstellt werden oder Auskünfte bei Einzel- und Sammelanfragen gegeben werden. Außerdem ist die Dokumentationsstelle behilflich bei der Klärung von Schicksalen und arbeitet dabei mit verschiedenen deutschen und ausländischen Institutionen zusammen.

Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte – Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit

Unter dieser Bezeichnung läuft seit 1999 das zentrale Forschungsvorhaben der Dokumentationsstelle der Stiftung. Es war zuerst als gemeinsames deutsch-russisches Projekt zur Ermittlung des Schicksals sowjetischer Offiziere, die in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten waren, begonnen worden. Diese Kriegsgefangenenschicksale sollten aufgearbeitet werden. Im September 2000 wurde die Zusammenarbeit mit einer feierlichen Vertragsunterzeichnung in Moskau festgelegt.

Das erste Ergebnis der Projektarbeit wird im April 2002, am Rande der deutsch-russischen Regierungskonsultationen in Weimar vorgestellt: Der Präsident des Volksbundes Karl-Wilhelm Lange übergibt ein Exemplar des Gedenkbuches über im Kriegsgefangenenlager Hammelburg/Bayern verstorbene sowjetische Offiziere an den russischen Präsidenten Vladimir Putin.



Aufgrund der positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit und entsprechende Wünsche der Regierungen beider Länder folgten bald in rascher Folge weitere Verträge sowie eine Ausweitung des Forschungsbereichs. Im April 2002 wurden erste Abkommen mit Weißrussland unterzeichnet, und im Februar und September 2004 eine Vereinbarung mit der Ukraine. An dem Projekt arbeiten gemeinsam deutsche, russische, weißrussische und ukrainische Wissenschaftler und Archivare. Dabei werden sowohl die Schicksale der Angehörigen der Roten Armee als auch die der Wehrmacht aufgearbeitet, Informationen aus den Akten entnommen, aufbereitet und den Hinterbliebenen, der Öffentlichkeit und der Wissenschaft zur Verfügung gestellt. Das Projekt soll für alle beteiligten Länder humanitäre Arbeit leisten und Schicksale von Menschen klären, die bis heute noch von ihren Angehörigen gesucht werden. Es soll aber auch dazu beitragen, ein klareres Bild über die Kriegsgefangenschaft in den betroffenen Ländern zu zeichnen.

Ein weiteres Projektergebnis ist der in deutscher und russischer Sprache herausgegebene Sammelband „Für die Lebenden. Der Toten gedenken". Er wurde im Herbst 2003 im Bundeskanzleramt der deutschen und im April 2004 der russischen Öffentlichkeit vorgestellt. Bei der Eröffnung des „Jahres der deutschen Kultur in Russland" präsentierte Kulturstaatsministerin Christina Weiss das Buch. Ein wichtiger Schritt waren auch die ersten fertig aufbereiteten Datenbanken über sowjetische Kriegsgefangene, die von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten im Mai und Juni 2004 den Regierungen der Ukraine und Weißrusslands übergeben werden konnten.

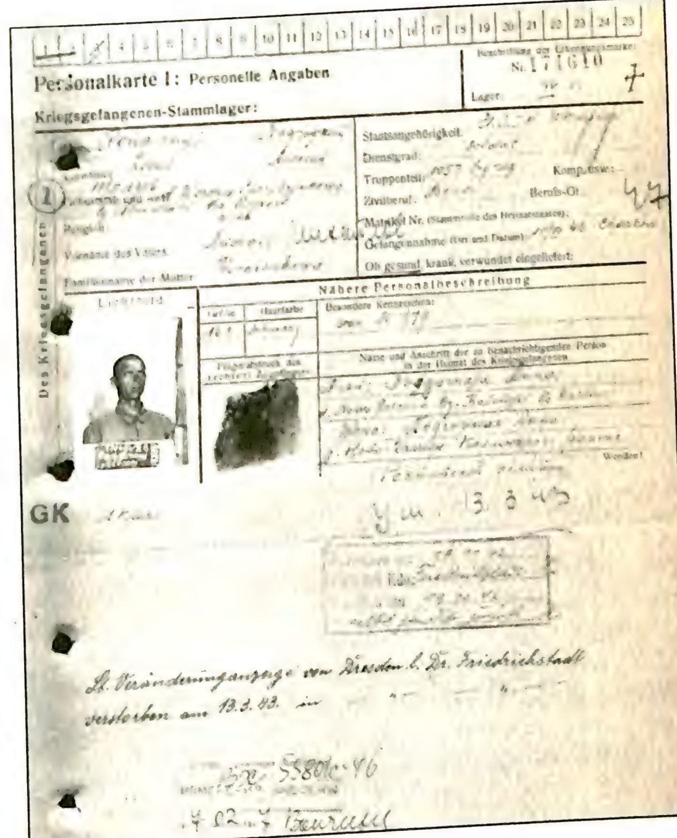
Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland

Während des Zweiten Weltkrieges kamen von den rund fünf Millionen in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen der Roten Armee etwa drei Millionen um. Zwischen 1,2 und 1,5 Millionen wurden in das Reichsgebiet transportiert, etwa 400 000 verloren nach bisherigen Kenntnissen in Deutschland ihr Leben. Ursprünglich waren die Unterlagen über ihre Gefangenschaft bei der Wehrmachtauskunftsstelle in Berlin (heute

Gedenkstein auf dem Friedhof für sowjetische Kriegsgefangene in Hüttenrode/Harz.

Deutsche Dienststelle) archiviert. 1945 wurden sie von den amerikanischen Truppen an die Rote Armee übergeben und galten seitdem in Deutschland als verschollen. In den deutschen Archiven waren nur wenige personenbezogene Unterlagen geblieben. Die überwiegende Mehrheit der individuellen Schicksale der sowjetischen Gefangenen ließ sich daher nicht klären.

Ein Hauptziel des Forschungsvorhabens der Dokumentationsstelle der Stiftung und ihrer Partner ist es, mehr über die sowjetischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich und in den von ihm besetzten Gebieten herauszufinden. Nach systematischen Recherchen und mit Unterstützung des russischen Generalstabs gelang es, Ende der 90er Jahre Zugang zu dem russischen Militärarchiv in Podolsk zu erhalten. Man fand heraus, dass die abtransportierten Unterlagen der WASt über die sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland dort aufbewahrt werden. In Deutschland hatte man bis dahin geglaubt, sie seien verschollen. 1999 erklärte sich die Bundesregierung bereit, für eine systematische und genaue Aufarbeitung dieser Materialien Mittel zur Verfügung zu stellen.


Personalkarte I: Personelle Angaben

Kriegsgefangenen-Stammlager:

Nähere Personalbeschreibung

GK

Eine Akte über einen sowjetischen Kriegsgefangenen. Sie gehörte zu dem Bestand an Unterlagen, der bei der WASt lagerte und der 1945 der Roten Armee in die Hände fiel.

Das Projekt findet unter der Federführung der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten statt. Auf deutscher Seite arbeiten auch die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, die „Dokumentationsstätte Stalag 326 Senne" in Nordrhein-Westfalen, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die Deutsche Dienststelle und der DRK-Suchdienst mit. Auf der russischen Seite ist das Zentrale

Jakow Trochimtschuk 01.01.1893 - 01.11.1942

Die sterblichen Überreste von Soldat Trochimtschuk befinden sich in einem Sammelgrab des Ehrenhains auf dem Friedhof für Kriegsgefangene in Brandis.

Quellen :

- StSG-Datenbank Sowjetische Kriegsgefangene (CAMO Podolsk)
- Grabstein-Fotos aus dem Archiv Scheder-Wedekind

Karteikarte eines sowjetischen Kriegsgefangenen und seine Grabstelle in Deutschland.

Militärarchiv des Verteidigungsministeriums in Podolsk (ZAMO), der Archivdienst des Föderalen Sicherheitsdienstes (früher KGB) und mehrere Archive des Staatlichen Archivdienstes beteiligt. Aber auch von den entsprechenden Archivdiensten in Weißrussland und in der Ukraine wird konkrete Projektarbeit geleistet.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist gegenüber der Bundesregierung für die Durchführung der Projekte verantwortlich und schließt auch die Kooperationsverträge mit den deutschen und osteuropäischen Projektpartnern ab.

Unterlagen zu etwa 60 000 verstorbenen sowjetischen kriegsgefangenen Offizieren in Form von 60 000 Datensätzen sowie etwa 200 000 digitalen Abbildungen der Karteien wurden bereits bearbeitet. Die Bearbeitung der Unteroffiziers- und Mannschaftsbestände hat schon begonnen. Mehr als 200 000 Personendatensätze und die dazu gehörenden Karteikarten sind ebenfalls bereits digitalisiert. Allein in der Russischen Förderation liegen etwa 900 000 Karteikarten , in Weißrussland geht es um etwa 20 000 Datensätze. Bei der Erschließung der Karteikarten in den Archiven der Ukraine dürften etwa 200 000 Personenangaben zu bearbeiten sein.

Diese Unterlagen werden von den osteuropäischen Partnern per EDV erfasst und die Karteiunterlagen gleichzeitig gescannt. Zusätzlich werden relevante Akten in Deutschland, in Osteuropa sowie im westlichen Ausland recherchiert und ausgewertet. Aufgrund dieser umfangreichen Bestände ist es nun möglich geworden, neue wissenschaftliche Fragestellungen zum Schicksal von Kriegsgefangenen und zur Wirklichkeit

des deutschen Kriegsgefangenenwesens anhand detailliert zu dokumentierender Einzelschicksale zu bearbeiten. Große humanitäre Bedeutung hat, dass zum ersten Mal für eine bestimmte sowjetische Gefangenengruppe den Hinterbliebenen genaue Sterbedaten und Grablagen mitgeteilt werden können.

Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion

Während des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren gerieten etwa drei Millionen deutsche Wehrmachtsangehörige sowie mehrere Hunderttausend deutsche Zivilisten in sowjetische Gefangenschaft. Mit Sicherheit sind etwa 650 000 in der Gefangenschaft verstorben. Mehr als 1,3 Millionen gelten heute noch immer als vermisst. Das Schicksal dieser Gruppen steht im Mittelpunkt des zweiten Projektteils, an dem seit 2003 gearbeitet wird.

Das Projekt war in seiner Anfangsphase zuerst allein auf die Suche nach Dokumenten in den verschiedenen Archiven konzentriert. Es war und ist nicht leicht, die unterschiedlichen Akten zu finden und auszuwerten.

Im Mittelpunkt der Arbeit für die Stiftung steht zurzeit die erste Auswertung von etwa zwei Millionen Personalakten, die unter Federführung und nach Vorgaben des DRK-Suchdienstes digitalisiert werden. Außerdem werden Sachakten aus russischen, weißrussischen und ukrainischen Archiven bearbeitet. Die gewonnenen Daten und Informationen werden direkt an die Suchdienste weitergeleitet, die versuchen, die Schicksale zu klären und die die besten Möglichkeiten haben, um Angehörige auch nach dieser langen Zeit noch zu informieren.

Die Dokumentationsstelle der Stiftung nutzt die Daten aber auch, um selbst Forschung zu betreiben. So werden zum Beispiel einzelne Kriegsgefangenenlager in Bezug auf ihre Geschichte, das allgemeine Leben im Lager, die medizinische Versorgung, Arbeitsbedingungen, Verurteilung von Gefangenen und vieles mehr untersucht. Die Suche nach weiteren Informationen bleibt auch künftig ein Ziel der Projektarbeit.

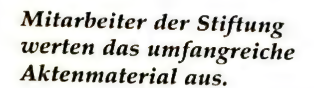
Dieses Teilprojekt wird ebenfalls in Kooperation mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, der Deutschen Dienststelle sowie dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge durchgeführt und von der deutsch-russischen Historikerkommission beim Bundesinnenministerium gefördert. Die oben erwähnten Institutionen der osteuropäischen Seite sind auch an diesem Teilprojekt beteiligt. Die im Projekt erhobenen Daten stehen auf Antrag allen Berechtigten unter Beachtung der Auflagen der Urheber und datenschutzrechtlicher Bestimmungen zur weiteren Nutzung zur Verfügung.

Das Gesamtprojekt „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte, Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit" hat zunächst eine Laufzeit bis zum Ende des Jahrzehnts.



Vor Ort in Moskau werden die Akten gescannt und an den DRK-Suchdienst weitergeleitet.





Mitarbeiter der Stiftung werten das umfangreiche Aktenmaterial aus.



Aktenauskünfte und Rehabilitierungsverfahren

Ab Ende 1944 kamen Millionen deutscher Zivilisten unter sowjetische Besatzungsherrschaft und Verwaltungshoheit. Hunderttausende wurden verhaftet und teils unmittelbar, teils erst Jahre später zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert, in Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht eingewiesen oder von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt. Solche Gerichte waren in der DDR bis Ende 1955 tätig.

Insgesamt gerieten nach heutigen Kenntnissen etwa 380 000 deutsche Zivilisten in sowjetische Haft. Darunter waren auch einige Tausend aus westalliierter Kriegsgefangenschaft entlassene und erneut verhaftete deutsche Soldaten. Ein Teil dieser Personen wurde von Militärtribunalen wegen NS-Verbrechen (Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit), der größere Teil wegen – zumeist angeblicher – Verbrechen gegen die Besatzungsmacht und die DDR abgeurteilt.

Es gab aber auch eine weitere Gruppe von Verhafteten, gegen die politische Beschuldigungen als NS-Belastete vorgebracht wurden, ohne dass ihnen konkrete Vergehen oder Verbrechen vorgeworfen und ohne dass sie vor Gericht gestellt wurden. Etwa ein Drittel dieser Gruppe, die in die UdSSR deportiert oder in den Speziallagern auf dem Gebiet der sowjetisch besetzten Zone in Lagern waren, hat die Haft nicht überlebt. Hinrichtungen und schlechte Haftbedingungen dürften bei etwa 20 Prozent der bis zu 35 000 verurteilten Zivilisten als Todesursache anzusehen sein. Im Schnitt kann man nach den Erhebungen der Dokumentationsstelle davon ausgehen, dass über zehn Prozent aller von sowjetischen Gerichten ausgesprochenen Strafen Todesurteile waren.

Im Oktober 1991 wurde in Russland ein Rehabilitierungsgesetz angenommen, das bis heute die zentrale Grundlage für Rehabilitierung, Aktenauswertung und Schicksalsklärung bildet. Es war ein grundlegender Neuanfang für alle Betroffenen. Ein Jahr später wurden auch Deutsche grundsätzlich in den Geltungsbereich dieses Gesetzes einbezogen. Weit mehr als 10 000 Deutsche sind inzwischen, zumeist auf Antrag der Betroffenen oder ihrer Hinterbliebenen, nach diesem Gesetz rehabilitiert worden. Seit einigen Jahren werden viele Anträge auf Rehabilitierung, die übrigens aus allen Bundesländern gestellt werden, über die Dokumentationsstelle der Stiftung nach Moskau weitergereicht.

Rehabilitierungsverfahren haben für Betroffene und Hinterbliebene besondere Bedeutung. Mit der Rehabilitierung wird das damalige Urteil aufgehoben und der Verurteilte wieder als „nicht verurteilt“ erklärt. Der entsprechende Passus im Gesetz lautet, er sei „nur aus politischen Gründen“ verurteilt worden.

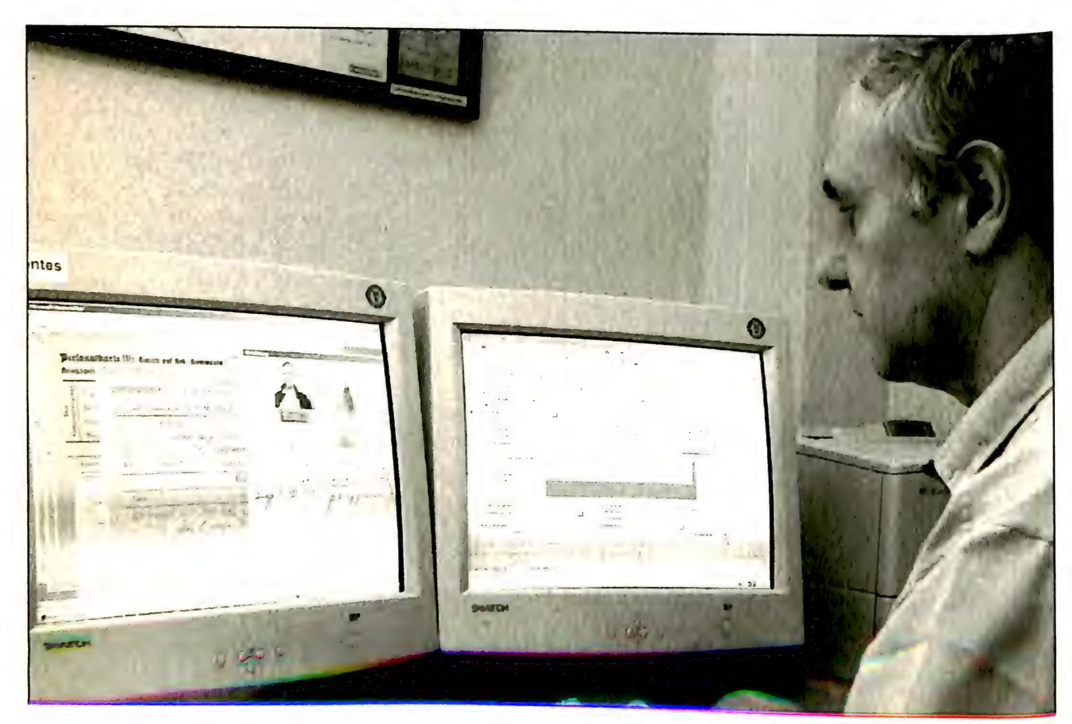
Mit dem Rehabilitierungsgesetz wurde ein Instrument geschaffen, das erstmals grundsätzlich die Überprüfung stalinistischer Urteile ermöglichte. Diese Überprüfung bezieht sich nur auf den konkreten Fall des damaligen Anklageverfahrens und ist keine Überprüfung des gesamten Lebens des Verurteilten. Ein Antrag auf Rehabilitierung ist damit tatsächlich der Antrag auf Aktenüberprüfung. Das russische Rehabilitierungsgesetz sieht vor, dass sowohl Betroffene, Hinterbliebene, gesellschaftliche Organisationen oder Einzelpersonen einen solchen Antrag einreichen können. Das Prüfungsverfahren ist ein genau festgelegter juristischer Vorgang, der auf der Grundlage der damals angelegten Akten durch die russische Militärstaatsanwaltschaft oder entsprechende Gerichte erfolgt.

Für in Deutschland lebende Betroffene oder ihre Hinterbliebenen hat eine Rehabilitierung nicht nur humanitäre und moralische Bedeutung, sondern kann auch rechtliche und finanzielle Folgen nach sich ziehen. Soziale Hilfsleistungen oder Ausgleichsleistungen durch den deutschen Staat werden dadurch, wenn sonst keine belastenden Momente von deutscher Seite geltend gemacht werden, möglich.

In der Praxis gibt es unterschiedliche Motive für die Antragstellung. Zum einen ging und geht es Familienangehörigen um die Feststellung der Unschuld des Verurteilten. Tausende von Einzelanträgen Betroffener, teils auch politischer Parteien oder Verbände von Verfolgten, zeugen davon. Ein weiterer Wunsch vieler Betroffener oder Hinterbliebener ist der Zugang zu den Straf- und Personalakten. Sie wollen Licht in das Dunkel der damaligen Vorgänge bringen. Dies ist aber nur möglich, wenn es eine erfolgreiche Rehabilitierung gibt. Das Verfahren zur Rehabilitierung bildet damit generell den einzigen möglichen Aktenzugang zu Untersuchungs- und Strafakten.

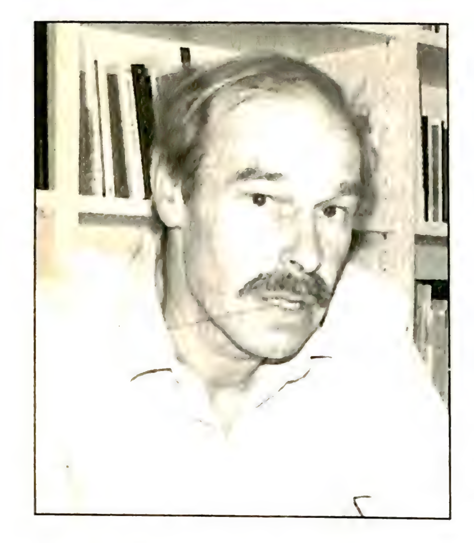
Um diese Arbeiten durchführen zu können, gibt es eine geregelte Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, der Deutschen Botschaft in Moskau sowie dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes. Außerdem verfügt die Dokumentationsstelle der Stiftung aus Forschungsprojekten und sonstigen Arbeiten über stabile Arbeitsbeziehungen zu mehreren russischen Archiven und staatlichen Institutionen. Mitarbeiter der Dokumentationsstelle sind mehrfach im Jahr in den osteuropäischen Ländern, um diesen Aufgaben

Jeder Fall – hier Karteikarten sowjetischer Kriegsgefangener – kann gleichzeitig auf zwei Bildschirmen anschaulich und schnell dargestellt werden. Dies bringt große Vorteile bei der Bearbeitung des Materials.



nachzugehen. Seit 1992 sind nicht nur Archivangaben zu Hunderttausenden von Verschleppten und Häftlingen in Speziallagern oder zu Kriegsgefangenen durch deutsche Suchdienste und gemeinsame Forschungsprojekte nach Deutschland gekommen. Es wurden auch Tausende Deutsche rehabilitiert, viele Strafakten konnten ausgewertet werden.

Durch diese Forschung ist die Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in den letzten Jahren zu einer bundesweit bekannten Anlaufstelle für viele Betroffene und Hinterbliebene geworden. Auch Landesbehörden, die sich mit politischen Häftlingen befassen, oder wissenschaftliche Einrichtungen richten zu diesem Thema Anfragen an sie. Die Dokumentationsstelle versucht durch ihre Forschung, ein lange als sehr sensibel aufgefasstes Thema aufzuarbeiten und in die Öffentlichkeit zu bringen. Durch ihre breite Erfahrung im Bereich Rehabilitierung kann sie vielen Betroffenen weiterhelfen. Nicht nur der formelle Ablauf der Verfahren ist dabei wichtig, sondern auch die Analyse der Informationen aus den Akten und ihre Einordnung in die damalige geschichtliche Situation. Was bedeutet es zum Beispiel für die Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling, dass ein Verhafteter wegen antisowjetischer Propaganda oder Spionage verurteilt war? Die Dokumentationsstelle gibt in vielen Fällen Empfehlungen an die deutschen Anerkennungsstellen und erläutert die Inhalte der Akten.



„Neue Erkenntnisse durch neue Quellen!"

Gespräch mit Dr. Klaus-Dieter Müller, Leiter der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

Ist die Hauptaufgabe der Dokumentationsstelle die Forschung oder die Suche nach Vermissten?

Als die Dokumentationsstelle 1999 eingerichtet wurde, waren sicherlich Forschung und Dokumentation, vor allen Dingen auf Sachsen bezogen, der Hauptteil der Arbeiten. Durch das Kriegsgefangenenprojekt besteht unsere Arbeit jetzt aus beiden Teilen gleichermaßen – Forschung und Schicksalsklärung – und bezieht sich in den Projektzusammenhängen auf ganz Deutschland. Die Schicksalsklärung ist deshalb von großer Wichtigkeit für uns, weil sie eine besondere gesellschaftliche und humanitäre Bedeutung hat. Aber selbstverständlich sind wir eine historische Forschungseinrichtung und betreiben daher auch, gefördert durch das Bundesinnenministerium und die deutsch-russische Historiker-Kommission, Forschungsarbeiten im Kriegsgefangenenprojekt.

Was bedeutet für die Stiftung Schicksalsklärung?

Am Anfang, noch am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden, stand ein rein historisches Forschungsprojekt über stalinistische Justiz, bei dem es um die Ahndung von NS-Verbrechen durch sowjetische Behörden, aber auch die Durchsetzung der Diktatur in Ostdeutschland durch Haft und politische Unterdrückungsmaßnahmen ging, im Vordergrund. Dabei wollten wir zunächst einmal Fakten darüber ermitteln, welche Gruppen warum zu welchen Strafen verurteilt wurden und was der politische Hintergrund war. Im Rahmen dieses Projektes haben wir Informationen zu vielen Einzelschicksalen erhoben. Dies hat dann dazu geführt, dass sich viele Betroffene und Hinterbliebene an uns gewandt haben und wissen wollten, ob wir zu bestimmten Abläufen sachdienliche Informationen für sie hätten. Der Aspekt der Schicksalsklärung hat dadurch größere Bedeutung für uns gewonnen, und mit der Einrichtung der Dokumentationsstelle ist dies dann auch eines der institutionellen Ziele der Stiftung Sächsische Gedenkstätten geworden.

Sobald neue, zusätzliche Informationen gewonnen werden können, dient dies der Schicksalsklärung. Gleichermaßen geht es auch um die Klärung der Schicksale sowjetischer Kriegsgefangener. Wir erhalten von deutschen Institutionen (Stiftungen, Gedenkstätten, gesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen) Bitten um Material zu dieser Gefangenengruppe. Zuweilen werden solche Wünsche von uns auch direkt an unsere

Partner in Osteuropa weitergeleitet. Wir informieren darüber hinaus nicht nur einzelne Anfragende aus Osteuropa, sondern geben die Ergebnisse unserer Arbeiten auch an die osteuropäischen Länder weiter, worüber in der Presse und im Internet informiert wird.

Angehörige aus Russland, Weißrussland und der Ukraine haben so zum ersten Mal die Möglichkeit, Informationen über Kriegsgefangene aus den im Projekt erarbeiteten Datenbanken zu erhalten – Schicksale können auch auf diese Weise geklärt werden.

Was liegt noch in den Archiven in Russland, der Ukraine oder Weißrussland, das für die Stiftung interessant ist? Wie lange wird Ihre Arbeit in diesen Archiven noch dauern und wie lange, denken Sie, werden Sie noch Anfragen bekommen?

Welche bisher uns unbekannten Unterlagen noch aus osteuropäischen Archiven zu erwarten sind, ist nicht genau abzuschätzen. Teile der Bestände sind immer noch gesperrt und uns daher nicht bekannt. Mitteilungen über solche, nach und nach freigegebenen Bestände erhalten wir jeweils Stück für Stück. Unsere Erfahrung besagt jedoch, dass es in den Archiven noch immer sehr viele Akten gibt, die für Schicksalsklärung und Forschung von großem Interesse sind. Insofern werden wir noch auf Jahre hinaus Arbeit in diesen Archiven haben.

Wie lange das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an solchen Archivalien anhält, hängt auch davon ab, wie lange Menschen an der Klärung von Schicksalen ihrer Vorfahren interessiert sind. Das Interesse, mehr über die Nachkriegsschicksale zu erfahren, insbesondere, wenn es sich um Vermisste handelt, geht jetzt vielfach von der Kinder- auf die Enkel- und sogar die Urenkelgeneration über. Man möchte wissen, was den Familienangehörigen, die vielleicht in deutscher Kriegsgefangenschaft waren oder nach Deutschland zur Zwangsarbeit deportiert worden waren, geschehen ist. Man möchte wissen, was deutschen Kriegsgefangenen, Verhafteten und Deportierten in der UdSSR widerfahren ist. Insofern nehmen auch Anfragen dieser Kreise zu, und ich denke daher, dass wir sicherlich noch auf Jahre hinaus solche Anfragen bekommen werden.

Aber Sie forschen doch auch unabhängig davon weiter, ob die Menschen bei Ihnen anfragen oder nicht?

Das ist richtig. Im Rahmen von Forschungsprojekten geht die Arbeit in osteuropäischen Archiven weiter. Aber für bestimmte Aktenarten in Osteuropa gibt es genau geregelte Voraussetzungen für deren Einsicht und Bearbeitung. Bei allen Strafakten ist die erste Voraussetzung, dass derjenige, über den die Akte angelegt wurde, rehabilitiert ist. Die zweite Voraussetzung ist dann, von ihm oder einem Familienangehörigen eine Vollmacht zu erhalten, dass wir diese Akte einsehen dürfen. Wenn ein Verurteilter rehabilitiert wurde, man aber weder ihn selbst noch einen Angehörigen finden kann, bleibt die Akte meistens nicht zugänglich.

Außerdem kümmern wir uns, natürlich in weit geringerem Maße als der DRK-Suchdienst zum Beispiel, auch um den Bereich von Menschen, die als deutsche Kriegsgefangene oder Zivilisten in der Gefangenschaft verstorben sind. Auch hier gibt es umfangreiche Bestände, die bisher nur zum Teil aufgearbeitet worden sind. In Archiven finden sich beispielsweise oft Friedhofslisten, Skizzen oder ähnliche Dokumente, die für die Schicksalsklärung von Bedeutung sind. Auch hier arbeiten wir weiter und können in Zusammenarbeit mit den anderen Suchdiensten behilflich sein.

Mit welchen anderen Suchdiensten arbeiten Sie zusammen?

Wir arbeiten besonders eng mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in München, mit der Deutschen Dienststelle und auch mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zusammen. Gerade wenn es um die Auswertung von Akten aus den russischen, weißrussischen oder ukrainischen Archiven geht, entsteht ein enger Austausch. Wir können uns dabei auf unsere wissenschaftlichen Arbeiten und ihre Ergebnisse in den osteuropäischen Archiven stützen. Weniger Berührungspunkte haben wir mit dem Kirchlichen Suchdienst und dem Internationalen Suchdienst in Arolsen. Zuweilen erreichen uns Anfragen von Vertriebenen oder von ehemaligen Zwangsarbeitern mit der Bitte, bestimmte Nachweise und Informationen zu erhalten. Wir geben diese dann an die zuständige Stellen wie den Kirchlichen Suchdienst oder den Internationalen Suchdienst weiter.

Außerdem erhalten wir Anfragen vieler Gedenkstätten aus Deutschland – denn auch diese betreiben Schicksalsklärung für ihre Gedenkorte. Sie möchten, wenn möglich, Auskünfte zu sowjetischen Kriegsgefangenen oder deutschen Inhaftierten haben. Hier gibt es ebenfalls einen intensiven Austausch mit diesen Institutionen.

Sie haben sehr wenig Archivunterlagen in Papierform – fast alle Informationen befinden sich auf Rechnern und liegen in digitalisierter Form vor.

Das ist nicht unser Verdienst, sondern eigentlich die Gnade des späten Beginns. Die Dokumentationsstelle ist erst 1999 gegründet worden, und angesichts der elektronischen Möglichkeiten haben wir gleich begonnen, diese zu nutzen. Dazu muss man auch sagen, dass wir eben kaum alte Karteien in Papierform übernommen haben. Wir können uns dankenswerterweise aber auf große elektronische Datenbanken stützen und deren Informationen nutzen, die von den Suchdiensten bereits erarbeitet worden waren und die uns zur Verfügung gestellt wurden. Ich bin sehr froh, dass wir unsere Informationen in der Regel in elektronischer Form vorliegen haben.

Wollen die Menschen in Russland mehr über die Schicksale der Kriegsgefangenen und Zivilisten erfahren, die in Deutschland gestorben sind?

Wenn wir in Russland zum Thema „Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland" in der Öffentlichkeit auftreten und Ergebnisse übergeben, ist das öffentliche Interesse sehr groß. An diesen Veranstaltungen nehmen auch immer Regierungsvertreter teil, sind Vertreter von Veteranenorganisationen sowie ehemalige Kriegsteilnehmer und Menschen, die Angehörige im Krieg verloren haben, anwesend. Solche Veranstaltungen werden in den dortigen Medien weit verbreitet. Das Fernsehen ist in der Regel dabei, aber auch Hörfunk und Zeitungen bringen Berichte darüber. Die russische Gesellschaft – das schließt auch jüngere Menschen der Enkelgeneration mit ein – hat noch ein sehr starkes Interesse an den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und dessen Folgen. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Krieg, so schlimm er für uns in Deutschland auch war, in Osteuropa noch um ein Mehrfaches furchtbarer gewesen ist. Jeder vierte Pole ist umgekommen, ebenso jeder vierte Weißrusse – das hat noch heute Auswirkungen.

Wie gehen Russen, mit denen Sie zusammenarbeiten, mit diesen Themen um? Haben sie Verständnis für die Forschung zu diesen Fragen oder gibt es Ressentiments?

Wenn es um das Schicksal der eigenen Bevölkerung geht, gibt es keine Ressentiments, sondern eigentlich ein wenig Beschämung darüber, dass die Fragen der eigenen Kriegsgefangenen erst so spät aufgegriffen wurden und sich erst durch die Zusammenarbeit mit den Deutschen die Möglichkeit eröffnet hat, diese Fragen systematisch zu untersuchen. Wir hören zuweilen, dass diese Arbeiten eigentlich schon längst vorher hätten begonnen werden müssen. Aber wir kennen ja alle die Gründe, warum dies nicht geschehen ist. Was die Auseinandersetzung mit der Repression der eigenen Bürger betrifft, wird die Situation auf jeden Fall offener. In Deutschland ist es oft nicht bekannt, dass erst 1995 der Stalinerlass aufgehoben wurde, mit dem alle sowjetischen Kriegsgefangenen und deren Angehörige offiziell zu Vaterlandsverrätern erklärt worden waren. Die Sowjetunion war das einzige Land der Welt, das ein solches Verhalten zeigte. Dieses wird heute bedauert und als eine der dunklen Seiten des Stalinismus bezeichnet. Unsere gemeinsame Publikation „Für die Lebenden. Der Toten gedenken" ist hierfür ein Beleg.

Auch wenn es in Russland um die Ermittlung von Daten über Deutsche geht, möchte ich nicht von Ressentiments sprechen. Aber die Lage ist immer noch ein wenig kompliziert. Die historische Situation ist nun einmal, wie sie ist. Wir kommen deshalb nicht einfach als ein vollständig unbelasteter Partner nach Russland, sondern auch als Nachkommen von Menschen, die viel Schlimmes angerichtet haben. Aber es ist inzwischen, 60 Jahre nach Ende des Krieges, doch erreicht worden, dass man zwei Dinge unterscheidet: Das eine ist die individuelle Tragödie aller Menschen, die im Krieg waren, gelitten haben oder umgekommen sind, und der Schmerz ihrer Angehörigen darüber. Es ist ihr anerkanntes Recht, zu erfahren, wann und wo ein Familienmitglied umgekommen ist und begraben wurde. Das wird überall in Russland, Weißrussland oder der Ukraine von den Menschen akzeptiert. Davon unabhängig muss man aber die historische Dimension sehen, muss man unterschiedliche Verantwortlichkeiten benennen. Man muss die Politik der Nationalsozialisten, die Politik Stalins und den Krieg von der persönlichen, menschlichen Ebene trennen.

Was ist Ziel Ihrer Arbeit?

Ziel unserer Arbeit ist, unter Nutzung der neu entstandenen Möglichkeiten, neue historische Kenntnisse zu gewinnen – über bestimmte Ereignisse, Orte und Personen. Und diese neuen Fakten wollen wir der Öffentlichkeit bekannt machen: in Form von Ausstellungen, wissenschaftlichen Veröffentlichungen und sich täglich erweiternden Datenbanken. Hier geht es darum, durch Quellen, die lange nicht für die breitere Forschung und Öffentlichkeit zugänglich waren, ein angemesseneres Bild – ich will nicht sagen ein richtigeres – als früher zu diesem Bereich zu zeichnen. Das betrifft auf der einen Seite das deutsche Kriegsgefangenenwesen und die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener. Auf der anderen Seite wollen wir aber auch mehr über deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion erfahren, beides Themen, über die immer noch nicht alle Informationen vorliegen.

Wir hoffen aber auch, dass die gemeinsame Forschung von uns und unseren osteuropäischen Partnern dazu beiträgt, die jeweils eigene Sichtweise zu erweitern. So wird man vielleicht in einigen Punkten, sicher nicht in allen, eine Übereinstimmung und einen Konsens für die Zukunft finden. ■

Abkürzungen

DP	Displaced Persons
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
Fond	Archivabteilung
FSB	Föderaler Sicherheitsdienst (Nachfolgeorganisation des KGB)
GUPWI	Hauptabteilung für die Kriegsgefangenen- und Interniertenlager in der UdSSR
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten (gegründet 1991)
ICRC	Internationales Komitee des Roten Kreuzes
IOM	Internationale Organisation für Migration
IRO	International Refugee Organization (Internationale Flüchtlingsorganisation)
ISD	Internationaler Suchdienst
JCC	Jewish Claims Conference
KGB	sowjetische Geheimdienst (1953–1991)
KL	Konzentrationslager
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MWD	Zentralarchiv des Innenministeriums der Russischen Föderation
NKWD	sowjetisches Volkskommissariat für innere Angelegenheiten
OSI	Dienststelle für besondere Ermittlungen in der strafrechtlichen Abteilung des Justizministeriums der USA
RGWA	Russisches Staatliches Militärarchiv
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone
SGB XII	Sozialgesetzbuch 12. Buch, regelt seit 01.01.2005 die Sozialhilfe
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken = Sowjetunion (bis 1991)
WASt	Wehrmachtauskunftstelle

Anschriften

Deutsche Dienststelle (WASt)
für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen
von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht
Eichborndamm 179
13403 Berlin
Telefon: 030 – 41904-0
Fax: 030 – 41904-100
E-Mail: St.Ihlenburg@dd-wast.de
www.dd-wast.de

Deutsches Rotes Kreuz
Generalsekretariat
Suchdienst Hamburg
Amandastr. 72 - 74
20357 Hamburg
Telefon: 040 – 432 02 - 0
Fax: 040 – 432 02 - 200
E-Mail: Bollin.K@drk-sdhh.de
www.drk-sdhh.de

Deutsches Rotes Kreuz
Generalsekretariat
Suchdienst München
Chiemgaustr. 109
81549 München
Telefon: 089 - 68 07 73 - 0
Fax: 089 - 68 07 45 92
E-Mail: info@drk-suchdienst.org
www.drk-suchdienst.org

Internationaler Suchdienst
Große Allee 5 - 9
34444 Bad Arolsen
Telefon: 05691 – 629 0
Telefax: 05691 – 629 501
E-Mail: itstrace@its-arolsen.org
www.its-arolsen.org

Kirchlicher Suchdienst
Geschäftsstelle
Lessingstraße 3
80336 München
Telefon: 089 - 54497 205
Fax: 089 - 54497 207
E-Mail: ksd@kirchlicher-suchdienst.de
www.kirchlicher-suchdienst.de

Kirchlicher Suchdienst
HOK-Zentrum Stuttgart
Rosenbergstraße 52 B
70176 Stuttgart
Telefon: 0711 - 636 80 04
Fax: 0711 - 636 80 07
E-Mail: ksd-stuttgart@kirchlicher-suchdienst.de
www.kirchlicher-suchdienst.de
Heimatortskarteien: Danzig-Westpreußen, Pommern, Ostpreußen, Estland, Lettland, Litauen, UdSSR, Bessarabien, Bulgarien, Dobrudscha, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Karpaten-Ukraine, Mark Brandenburg, Wartheland-Polen.

Kirchlicher Suchdienst
HOK-Zentrum Passau
Ostuzzistraße 4
94032 Passau
Telefon: 0851 / 951 66 9-0
Fax: 0851 / 951 66 9-33
E-Mail: ksd-passau@kirchlicher-suchdienst.de
www.kirchlicher-suchdienst.de
Heimatortskarteien: Oberschlesien, Niederschlesien, Sudetenland, Slowakei.

Stiftung Sächsische Gedenkstätten
zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft
Dülferstraße 1
01069 Dresden
Telefon: 0351 – 4695540
Fax: 0351 – 4695541
E-Mail: info@stsg.smwk.sachsen.de
www.stsg.de

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Werner-Hilpert-Straße 2
D 34112 Kassel
Telefon: 01805 – 7009 – 99 (Euro 0,12/min)
Fax: 05 61 – 70 09-221
E-Mail: info@volksbund.de
www.volksbund.de

8. Mai 1945: Deutschland ist besiegt und das Land liegt in Schutt und Asche.

Über drei Millionen deutsche Soldaten sind gefallen, Millionen vermisst und über elf Millionen Deutsche sind Kriegsgefangene oder Zivilinternierte.

500 000 Menschen in Deutschland sind im Bombenhagel in den Ruinen der Häuser umgekommen.

Millionen Menschen sind Opfer des Terrorregimes. Acht bis zehn Millionen Verschleppte und Fremdarbeiter (Displaced Persons) befinden sich bei Kriegsende in Deutschland. 500 000 Kinder sind auf der Flucht oder durch Kriegsereignisse von ihren Eltern getrennt worden.

13 bis 14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene strömen aus Mittel- und Osteuropa in den Westen.

Millionen Menschen sind evakuiert, Millionen Deutsche voneinander getrennt. Zwei von fünf Deutschen sind bei Kriegsende irgendwo unterwegs, meist außerhalb der zerstörten Städte.

In den ersten Nachkriegsjahren suchen zwischen 14 und 17 Millionen Menschen nach Ihren Angehörigen. Jeder Vierte sucht jemanden oder wird selbst gesucht.

Dieses Buch zeigt, was von 1945 bis heute für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft und ihre Hinterbliebenen getan wird.

Herausgeber:
Deutsche Dienststelle in Berlin,
Deutsches Rotes Kreuz Suchdienst Hamburg,
Deutsches Rotes Kreuz Suchdienst München,
Internationaler Suchdienst in Bad Arolsen,
Kirchlicher Suchdienst in Passau und Stuttgart,
Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft in Dresden,
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Kassel.